Das Ende Österreichs

Die Schrift wird in der NS-Bibliographie geführt
Berlin, den 18. September 1939
Der Vorsitzende der Parteiamtlichen Prüfungs-
kommission zum Schutze des NS-Schrifttums



Die Vollzugsmeldung vor der Geschichte

Das Ende Österreichs

Aus der k. u. k. Monarchie ins Dritte Reich

Von

Dr. Max Dachauer

Mit 144 Abbildungen

Berlin

C. A. Weller Verlag

Den Kameraden
aus der illegalen Schulungsarbeit
in der SS-Standarte 37

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.

Wenn dieses Buch den Namen Österreich im Titel führt, so bedarf dies einer grundsätzlichen Klärung. Man kann heute das Wort Österreich nicht mehr gebrauchen, als würde damit von vornherein ein klarer Tatbestand umschrieben. Es ist zwar für jeden Durchschnittsdeutschen ein durchaus geläufiges Vokabel, jedermann glaubt einigermaßen Bescheid zu wissen, was er sich vorzustellen habe, wenn er sich dieses Wortes bedient. Und doch würde man zu recht verschiedenen Urteilen kommen, ließe sich eine Umfrage veranstalten, welcher Bedeutungsinhalt jeweils hinter diesem Worte steht.

Woran denken denn die lebenden Generationen, welche Vorstellungen werden in ihnen lebendig, wenn sie diesen Namen in den Mund nehmen? Ist es nicht so, daß man hier noch auf Schritt und Tritt den größten Unklarheiten begegnen kann?

Wie oft konnte es z. B. einem deutschen Österreicher noch in der Nachkriegszeit passieren, daß er irgendwo in Binnendeutschland ob seiner tadellosen Beherrschung der deutschen Sprache naiv erstaunt bewundert wurde. Wollte er dann diesem sonderbaren Mißverständnis auf den Grund gehen, stieß er auf irgendwelche Fronterinnerungen an desertierende tschechische Regimenter, für die dann deutsche Truppen in die Bresche springen mußten. So erschien dann der gute Mann, der vielleicht mit gläubigem Herzen ins „Reich" gefahren war, um Trost, Mut und Zuspruch zu finden für sein gefährdetes völkisches Dasein, schließlich als das etwas sonderbare Exemplar jener österreichischen Menschengattung, dem nun einmal von binnendeutscher Tüchtigkeit ständig aus der Patsche geholfen werden müsse.

Wiederum konnte es einem Deutschen aus den Alpenländern begegnen, daß er im Reiche dem gleichen naiven Staunen begegnete, wenn er zugeben mußte, daß er kein Wiener sei. Vollkommen als Rätsel wurde er angestaunt, wenn er weiter gestand, daß er durchaus nicht gewohnt sei, täglich im Kaffeehaus zu sitzen oder in Grinzing bei Schrammelmusik mit süßen Maderln zu poussieren und „gemütlich" unter den Tisch zu sinken. Verstieg er sich gar in die „gehobene" Gesellschaft mit leichter literarischer Ahnung, dann mußte er es sich gefallen lassen, als Landsmann Arthur Schnitzlers und Franz Werfels gefeiert zu werden.

Er mußte erfahren, daß er all diesen Mißverständnissen nicht sonderlich viel Klärung geben konnte, wenn er sich darauf berief, doch aus Österreich zu sein.

Aus Österreich! Wo liegen doch die Grenzen dieses Landes? An den Karawanken? Am Brenner? Am Inn? Oder an der Leitha, am Böhmer Wald?

Und die Österreicher? Wie viele gab es ihrer in der Mitte Europas? Die Brüder im Sudetenland und all die anderen vielfächrig gen Südosten ausgestreuten Gruppen, waren sie nun Österreicher?

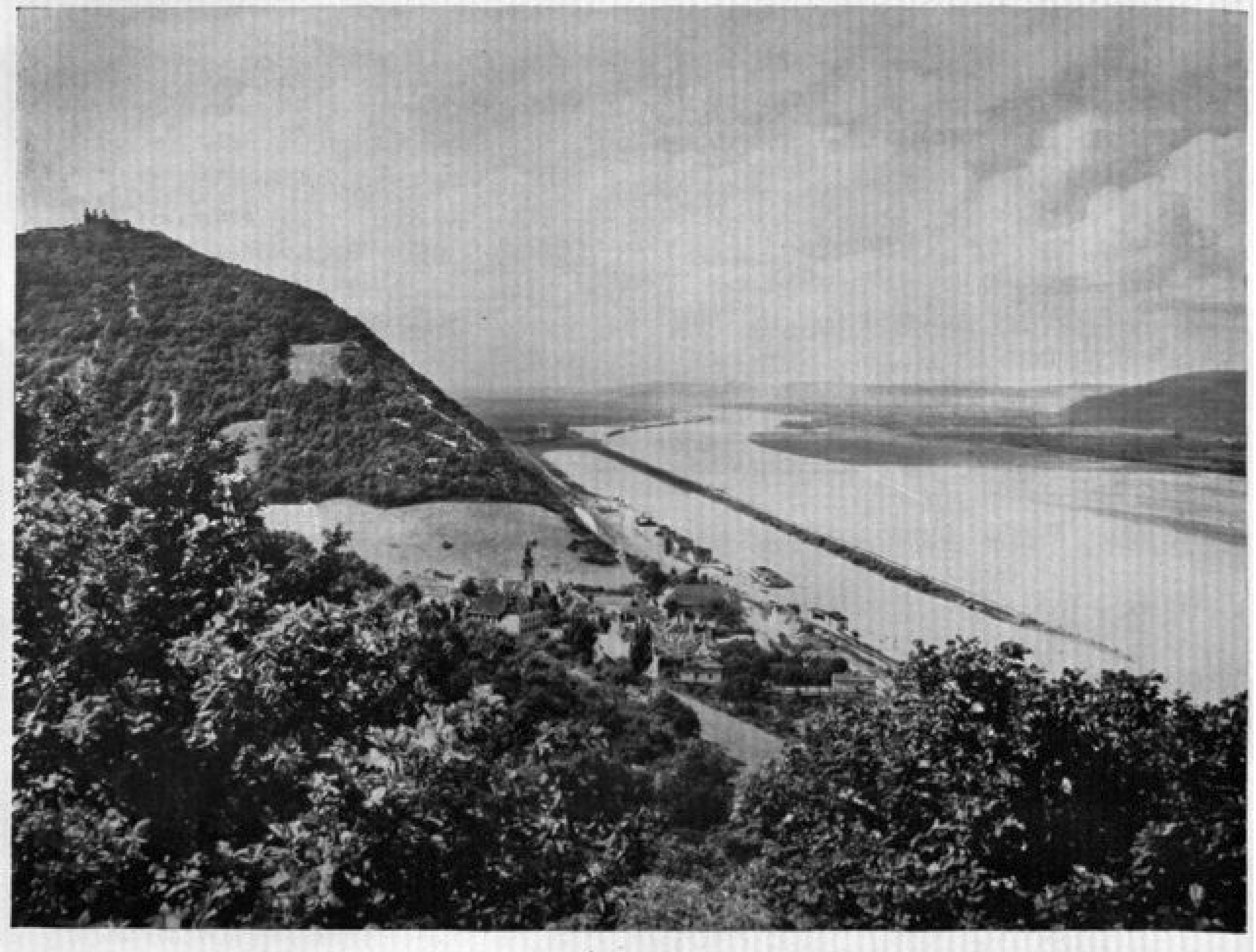
Ach ja, sie waren es alle gewesen als deutsche Bürger eines Staates, der seine Grenzen durch alle mittel- und osteuropäischen Nationen gezogen hatte, mitten durch den gewachsenen Volksleib, Teile abtrennend und doch ohnmächtig, sie dauernd zu binden und organisch zusammenzufügen. Vielleicht wurden kaum jemals auf der Welt Grenzpfähle so gehaßt wie die schwarz-gelben, die mitten in deutsches, italienisches, polnisches, südslawisches, rumänisches und ruthenisches Erdreich gerammt waren.

War das Österreich, was innerhalb dieser Grenzpfähle politische Wirklichkeit war? Diese Wirklichkeit hatte ein kurzes Leben. Genau besehen währte ihr Lebensatem ganze 52 Jahre. 1866 war ja erst so eigentlich jener Staat entstanden, der dann 1918 auseinanderbrach. Wie viele Menschen haben diese Zeitspanne überlebt! Menschen, bei deren Geburt noch ein deutscher Staatenbund seine komplizierten und schwerfälligen Geschäfte unter dem Vorsitz Österreichs betrieben hatte, sahen an ihrem späten Lebensabend das Fanal des Weltkrieges und des daraus mit schrecklicher Wucht hervorgehenden Zusammenbruchs. Deren Großeltern hatten vielleicht es noch erlebt, wie der Kaiser in Wien des Reiches Krone verwarf und nur mehr Kaiser von Österreich sein wollte. Deren Enkel aber wissen bereits nichts mehr von Österreich in diesem Sinne. Sie kennen nur mehr jenes Land mit seinem sonderbaren Schicksal, wissen von einem zähen Kampf ihrer Altersgenossen, die gleich ihnen dem Hakenkreuzbanner verschworen sind, wissen von einem Jubel und Sieg des stürmischen Frühjahrs 1938. Urahn und Kind würden sich kaum verständigen können, wenn sie von Österreich sprächen.

Doch die Geschichte, die noch viele Generationen hinter den Urahn zurückreicht, sie mehrt nur die vielfältigen Bilder. Da war „Das Haus Österreich" in Deutschland, in den Niederlanden, in Belgien, am Rhein, in der Schweiz, in Spanien und in der Neuen Welt. Und einmal ging die Sonne nicht unter in diesem Reich. Doch wenn wir die erste Kunde von diesem „Namen" suchen, dann treffen wir auf eine streitbare Mark des Reiches, die Schild war gegen das anstürmende Asien.

Wo lag nun dieses Land und wo liegt es heute?

Kann nach alldem füglich noch von „Österreich" die Rede sein? Hat all dies eine greifbare gemeinsame Substanz? Gibt es hier überhaupt eine Kontinuität der Entwicklung und der Geschichte? Solche Fragen stellen sich zwangsläufig ein. Sie in ihrer



Das Tor nach dem Osten. Donaudurchbruch bei Wien. Links der Kahlenberg

heillosen Vielgestaltigkeit zu entwirren, helfen nur mehr grobe Striche. – Das, was Österreich zu einem Begriff macht, der dem Bereich deutscher Geschichte und deutschem Lebensraumes angehört, das sind die Ströme deutschen Blutes, die Ketten deutscher Geschlechter, die von der ersten bajuwarischen Landnahme an niemals abgerissen sind, das verwobene Geflecht der Ahnenreihen, der Sippen, das den ersten rodenden Kolonisten verbindet mit Bebauern und Hütern dieses Landes in der Gegenwart.

Mag auch da und dort ein fremder Blutstropfen eingeflossen sein, er vermochte nur gewisse Abstufungen und feine Nebentöne zu erzeugen, die biologische Grundsubstanz ist davon unberührt geblieben. Sie bewies sich selbst in der aus ihr fließenden geistig-seelischen Haltung der Deutschen Österreichs, die weder durch Verführungen noch durch Zwangsmaßnahmen abgebogen, geschwächt oder verfälscht werden konnte.

Das aber, was Österreich zu einem Begriff macht, der neben dem Bereich deutscher

Volksgeschichte zu einem Sonderdasein strebte, das sind seine Fürsten und Dynasten. Von ihnen her gewinnt auch der Name Österreich seinen spezifischen Bedeutungsgehalt. Er heftete sich sehr früh an die Dynastie, das „Haus Österreich". Von hier aus übertrug er sich dann auch wieder auf Land und Menschen. Als dynastischer Staatsbegriff gewinnt er dann in der deutschen Geschichte seine charakteristische Prägung.

Wenn dies auf den ersten Blick als eine willkürliche Vereinfachung erscheint, so hat das darin seinen Grund, daß Österreich in großen Abschnitten seiner Geschichte die Geschicke des Reiches in Händen hielt, sein besonderes Wesen immer zutiefst mit dem Reiche verwoben war, jenes Reiches, das sich ja aus einer Vielheit von dynastisch gebundenen Sonderstaaten allmählich kristallisierte und erst in unserer unmittelbaren Gegenwart zum nach innen und außen geschlossenen Nationalstaat werden konnte.

So stand der Name Österreich immer in schillernder Doppeldeutigkeit zwischen Volk und Staat, Land und Dynastie. Als er das erstemal auftauchte, bezeichnete er die babenbergische Ostmark, die aus den bajuwarischen Kolonisationstaten hervorgegangen war, deren Herzöge sich aber bereits ein ziemlich hohes Maß von Sonderrechten anzueignen wußten, ihr kerndeutsches Land wohl zu einem wohlgefügten Organismus auszubauen verstanden, im Investiturstreit aber bereits auf Seite des Papstes gegen den Kaiser standen. Doch damit wurde das Thema einer späteren Entwicklung nur leise angeschlagen. Innerhalb der an sich vorhandenen Partikularismen kam Österreich noch keine tragende Rolle zu. – Dies wurde anders, als das böhmische Zwischenreich Ottokars durch den habsburgischen Grafen abgelöst wurde. Mit ihm setzten jene Bestrebungen ein, die dann als habsburgische Hausmachtpolitik durch viele Jahrhunderte bis in die jüngste Gegenwart ein Grundzug österreichischer Geschichte waren.

Nun wäre es wohl verfehlt, die Hausmachtpolitik der mittelalterlichen Habsburger gleichsam als ihre nationale Erbsünde anzuprangern. Hausmachtpolitik war in dieser Zeit deutsche Königspolitik. Erst auf dem genügend starken Grundstock eigener Hausmacht konnte gegen die Widerspenstigkeit der Stände und Fürsten überhaupt Reichspolitik versucht werden. Das Reich war eben nichts anderes als ein Mosaik verschiedener „Hausmächte". Die einzelnen Verzweigungen und Verstrebungen von österreichischem Sonderdasein und österreichischer Reichsleistung gehörten *solange ungeteilt in die Geschichte unseres Volkes*, als eben dieses Volk staatlich keine *einheitliche Gestalt* gewonnen hatte, als sich seine zentrifugalen Kräfte in teil- und sonderstaatlichen Formen gestalteten. Es heißt also immer deutsche Geschichte schreiben, verfolgt man den Weg Österreichs von den babenbergischen Anfängen in die Gegenwart.

Innerhalb dieser Geschichte kann aber nun der Name Österreich weder völkisch noch geographisch definiert werden. Wohl hatte die habsburgische Hausmacht immer eine starke Wurzel in den „Erblanden", immer hatte Wien in ihr eine zentrale und repräsen-

Der Wiener Kongreß



Österreichische Truppen in der eroberten dänischen Festung Fredericia. 1864

tative Stellung. Trotzdem läßt sich beides nicht als selbständige Substanz Österreichs bezeichnen. Erblande und Wien sind nur besonders einprägsame Haltepunkte, an denen sich Österreich in den verschiedensten Zeitläuften sichtbar gemacht hat. Sie waren aber nie die einzigen und vor allem nie die ausschließlichen. Daß sie schließlich die Träger des Endes Österreichs wurden, wie sie einmal sein Anfang waren, ist mehr eine Verführung zu Fehlurteilen als ein symptomatisches Geschehen.

Richten wir also unsere Frage nach dem konkreten Bedeutungsinhalt des Wortes Österreich, so kommen wir zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Der Begriff Österreich ist in seiner ganzen Geschichte ein Name für ständig wechselnde Inhalte. Babenberg, Rudolf v. Habsburg, Maximilian, Karl V., Maria Theresia „zusammen" auf einen Nenner zu bringen, ist nur in einem sehr vielfältigen Koordinatensystem möglich.

2. Erst in der Zeit, da Preußen unter Bismarck zum Träger eines staatlichen Einheitsstrebens wird, kommt Österreich endgültig auf die Bahn seiner sonderstaatlichen Existenz. Die vorhergehende Rivalität Preußen-Österreich gehört in die Geschichte der „deutschen Einheit", in deren Rahmen dieser Kampf ausgetragen wurde.

3. 1866 wird dieser Kampf entschieden, und es entsteht erstmalig ein österreichischer Staat, wie es ihn vorher nie gegeben hatte. Das von Bismarck geführte Preußen blieb Sieger und schuf dann 1871 den wohl unzulänglichen, aber doch ersten deutschen Staat



Österreichische Gefangene in Breslau. 1866

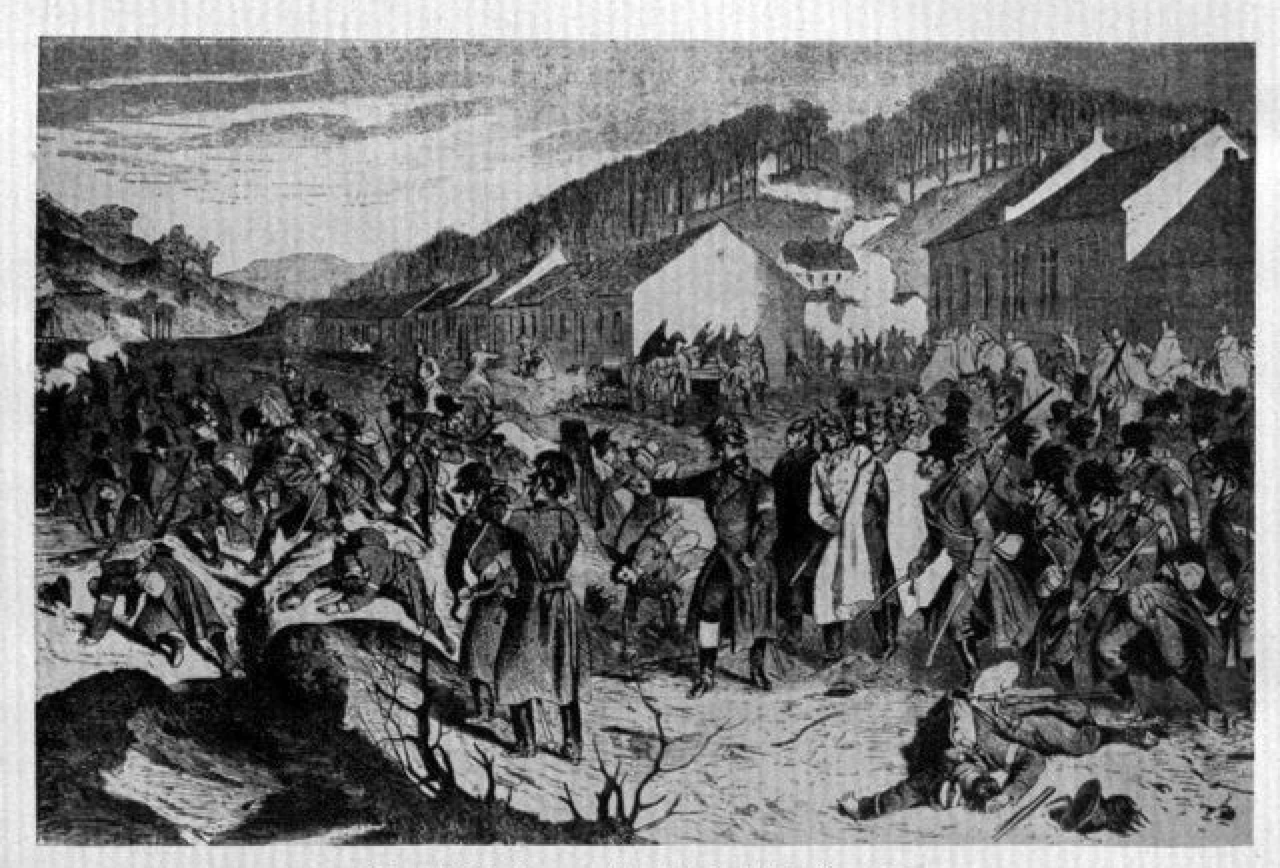
in neuzeitlichem Sinne. Erst neben diesem deutschen Staat entsteht jener österreichische, der dem deutschen Land und Volk in Österreichs Grenzen zum schweren und verstrickten Schicksal wurde. Hier erst liegt die Wurzel all jener Bedrängnisse, Gefahren und Versuchungen, denen diese Deutschen im besonderen ausgesetzt waren.

Gerade diese letzte Form Österreichs bestimmte oft recht einseitig das politische Bild, das man sich im Altreiche von Österreich machte. Erst der Nationalsozialismus brachte jene Erweiterung des politischen Bewußtseins, das den Blick wieder auf die Gesamtheit der Volksgeschichte lenkte. Die Ereignisse der Jahre 1938/39 haben uns vollends den Raum der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie ganz neu zur Anschauung gebracht. Zur Vertiefung und Erweiterung dieser Anschauung sollen in diesem Buch Ausschnitte, Bilder und Dokumente aneinandergereiht werden. Dem Binnendeutschen mögen sie als Wegweiser zum Verständnis einer verwickelten Geschichte dienen. Gleichzeitig wird die letzte Phase dieser Entwicklung breiter und ausführlicher geschildert. In ihr wurde Österreich ein letztes Mal in eine antideutsche Stellung zu bringen versucht und damit zwangsläufig seinem Ende zugeführt. Dieses Ende Österreichs als eigenständiger Staatsbegriff ist für alle Zeiten besiegelt. Es gibt keinen deutschen Partikularismus mehr; was aus dem Erbe Österreichs über dieses Ende hinaus weiterlebt, steht unveräußerlich unter dem Banner des Reiches.

Die Entscheidung von Königgrätz

Der Volkscharakter der Ostmark

Noch einmal vor dem Bruderkrieg traten preußische und österreichische Heere im Feldzug gegen Dänemark im Jahre 1864 gemeinsam zum Kampfe an und bedeckten sich gemeinsam mit Kriegsruhm. Aber am Ertrag des Kampfes sollte Preußen und Österreich in neuerliche Zwietracht fallen. Die hoffnungsvoll begonnenen „Schönbrunner Konferenzen", zu denen König Wilhelm mit Bismarck nach Wien gekommen war,



Österreichische Truppen im Gefecht bei Veile. 1864



Österreichische Artillerie im Gefecht. 1866

wurden von der ultramontanen Kriegspartei sabotiert und führten zu keinem Ergebnis. Der damalige österreichische Außenminister, Graf Rechberg, dachte mit Bismarck an eine preußisch-österreichische Allianz gegen Napoleon III. Aber hinter den Kulissen vereitelten jene dunklen Mächte, die noch so oft unter dem Zeichen „Österreich" ihre eigensüchtigen Zwecke verfolgen sollten, den großangelegten Plan. Der politische Katholizismus lehnte sich auf gegen eine zu enge Bindung mit dem protestantischen Preußen. Er war offenkundig preußenfeindlich und franzosenfreundlich. In diesen Kreisen spielte man seit jeher mit dem Gedanken, unter habsburgischer Krone ein katholisches Reich aufzurichten, wozu man sich der Sympathien der süddeutschen und rheinländischen Katholiken für Habsburg zu bedienen hoffte und sich auch nicht vor einem Bündnis mit Frankreich gegen Preußen scheute. Bis in unsere jüngste Gegenwart sollte sich dieser „Reichsgedanke" ebenso verheerend wie hinterhältig auswirken. – Bismarck wußte von diesen unterirdischen Kräften, und so schrieb er auch einmal an seinen König: „Wer wie Euer Majestät alleruntertänigster Diener seit 16 Jahren mit der österreichischen Politik zu tun gehabt hat, kann nicht zweifeln, daß in Wien die Feindschaft gegen Preußen zum obersten, man möchte sagen, alleinigen Staatszweck geworden ist."



Moltke, der Sieger von Königgrätz

Das rein dynastische Denken hatte am Wiener Hof die gesamtdeutsche Ausrichtung verdrängt. Es war ausgesprochen dynastischer Ehrgeiz, der mit sturer Starrköpfigkeit in einen Krieg mit Preußen hineinschlitterte. Auf den Schlachtfeldern von Königgrätz aber wurde das Schicksal Österreichs entschieden. So wurde die Dynastie zum Totengräber ihres eigenen Staates. Denn auch für den katastrophalen Ausgang dieses Feldzuges ist dynastische Engstirnigkeit verantwortlich zu machen. An zwei Fronten mußte die österreichische Armee eingesetzt werden. In Italien schien ein militärischer Erfolg sicher zu sein; daher übertrug Franz Joseph den Oberbefehl über die Südarmee dem Sohn Erzherzog Karls, des Siegers von Aspern, Erzherzog Albrecht, um so die militärischen Lorbeeren dem Haupte eines Mitglieds des „Hauses" zu sichern. Dafür mußte der bisherige Armeekommandant in Italien, Feldzeugmeister Benedek, gegen seinen ausdrücklichen Willen und trotz seiner entschiedenen Versicherung, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein, den Oberbefehl über die Nordarmee übernehmen. Das Schicksal dieses Mannes ist wahrhaft tragisch zu nennen. Er, der sich bereits 1851 über einen Krieg mit Preußen geäußert hatte: „Das wäre der schrecklichste Tag in meinem Leben, weil ich das für das größte Unglück hielte ...", wurde nun gezwungen, diesen Feldzug selbst zu führen.

Er tat dies in der unglücklichsten Weise. Zögernd, seiner selbst unsicher, rückte er in Böhmen so langsam vor, daß sich die preußischen Heere, die durch die verschiedenen Engpässe gezogen kamen, glücklich vereinigen konnten. Gleich bei den ersten Zusammenstößen gab es riesige Verluste für die Österreicher. Die neuen preußischen Zündnadelgewehre übten eine demoralisierende Wirkung aus, so daß sich Benedek entmutigt auf die Hauptstellung bei Königgrätz zurückzog. Dort wurde dann auch am 3. Juli die Entscheidungsschlacht geschlagen, deren Ende für die österreichische Armee vernichtend war.

Die Auswirkung dieses letzten preußisch-österreichischen Krieges war unabsehbar. Der österreichische Staat schien dem Untergang preisgegeben, und die preußische Militärpartei, wie König Wilhelm, waren auch anfangs gewillt, diesen Sieg voll auszunützen,

was zwangsläufig zu einem endgültigen Zerfall des österreichischen Vielvölkerstaates geführt hätte. Daß der Friede, der in Nikolsburg vorberaten und in Prag geschlossen wurde, nicht zu diesem Ergebnis geführt hatte, ist dem entscheidenden Einfluß Bismarcks zuzuschreiben, der hier einen Weitblick bewies, der ihn eben als den großen Staatsmann kennzeichnete, der er war. Bismarck erkannte die noch immer für die europäische Kräftelagerung so bedeutungsvolle Rolle Österreichs. Er sah die Funktion des österreichischen Staates in der Bindung der südöstlichen Völker, erblickte in ihm ein notwendiges Gegengewicht gegen Rußland und wurde aus dieser Erkenntnis heraus zum eigentlichen Retter Österreichs. Er dachte wohl schon in dieser Zeit an das später sich erst verwirklichende Bündnis, das eben eine starke deutsche Mitte in Europa verankern sollte.



Der Kanzler des Zweiten Reiches

Trotzdem muß in diesem Frieden, der den österreichischen Staat auf völlig neue Grundlagen gestellt hat, bereits die Ursache des späteren Zerfalls gesehen werden.

Man muß sich darüber klar sein, daß Österreich in diesem Feldzug weit mehr als die bloße Vorherrschaft in Deutschland verloren hatte. Wurde es doch aus dem deutschen Raum so weit hinausgedrängt, daß das in seinen Grenzen verbleibende Deutschtum rein zahlenmäßig zu schwach war, den deutschen Charakter dieses



1866. Preußische und österreichische Verwundete im Lazarett

Staates für alle Zukunft zu garantieren. Aber nicht nur diese zahlenmäßige Schwächung führte zum Verhängnis; die habsburgische Dynastie und ihr damaliger Träger Franz Joseph verloren nun jeden inneren Rückhalt für gesamtdeutsches Verantwortungsgefühl. Der rein österreichische Staatsgedanke kam zur absoluten Vorherrschaft. An Stelle eines naturgegebenen Nationalbewußtseins der Deutschen sollte der rein dynastisch gebundene Staatspatriotismus treten. Nicht bloß Österreich hatte die Vorherrschaft in Deutschland verloren, sondern in den Auswirkungen dieses Ereignisses sollten die Deutschen die Vorherrschaft in Österreich verlieren. Die Krone begann sie bald als gefährliche Irredentisten anzusehen, da ihrem nun rein dynastisch gewordenen Staatsgedanken jeder Nationalismus grundsätzlich entgegengesetzt war. Damit war am Wiener Hof auch der großdeutsche Gedanke in jeder Form begraben. Der ultramontane Preußenhaß schlug in der Folge in direkte Deutschfeindlichkeit um.



1866. Eine preußische Krankenschwester mit österreichischen Verwundeten

Die Folgen von 1866

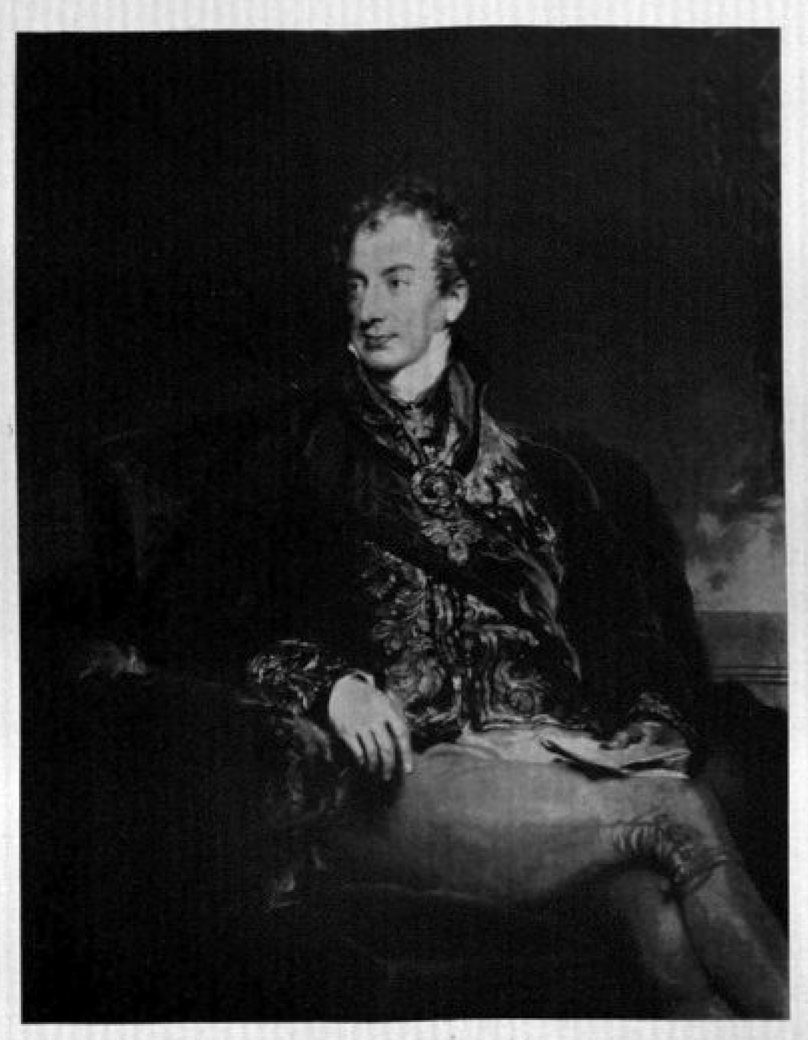
So wurden die Deutschen Österreichs zu den eigentlichen Leidtragenden des Unglücks von 1866. Hatten sie doch ihren Rückhalt in der deutschen Mitte eingebüßt. Ein ungeheurer Pessimismus machte sich bei diesen Deutschen breit, die einer solchen Seelenlage ohnedies ihrem Naturell nach gefährlich zugänglich waren. Dazu kommt, daß die lange Ära Metternich mit ihren Polizeimethoden nicht ohne Einfluß auf das politische Bewußtsein der Österreicher, insbesondere der Wiener, geblieben ist. Grob gesprochen war für Metternich und den durch ihn verkörperten franzisceischen Absolutismus das Volk nur eine dunkle Größe, die lediglich zu bändigen sei. Die Schrecken der Französischen Revolution waren allen absolutistischen Dynasten allzu heftig in die Glieder gefahren; so kam es, daß sie das Volk als etwas Drohendes empfanden und alle Re-

gierungskunst darin erblickten, eben dieses Volk nach Möglichkeit niederzuhalten. Es schoben sich allmählich undurchdringliche Barrieren zwischen Volk und Fürsten und deren Regierungen, ja es wurde besonders in Österreich schließlich ein echtes Feindschaftsverhältnis.



Blick auf Wien mit den Basteien. Vormärz

Die Verhinderung der Revolution war zum obersten Regierungsprinzip erhoben worden. Revolution und Volk wurden in dieser Perspektive irgendwie gleichbedeutend. Nur vom Volk und durch das Volk konnte ja die Revolution emporgetragen werden. Der Polizeiknüppel und der Militärsäbel hatten nun die Aufgabe, den Thron vor dem Volke zu schützen. Eine fanatische Zensur aber wachte darüber, daß dieses Volk geistig von allen tragenden Ideen seiner Zeit möglichst ferngehalten würde. Auf keinen Fall sollten revolutionäre Ideen als zündende Funken an das Pulverfaß Volk herankommen. Regierung, Staatsführung und Politik, das sollten Dinge sein und bleiben, die nur die Fürsten und ihre Minister etwas anzugehen hätten. Für das Volk wären sie eine gefährliche Speise. Es habe zu gehorchen und sich kritiklos der Segnungen und Weisheiten seiner Regierung zu erfreuen. Mit diesen Methoden wurde eine mit allen verfügbaren staatlichen Mitteln geförderte Erziehung zum unpolitischen Menschen verwirklicht. Der treue Untertan, der brav und friedlich seinen persönlichen Geschäften nachgeht, sich in seiner beschränkten Behaglichkeit so wohl fühlt, daß er gar kein Verlangen mehr nach politischer Wirksamkeit und kein Interesse an politischen Dingen entwickle, das war die Idealvorstellung der vormärzlichen Staatsführung vom Volke. Wir haben also hier die bewußte Züchtung eines bestimmten Typs vor Augen, die sich auch tatsächlich bis zu einem gewissen Grade durchsetzen konnte. Man sah offensichtlich in der Entnervung und politischen Neutralisierung des seiner völkischen Natur nach so tatkräftigen Kolonistenstammes der deutschen Ostmark etwas durchaus



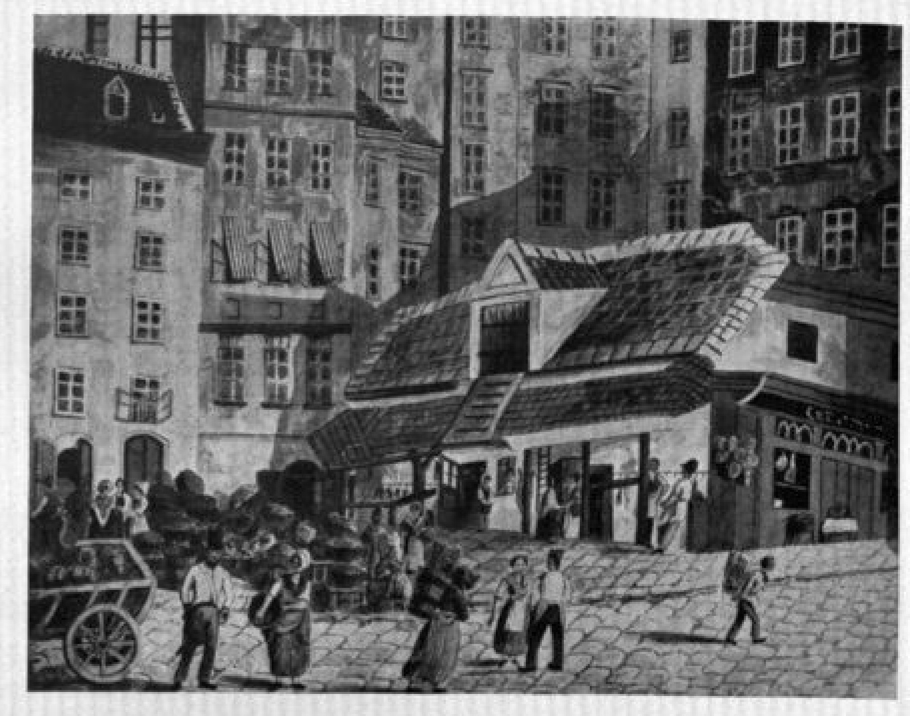
Staatskanzler Metternich

Wünschenswertes. Im Volk politische Gleichgültigkeit zu erzeugen und zu bewahren, darin erblickte man ja die eigentliche Regierungskunst.

Diese Beeinflussung durch Generationen ließ dann auch allmählich jene leichtlebige und genußfrohe Lebenshaltung entstehen, die auch heute noch wesentliche Züge der Wiener Bevölkerung ausmacht. Freilich konnte die ursprüngliche Natur dieses Stammes auch durch das langandauerndste Polizeiregiment nicht in ihrer wahren Anlage verfälscht werden. Immer wieder brach durch die dünne Oberflächenschicht einer spielerischen und verspielten Lebensform das starke, kämpferischeStammeselement durch. Freilich konnte diese echte Grundsubstanz vorübergehend in den Augen des außenstehenden Beobachters so sehr überdeckt werden, daß sie überhaupt verschwunden zu sein schien. So entstand dann jenes einseitige Bild des Österreichertums, das in vielen historischen und literarischen Zeugnissen, vor allem im Niederschlag der Belletristik das Urteil der Binnendeutschen über ihre Stammesbrüder in der Ostmark bestimmt hatte. Es war ein eigenes Verhängnis, das den Österreichern scheinbar für immer einen Kampf im Dunklen aufzuzwingen schien. In diesem Sinne waren auch die letzten 5 Jahre des illegalen Kampfes nur eine verdichtete und zusammengedrängte Fortsetzung jener Kampfformen, die den Deutschen in der Ostmark schon in vergangenen Jahrhunderten verhängt waren.

So ist Wien wohl eine Stadt, in der das Leben scheinbar im unbesorgten Genusse und schrankenloser Sinnenfreude dahinstrich, in der aber auch, abgesehen von Paris in den Revolutionsjahren, die meisten Barrikaden errichtet, das meiste Blut in Bürger-

kriegen vergossen wurde. Diese Barrikaden sind aber für die scheinbar so beschränkte und zurückgezogene Welt des Biedermeier ebenso charakteristisch wie ihre Festesfreudigkeit und behagliche Lebensführung. Immer muß die harte Schule, durch die der deutsche Österreicher durch Jahrhunderte zu gehen hatte, in Betracht gezogen werden, wenn man seiner tapferen Zähigkeit in der nationalen Selbstbehauptung gerecht werden will. Daß sich in dieser Schule dem österreichischen Antlitz auch die Züge einer tatfernen Melancholie und einer depressiven Gemütsverhärtung einprägten, kann die andere Seite seines Wesens nicht verdunkeln.



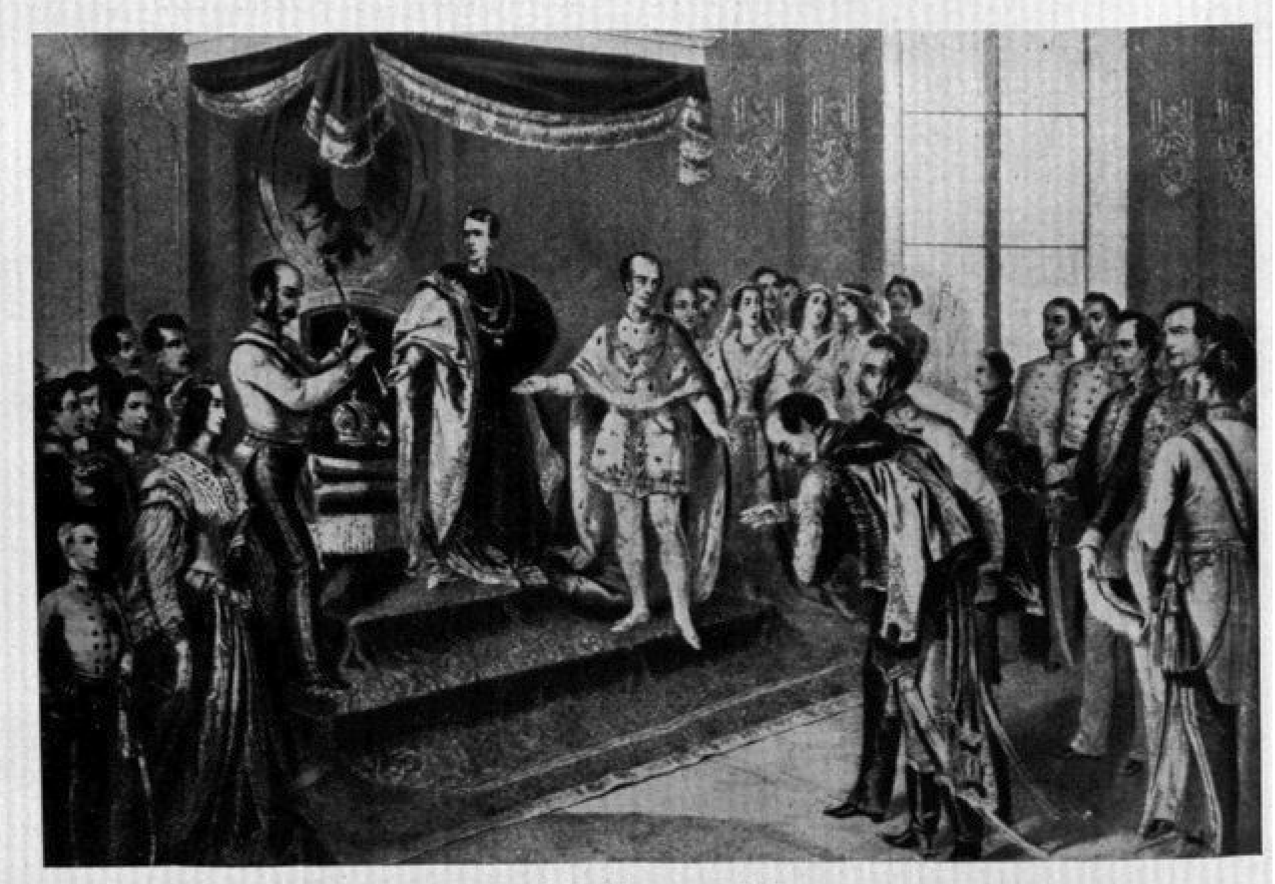
Wien. Tiefer Graben. Vormärz



Kampf in der Jägerzeile. 1848

Nationalliberalismus

Nach 1866 verlangte die öffentliche Meinung immer stärker die Preisgabe des absoluten Herrschertums, wie es ja faktisch seit 1851 wieder bestanden hatte. Die Berufung des Freiherrn von Beust in den Ballhausplatz, der von vornherein den Ruf, ein intriganter Gegner Bismarcks zu sein, mitbrachte, wie er ja auch auf dessen Wunsch aus den sächsischen Diensten entlassen worden war, läßt vermuten, daß der Habsburger die nun geschaffene Lage doch nicht als endgültig ansah. Zwar war er in seinem Selbst-



Die Kaiserkrönung in Olmütz

gefühl zu tiefst getroffen durch „zwei verlorene Feldzüge und zwei verlorene Provinzen", dennoch ließ er sich nur mit innerstem Widerstreben zu jenen Schritten treiben, die nun doch einmal getan werden mußten.

Kaiser Franz Joseph hatte am 2. Dezember des Revolutionsjahres 1848 im erzbischöflichen Palais zu Olmütz den österreichischen Kaiserthron bestiegen. Es war ein Weg der Flucht, der den Hof an diesen Ort geführt hatte. Über Wien war der Belagerungszustand verhängt. In dieser unheilschwangeren Atmosphäre vollzog sich im engsten Kreise der kaiserlichen Familie der Thronwechsel. Der schwachsinnige Kaiser Ferdinand übergab mit den sehr unkaiserlichen Worten, „Es ist gern geschehen", die schwankende Krone an seinen blutjungen Neffen. Erst nachträglich wurden die Völker der Monarchie von diesem Staatsakt in Kenntnis gesetzt.



Freiherr von Beust



Ferdinand der Gütige

Es standen trübe und finstere Gestirne über dieser Geburt, und sie sollten diesem Monarchen für immer die Wege beschreiben. Um das Olmützer Bischofspalais brandeten die zwei großen Mächte des Jahrhunderts, die sich miteinander verschwistert hatten, sich gegenseitig ergänzend und bedingend, um schließlich die Monarchie zu sprengen. In den Revolutionen dieses Jahres machten sie die Throne Europas erzittern. Anderen Staaten wurden sie schließlich zum Heil, Österreich mußte an ihnen zugrunde gehen. Zwei Ismen von säkularer Bedeutung gehörte die Zukunft.

Aus der Gedankenwelt der Französischen Revolution war der Begriff der Volkssouveränität entstanden und hatte seinen Siegeszug über Europa angetreten, heftig anbrandend gegen alle überlieferten Souveränitäten. Das Entstehungsland dieses Begriffes, Frankreich, unterschied sich aber nun in einem Punkte ganz wesentlich vom anderen europäischen Festlande. Es hatte die Heldenzeit seiner nationalen Einigung schon weit hinter sich, es war bereits ein fertiger Nationalstaat. Die Französische Revolution war daher nur eine Auseinandersetzung zwischen Volk und Souverän, die von der nationalen Problematik unberührt war, so daß der Begriff der Volkssouveränität nur als Gegensatz zum königlichen Souverän ganz abstrakt empfunden und gedacht wurde.



Die Barrikaden des Jahres 1848

Gleichzeitig wohnte aber der französischen Revolutionsidee ein starkes Sendungsbewußtsein inne. Sie hatte die Tendenz, auch die anderen Völker mit ihren Lehren von der fürstlichen Knechtschaft befreien zu müssen. Wo immer aber nun diese Ideenwelt über den Nationalstaat Frankreich hinaustrat, da traf sie wohl allerorts auf fürstliche Souveräne, aber auf keine Nationalstaaten. Diese Souveräne standen nicht kompakten und national geschlossenen Völkern gegenüber, sie zogen ihre Autorität lediglich aus dem vom Mittelalter her überlieferten Privileg der Adelsherrschaft. Ihre Länder waren völkisch geschlechtslose Territorien, deren Grenzen nach Besitzrechten verliefen. Über diese Territorien hinweg aber lebte das deutsche und italienische Volk, lebten die slawischen Völker des Ostens, lebten die Ungarn. In diesem Bereich mußte nun das „in tyrannos“ der Französischen Revolution, die Forderung nach „Souveränität vom Volke her“ zwangsläufig ganz andere Energien mobilisieren, als dies im völkisch geschlossenen Frankreich der Fall war. Hier war der Volksbegriff abstrakt, ebenso

der Begriff der Revolution als gesellschaftliche Neuordnung. Gerade deshalb aber begriff sich die Französische Revolution als Beginn einer neuen Menschheitsordnung, die daher auch über die Grenzen Frankreichs hinauszugreifen habe. Von Frankreich nehme die Einführung der Volkssouveränität nur ihren Ausgang und strebe einer allgemeinen Demokratisierung Europas zu.

Dieser abstrakte Volksbegriff in Rousseaus „contrat sozial" verwandelte sich aber in dem Augenblick, da er über die Grenzen Frankreichs hinaustrat, in einen Weckruf an die völkische Individualität. Deutschland und Italien wurden so zum ersten Schauplatz dieser Entwicklung. Beide waren politisch zerrissen, beide hatten aber in den Napoleonischen Kriegen eine gewaltige Aufrüttelung ihres nationalen Selbstbewußtseins erfahren. Beide trugen die Erinnerung an eine große politische Vergangenheit im Bewußtsein der Nation, in beiden erwachte ein Gefühl für künftige Größe und politische Bedeutung. Hier bewirkte der Begriff der Volkssouveränität in erster Linie das Wachwerden eines nationalen Einheitsbewußtseins. Deutschland und Italien lernten sich unabhängig vom Staate als einheitliche Größen begreifen und gelangten schließlich zu nationalstaatlichen Zielsetzungen.



Giuseppe Mazzini, der Vorkämpfer der italienischen Einheitsbewegung

Italien ging auf diesem Wege voran. Das lag in der Natur der Dinge. Während im deutschen Bereich zwei Großmächte von europäischem Range gegeben waren, setzte sich Italien aus einer Reihe von Kleinstaaten ohne besonderes Eigengewicht zusammen, die einer Verwirklichung nationalstaatlicher Ideen nicht jenen Widerstand entgegensetzen konnten wie Österreich und Preußen. So vernehmen wir bereits in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Stimme Giojas: „Wenn ein Volk ein Bewußtsein des Gemeinwohles besitzt, wenn es überall dieselbe Sprache spricht, dieselben Wünsche formt und denselben Zwecken zustrebt, so kann man sagen, daß dieses Volk zur nationalen Einheit gelangt ist, auch wenn es als solche von den Diplomaten nicht anerkannt



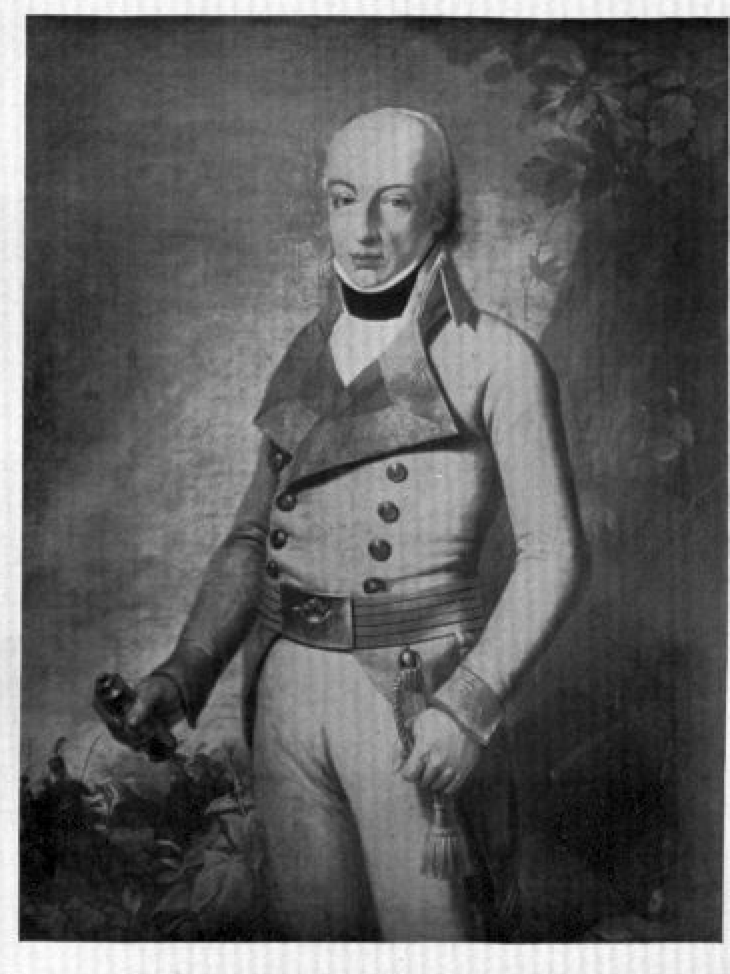
1848. Gefangene Piemontesen

ist, wenn davon nichts in den Verträgen steht und wenn es keine Verfassung dazu proklamiert. Die Nationalität eines Volkes ist eine Tatsache, die weder von Bajonetten noch Kanonen unterdrückt werden kann."

Während sich in Deutschland aber Preußen und Österreich die Waage halten und daher die „deutsche Frage" immer noch unter dem einen oder anderen dynastischen Vorzeichen aufgeworfen wird, erscheint in Italien von vornherein Österreich als der große grundsätzliche Gegner. Wenn hier von Bajonetten und Kanonen die Rede war, von denen die Nationalität des italienischen Volkes unterdrückt wurde, so waren dies eben die Kanonen und Bajonette Metternichs, des Erzfeindes jeder Revolution...

So schrieb Mazzini, der große Vordenker und Vorkämpfer der italienischen Einigung in seiner Abhandlung über Ungarn... „der Name Österreich bereite in Italien Schrecken. Die lange Unterdrückung und das zahllose Unrecht hatten den Haß in Abscheu verwandelt; Abscheu der Völker bedeute Schrecken. Die Masse weiche vor den Österreichern zurück, wie man im römischen Reich vor Goten und Hunnen zurückwich. Der Glaube an die Stärke Österreichs sei unbegründet. Man solle sich diesen gefürchteten Koloß aus der Nähe besehen, und man werde seine tönernen Füße bemerken. Die Teile, aus denen er sich

zusammensetzt, seien nicht einheitlich, deuten vielmehr darauf hin, daß er in jedem Augenblick zerfallen könne. In Österreich selbst ständen die Feinde Österreichs, unterdrückte Völkerschaften wie die Italiener, die auf Aufruhr sännen, erbittert über die erlittenen Demütigungen. Es handle sich nur darum, das Signal zum Aufstand zu geben, und Österreich werde zerfallen. Im neuen Europa sei für Österreich kein Platz. Es sei keine Nationalität, sondern bestehe auf Grund des bloßen Rechtes der Gewalt *."



Erzherzog Karl, der Sieger von Aspern

Italien hatte also vor Deutschland voraus, einen großen prinzipiellen Gegner zu besitzen, der als Prototyp des nationsfeindlichen Staatsbegriffs klar zu erkennen war. Dadurch war auch den italienischen Einigungsbestrebungen von vornherein das starke, richtungweisende Band eines gemeinsamen Widerstandes gegeben, in dem sich die politischen Gedanken und Kräfte viel leichter um ein greifbares Ziel kristallisieren konnten. Es war daher auch geschichtlich folgerichtig, wenn Mussolini in seiner großen Rede in Genua nach dem endgültigen Verschwinden des letzten Restchens jenes Österreichs, das der säkulare Gegenspieler der italienischen Nation gewesen war, die Manen Mazzinis beschwor.

Auch in der deutschen Nation war ein starkes völkisches Selbstbewußtsein erwacht und hatte sich in den Befreiungskriegen zur lodernden Flamme entzündet. Die staatliche Struktur des deutschen Raumes brachte es jedoch mit sich, daß die Jugend dieses Volkes, die mit einem Traum von künftiger deutscher Einheit und Größe gegen den Korsen zu Feld gezogen war, um die Früchte ihres Kampfes betrogen wurde. Neben den zahlreichen dynastischen Kleinstaaten waren hier in Preußen und Österreich eben zwei Mächte von europäischem Format vorhanden, die untereinander darum rangen, die Führung

* Nach Raschhofer: Der Volksbegriff im modernen Italien.



Proklamierung der Constitution am 15. März 1848

in einem künftigen deutschen Einheitsstaat zu erringen. Dazu trat, daß im Wiener Kongreß der österreichische Staatskanzler Metternich das führende Wort zu sprechen hatte, während sich die Ideen eines Freiherrn vom Stein noch nicht durchsetzen konnten. In diesen Verhandlungen erreichte nun Metternich, daß der gemeinsam errungene Sieg gegen Napoleon weniger als eine Befreiung von einer Hegemonie Frankreichs gewertet wurde, als vielmehr als eine Bezwingung der Ideenwelt der Französischen Revolution, aus der hervorgegangen man Napoleon betrachtete.

Es gelang Metternich, ein Bündnis der Reaktion gegen alle Kräfte der Revolution nationaler oder liberaler Ausprägung zu errichten. Diese Reaktion richtete sich nun in gleicher Weise gegen demokratische wie nationalstaatliche Forderungen. Die Dynastien sollten den Hort einer durch und durch konservativen Ordnung Europas bilden und zum gemeinsamen Kampf gegen die Revolution schlechthin innigst verbunden werden. In Metternichs Denken verwandelte sich also das nationale Einheitsstreben wieder zurück in den abstrakten Begriff der Volkssouveränität Rousseaus, der als der eigentliche Gegenbegriff der dynastischen und territorialen Ordnung des deutschen Raumes erschien. Diese doppelte Frontenstellung der Reaktion gegen völkischen Einheitswillen wie gegen demokratische Volksherrschaft hatte nun jene unselige Verquickung nationaler und liberaler Ideen zur Folge, die dann für das Revolutionsjahr 1848 so durchgehend charakteristisch war. Es setzte sich in den besten deutschen Köpfen der Gedanke fest, daß die nationale Einheit überhaupt nur auf dem Umweg über demokratische Institutionen erreichbar sei. Wenn die Dynastien als die Beherrscher deutscher Territorialstaaten die Bewahrung dieses Zustandes auf ihre Fahnen schrieben, so mußte sich notwendig ein nationaler Einheitswille gegen diese Dynastien richten, die so als der vorstechendste Widerstand gegen alle Einheitsbestrebungen erschienen. So geschah es, daß sich im weiteren Laufe der Entwicklung die demokratische Forderung nach einer Beteiligung des Volkes an der Regierung, nach einer Konstitution, unlösbar mit der Forderung nach nationaler Einheit verschwisterte.

Freilich lagen die Dinge im Gärungsprozeß des 19. Jahrhunderts bei weitem nicht

so schematisch einfach, wie sie hier dargestellt erscheinen. Das Ergebnis war vielmehr eine ungeheure Begriffsverwirrung, die dem Deutschen, dessen politisches Selbstbewußtsein gleichsam noch im kindlichen Entwicklungsalter stand, der von Natur aus zu verschwommenen Begriffsbildungen neigte, seinen Weg zur nationalen Einigung auf ein Jahrhundert erschwerte. Zeitigte doch diese doppelte Frontstellung jene unglückselige Erscheinung eines bürgerlich demokratischen Nationalliberalismus, in dessen Händen bis in die Zeit des tiefsten Niederbruches der deutschen Nation jede nationale Politik vorwiegend gelegen hatte.



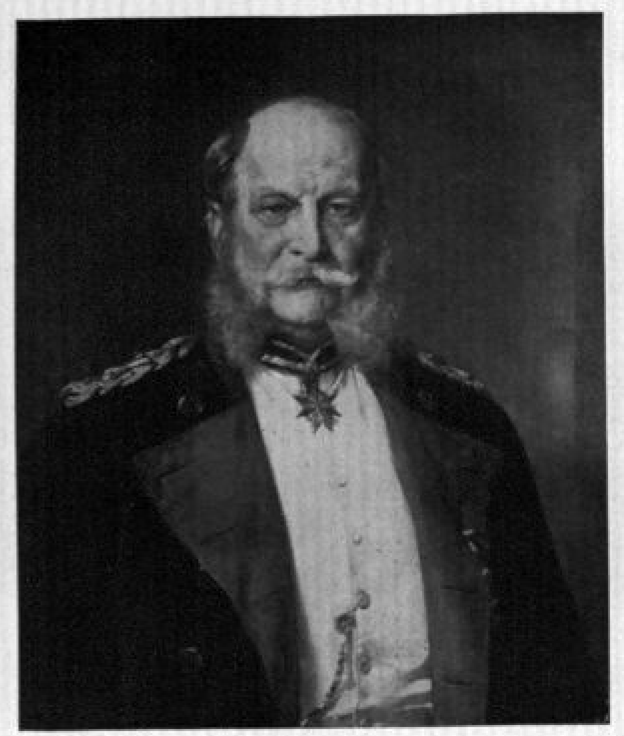
Freiherr v. Stein

Schon das erste deutsche Nationalparlament in der Frankfurter Paulskirche spiegelte in seinem ganzen Dasein und Wirken diese Verworrenheit und Zwiespältigkeit wider. In dem überreichlich fließenden Redestrom fluteten die verschiedensten Ideen wild durcheinander, um schließlich in unfruchtbarer Wirkungslosigkeit zu versanden. Die ideellen wie realpolitischen Grundlagen einer erst zu schaffenden deutschen Einheit wurden hier nach allen möglichen Gesichtspunkten erörtert, doch scheiterte schließlich aller gute Wille an der Unklarheit der Zielsetzung wie an dem unlösbaren Widerspiel zwischen Preußen und Österreich.

Die einzige Frucht dieser Tagungen war, daß sich in ihnen die verschiedenen möglichen Lösungen der „deutschen Frage" abzeichneten und dann als politische Richtungen weiterlebten. Kleindeutsch, Großdeutsch, Großösterreichisch hießen diese künftigen Entwicklungsmöglichkeiten.

Großösterreichisch: Errichtung eines deutschen Reiches unter der Führung Habsburgs einschließlich der nichtdeutschen Teile Österreichs. Ihr Vertreter nach 1848 war der tatkräftige Nachfolger Metternichs am Ballhausplatz in Wien, Fürst Felix von Schwarzenberg. Sie war auch der Traum des jungen Herrschers Franz Joseph. Von kirchlicher Seite verbanden sich mit dieser Lösung Hoffnungen auf die Rekatholisierung Norddeutschlands, auf die Wiederkehr der mittelalterlichen Reichsidee mit ihrem Papst-Kaiser-Verhältnis. Die realpolitische Möglichkeit dieser Lösung wurde bereits 1866 endgültig verschüttet. Als Hoffnung der Kirche aber sollte sie weiterleben

und in den Jahren der Dollfuß-Schuschnigg-Regierung groteske Urständ feiern.

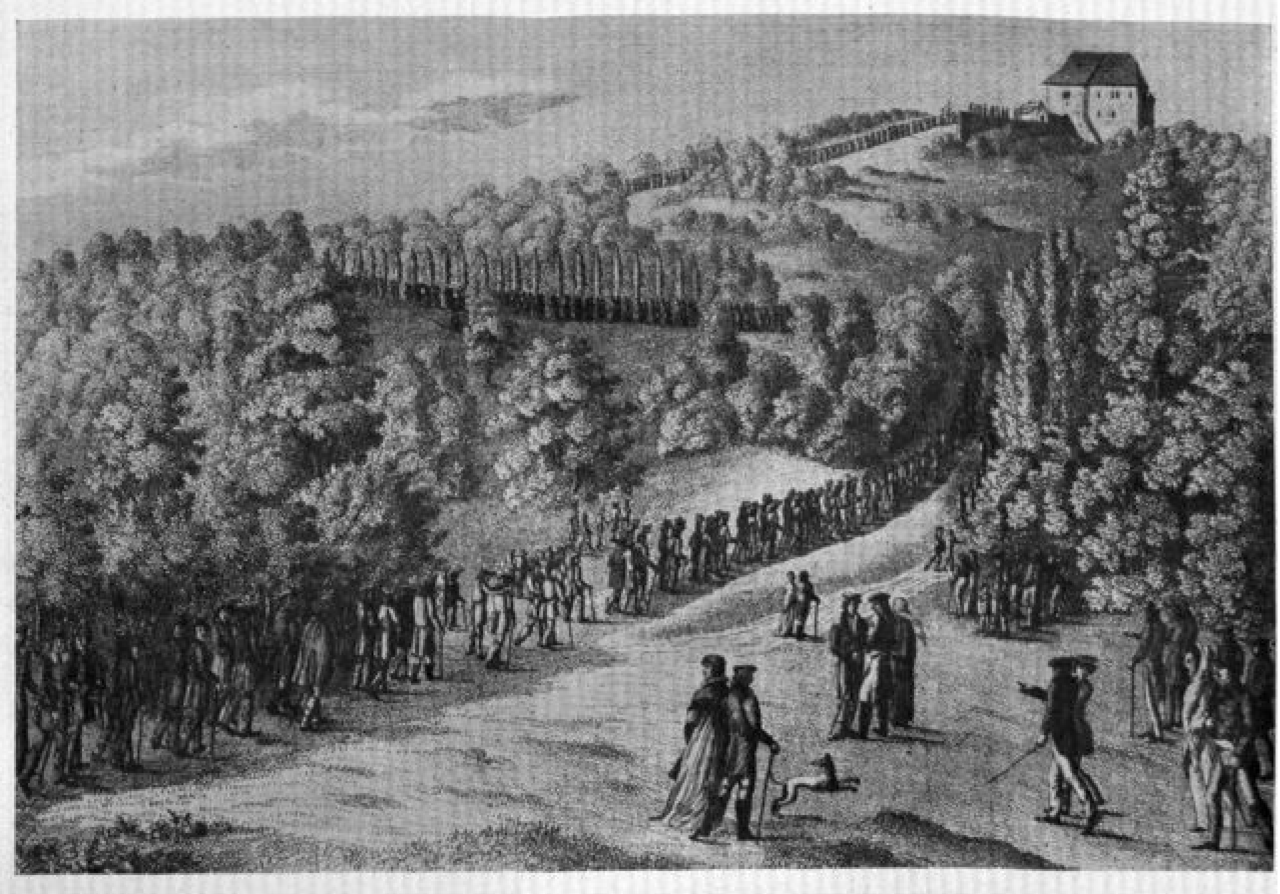


Kaiser Wilhelm I.

Kleindeutsch: Errichtung eines deutschen Staates unter preußischer Führung mit Ausschluß Gesamtösterreichs, also auch seiner deutschen Teile. Diese Lösung war vom Ratschluß der Geschichte bestimmt, unter der Führung Bismarcks Wirklichkeit zu werden. Im Reiche Bismarcks verkörperte sich, wenn auch ethnopolitisch unzulänglich, zum ersten Male ein straff geführter deutscher Staat, der wie nie vorher deutsche Macht ausstrahlte, dann aber in der wilhelminischen Ära sich veräußerlichte, um, innerlich unterhöhlt, in den Flammen des Weltkrieges zusammenzubrechen. Aber auch im tiefsten Niederbruch hatte der von Bismarck verwirklichte Einheitsgedanke noch so viel Kraft, die Erschütterungen und Zerstörungen eines verlorenen Krieges zu überdauern und die politische Plattform für den deutschen Staat der Gegenwart abzugeben.

Großdeutsch: Errichtung eines deutschen Staates mit Einschluß der deutschen Teile Österreichs. Dies wäre die Lösung gewesen, die einem wahren deutschen Nationalstaat am nächsten gekommen wäre. Sie mußte aber zwangsläufig an der Existenz Österreichs scheitern. Es gab einfach keine brauchbare Kompromißlösung zwischen großdeutscher Idee und den Daseinsbedingungen des österreichischen Kaiserstaates. Nicht nur die Führungsfrage blieb im unklaren. Vor allem hätte jede auch noch so lose Bindung der deutschen Teile in ein Sonderverhältnis zu einem deutschen Staat unabänderlich die Sprengung des österreichischen Saates, der ohnedies bereits in allen Fugen krachte, nach sich gezogen. Deshalb wurde auch in Österreich unter Großdeutsch meist auch Großösterreichisch verstanden, weil man sich hier vor klaren Trennungen scheute. Erst als im Weltkrieg dieser Staat zerbrach, konnte die echte großdeutsche Idee wieder in Wirklichkeitsnähe rücken. Noch einmal aber sollte die deutsche Einheit in den Schiedssprüchen der Pariser Vorortsverträge auf eine kurze Spanne Zeit verhindert werden.

So versandeten die nationalen Parolen in einem Prinzipienstreit über dynastisch-staatliche Ansprüche und Bedingungen. Dies war besonders für das Nationalbewußt-



Erstes Wartburgfest. Zeitgenössischer Stich

sein der Deutschen Österreichs lähmend und verwirrend. Schien doch aus ihrer Situation heraus die nationale Frage überhaupt unlösbar. Diejenige Lösung, die ihrem Herzen am nächsten gelegen wäre, die großdeutsche, brachte sie in einen unauflöslichen Widerspruch zu ihrem österreichischen Staatsbürgertum. In dieser Lage konnte die an sich noch junge nationale Idee nicht richtig zum Reifen kommen. Was hier durch den staatspolitischen Damm zurückgestaut wurde, das ergoß sich nun in das liberale Strombett. So wurden die Deutschen Österreichs schließlich die Wortführer im Kampf um eine Konstitution, und es ist bezeichnend, daß sich die größte deutsche Partei „Verfassungspartei" nannte. Von ihr wurden bis lange nach dem tiefen Einschnitt von 1866 die deutschen Geschicke geführt. Es wurde ihr nachträglich des öfteren zum Vorwurf gemacht, daß sie vor lauter Liberalismus auf den Nationalismus vergessen hätte. Dies ist auch sachlich gewiß richtig; stellt man jedoch die geistig-politische Situation in Rechnung, in der sie sich befand, dann ist dieses Urteil zumindest nicht ganz gerecht.

Es war eine Reihe von Trugschlüssen, denen die Deutschen Österreichs in dieser Zeit erlegen sind. Den ersten könnte man als eine Art josephinische Hypnose bezeichnen.

Während alle anderen Nationen der Monarchie aus der zentralistischen Unterdrückung heraus zu völkischer Eigenständigkeit strebten, glaubten sich die Deutschen im Vollgefühl ihrer kulturellen Überlegenheit so sicher in ihrer überlieferten Vorherrschaft, daß sie in einem gewissen Sinne blind waren für die slawisch-madjarische Bedrohung ihrer machtpolitischen Position im Staate.

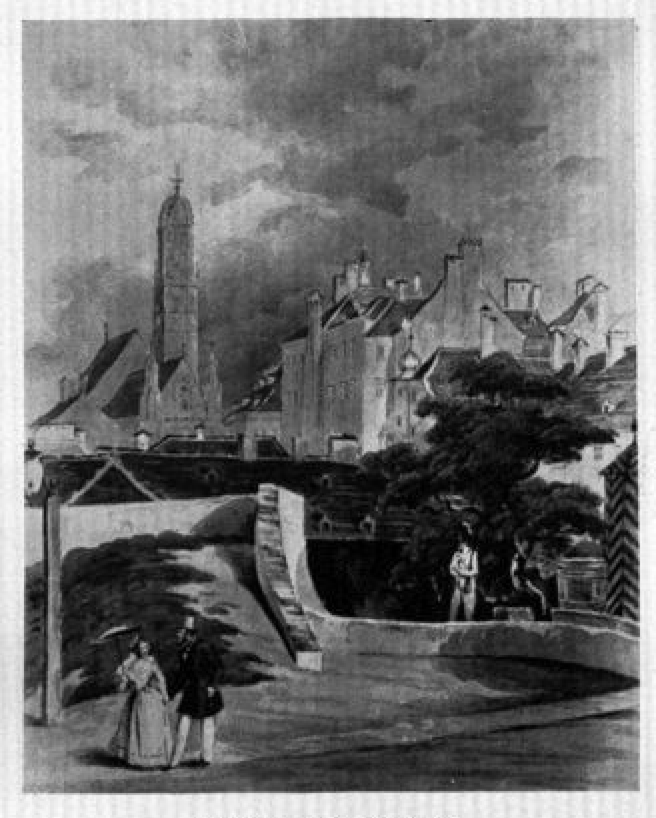
Der zweite Trugschluß bezog sich auf die Haltung der Dynastie. Man glaubte allzulange, ihr die Treue halten zu können, weil man auch hier in Rückerinnerung an Joseph II. im Hause Habsburg an sich eine genügende Gewähr für die deutsche Führung des Staates erblicken zu können glaubte. Dabei übersah man vollkommen die Fragwürdigkeit dieser Deutschheit, übersah, wie der Kaiser von Österreich immer mehr dazu neigte, sich auf die Mehrheit seiner slawischen Untertanen zu stützen, denn auf die deutschen Traditionen.

Der dritte Trugschluß war der verhängnisvollste. Indem man liberal-demokratische Ziele verfolgte, schuf man ja gerade die Voraussetzung dafür, der nichtdeutschen Bevölkerungsmehrheit im Staate Österreich die Wege zu stärkerer politischer Wirksamkeit zu eröffnen. Man kämpfte für ein allgemeines Wahlrecht und war sich scheinbar dabei gar nicht im klaren, daß damit die zahlenmäßige Mehrheit der nichtdeutschen Nationen politisch erst recht in die Waagschale fallen mußte, daß nach demokratischen Grundsätzen eine nationale Vorherrschaft in einem Vielvölkerstaat nicht zu rechtfertigen war, daß sich die Deutschen mit ihren liberalen Träumereien selbst das Wasser abgruben.

Gewiß waren dies drei Trugschlüsse lapidarster Art. Sie zu erkennen hätte es freilich eines politischen Weitblicks bedurft, der wohl uns Nachfahren heute unschwer möglich ist, den Zeitgenossen dieser verworrenen Entwicklung aber nicht ohne weiteres zugemutet werden konnte. So kam es, daß die Deutschen aus dieser ideologischen Verwirrung heraus Stellung um Stellung verloren. Sie verscherzten sich die Gunst des Kaiserhauses sowohl durch ihren doktrinären Liberalismus, wie durch die wohl unklaren, in ihrer inneren Tendenz aber doch notwendig österreichfeindlichen großdeutschen Gedankengänge. Sie verscherzten sich ihre beherrschende Stellung im Staate, in dem sie durch ihr Beispiel dem Slawentume nur den Weg bereiteten. Sie verloren den machtpolitischen Vorrang, weil sie ihn im Kulturellen allein genügend begründet glaubten.

Ihre besondere Tragik aber bestand darin, daß sie sich aus ihrer überlieferten Stellung zum Staate als vorherrschend und damit auch am meisten verantwortlich fühlten. So sahen sie noch lange, als sich die anderen Nationen bereits zur Irredenta entwickelt hatten, in Österreich noch immer „ihren Staat". Während sich Slawen und Magyaren gegen deutsche Herrschaft und Bevormundung erhoben, blieben die Deutschen treue Staatsbürger. Sie waren gleichsam von allen in der Monarchie vereinigten Nationen die letzten Österreicher.

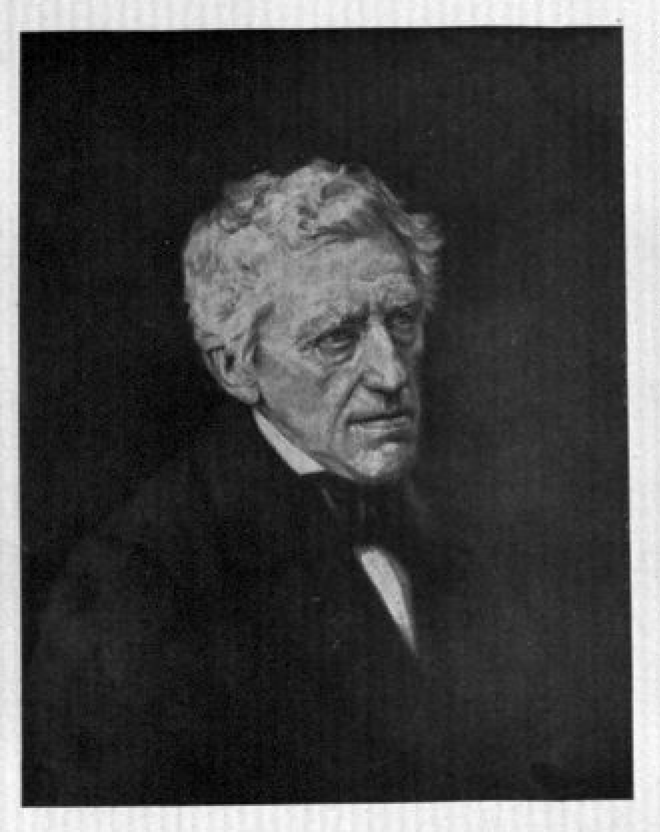
Nichts wäre nun verfehlter, als diesen Deutschen aus allen ihren Zwiespältigkeiten und Fehlentscheidungen aus einer gegenwartserfüllten Schau heraus etwa mangelndes Nationalgefühl vorzuwerfen. Staatsbürgerschaft und Volksbürgerschaft waren zu dieser Zeit eben Begriffe, die im ganzen deutschen Raum noch weit auseinanderklafften. Selbst ein Bismarck fühlte sich bei seinem Eintritt in die Politik zuerst als preußischer Patriot, dann erst als Deutscher. Es gab noch keinen deutschen Staat, und in allen Ländern hatte der dynastische Staatspatriotismus eine tief eingewurzelte Überlieferung. Ein Reichsdenken begann sich erst allmählich als dämmeriger Traum in den Herzen der Durchschnittsdeutschen zu erheben und war in dieser romantischen Umkleidung noch lange nicht verdichtet genug, um zu klaren Alternativen in der politischen Willensbildung zu führen. Diese Unklarheit war eine gemeindeutsche Erscheinung, und nur in wenigen Köpfen spiegelte sich die deutsche Zukunft in greifbareren Umrissen. Es wäre daher nur eine billige, von historischer Einfühlung nicht beschwerte Schulmeisterei, wollte man den Deutschen der Ostmark, ausgerüstet mit den Erfahrungen großer politischer Entscheidungen, heute vordozieren, wie sie es eigentlich hätten anstellen sollen. Sie haben ihre tragischen, aber entwicklungsgeschichtlich zwangsläufigen Irrtümer mit einem harten und schweren Schicksal bezahlen müssen. Daß sie dieses Schicksal aber mit einer unerschütterlichen Zähigkeit gemeistert haben, wiegt allein vor dem Urteil der deutschen Nation.



Alt-Wien. Schottenbastei

Ihr Österreichertum war also nichts anderes als der in allen deutschen Staaten lebendige Staatspatriotismus. Nirgend anderswo aber brach der Zwiespalt zwischen staatlichen und völkischen Verpflichtungen so hemmungslos auf. Es schien in diesen Generationen eine Gestalt aus frühester Sage lebendig zu werden, die in einmaliger Symbolik dieses Schicksal vorweggenommen hat. Im Nibelungenlied, das gleichsam prophetisch von dem Zug der Deutschen in den Südosten kündet und damit die Ströme deutschen Blutes, die noch im Lande König Etzels versiegen sollten, vorwegnahm, findet sich auch der niederösterreichische Ort Pöchlarn (Bechelaren) bezeugt, in dem der Markgraf Rüdiger die

Nibelungen in treuer Blutsbrüderschaft empfing und geleitete. Dieser Rüdiger von Bechelaren aber stand auch in König Etzels Dienst, und aus dem Widerstreit von Diensteid und Blutsbrüderschaft heraus erwuchs ihm sein verzweifeltes Sterben vor dem brennenden Heunenpalast.



Franz Grillparzer

Klingt nicht etwas von diesem Zwiespalt in den Worten Grillparzers auf, wenn er nach Königgrätz 1867 auf seine Photographie „für das Album einer deutschen Fürstin" schrieb: „Als Deutscher ward ich geboren. Bin ich noch einer? Nur was ich Deutsches geschrieben, das nimmt mir Keiner." Grillparzers politische Haltung ist in den wesentlichen Zügen symptomatisch für das Österreichertum dieser Zeit. Auch er lebte aus der josephinischen Gedankenwelt, in dieser Vermischung von Aufklärung und germanischer Zentralisation, oder in der späteren Ausprägung, dem In- und Durcheinander von Nationalismus und Liberalismus. Er glaubte in der kulturellen Überlegenheit der Deutschen allein schon ein genügendes Mittel zu besitzen, die deutsche Vorherrschaft im Staate Österreich auf alle Zeiten zu sichern. Darum kämpfte er gegen Zensur und Geistesknebelung, um dieser kulturellen Überlegenheit als einzigen Garanten der Deutschheit Österreichs die reiche Entfaltung zu ermöglichen. Er formulierte diesen verhängnisvollen Trugschluß einmal ganz eindeutig, wenn er schrieb: „Die deutschen Provinzen werden durch ihren Zusammenhang mit dem gebildeten Deutschland eine solche Oberhand erhalten, daß alle diese slawischen und madjarischen Bestrebungen dagegen wie Seifenblasen zerplatzen werden. Ist Wien einmal der geistige Mittelpunkt der Monarchie, so wird es der politische sein und bleiben."

Zeigte an sich schon diese Haltung einen bedenklichen Mangel an Fähigkeit zu machtpolitischem Denken, so waren ihr gerade durch die Entscheidung von 1866 auch die Grundlagen entzogen. Es ist daher verständlich, daß um diese Zeit eine Reihe tief pessimistischer Stimmen zu verzeichnen sind.

„Wiederum, drohender denn je, ging das Gespenst des Zerfalls der Donaumonarchie am hellichten Tage umher. ‚Finis Austriae', klagte Anastasius Grün am 26. Juli.

„Wer wie ich, seit er patriotisch zu fühlen und zu denken begann, ein großes, durch Freiheit geeinigtes, durch Kultur mächtiges, durch Wohlstand glückliches, durch Arbeit blühendes Österreich im Sinne und Herzen trug und dazu noch die Überzeugung, daß dieses hohe Ziel mit sehr einfachen, aber ehrlich angewandten Mitteln zu erreichen sei, der wird mit mir die ganze Bitterkeit und Trostlosigkeit des obigen Ausspruches fühlen. Und doch kann ich zu keiner anderen Anschauung gelangen. Nicht die Größe des Unglücks und der Schmach, die uns betroffen, sondern die tiefe Überzeugung von der Unverbesserlichkeit der Lenker unserer Staatsgeschicke ist es, die mir jene trostlose Überzeugung aufnötigt.' Man fragte: ‚Was unsere Regierung tun wird?' und antwortete mit blutigem Hohn: ‚Zerbrechen wir uns die Köpfe nicht, es fällt einem nicht gleich das Dümmste ein.' Der frühere Finanzminister Ignaz von Plener schrieb seinem Sohne: ‚Die Aussichten für die Zukunft Österreichs werden immer trüber ... Der Unverstand unserer Regierung, die noch immer wuchernde Sympathie für Papst, Kirche und pergamentenes Recht ... ist Österreichs Unglück.'" (Bibl.: Die Tragödie Österreichs.)

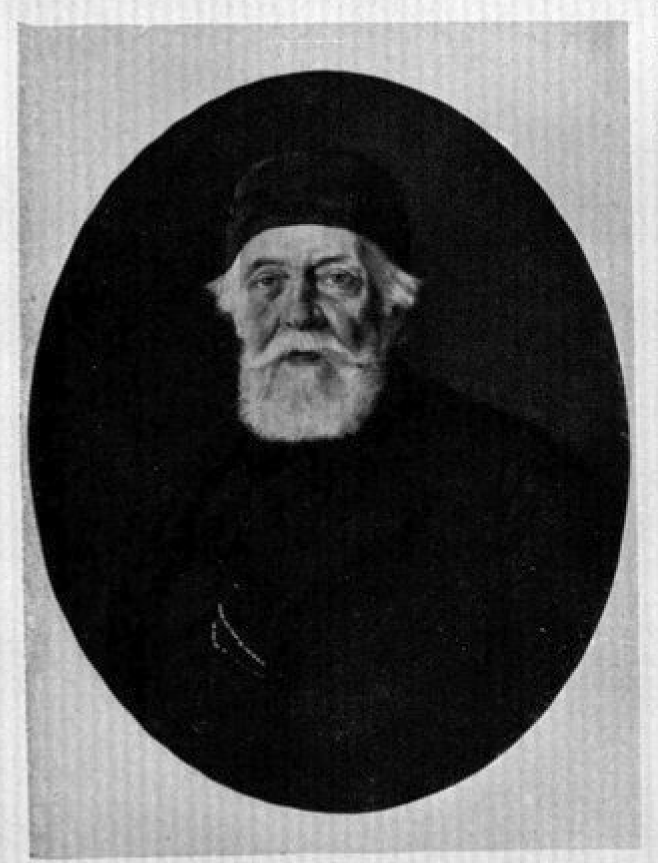


Graf Taaffe, der langjährige Ministerpräsident, der die Maxime vom „Fortwursteln" prägte

Zeichnet sich in solchen Äußerungen schon ein deutlicher Geltungsverlust des Herrscherhauses ab, so sollte es doch noch lange dauern, bis den Deutschen Österreichs die Habsburger in ihrer ganzen Verderblichkeit für ihre nationale Existenz klar werden sollten.

Dualismus

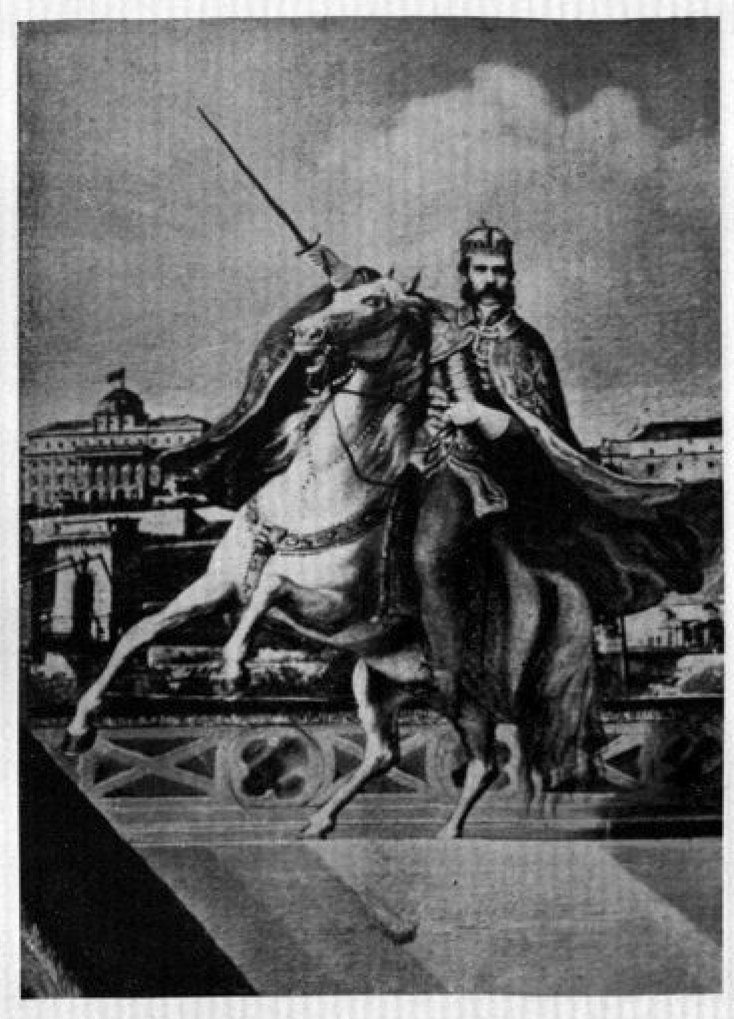
Die Abspaltung der Deutschen von ihrem völkischen Hinterland war nicht die einzige folgenschwere Auswirkung der Entscheidung von 1866. Das schon lange sehr schwierige Verhältnis der Krone zu Ungarn trat nun neuerdings in ein akutes Stadium. Es kam in den Wirren des ersten Nachkriegsjahres zu einem überhasteten und verhängnisvollen Ausgleich. Es war, als ob mit einem Schlage die gesamten Grundlagen dieses Staates verändert werden sollten. Diese Veränderung war freilich in letzter Linie weniger das Ergebnis einer bewußten Politik der Krone, als vielmehr ein überstürztes Nachgeben. Die Selbständigkeitsbestrebungen der Madjaren wurden ja nicht erst in dieser Stunde geboren. Sie hatten ihre lange Geschichte und bildeten in ihrer Gesamtheit auch nur ein Glied in der nationalen Problematik der Monarchie. Allerdings unterschied sich der ungarische Anspruch von anderen nationalen Bestrebungen grundsätzlich dadurch, daß er im Mythos der Stephanskrone ebenfalls eine Art übernationaler Reichsidee vertrat, die die Beherrschung fremder Nationen genau so in sich schloß wie die Staatsidee des Habsburgerreiches.



Der ungarische Revolutionär Kossuth

Der neue Ministerpräsident am Wiener Hofe, Freiherr von Beust, besaß allerdings für die ungarischen Selbständigkeits- und Herrschaftspläne ebensowenig Verständnis wie Interesse. War er ja seiner Herkunft nach schon ein Vertreter

jener Revancherichtung, der ja auch der Monarch ziemlich aufgeschlossen war. Seine Klinge mit Bismarck zu kreuzen, schien ihm das vordringlichste Ziel zu sein, und so ist es auch erklärlich, daß die Ausgleichsverhandlungen mit den Ungarn in einer so überstürzten Art unter Dach und Fach gebracht wurden, daß diese Zugeständnisse erreichten, die sie sich in solchem Ausmaße gar nicht erwartet hatten.



Kaiser Franz Joseph auf dem Krönungshügel in Preßburg

Schon im Jahre 1849 hatte der ungarische Revolutionär Kossuth ein unabhängiges Ungarn ausgerufen, ja er erklärte sogar das Haus Habsburg als abgesetzt. Dieser Aufstand konnte erst nach langen Kämpfen und unter Beiziehung russischer Hilfe niedergeschlagen werden. Kossuth mußte ins Ausland fliehen, zahlreiche Todesurteile wurden exekutiert, aber das Unabhängigkeitsstreben der Ungarn konnte auch mit der ärgsten Brachialgewalt nicht zum Erlöschen gebracht werden. Nun nach der schweren Niederlage Österreichs gegen Preußen gärte es in Ungarn wieder bedenklich. Franz Joseph mußte daher darauf bedacht sein, die schon vor dem Kriege begonnenen Verhandlungen mit Ungarn zum Abschluß zu bringen. Nicht nur um der Gefahr einer gewaltsamen Lostrennung Ungarns zu begegnen, schien dies geboten, sondern um überhaupt im Innern des Staates eine nun erst recht notwendig gewordene Konsolidierung herbeizuführen. Ohne innere Ordnung konnte ja kaum an eine „Rache für Sadowa" gedacht werden. Aber an eine solche dachte man am Wiener Hofe.

Der Führer der Ungarn, Franz Deak, wußte die Situation sehr geschickt und energisch auszunützen. So war das Ergebnis dieser Verhandlungen nicht mehr und nicht weniger als die Verwandlung Österreichs in eine Doppelmonarchie. Damals erhielt das österreichische Staatsgefüge jene Gestalt und Form, in der es uns heute noch



Graf Julius Andrassy

in Erinnerung ist und in der Österreich in den Weltkrieg trat, in dem es dann endgültig auseinanderfiel. An Stelle eines zentral regierten Einheitsstaates traten nun zwei bis auf wenige Gemeinsamkeiten vollständig getrennte Staaten: das Königreich Ungarn und „die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“, oder wie man diese zwei Teile auch zu bezeichnen pflegte: Transleithanien und Zisleithanien (jenseits und diesseits der Leitha).

Das, was die beiden Reiche noch miteinander verband, war, an den zentralistischen Traditionen Habsburgs gemessen, denkbar gering. An erster Stelle stand die gemeinsame Person des Herrschers. Franz Joseph vereinigte nun auf sich die Würde eines Kaisers von Österreich und eines Königs von Ungarn. So entstand auch jene uns heute noch geläufige Formel: k. u. k. (kaiserlich und königlich). Die k. u. k. Armee unter der Führung des obersten Kriegsherrn bildete die zweite wesentliche Gemeinsamkeit. Ebenfalls gemeinsam blieb die Außenpolitik, die nun in entscheidenden Abschnitten von ungarischen Politikern geführt wird. Die hervorstechendste Persönlichkeit unter ihnen war zweifellos der begabte Graf Andrassy, der besonders in der künftigen Bündnispolitik mit dem Deutschen Reiche eine gewichtige Rolle spielen sollte. Die vierte gemeinsame Angelegenheit war das Finanzwesen. Hier kam allerdings der „Ausgleich“ zu recht sonderbaren Schlüssen und Ergebnissen. Man teilte die gemeinsamen Ausgaben für den Staatshaushalt nach dem Schlüssel 3 : 7 auf. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es die Ungarn waren, die nur 30 Prozent, und daß es die österreichische Reichshälfte war, die volle 70 Prozent für die gemeinsamen Auslagen beizubringen hatte.

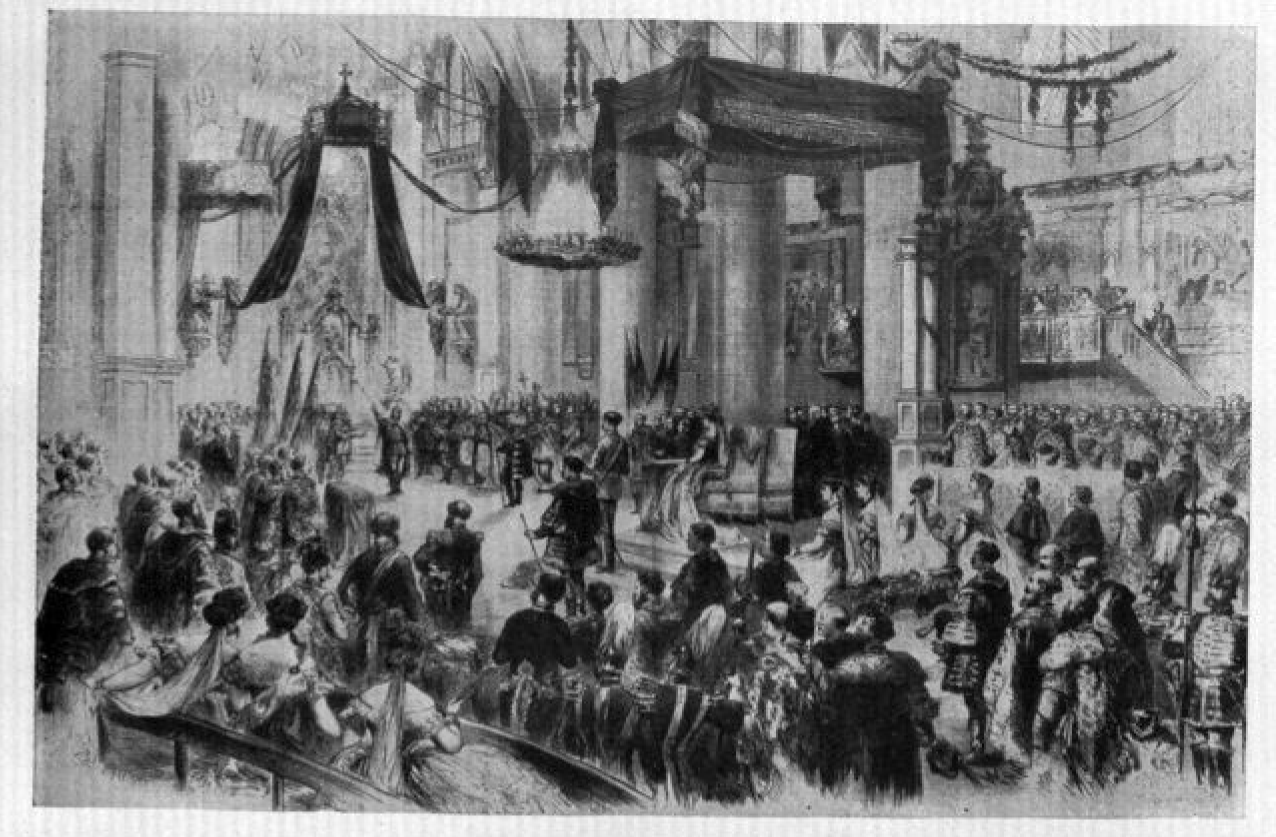
Territorial erhielt Ungarn die Länder Kroatien und Slawonien, Siebenbürgen und das Banat. Damit aber wurde im Königreich Ungarn kein ungarischer Nationalstaat, sondern ein neuer Vielvölkerstaat geschaffen, der bald von den gleichen Problemen heimgesucht werden sollte, an denen die Gesamtmonarchie so hoffnungslos krank darnieder-

lag. Die Ungarn begannen nun ein zentralistisches Regiment aufzurichten und rücksichtslos zu madjarisieren, ärger und brutaler als jemals im ganzen Südosten germanisiert wurde. Daß darunter die Deutschen, die in zahlreichen Sprachinseln verstreut waren, am meisten zu leiden hatten, war eine besondere Tragik dieser Entwicklung. Durch diese imperialistische Nationalitätenpolitik Ungarns wurden aber die Schwächepunkte der Gesamtmonarchie nur noch vermehrt. So wurde durch sie das Akutwerden der südslawischen Frage beschleunigt, wurden neue Brandherde und Bruchstellen geschaffen. Vor allem aber wirkten die an Ungarn gemachten Zugeständnisse für die anderen Nationen gleichsam als Präjudiz. Was den Ungarn recht war, das schien den Tschechen billig. Der ungarische Mythos der Stephanskrone wirkte in Prag stark nach und förderte den tschechischen Ehrgeiz, unter ähnlichen Voraussetzungen den Mythos der Wenzelskrone politisch zu realisieren. So konnte der Kampf um das sogenannte „böhmische Staatsrecht" durch die von den Ungarn erreichte Sonderstellung nur einen verhängnisvollen Auftrieb erfahren.



Kronprinz Rudolf in ungarischer Magnatentracht

So war der 1867 geschaffene Dualismus weit mehr als das Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen der Dynastie als dem Träger des österreichischen Staatsgedankens und der ungarischen Nation. Er bewirkte nicht nur durch seinen eigenen Vollzug, sondern auch durch sein Beispiel eine Verstärkung aller zentrifugalen Kräfte der Monarchie. Waren doch die Madjarisierungsbestrebungen nichts anderes als die Übersetzung der verhaßten österreichischen Unterdrückungsmethoden ins Ungarische. Was immer aber hier Ungarn sündigte, das mußte Österreich bezahlen. So ist auch der Dualismus nur



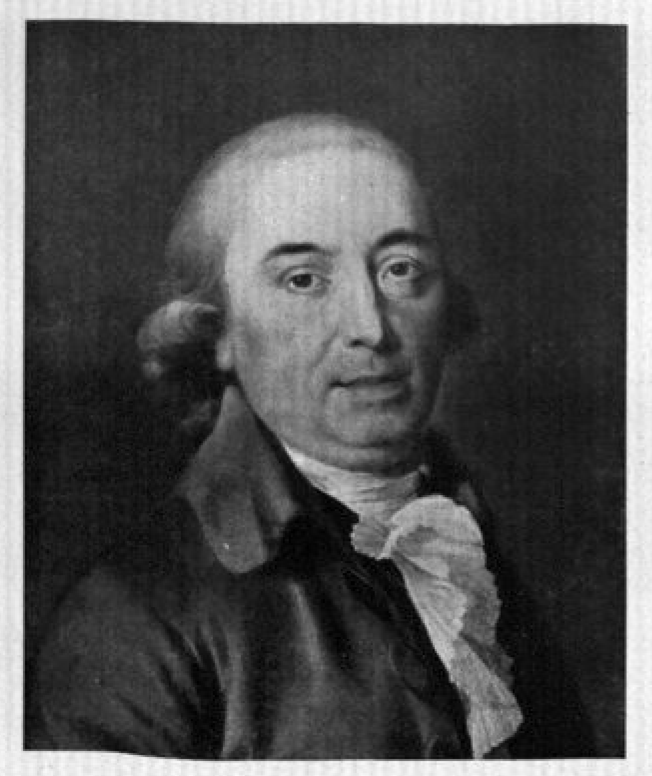
Kaiser Franz Joseph bei der Krönung zum König von Ungarn. 1867

ein Symptom dafür, wie mit den Entscheidungen des Jahres 1866 einfach die Grundlagen des österreichischen Staates ins Wanken geraten mußten. Was schon vorher brüchig war, das klaffte nun erst recht auseinander.

Österreich und die Slawen

Die durch die Entscheidung von 1866 hervorgerufene Gleichgewichtsverschiebung der innerpolitischen Kräftelagerung der Monarchie konnte von den Slawen nur als nationaler Auftrieb empfunden werden. Auch die slawischen Probleme, schon lange gärend, traten nun in ein akutes Stadium. Schon allein die grundlegende Veränderung der Zahlenverhältnisse in der Staatsbevölkerung mußte ganz neue Beziehungen herstellen. Schon 1848 hatte der Tschechenführer Palacky eine Einladung in das Frankfurter Parlament zurückgewiesen und diese Ablehnung mit seinem berühmt gewordenen Bekenntnis für Österreich begründet. Mit diesem Bekenntnis aber hatte die Stunde des Austro-Slawismus geschlagen. Zu gleicher Zeit tagte in Prag ein Slawenkongreß, an dem auch der russische Umstürzler Bakunin teilnahm und sein panslawistisches Programm verfocht. Dagegen wandte sich damals Palacky und verkündete seinen Plan einer Vereinigung aller Slawen innerhalb der Monarchie. Ohne es offen auszusprechen, wurde naturgemäß in diesem Plane eine slawische Vorherrschaft in Österreich mitgedacht. Palackys Satz, daß Österreich, wenn es nicht schon bestünde, geschaffen werden müsse, trug durchaus slawisches Vorzeichen. Gerade deshalb wurde es in der Folgezeit so oft mißverstanden und mißbraucht, wenn immer man darin ein Bekenntnis zum österreichischen Staatsgedanken und zur Dynastie sehen wollte. Im Sinne des Österreichbekenntnisses Palackys war dieser Staat kein Selbstzweck, sondern nur eine Plattform, auf der sich die slawische Einigung am vielversprechendsten durchführen ließ, ohne unter russische Bevormundung zu kommen, wie es sich aus dem panslawistischen Gedanken ergeben hätte.

Welche Stärkung solche Pläne im neuen Österreich von 1866 erhalten mußten, liegt auf der Hand. Bis zu diesem Zeitpunkt stand ja der habsburgische Zentralismus doch noch immer unter deutschem Vorzeichen. Das Vorbild Josephs II. wirkte noch immer stark nach, die kulturelle Überlegenheit der Deutschen wurde als Unterpfand der Vorherrschaft betrachtet. Nun hatten sich aber gegenüber der Zeit Josephs II. so ziemlich alle Voraussetzungen einer deutsch-zentralistischen Staatsführung verändert. Rein zahlen-

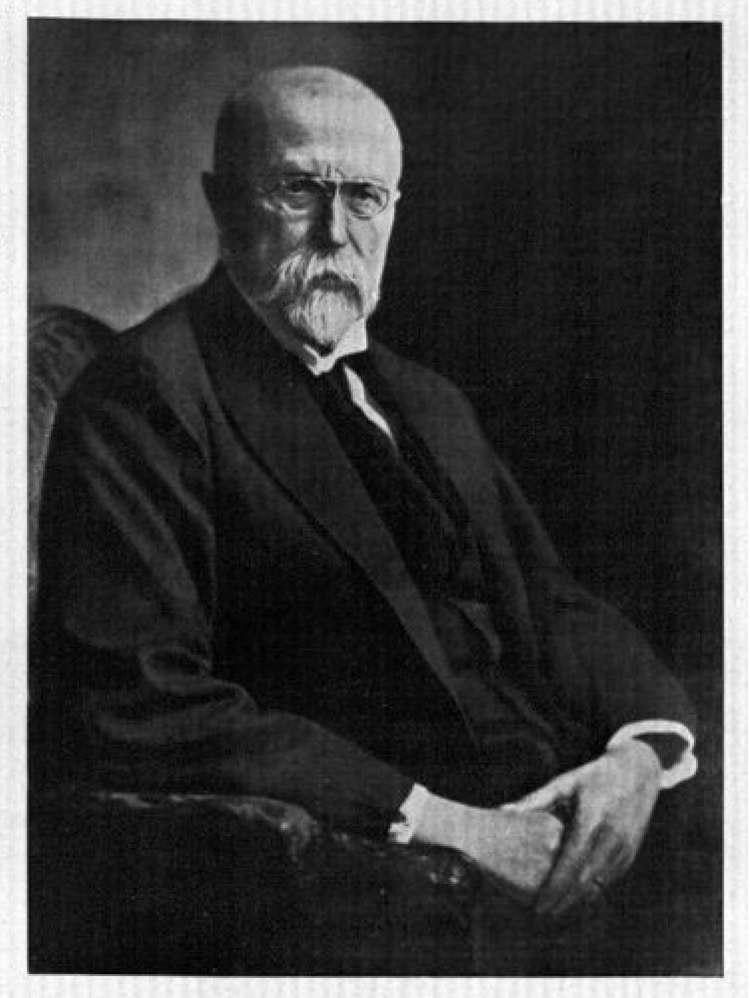

Johann Gottfried Herder

mäßig war die Überlegenheit der Deutschen in ihr Gegenteil verkehrt. Die kulturelle Überlegenheit allein konnte aber nur so lange auch machtpolitisch wirksam werden, als sich die Slawen noch in einem völkischen Dämmerzustand befanden. Mittlerweile aber war ihr nationales Selbstbewußtsein erwacht, sie strebten mit großer Stoßkraft und Eifer einem eigenständigen kulturellen Leben zu, das sich wohl dem Range nach mit dem deutschen noch nicht messen konnte, von seinen Trägern und Gestaltern aber dem Anspruche nach als gleichwertig empfunden wurde.

Es ist eine eigene Tragik, daß dieses slawische Erwachen aus dem halbdunklen, geschichtslosen Vegetieren in entscheidendem Ausmaße unter deutscher Führung erfolgt ist. Der Anstoß kam von dem großen Ahnherrn der deutschen Romantik J. G. Herder. Dieser seltene Mann besaß als einer der ersten seiner Zeit ein überaus feines Organ für das Geheimnis der nationalen Individualität, für das Volk als gewachsenen Organismus. Sein schwärmerischer Geist schweifte über alle Länder der Erde, um dieses Geheimnis des Volkes zu ergründen, zu schauen, wo immer es sich ihm darbot. So entstand auch in seiner Menschheitsgeschichte jenes Kapitel über die Slawen, in dem ihnen eine große Zukunft verheißen wird. Diese auch bei Herder noch dunkle und ungereifte Anschauung war gerade das rechte Element, von dem sich das gärende, erst im Keimen begriffene Nationalbewußtsein der Tschechen stark angesprochen fühlen mußte. Gleichzeitig wurde ihr nationales Anliegen von Herder in die Sphäre einer allgemeinen Humanität erhoben, wodurch sich eine starke Beziehung zum Zeitgeist und den demokratisch-liberalen Idealen der französischen Revolution ergab. Gleichzeitig aber stärkte sich auch bei den Tschechen die Erinnerung an die hussitische Nationaltradition. All diese Motive zusammen ergaben dann jenes typische Gemengsel eines schwärmerischen, verschwommenen Mythos von einer verheißungsvollen Zukunft, demokratisch-humanitärer Ideen und hussitischem Chauvinismus, das bis in die jüngste Vergangenheit für tschechisches Denken und Tun so charakteristisch geblieben war.

Die ersten Schritte zu einer völkischen Kultur tat das neu erwachende Tschechentum

mit der Wiedergewinnung der tschechischen Sprache. Gerade hier wurde deutsche Hilfe in reichstem Maße gewährt. Diese erste tschechische Literatur bestand fast durchwegs aus Übersetzungen aus dem reichen Schatze deutscher Dichtungen. An dem ausgereiften Schrifttum der deutschen Klassik gewann die tschechische Sprache ihre erste Formgebung, um sich freilich sehr bald von ihrem Lehrmeister abzuwenden und sich in einer Hybris von Nationalstolz einer eigenen, in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen literarischen Vergangenheit zuzuwenden. Gleich in den ersten Stadien kaum gewonnenen Nationalbewußtseins kam es zu jener für den tschechischen Nationalcharakter so aufschlußreichen Fälschung, die als „Königinhofer Handschrift" geradezu ein Begriff geworden ist. Man begnügte sich nicht mit der neuerrungenen Literaturfähigkeit, die neugewonnene Mündigkeit schlug sofort in eine maßlose Selbstherrlichkeit um. So erfand sich der Tscheche Wenzel Hanka eine alttschechische Literatur und gab eigene Dichtungen als Zeugnisse einer bereits in grauer Vorzeit vorhandenen slawischen Kulturhöhe aus. Diese Fälschung war allerdings so plump, daß gleich bei ihrem Auftauchen Zweifel auftraten. Trotzdem entstand ein wilder Gelehrtenstreit über dieses zweifelhafte literarische Denkmal, in den sogar Thomas Masaryk eingreifen und für die Entlarvung dieser naiven Roßtäuscherei eintreten mußte. Aber auch das hinderte die Tschechen nicht daran, diese „Königinhofer Handschrift" bis in die Gegenwart als eine Art Nationalheiligtum aufzubewahren und zu verehren.



Präsident Masaryk

Dieses jähe Erwachen eines tschechischen Nationalbewußtseins trat mit ungeheurer Wucht in Erscheinung und mußte gerade nach 1866 besonders schwer ins Gewicht fallen. Es kam zu einem fortgesetzten Kleinkrieg innerhalb der Monarchie, in dem es den Tschechen gelang, Position um Position zu gewinnen. Die Tschechen waren zweifellos

die aktivste Kraft neben den Ungarn unter den nichtdeutschen Nationen der Monarchie. Zwischen Tschechen, Ungarn und Deutschen spielte sich das entscheidende nationalpolitische Ringen ab. Erst nachträglich begann auch die südslawische Frage akut zu werden.

Die Südslawen waren aus ihrer ursprünglichen Heimat hinter den Karpaten in den Balkan gezogen. Hier bemühte sich die römische und byzantinische Kultur um dieses junge Volk und zerriß es in zwei Teile. Seit dem 9. Jahrh. erscheinen die Südslawen als Serben und Kroaten in der Geschichte. Durch Jahrhunderte gossen sich dann die Stürme der Türkenkriege über sie. Als der islamische Ansturm 1683 vor Wien zum Stillstand kam, gehörten in der Folge die Südslawen zwei Großmächten an, die beide ein übernationales Herrschaftsprinzip verkörperten, der Pforte und dem Habsburgerreich. Frühe traten die Südslawen in Opposition zu diesen Mächten und wurden schließlich jene völkische Kraft, an der sowohl die habsburgische wie die osmanische Herrschaft auf dem Balkan zerbrechen sollte.

Als Rußland sich am Schwarzen Meer und seinen Ausfallsstraßen zu interessieren begann, kommt ein auflockerndes Element in die Spannung am Balkan. Rußland unterstützte abwechselnd das Freiheitsstreben der Südslawen oder den Herrschaftswillen der Pforte, wie es die jeweilige Situation günstig erscheinen ließ. Seit den Siegen Prinz Eugens war Österreich mit seinem Herrschaftsbereich weit in den Balkan vorgedrungen. Im Hin und Her der Großmachtspolitik ließ es aber seine Aufgabe im Südosten ungelöst. Als sich 1804 die Südslawen gegen die Janitscharenherrschaft in Belgrad erhoben, hofften sie auf Unterstützung durch das katholische Wien gegen die „Ungläubigen". In der Wiener Hofburg hatte man zu dieser Zeit aber bereits den Blick für diese große Chance, die Südslawen in ihrer Gesamtheit dem habsburgischen Herrschaftsbereich einzugliedern, verloren. So konnte zwischen Habsburg und Pforte eine Keimzelle des heutigen jugoslawischen Staates entstehen, die nun mit wenigen Unterbrechungen in der Anlehnung an Rußland ihr außenpolitisches Rückgrat sah.

Von entscheidender Bedeutung wurde auch das durch Napoleon im Schönbrunner Frieden geschaffene illyrische Königreich. Der Illyrismus, die südslawische Einheitsidee bekam dadurch mächtigen inneren Auftrieb, wenn auch die äußere Form nach der Niederlage Napoleons in Rußland wieder zerbrach. Rußland setzte für die Serben ein gegen die Pforte garantiertes Autonomierecht durch und erzwang auch im Frieden von Adrianopel von der Türkei eine Anerkennung einer erblichen Dynastie.

So entstand in diesem russisch-türkischen Widerspiel ein selbständiges Serbien, das sich nun zum Kristallisationskern eines künftigen südslawischen Nationalstaates entwickeln sollte.

Kroaten und Slowenen blieben noch als ein Teil des ungarischen Königreiches unter habsburgischer Herrschaft. Dadurch ergab sich eine Zweiteilung der Aufgaben. Während die Serben die machtpolitischen Akteure wurden, führten die österreichischen Südslawen,

gestärkt durch einen jahrhundertelangen Abwehrkampf gegen die Madjarisierungsbestrebungen eines Budapester Zentralismus, das Wort der geistig-kulturellen Vereinheitlichung und Kräftigung des Nationalbewußtseins. Besonders die kurzlebige Staatsgründung Napoleons ließ eine illyrische Bewegung entstehen, die vor allem über die Sprachpflege und Kulturgeschichtsforschung eigenständige Wege ging und so dem Irredentismus der Südslawen die ideellen Grundlagen lieferte.



Erzherzog Franz Ferdinand mit Gattin. Sarajevo 1914

Als sich die Ungarn unter der Führung des Revolutionärs Kossuth gegen Wien erhoben, da waren die Kroaten unter dem Banus Jellacic an der Niederwerfung des Aufstandes ausschlaggebend beteiligt. Sie standen hier in einer Front mit den ungarischen Serben, wodurch das nationale Einheitsgefühl wieder neue Nahrung erhielt.

So blieb auch der Dank vom Hause Österreich aus, denn der junge Herrscher Franz Joseph verteidigte bereits seine rein legitime Staatsidee gegen alle völkischen Bestrebungen, der er bis in sein Greisenalter in starrer Haltung treu blieb.

Daß diese unzugängliche Dogmatik des Legitimitätsgedankens gegen die aufstrebenden nationalen Kräfte auf längere Sicht so oder so unterliegen müsse, erkannte der Thronfolger Franz Ferdinand. Er entwickelte verschiedene Pläne, die Lebensfrage der Monarchie zu lösen, eine föderative Ordnung nach nationalen Gesichtspunkten einzurichten, ohne dabei das gemeinsame Band des zentralistischen Staates aufgeben zu müssen. Gerade dadurch aber erschien er den nach dem südslawischen Einheitsstaat strebenden Kräften als der gefährlichste Feind. So kam es zu den Schüssen von Sarajevo. Sie führten zum offenen Konflikt mit Serbien. Der Weltkrieg begann.

Die Deutschnationale Bewegung

Wenn man die ungeheure Vielfalt der Forderungen, die auf das Deutschtum in der Monarchie einströmten, die Unübersschaubarkeit seiner Gesamtlage, das ständige Widerstreiten und Gegeneinanderwirken nationaler, staatlicher und konfessioneller Ideen überblickt, dann wird man wohl allmählich gewahr, wie vorsichtig und abwägend man abschließende Urteile zu fällen hat, will man nicht krasse Ungerechtigkeiten begehen. Man muß sich darüber klar sein, daß keinem anderen Stamme des deutschen Volkes eine dynastische Versuchung und Verführung, aus dem Gesamtverband der deutschen Nation herauszutreten, in solchem Ausmaße zuteil wurde. Weder Hohenzollern, noch Wittelsbacher, noch andere Dynastien im deutschen Raume hatten jemals von ihren Untertanen eine derartige nationale Selbstentäußerung gefordert wie Habsburg. Nur dann, wenn man diese besondere Lage des Deutschtums immer vor Augen hat, dann wird man auch erst den Kampf jenes Mannes und seiner Getreuen richtig würdigen können, der es unter den ungünstigsten Voraussetzungen gewagt hatte, ganz auf sich selbst gestellt, das teils verschüttete, teils irregeleitete Nationalbewußtsein eines großen Teiles der deutschen Österreicher wieder wachzurufen, ihnen ihre wahren Feinde in schonungsloser Offenheit aufzuzeigen und zu entlarven.



Georg Ritter v. Schönerer

Wohl ist dieser Mann, Georg Ritter von Schönerer, in seinen unmittelbaren Zielsetzungen gescheitert. Er erlag nach trotzigen und wahrhaft heroischen Kämpfen. Dieses Scheitern war aber nicht das Ergebnis mangelnder Tatkraft und Befähigung zur Politik großen Stils, sondern das Ergebnis einer bis ins letzte verworrenen geschichtlichen Lage, einer an sich mit den Mitteln dieser Zeit unlösbaren Aufgabe. Schönerer mußte so ziemlich gegen alles, was in der Monarchie Macht und Ansehen hatte, anstürmen. Daß er es tat und wie er es tat, bleibt sein unverlierbares und geschichtliches Verdienst, seine einmalige Leistung. Hier hatte die heimliche und offene Gefahr, von der der nationale Bestand dieses Deutschtums bedroht war, einen Mann hervorgebracht, der, wenn überhaupt jemand in dieser Zeit das Zeug dazu haben sollte, bestimmt war, dieser Gefahr zu begegnen und sie zu bannen. Wir messen das Gewicht einer geschichtlichen Leistung und Persönlichkeit nicht an ihrem äußeren und unmittelbaren Erfolg allein. Wir müßten sonst eine große Reihe bester und tatkräftigster Männer unserer Geschichte entwerten. Ein Ulrich von Hutten starb einsam und verfemt. Ein Freiherr vom Stein konnte sein großes Planen nur im geringen Maße verwirklichen, ein Nietzsche sank unerkannt in die Nacht des Wahnsinns, ein Andreas Hofer brach unter den Kugeln der Franzosen zusammen wie ein Späterer – Schlageter. Von allen aber nimmt die größere geschichtliche Schau den Fluch der Vergeblichkeit. So sehen wir auch heute in Schönerer und der von ihm geweckten und geführten alldeutschen Bewegung in Österreich nicht mehr einen Mann, dem der tagespolitische Erfolg versagt blieb, sondern finden vielmehr gerade heute seinen Glauben, aus dem sein ganzes unbeirrbares Handeln wie aus einer unerschöpflichen Quelle floß, im höchsten Sinne gerechtfertigt und erfüllt. Hat jemals ein Hoffen leuchtendere Erfüllung gefunden, war jemals ein Wort prophetischer als das, was Schönerer vom „Bismarck der Zukunft" sprach? Wenn wir heute in den vergilbten Bänden alldeutschen Schrifttums blättern, so muß uns nur zu oft ein geheimnisvolles Erstaunen überfallen vor dieser Vorausschau unserer Gegenwart, vor dieser hellsichtigen Vorwegnahme großer Parolen unserer Zeit. Es ist die Hellsichtigkeit, die den Menschen zuteil wird, wenn sie ihre tödliche Bedrohung sehen und erkennen. Gerade diese Bedrohung des Deutschtums in der Monarchie, die ja nicht offen am Tage lag, sondern aus dunklen Hintergründen



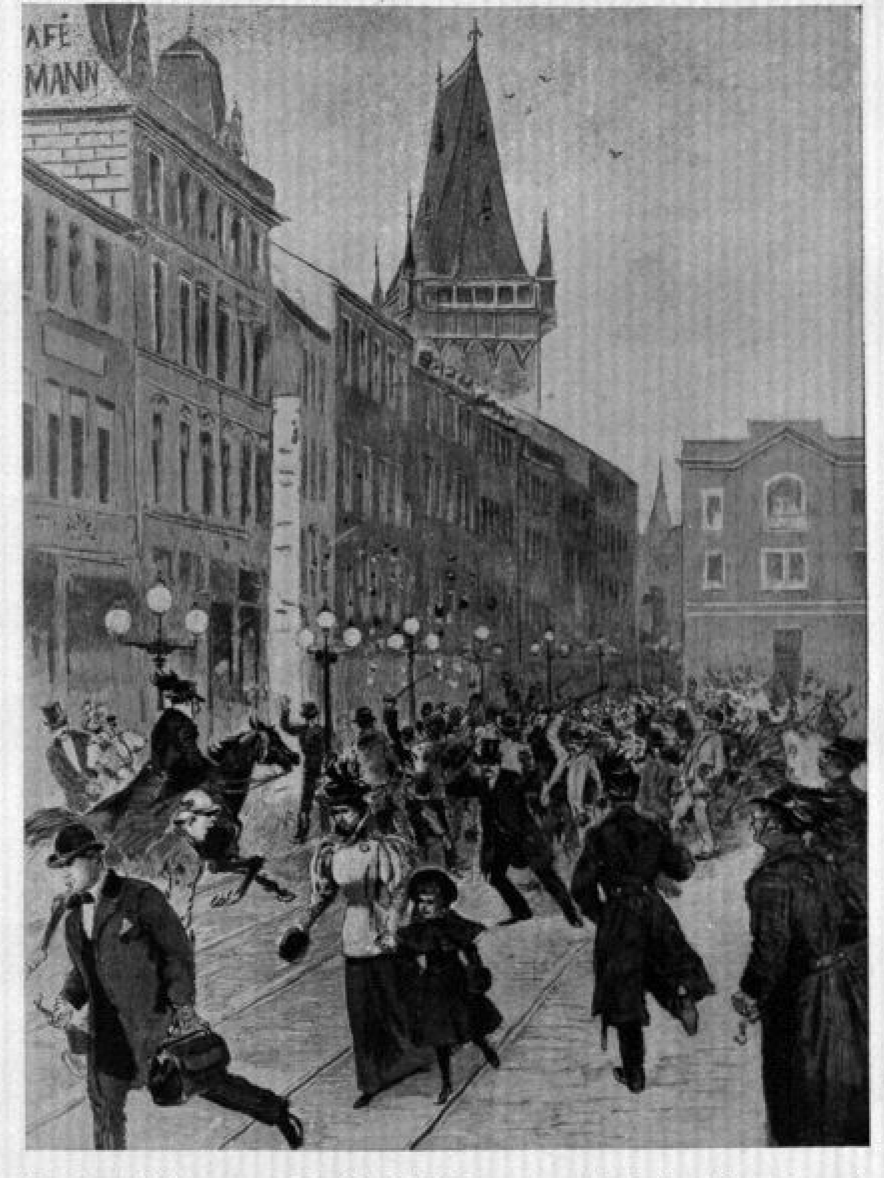
Das Wappen der Rothschild

aufstieg, vielfältig verkleidet, harmlos getarnt mit einschmeichelnden Sirenenklängen, – diese Gefahr zu erkennen und den weithin vernehmbaren Ruf des Warners ertönen zu lassen, das war die erste Großtat Schönerers. Vor seinen Augen tat sich nicht bloß die bedrohte Zukunft des Deutschtums der Monarchie auf, er sah das deutsche Schicksal in einer für seine Zeit wahrhaft imponierenden Gesamtschau, er erkannte das Deutschtum als Rasse- und Raumschicksal und erst in diesem weitgespannten Rahmen ordneten sich ihm auch die Fragen des österreichischen Deutschtums. Aus diesem weiten Blick erklärt sich auch seine scheinbare Ungeschicklichkeit in der tagespolitischen Taktik. Sein Blick für das Unabdingbare gestattete ihm keine Kompromisse, mochten sie noch so erfolgversprechend scheinen. Sein Glaube an die Größe deutscher Zukunft ließ alle kleinen Bedenken des Augenblicks weit hinter sich. Heute erkennen wir auch, daß für seine Zeit gerade dieses Aufrütteln der Geister, dieser Appell an das völkische Gewissen, dieses Verfechten eines unverfälschten Bekenntnisses zur eingeborenen Deutschheit, eben das war, was diese Zeit am nötigsten hatte.

Schönerers Ringen blieb immer ein Kampf der Gesinnung und konnte niemals bis zur politischen Macht einer organisierten Massenbewegung vorstoßen. War es aber nicht so, daß zuerst das Erdreich umgeackert werden mußte, um überhaupt den Samen einer großen völkischen Einheitsbewegung ausstreuen zu können? Wohl hat Schönerer auch die große nationale Bewegung erstrebt und vorausgedacht, es war ihm aber nicht beschieden, sie selbst herauf zu führen. So stellt uns die Deutung dieser einmaligen politischen Erscheinung immer wieder vor die letzten Fragen einer geschichtlichen Sinngebung. Die Geschichtswissenschaft hat hier noch viel unbestelltes Land zu roden. Denn erst von unserer Zeit aus vermögen wir ganz neue Einblicke in die Zeit Schönerers zu gewinnen. Erst wenn der große historische Hintergrund aufgehellt ist, wird auch die Voraussetzung für ein abschließendes Werturteil dieses Mannes und seiner unvergänglichen Leistungen gegeben sein. Die Forschung steht hier noch in den ersten Ansätzen, doch mehren sich bereits sichtlich die Versuche einer grundsätzlichen Neubewertung. Allerdings muß hier einer Gefahr besonders dringlich begegnet werden. Wenn wir heute in den Reden Schönerers und dem alldeutschen Schrifttum lesen und blättern, so finden wir darin so viel grundsätzliche Erkenntnisse, die uns so zur Selbstverständlichkeit geworden sind, daß sie uns in der Sprache der Vorkriegszeit manchmal fast banal erscheinen. Gerade deshalb bedarf es des historischen Blicks, um zu erkennen, was diese Grundsätze in der politischen Umwelt der österreichisch-ungarischen Monarchie einmal bedeutet hatten, wie verwegen, revolutionär und wie – anstößig sie einmal wirken mußten.

Schönerer kämpfte nicht bloß gegen einzelne Gegner, sondern gegen seine gesamte politische Umwelt, ja gegen seine Zeit schlechthin. Er führte diesen Kampf auf nichts gestützt als auf sich selbst und seinen Glauben. Es können hier nur die wichtigsten Schlachtfel-

der, auf denen sich dieser Kampf abgespielt hatte, kurz umschrieben werden. Schönerer war zwar nicht der Begründer des Rassenantisemitismus, er war es jedoch, der als erster diesen Begriff auf die Ebene aktiver und praktischer Politik hob, indem er nicht bloß die begriffliche Klärung dieser entscheidenden Frage des Jahrhunderts nachdrücklichst forderte, sondern auch zur bedingungslosen Richtschnur seines politischen Handelns nahm. Er ritt gegen alle Stellungen an, die das Judentum beherrschte und vermochte als erster mit einem bedingungslos antisemitischen Programm wirklichen Widerhall im Volke zu finden.



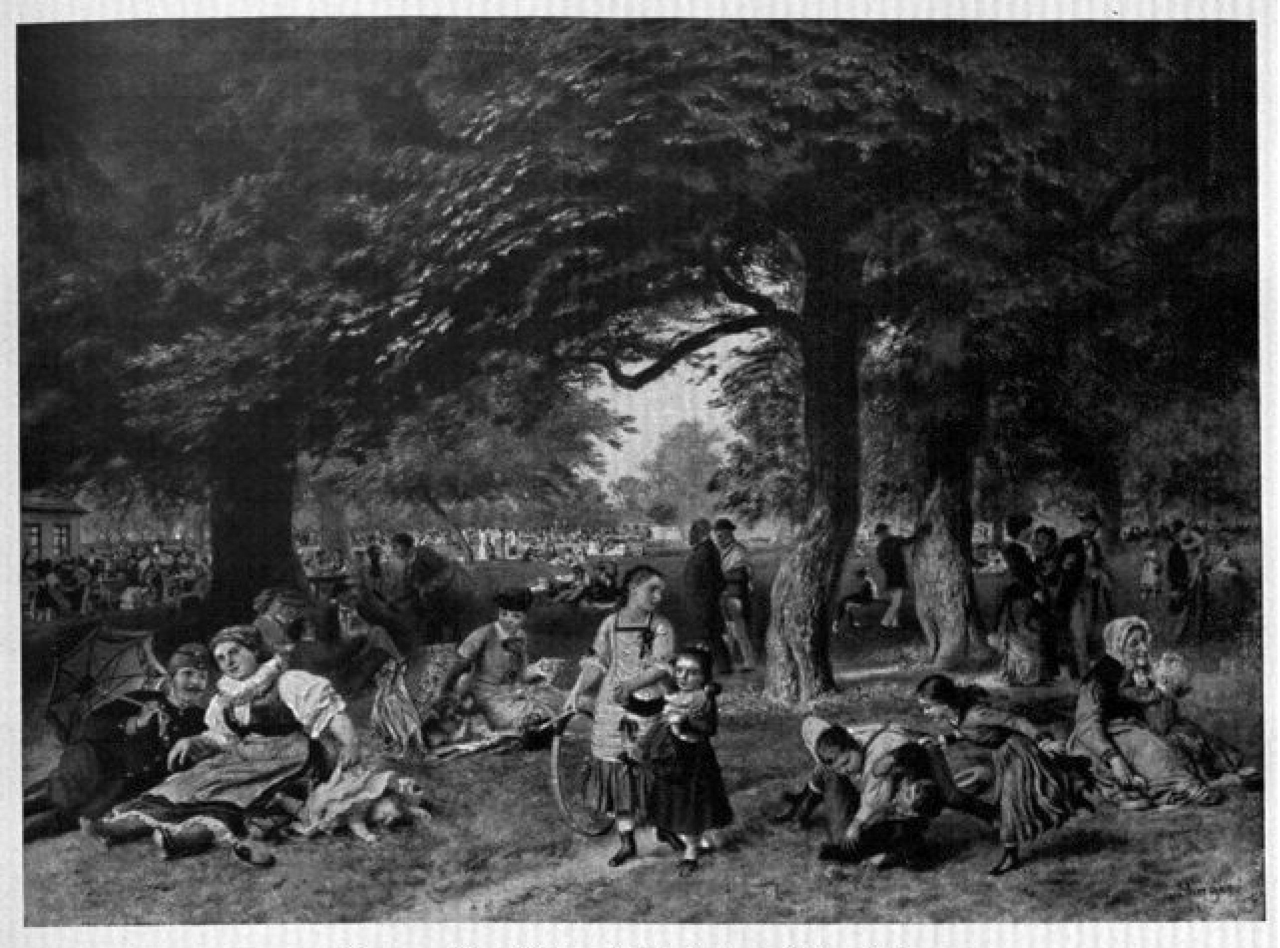
Unruhen in Prag. 1897. Deutsche Geschäfte werden mit Steinen beworfen und deutsche Einwohner beschimpft und verprügelt

Auf dieser Ebene erstritt er auch gleich in der ersten Periode seiner Laufbahn als Abgeordneter im Reichsrate seinen ersten großen Sieg. Schönerer ging sofort zum direkten Angriff auf eine Hauptstellung des Judentums über. Er wählte sich einen konkret gegebenen Gegner, das allmächtige Haus Rothschild, das seit Metternichs Zeiten als Geldgeber des Hauses Habsburg eine mit zahlreichen Privilegien ausgestattete Ausnahmestellung genoß. Eines dieser Privilegien war der Besitz und das Nutzrecht über die Nordbahn, aus der die „andere" Dynastie Österreichs durch Transport- und Tarifwucher beträchtliche Summen von Volksvermögen in ihre Tresors fließen ließ. Dieses

Privileg war seit 1836 in den Händen Rothschilds und sollte nun 1886 erneuert werden. Die Regierung war zur Verlängerung bereit, da sie ja auf die Gunst dieser Plutokraten angewiesen war. Hier griff aber nun Schönerer ein. Bevor noch die Regierung im Hause einen diesbezüglichen Antrag vorlegen konnte, erließ Schönerer anfangs 1884 einen Aufruf an die Bevölkerung, eine Petition auf Verstaatlichung der Nordbahn zu unterschreiben. Er hatte damit restlosen Erfolg. Als es zur Lesung der Vorlage kam, hielt er seine berühmt gewordene große Nordbahnrede, den äußeren Anlaß mit einer schlagenden Darlegung des grundsätzlichen Antisemitismus verbindend. So wies er schonungslos auf das eigentümliche Verhältnis von jüdischem Kapital und Presse hin, zeigte überhaupt das jüdische Prinzip der Bestechung auf, indem er auch die schwankende Haltung deutschliberaler Abgeordneter in einen Zusammenhang von Plutokratie und Parlament hineinstellte. Mit diesem zupackenden und schonungslosen Angriff fand er einen so ungeheuren Widerhall im Volke, daß es der Regierung und der Judenheit förmlich den Atem verschlug. Die Vorlage in ihrer ursprünglichen Fassung kam zu Fall und die Regierung mußte einen für Volk und Staat bedeutend günstiger formulierten Vertrag verwirklichen. Die „Neue Freie Presse" aber schrieb ganz konsterniert über diesen kühnen Angriff mit blanker Waffe: „Der Radikalismus hat die Führung übernommen, und niemand kann sagen, wohin wir noch geraten. Die Rechte und die Linke, sie beugten den Nacken vor Herrn von Schönerer."

Damit hatte sich Schönerer nicht bloß in den weitesten Kreisen des Volkes bekannt gemacht – seine Anhängerschaft schwoll sprunghaft an –, er war auch zum einzigen Träger einer aktivistischen deutschen Politik geworden, die damit ein nicht mehr hinwegzudenkender Faktor der politischen Struktur Österreichs geworden war. Allerdings hatte er sich auch den Haß aller Mächtigen im Lande zugezogen, der sich nun mit allen Mitteln der Verleumdung auf diesen einsamen und schutzlosen Mann ergoß, der es gewagt hatte, dem verpönten Antisemitismus eine politische Plattform zu bereiten. Wie sehr sich aber Schönerer bewußt war, hier weit über den tagespolitischen Kampf hinaus zu wirken, das bezeugt uns folgender Satz aus dem Jahre 1887: „Wir Deutschnationalen betrachten den Antisemitismus als einen Grundpfeiler des nationalen Gedankens, als Hauptförderungsmittel echt völkischer Gesinnung, somit als die größte Errungenschaft des 19. Jahrhunderts."

Aus solchen Worten dürfen wir mehr als eine tagesgebundene Programmatik hören. Hier spricht bereits aus dem Munde Schönerers künftige deutsche Geschichte. Das Bewußtsein, in einer überzeitlichen, die eigene Lebensspanne weit überschreitenden Aufgabe zu stehen, macht aber auch in Hinkunft immer das Gepräge dieses Mannes aus. Dieses Bewußtsein gab ihm auch die Kraft, mit wahrhaft ritterlicher Souveränität die ihm verhängte äußerliche Erfolglosigkeit innerlich immer wieder zu überwinden und mit



Szene aus dem Wiener Prater in den achtziger Jahren

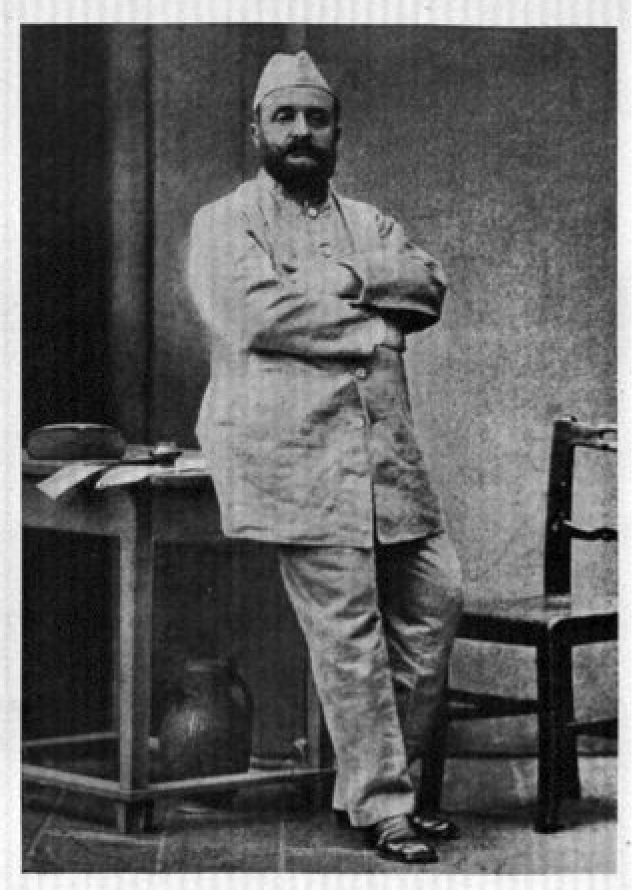
einer seltenen Spannkraft des Willens immer wieder zu überdauern. Was wiegt es dann noch, daß Schönerer den gemeinsamen Kabalen der Juden, des Wiener Hofes und eines klerikalen Hetzpriestertums unterliegen mußte. War es ein Wunder, daß es diesen Mächten gelingen mußte, viribus unitis den einsamen Streiter zur Strecke zu bringen? Als man sich seiner nicht mehr zu erwehren wußte, ergriff man die erste Gelegenheit, ihn unschädlich zu machen. Diese Gelegenheit selbst aber bleibt wieder nur ein besonderes Ruhmesblatt in der Lebensgeschichte Schönerers. Gerade hier tritt er uns entgegen als das, was er war, der unerschrockene Kämpfer, der keinen persönlichen Einsatz scheute, den ein loderndes Gefühl für deutsche Ehre ins Verderben riß.

Es war im März 1888. Der greise Kaiser Wilhelm I. lag im Sterben. Da flatterte am 8. März ein Extrablatt des „Neuen Wiener Tagblattes" durch die Straßen Wiens, das den Tod des Kaisers verkündete. Am Abend des gleichen Tages folgte ein zweites, das den Inhalt des ersten dementierte. Es war sofort klar, daß hier mit dem Sterben des deutschen Kaisers ein schmähliches Zeitungsgeschäft getrieben wurde. So

gestand die Wiener allgemeine Zeitung schamlos, daß sie innerhalb einer Stunde 88000 Stück Sonderausgaben verkauft hätte. Auch Schönerer zweifelte keinen Augenblick, daß hier wieder einmal jüdische Ehrfurchtslosigkeit aus den Gefühlen eines teilnehmenden Volkes Sensation und Profit schlug. Zornentbrannt zog er mit seinen Freunden auf die Redaktionsstube dieser abgefeimten Journaille und forderte Rechenschaft über dieses schamlose Spiel. Halb zynisch, halb feige gab man ihm Antwort. „Niederknien solltet ihr und Abbitte leisten!" rief Schönerer und verließ diesen schmählichen Ort. Anschließend kam es noch zu einer kleinen Keilerei zwischen einem Freunde Schönerers und Arbeitern der Druckerei. Das war alles. Aber es genügte, um Schönerer daraus den Strick drehen zu können. Mit wenig Worten ist es gesagt. Man erhob gegen Schönerer die Anklage wegen Hausfriedensbruch, Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit, gewaltsam bewaffneten Einfalles und gefährlicher Bedrohung. Das Abgeordnetenhaus bewilligte die Auslieferung – war doch damit eine passende Gelegenheit gegeben, dem Hofe Pfötchen zu reichen –, Schönerer wurde vor Gericht gestellt und verurteilt. Ergebnis: Vier Monate schwerer Kerker, Verlust des aktiven und passiven Wahlrechtes auf fünf Jahre und dauernder Verlust des Adels. Die Prozeßführung gegen Schönerer war nur dadurch gekennzeichnet, daß man Schönerer verurteilen wollte. „Höheren Orts" erfolgten zu diesem Behufe unmißverständliche Weisungen und Anregungen. Schönerers Haltung aber vor dem Gericht machte ihn selbst zum Ankläger eines durch und durch korrupten Systems. In seiner großen Verteidigungsrede faßte er noch einmal seinen Kampf gegen das Judentum groß zusammen und schloß mit dem bekanntgewordenen Satz: „Majestät, gebt frei das Volk vom Joch der Judenpresse!" Als der Staatsanwalt die ahnungslose Frage an ihn richtete, warum er sich überhaupt mit Politik abgäbe, da es ihm doch seine Vermögensverhältnisse gestatteten, ein friedliches Leben zu führen, gab Schönerer eine Antwort, die mit aller Gewalt aus den Akten dieses Prozesses heraussteigt mitten in unsere unmittelbare Gegenwart hinein: „Ich verwahre mich dagegen, daß ich deshalb, weil ich unabhängig bin, ein friedliches Leben führen und mich niemals um Volksinteressen kümmern sollte, und nur wie hundert andere, mit Glücksgütern Gesegnete mich um Jagden, Mätressen, Trunk, Spiel und ähnliches kümmern sollte. Gerade weil ich unabhängig bin, habe ich es stets seit meiner ersten Kandidatur im Jahre 1873 als meine Pflicht und Schuldigkeit betrachtet, für mein von der korrupten Judenpresse bedrängtes einheimisches Volk, jederzeit ohne Rücksicht auf meine Interessen, einzutreten. Selbstlos habe ich es getan und uneigennützig mit Aufopferung meiner Person, mit Aufopferung von Mitteln und Glücksgütern und ohne Rücksicht auf meine eigenen Interessen." Die Anteilnahme des Volkes an diesem Prozeß war ungeheuer. Es regnete förmlich Bittschriften, die um Strafnachsicht für Schönerer ansuchten. Doch das von vornherein feststehende Urteil trat in Kraft. Schönerer mußte die

Sträflingskleider anziehen, der österreichische Staat schloß die Kerkertüren hinter ihm.

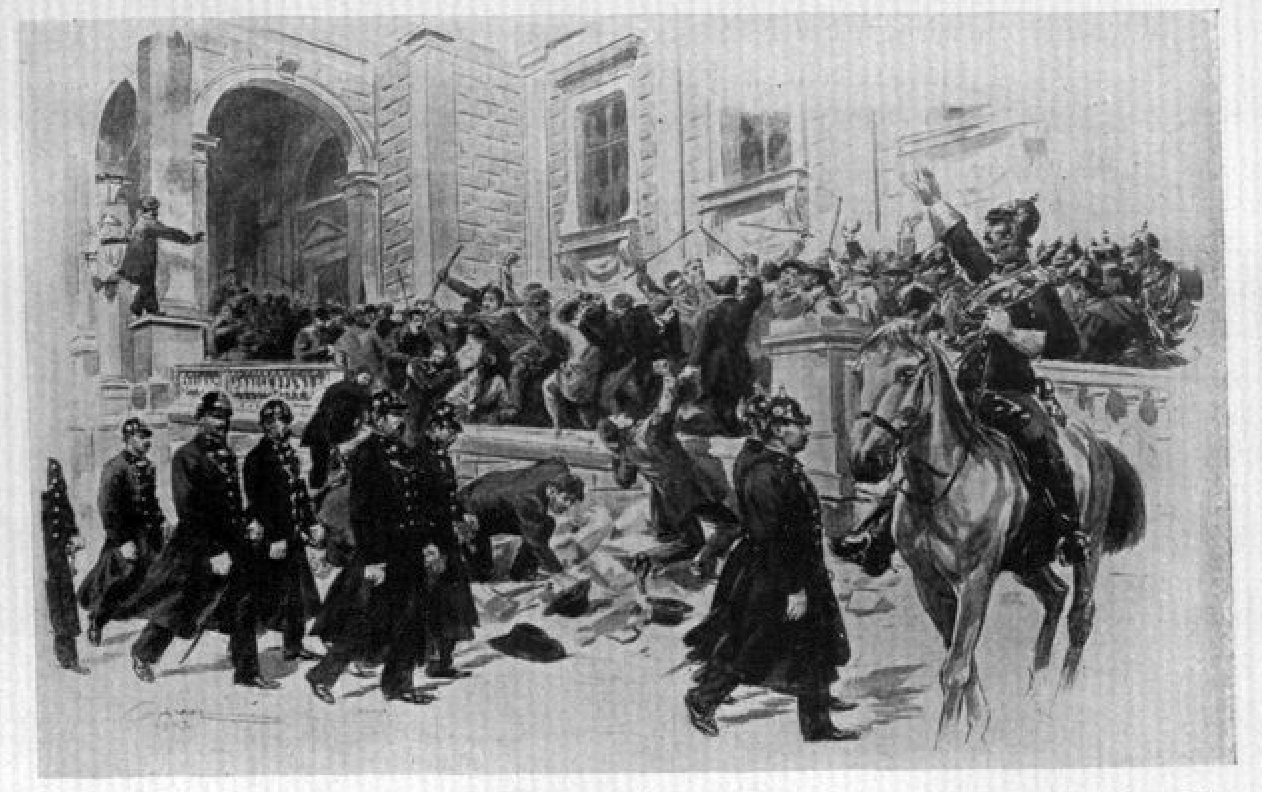
Hier an diesem Abschnitt des Lebens Schönerers hält man unwillkürlich eine Weile den Atem an. Finden sich hier nicht brüderliche Hände, die sich über Jahrzehnte und Kerkertüren hinweg berühren? Ein halbes Jahrhundert später ging das Anhaltelager Wöllersdorf in Flammen auf.



Georg Ritter v. Schönerer in der Haft

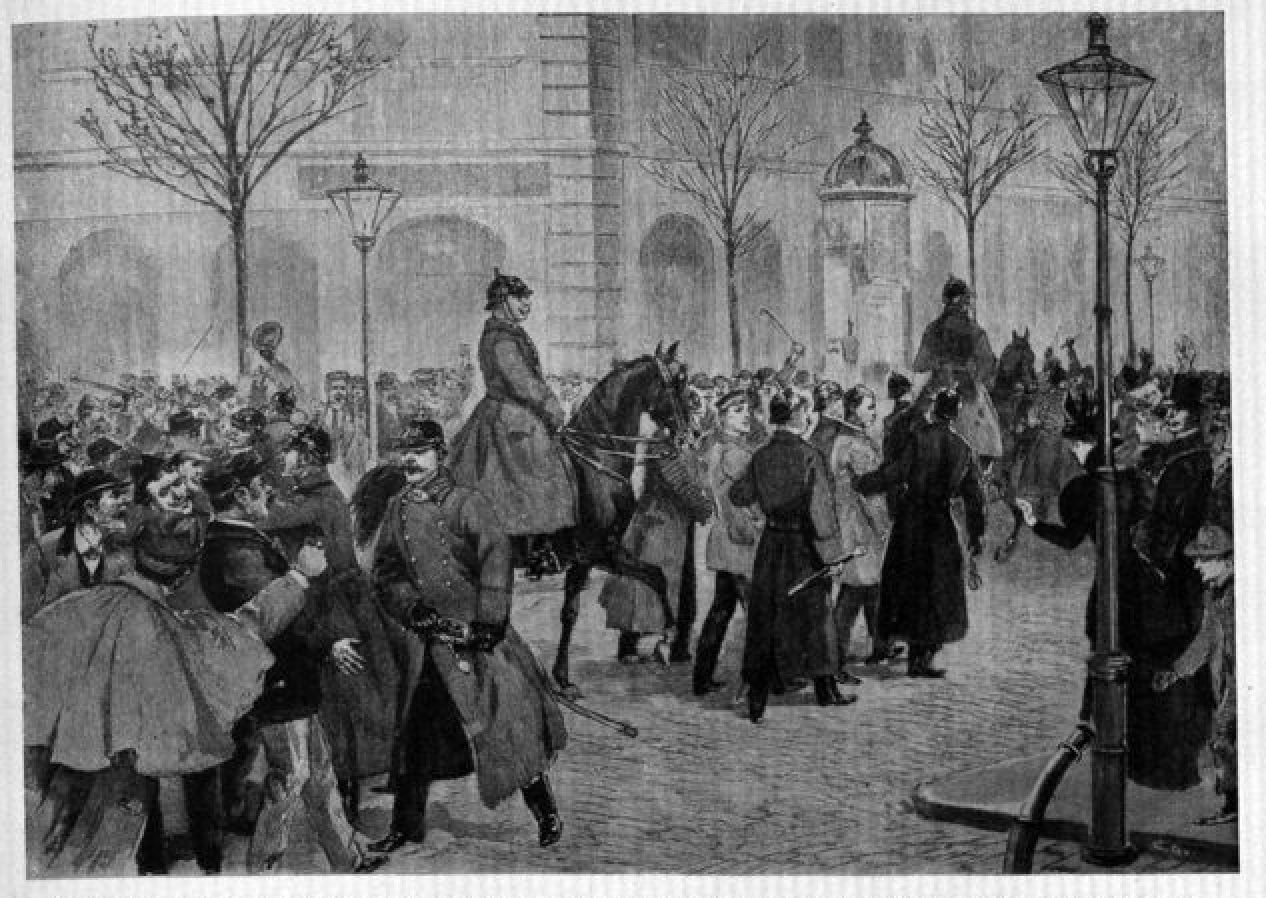
In diese erste Periode der politischen Laufbahn Schönerers fällt auch bereits die Bildung des sogenannten „Linzer Programms". Über seine Entstehungsgeschichte sieht man heute noch nicht restlos klar. Es ist aber in diesem Zusammenhange müßig, darüber langwierige Untersuchungen anzustellen, welche Männer und Kräfte daran mitgewirkt haben, wer für die tragenden Gedanken und ihre endgültige Formulierung verantwortlich ist. Die Autorenschaft lag wohl weniger bei einzelnen Männern, als vielmehr im Gebot der Stunde. Die Zeit selbst führte die Feder.

Schönerer aber war der Mann, der diesem Programm seine politische Geltung verschafft hat. Ohne ihn wäre es ein belangloses Stück Papier geblieben, so aber wurde es zur Magna Charta der alldeutschen Bewegung, wenn es auch in seinen einzelnen Abschnitten die ganze Problematik und die unlösbare Verknüpfung der widerstreitenden Lebensfragen der Monarchie und des Deutschtums widerspiegelt. Es mußte daher auch selbst an einem inneren Widerspruch leiden, da seine innere Tendenz notwendig gegenstaatlich war. Mußte ja bei der eigentümlichen Struktur der Monarchie der bloße Gedanke, das Deutschtum fester zusammenzufassen, schon an den Grundfesten des Staates rütteln. So verlangte Punkt 1, daß die Bindung der deutschen Bundesländer möglichst fest, die zu den nichtdeutschen Ländern möglichst locker zu gestalten sei. Von den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern sollten daher Dalmatien, Galizien und Bukowina eine Sonderstellung erhalten. Der verbleibende Teil einschließlich Böhmens und Mährens, der dann überwiegend deutsch gewesen wäre, sollte mit Ungarn nur mehr durch das Band der Personalunion verbunden bleiben. Man sieht



Studentendemonstrationen in Wien (5. November 1905). Deutschnationale Studenten drängen die nichtdeutschen von der Rampe der Universität

deutlich, wie hier die Auflockerung des dynastisch gebundenen Staatsverbandes in ihrer konsequenten Durchführung zum Zerfall führen mußte. Gerade solchen Tendenzen mußte aber die Dynastie den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Hier offenbarte sich auch die entscheidende Stärke Schönerers, die aber gleichzeitig die Schwäche seiner tagespolitischen Position wurde. Er wurde der Bahnbrecher der Erkenntnis, in welchem Maße die Dynastie Habsburg aufgehört hatte, sich gesamtdeutschem Volksschicksal verpflichtet zu fühlen. Schönerer öffnete den Deutschen die Augen für die immer offensichtlicher werdende Slawophilie am Wiener Hofe. Er stellte dem völkisch neutralen Staatspatriotismus die nationale Idee gegenüber. Ja, er scheute nicht davor zurück, die Dynastie selbst anzugreifen, wenn es nötig war. Gerade diese entscheidende Seite seines Wirkens zählte zu den stärksten Eindrücken, die der Führer in seinen Wiener Lehrjahren gewann. Er charakterisierte die alldeutsche Bewegung mit folgenden Worten („Mein Kampf" S. 106): „Indem die Habsburger versuchten, mit allen Mitteln dem Deutschtum auf den Leib zu rücken, griff diese Partei das ‚erhabene Herrscherhaus' selber, und zwar rücksichtslos an. Sie hat zum ersten Male die Sonde an diesen faulen Staat gelegt und Hunderttausenden die Augen geöffnet. Es ist ihr Verdienst, den herrlichen Begriff



Studentendemonstrationen im November 1905. Deutschnationale Studenten werden von der Polizei abgeführt

der Vaterlandsliebe aus der Umarmung dieser traurigen Dynastie erlöst zu haben." – Einen wesentlichen Teil nehmen im Linzer Programm die „freiheitlichen" Forderungen ein. Hier wirkte sich auch bei Schönerer das Gedankengut des Liberalismus aus. Trotzdem muß hier sehr vorsichtig geurteilt werden. Der „Freisinn" Schönerers war schon längst nicht mehr ein doktrinärer Selbstwert, sondern jene echte Freiheitsgesinnung, die sich von nationaler Ebene aus gegen völkische Unterdrückung wendet. Daß hier der individualistische Freiheitsbegriff mit dem völkischen noch vielfach verschränkt war, ist nur ein natürlicher Niederschlag des allgemeinen Zeitgeistes. Man darf daher diese liberale Umkleidung des nationalen Gedankens auch bei Schönerer nicht zu hoch anschlagen. Wenn sich ein Mann weit über die Gesetze seiner Zeit erhoben hat, so war es gewiß Schönerer; wenn er zum Teil auch in ihr haften blieb, so kann daraus heute kein entwertender Vorwurf erhoben werden. Liberale Forderungen, wie Freiheit im Vereins- und Versammlungsrecht, in der Presse und Schule, richteten sich ja, soweit sie im alldeutschen Lager erhoben wurden, gegen die Knechtung durch eine deutschfeindliche Staatsgewalt.

Vorherrschend und in die Zukunft weisend ist auch der agrarpolitische Teil des Programms. Hier bleibt die Wirkung Schönerers immer nachhaltig und stark. Wenn es ihm versagt blieb, trotz einiger Ansätze und Versuche, die Arbeiterschaft für die nationale Idee zu gewinnen, so verdankt das österreichische Bauerntum einem Schönerer seine Erweckung zu nationalpolitischem Empfinden und Denken. Hier wurden starke Breschen in das klerikale Bevormundungssystem geschlagen, die der politische Katholizismus niemals mehr auffüllen konnte. Schönerer besaß ein umfangreiches, in praktischer Erfahrung erworbenes agrarpolitisches Wissen, das ihm auch seine ärgsten Gegner nicht bestreiten konnten. Dies war es aber nicht allein, was sein Wirken auf diesem Felde so bedeutsam macht. Schönerer besaß eine für seine Zeit seltene Schau für das Bauerntum als Lebensquelle des Volkes. Wenn daher im Linzer Programm die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes als eine wesentliche Grundlage des Staates bezeichnet wird, so werden damit in zeitgebundener Formulierung modernste Gedankengänge ausgesprochen. So verlangt etwa Abschnitt 10 des Linzer Programms das „Eingreifen des Staates zur Verhinderung der weiteren Überschuldung und Entwertung von Bauerngütern". In den Forderungen nach einer „Reform des bäuerlichen Erbrechts" wird vor allem die „Freiteilbarkeit der Güter" bekämpft und damit die Substanz des Erbhofgesetzes vorweggenommen.

So würde eine weitere Analyse dieses Programms zu ähnlichen Ergebnissen führen. Sei es nun, daß die Besteuerung der Börsengeschäfte, der Schutz der ehrlichen Arbeit gegenüber dem Großkapital oder die Alters- und Unfallversicherung gefordert wird.

Außenpolitisch gibt dieses Programm naturgemäß eine radikal deutsche Orientierung. Im Mittelpunkte steht das Bündnis mit Deutschland, das durch einen dauernden Staatsvertrag gesichert werden soll. Darüber hinaus wird die Schaffung eines gemeinsamen Zollgebietes mit dem Deutschen Reiche verlangt.

Ein solches Programm entbehrte von vornherein jener devoten Staatsklugheit, mit der sonst gemeinhin in Österreich Politik gemacht wurde. Es packte buchstäblich den Stier bei den Hörnern und ließ sich nicht ein Jota abdingen, weder durch Drohungen noch durch taktische Erwägungen.

Durch seine Verurteilung wurde Schönerer auf volle fünf Jahre vom öffentlichen politischen Wirken ausgeschieden. Damit war aber auch gleichzeitig die von ihm ins Leben gerufene politische Bewegung führerlos geworden. Der Wiener Hof hatte scheinbar erreicht, was er ja mit der Verurteilung Schönerers erreichen wollte. In diesem Interregnum wurde tatsächlich die Schönererpartei zu Boden gezwungen. Sie zerfiel, spaltete sich auf; die Lauen und Halben schlossen faule Kompromisse, die Vorsichtigen distanzierten sich; Egoismus, Eitelkeit und persönliche Erfolgsucht verzehrten das kostbare Erbe. Schönerer schien endgültig besiegt.

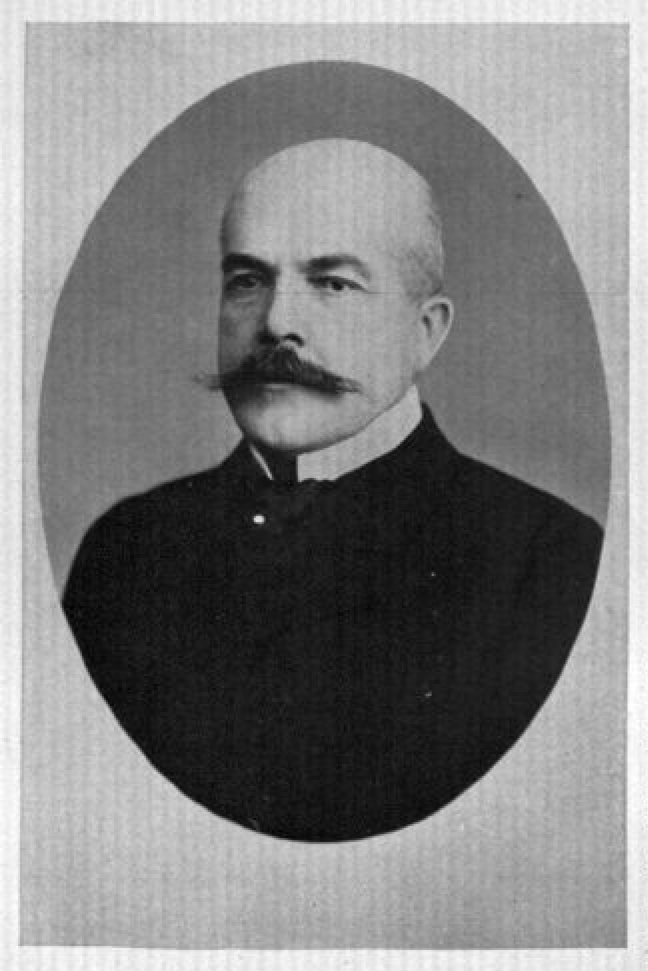
Dazu kam, daß in Dr. Lueger eine neue starke Persönlichkeit auf den Plan trat, die es verstand, die Saat Schönerers in den eigenen Scheunen zu bergen. Lueger war der echte Widerpart Schönerers. Schönerers Schwäche war seine Stärke, Schönerers Stärke seine Schwäche. Schönerer hatte wohl den Willen zu einer großen Partei und die Einsicht für die Notwendigkeit einer völkischen Massenbewegung auf breitester Grundlage, aber nicht die Gabe und das Geschick, die Massen an sich zu ziehen. So fanden sich im engsten Kreise seiner Anhänger immer wieder Abtrünnige und Fahnenflüchtige, die sich an seiner geradlinigen Rücksichtslosigkeit stießen. Er aber opferte immer wieder der Unverfälschtheit seiner Grundsätze eine laue und kompromißbereite Gefolgschaft, stellte immer die Reinheit der Gesinnung über die Zahl der Anhänger, war jederzeit bereit, lieber allein auf dem Felde zu bleiben, als sich von seinen Parteigängern irgendwelche Zugeständnisse abringen zu lassen.



Dr. Karl Lueger

Lueger dagegen besaß die Gabe der Massenführung und Menschengewinnung in hohem Maße. Er hatte keine Scheu vor demagogischen Mitteln und besaß eine feine Witterung für die propagandistische Wirkung seiner jeweiligen Parolen. Er war ein gewiegter Redner, der witzig und drastisch zu posieren wußte, menschliche Schwächen klug auszunützen und in Rechnung zu stellen verstand.

Beide Männer weisen also typische Eigenschaften auf, die gleichsam ihren positiven und negativen Pol haben. Schönerer war der grundsätzlich Unbedingte, aber auch der Ungeschickte, Sture, Eigensinnige, Trotzige. Lueger war der Geschmeidige, Erfolgreiche, Kluge, Gewiegte, aber auch der Blender, Demagog und Bedenkenlose. Er war der Schillernde, Wendige, der erfahrene Taktiker. Während Schönerer immer die grundsätzliche Vereinfachung erstrebte, immer die Dinge auf ihren entscheidenden Nenner brachte, vereinte Lueger das Unvereinbare und scheute daher die eindeutige Klarheit. Wo Schönerer sein trotziges „Entweder-oder" setzte, da schlug sich Lueger mit einem labilen „Sowohl-als-auch" durch.



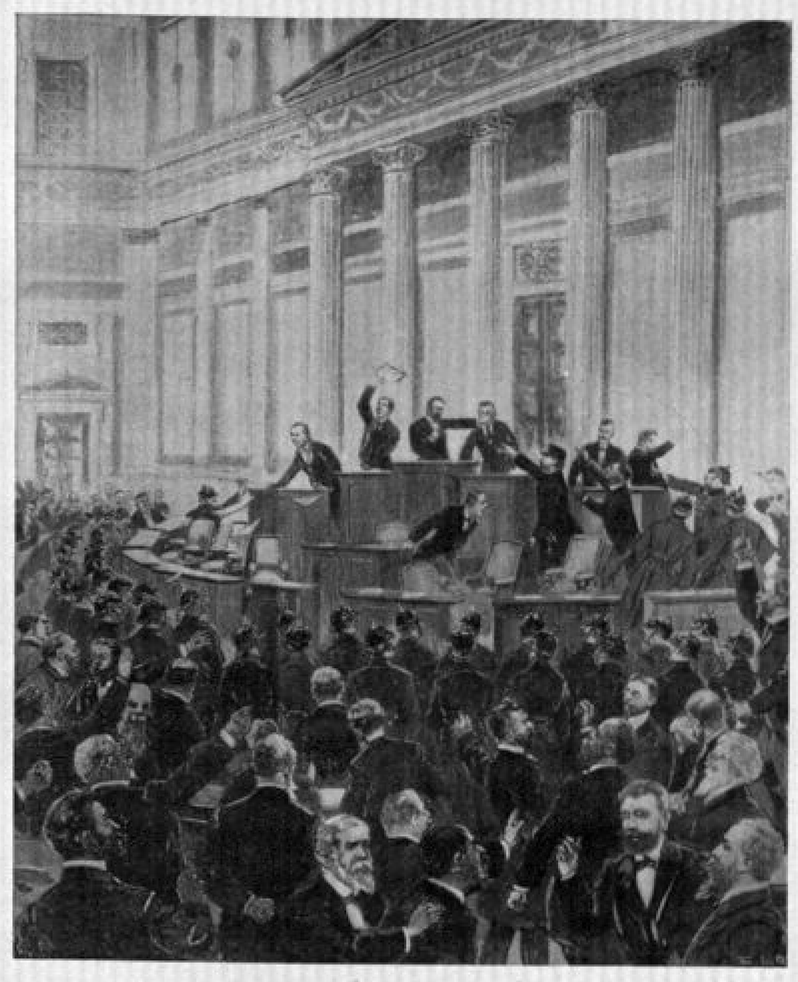
Graf Badeni

So gelang ihm auch jener Kompromiß eines katholischen Antisemitismus. Gegeben war für ihn das katholische Glaubensbekenntnis des Volkes, das zu dieser Zeit eben noch in weitesten Schichten ein unübersehbares Element jeder politischen und weltanschaulichen Orientierung war. Gleichzeitig stand ihm die durch Schönerer erweckte, ebenfalls in breiten Schichten wirksam gewordene antijüdische Einstellung vor Augen. Diese heterogenen Elemente zusammenzumixen, dabei den Sozialismus nicht zu vergessen, das war die geniale Demagogie, auf der sich Luegers Erfolge gründeten. Es entstand die Christlichsoziale Partei. In ihrem Programm war alles beisammen, was sich der höhere und niedere Mittelstand wünschen konnte. Dieses Programm war sowohl deutsch als auch österreichisch, sowohl katholisch als auch antisemitisch, sowohl bürgerlich als auch sozialistisch.

Während so Lueger von Erfolg zu Erfolg eilte, zerfiel die Partei Schönerers immer mehr. Dazu kam, daß die Regierung 1889 ihre zwei hauptsächlichsten Organisationen auflöste, den „Deutschnationalen Verein" und den „Schulverein für Deutsche". Die Parteileitung war in sich uneinig, da Schönerer nach seiner Haftentlassung sich von jeder politischen Tätigkeit fernhielt. Schließlich trat er aber 1890 doch wieder an die Spitze des neu gegründeten deutschvölkischen Vereins. Freilich fanden sich hier nur mehr kleine Reste der ehemaligen Anhängerschaft zusammen. 1895 kam es dann sogar gegen den Willen Schönerers zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Christlichsozialen bei den Gemeinderatswahlen in Wien. Die gemeinsame Wahlliste brachte zwar einen offenbaren Erfolg, der aber nur Lueger und den Christlichsozialen zugute kam. Konnte sich doch Dr. Lueger auf Grund dieses Wahlerfolges zum heißersehnten Amt des Bürgermeisters von Wien durchringen. Diese Disziplinlosigkeit unter seinen engsten Anhängern verbitterte Schönerer derart, daß er sich neuerdings von der Politik zurückzog.

Als sich aber gegen die Jahrhundertwende der latente Nationalitätenstreit durch die Spra-

chenverordnungen für Böhmen unter dem deutschfeindlichen polnischen Ministerpräsidenten Badeni zu größter Heftigkeit entfachte, als durch diese Gesetzgebung die Bedrohung des Deutschtums und die slawophile Haltung der Krone besonders deutlich sichtbar wurde, da trat auch Schönerer wieder auf den Plan, und es gelang ihm, einen neuerlichen Aufstieg seiner Partei heraufzuführen. Er wurde im Egerlande mit großer Mehrheit gewählt und zog 1897 mit vier Gesinnungsgenossen in den Reichstag ein. Dort riß er sofort die Führung im Kampf gegen Badeni an sich. Mit allen verfügbaren Mitteln der parlamentarischen Obstruktion wurde der Reichstag an jeder regelmäßigen Arbeit verhindert. Ende November erreichte die Obstruktion ihren Höhepunkt in einer wilden Parlamentsschlacht. Die Regierung konnte sich nicht anders helfen, als daß sie die Polizei gegen die deutschen Abgeordneten einsetzte und sie mit Exekutivgewalt aus dem Reichsrat entfernte. Das brachte aber die allgemeine Erregung zum offenen Ausbruch und der Kampf im Parlament setzte sich auf der Straße fort. Es kam zu Demonstrationen in Wien, bei denen nationale Studenten an der Seite sozialistischer Arbeiter marschierten. Schönerer hatte wieder einmal das völkische Gewissen der Deutschen Österreichs wachgerüttelt. Auch in den Alpenländern, vor allem aber in Böhmen, kam es zu offenen Unruhen. Die Krone sah ein, daß sie den Bogen überspannt hatte, und Franz Joseph mußte seinem Ministerpräsidenten recht plötzlich den Abschied geben.



Der Nationalitätenkampf im österreichischen Parlament. 25. November 1897. Die Polizei greift ein, um deutschnationale Abgeordnete mit Gewalt zu entfernen

Damit aber war Schönerer wieder breiten Schichten als der Mann ins Bewußtsein getreten, der schon seit zwei Jahrzehnten diese Entwicklung prophezeit und vor ihr

gewarnt hatte. Die Entdeutschung Österreichs, die drohende Slawisierung, das war in den Badenitagen wieder recht sinnfällig geworden, und der Ruf Schönerers nach einer kompromißlosen Abwehrfront gegen diese Überfremdung des bodenständigen Deutschtums fand wieder aufnahmewillige Herzen. Die starke Wirkung dieser zweiten Aufstiegsepoche schilderte der stellvertretende deutsche Botschafter in Wien, Fürst Felix Lichnowski, in einem Privatbrief an Bülow mit folgenden Worten: „Unterdessen hat die deutsche nationale Bewegung immer weitere Kreise erfaßt. Steiermark, Nordböhmen, Schlesien, ja in jüngster Zeit auch Oberösterreich, sind am stärksten davon berührt. Die gesamte Intelligenz, die akademischen Kreise, die Kaufmannschaft, ja sogar ein Teil der Landbewohner sind davon ergriffen. Professoren und Schüler von den Universitäten und Gymnasien sind Schönerianer mit alleiniger Ausnahme des Katecheten. Der letztere wird von den Schülern als Feind betrachtet, und sein moralischer Einfluß sinkt auf Null."

Mit dieser Charakteristik ist auch schon die neue Frontstellung gegen den politischen Katholizismus angedeutet, die sich in Österreich für eine nationale Partei zwangsläufig ergeben mußte. Die Bindung Habsburgs an Rom war ein starrgewordenes geschichtliches Erbe. Nur Joseph II. bildet hier eine Unterbrechung dieser Überlieferung. Habsburg wurde in Rom immer als der Träger und politische Vollzieher der Gegenreformation gesehen. Der dynastische Gegensatz Preußen–Österreich war in der Sicht Roms ein konfessioneller. Es stand eindeutig auf Seite Habsburgs, solange die Rivalität noch labil war. Nach Königgrätz war es aber vor allem der politische Klerus, der diese Entscheidung nicht als endgültig anerkennen wollte, der daher auch die Revanchegelüste nach Kräften schürte und nährte. Der Klerus war dann in der Folge der konsequenteste Vertreter eines völkisch neutralen Österreichertums, eines das nationale Gewissen verdrängenden Staatspatriotismus. In dem Maße aber, als das Deutschtum durch die Begünstigung der Slawen von seiten der Krone in die Verteidigung gedrängt und seiner geschichtlich gewachsenen Führerstellung beraubt wurde, mußte es sich gegen die Dynastie wenden. Dies tat Schönerer. Wer aber in Österreich gegen die Krone stand, der stand auch gegen den politisierenden Klerus. Wohlgemerkt – des deutschösterreichischen Klerus. Denn nur von diesem wurde das Österreichertum schlechthin vertreten. Die slawische Geistlichkeit stand fast ausnahmslos auf Seite ihrer Volksgenossen. Gerade in den volkstumsmäßig bedrohten Gebieten war aber der deutsche Priester in den seltensten Fällen eine Stütze der deutschen Selbstbehauptung. In der Regel wirkte sein Staatspatriotismus gegenvölkisch, das hieß in der österreichischen Situation – proslawisch.

Diese Funktion des Klerus im politischen Leben mußte einfach die antirömische Ausrichtung der deutschnationalen Bewegung nach sich ziehen. Der lebendige Anschauungsunterricht, den der politische Klerus gab, war zu deutlich. Die Verknüpfung der dynastischen und katholischen Interessen und Aspirationen war zu fest geschlossen, als daß



Kaiser Franz Joseph und Bürgermeister Lueger

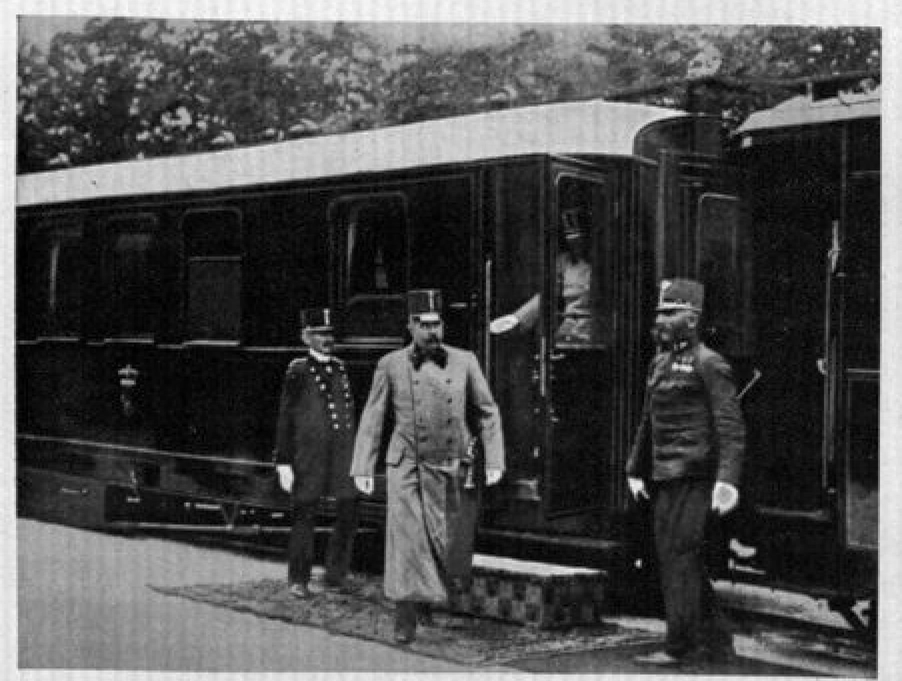
Schönerer hier um eine eindeutige Stellungnahme herumgekommen wäre. Die Fragestellung war unausweichlich. Und Schönerer antwortete mit der Parole: „Los von Rom."

Gerade diese Parole sollte ihm aber neuerdings zum Verhängnis werden. Die Verquickung von religiösen und konfessionell politischen Motiven war für seine Zeit vielleicht überhaupt unlösbar. So kam es zu schweren Meinungsverschiedenheiten über den taktischen Wert der neuen Parole. In diesem Prinzipienstreit zerfiel die Partei endgültig. Schönerer vereinsamt nochmals. Ein grausames Geschick hatte es bestimmt, daß er noch den tiefen Niedergang des deutschen Volkes erleben mußte. Als er 1921 in die Nacht des Todes ging, da lag auch der Inhalt seines Lebens, Deutschland, in tiefster Nacht. Vor der Tragik dieses Sterbens, das der Hoffnungsschimmer einer Zukunft, die uns Lebenden herrliche Gegenwart geworden ist, nicht mehr erreichte, müssen wir uns in Ehrfurcht beugen. Die österreichischen Nationalsozialisten grüßen ihn als einen der ihrigen. Wöllersdorf wäre diesem Manne gewiß gewesen.

Weltkrieg

In der politischen Geschichte Österreichs von 1866 bis 1914 gäbe es viele Daten zu verzeichnen. Dieser äußere Ablauf der Ereignisse war wohl immer auch getrieben von den Lebensgesetzen der Völkermonarchie, steht aber doch mehr in gesamteuropäischen Zusammenhängen. Die Balkanfrage, der Dreibund, Mitteleuropa – das sind Komplexe, die in ihrer gegenseitigen Verzahnung der europäischen Vorkriegsgeschichte angehören. Österreich als Staatsindividuum hatte in den Jahrzehnten vor dem großen Kriege meist nur passiven Anteil an den großen Gestaltungsfragen. Seine aktive Mitbestimmung der europäischen Geschicke war durch die Ungelöstheit der innerstaatlichen Probleme dauernd gelähmt. So trat die Monarchie in ihren letzten Krieg.

Alle Gebrechen dieses Staates, alle an seiner Wurzel lagernden Gefahren kamen nun zur vollen Wirkung. Schon im auslösenden Moment, dem Thronfolgermord in Sarajevo überschichteten sich die widerstreitendsten Motive. Erzherzog Ferdinand galt als der kommende starke Mann der Dynastie. Es schien, daß mit ihm in die vergreiste Hofburg neue Energie einziehen sollte. In allen Staatskanzleien rechnete man bereits mit einer solchen Erneuerung. Nur in der



Erzherzog Franz Ferdinand trifft in Sarajevo ein



Überführung der Leiche des Thronfolgers

Wiener Hofburg blickte man mit Mißtrauen und Unbehaglichkeit zum „Belvedere" (Residenz des Thronfolgers). Schon zu seinen Lebzeiten war die Spannung zwischen Hofburg und Belvedere in aller Munde. Das, was von der künftigen Regierung des Thronfolgers zu erwarten war, ging zweifelsohne auf eine Aktivierung der dynastischen Politik hinaus. In einer Äußerung gegenüber Konrad von Hötzendorf, „wenn ich könnte, würde ich die ganze Monarchie schwarzgelb anstreichen", wird diese Haltung besonders deutlich. Es konnte sich hier nur um eine Intensivierung des gemeinösterreichischen Staatsgedankens handeln.

Doch dachte der Thronfolger nicht mehr an den alten Zentralismus aus den Tagen Josephs II. Ihm stellte sich vielmehr die tatsächliche Struktur des österreichischen Völkerkonglomerates viel klarer dar als den Politikern der Hofburg. Er erstrebte die Zentralisierung auf föderalistischer Grundlage. Dadurch war er aber vor allem ein grundsätzlicher Gegner des Dualismus. Ungarn war für ihn ein Organ im Staatsleib der Monarchie, das sich „auf Kosten der anderen hypertrophisch entwickelt habe. ‚Wird dieser anomale, krankhafte Zustand', meinte er, ‚nicht rechtzeitig durch energische medizinische Mittel bekämpft, gegebenenfalls durch operative Eingriffe behoben, so führt er unfehl-

bar zum Siechtum und dann zum Tode'. Seiner Ansicht nach sollte Ungarn in vier oder fünf Teile, Böhmen und Galizien in je zwei Teile usw. zergliedert werden" (Bibl.).

So dachte er anfangs an das Vorbild der bundesstaatlichen Verfassung der nordamerikanischen Union. Später wurde er dann zum Wortführer des sogenannten Trialismus. An die Seite Österreichs und Ungarns sollte ein südslawischer Staat mit gleichen Rechten und Bindungen treten, der die Plattform für eine aktive Balkanpolitik abzugeben hätte. Über dieses stattliche Gefüge sollte ein starkes Zentralparlament gestellt werden, das die Reichseinheit zu gewährleisten und nach außen wirksam zu demonstrieren hätte. Aktivierung der Außenpolitik, Ausbau des Heeres sollten in der Folge den Staat wieder zum europäischen Machtfaktor machen.

Doch alle diese Pläne sollten ihre Erprobung an der komplizierten Wirklichkeit nicht mehr erfahren. Die Serben sahen in dem kommenden Mann ihren gefährlichsten Gegner, und so fielen die Schüsse von Sarajevo.

Es war das slawische Problem, an dem auch dieser Habsburger zugrunde gehen sollte. Das Problem des Dualismus wurde durch ihn in seiner ganzen Fragwürdigkeit bloßgelegt. Die deutsche Frage aber wirkte nur negativ auf ihn, indem sie seine schwarzgelbe Aktivität bestärkte. Erzherzog Ferdinand zog die letzte Konsequenz aus der Entscheidung von 1866, wenn er alle Erinnerungen an josephinische Gedankengänge und die Vorherrschaft der Deutschen verwarf und den übernationalen, rein dynastischen Staat verwirklichen wollte.

An seinen Tod aber schloß sich das Ende dieses Staates, der noch kaum geboren war. Denn die Monarchie war unter Franz Joseph erst allmählich und in einem tausendfältigen Zickzack auf dem Wege zu einem rein dynastischen Staat. Von 1866 bis 1914 wirkten noch immer die Überlieferungen und Erinnerungen an eine deutsche Vergangenheit Österreichs, wenn auch immer verschwommener und schwächer werdend. Franz Joseph glitt mehr als er strebte in die Arme des Austro-Slawismus und die im Dualismus getarnte madjarische Vorherrschaft hinein.

Der Umwandlungsprozeß Österreichs vom Partner Preußens im deutschen Raum zum übernationalen Staat außerhalb Deutschlands vollzog sich ohne innere Zielstrebigkeit, immer wieder retardierend, von dem Eigengewicht der jeweiligen Situationen gestoßen und gedrängt. Die Monarchie als Nationalitätenstaat, das war erst das Programm des Thronfolgers. Er gab erst dem zwangsläufig und gegen den Willen der Dynastie zustande gekommenen Ergebnis aus dem Kampf mit Preußen den positiven Eigenwert als Staatsdoktrin und machtpolitische Realität. Es ist daher durchaus falsch, diesen gar nicht mehr zur vollen Verwirklichung gekommenen Traum vom übernationalen Staate Österreich als historisch gegebenen Beruf der Monarchie zu deuten, und noch aussichtsloser mußte es sein, diesen Völkerstaat, der seine endgültige Form vor seinem Zerfall



Wilhelm II. besucht Wien. April 1909. Im Wagen: Wilhelm II. und Franz Joseph

noch gar nicht gefunden hatte, der nur als ehrgeiziger Erneuerungsplan des Thronprätendenten vorhanden war, nach dem Zerfall aller Grundlagen für ein solch kompliziertes Gebilde, zu verwirklichen.

Aus dieser entscheidenden Sachlage erklärt sich auch die lendenlahme und widerspruchsvolle Argumentation des Legitimismus zur Zeit des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes. Aus demselben Grunde blieben alle Rechtfertigungsversuche der österreichischen Unabhängigkeitspolitik, die sich auf eine sogenannte übernationale, die Völker verbindende Mission beriefen, in einer verschwommenen und zerfahrenen Begriffswelt stecken. Andrerseits wird uns dadurch verständlich, daß jede auch noch so undeutliche Berufung auf eine solche Mission zwangsläufig zum Legitimismus führen mußte, da außerhalb der Dynastie im ganzen Raume der ehemaligen Monarchie keine Träger eines Willens zu solcher Aufgabe vorhanden waren.

Daß dieser Krieg der letzte Österreich-Ungarns werden sollte, das wurde nicht bloß durch den Vollzug der Ereignisse bestätigt, sondern bereits vor seinem Ausbruch in maßgebenden Kreisen innerhalb der Monarchie selbst befürchtet. Nur so erklärt sich auch die

zerfahrene und zögernde Taktik gegenüber den Serben nach dem Attentat in Sarajevo. Der Chef der österreich-ungarischen Heeresleitung, Konrad von Hötzendorf, hatte mit den widerwärtigsten Umständen und sich gegenseitig widerstreitenden Einflüssen zu kämpfen, so daß seine Lage wahrlich wenig beneidenswert war. Die Gesamtheit aller inneren Krisen wurde in diesen kritischen Wochen doppelt fühlbar. Man zauderte am Wiener Hofe, schreckte vor schnellen und tatkräftigen Entschlüssen und Handlungen zurück und lockerte damit erst recht die gesamte europäische Spannung, bis sich die Kriegserklärungen lawinenartig überschlugen. Jedoch ist die gesamte Geschichte des Kriegsbeginns, die auf weiten Strecken gegebene Überschneidung von Kriegsanlaß und Kriegsabsicht auf seiten der Feindmächte heute bereits ein in sich geschlossenes Kapitel europäischer Geschichte, indem die Frage nach der Kriegsschuld seine endgültige Klärung gefunden hat. Der Krieg selbst begann im Grunde genommen mit einer großen Überraschung. Entgegen der fortgeschrittenen inneren Zersetzung wirkte in der Stunde der Gefahr doch die traditionelle Staatsbindung stärker, als man in manchen Lagern angenommen hatte. Die Mobilisierung funktionierte ohne Widerstand auf seiten der fremdnationalen Truppenkörper, und erst im späteren Verlauf des Krieges, als sich der Endsieg immer in weitere Fernen schob, bröckelte es auch im Gebäu des Heeres. Dies wird am besten dadurch verständlich, wenn wir uns die ungeheuren Verluste der österreichischen Armee gleich in den ersten fünf Kriegsmonaten vor Augen führen. Der gesamte Verlust betrug in dieser Zeit bereits 1276000 Mann. Im Winterfeldzug bis April fielen weitere 750000 Mann, was einen Gesamtverlust in den ersten neun Monaten von über 2000000 Mann ergibt. Diese zwei Millionen machten aber das Kernstück der noch in Friedenszeiten erzogenen Armee aus. Die entstandenen Lücken wurden nun durch die Reserven ausgefüllt, und damit kam jene Intelligenzschicht der slawischen Bevölkerungsteile, die bereits in der Vorkriegszeit monarchiefeindlich eingestellt war, auch in der Armee zur Geltung. Wenn man bedenkt, daß bereits in den ersten fünf Monaten die Hälfte des aktiven Offizierskorps für den weiteren Kriegsverlauf völlig ausgeschieden war, begreift man, wie bereits im zweiten Kriegsjahr die fremdnationalen Zersetzungserscheinungen an der Front wirksam werden mußten.

Diese zentrifugalen Kräfte der Monarchie wurden in ihrer Wirkung auch darin noch gestärkt, daß eigentlich ein bestimmtes Kriegsziel fehlte. Die österreichische Nordfront verlief in Galizien, einem Land, das dem österreichischen Soldaten niemals das bedeuten konnte, was den reichsdeutschen Truppen die Bedrohung des Rheinlandes war. Dazu kam, daß der jeweilige Gegner in der Vorstellung der einzelnen Nationalitäten der Monarchie allmählich in die Rolle eines Befreiers hinüberwechselte, so Serbien für die Südslawen, Rußland für die Tschechen, Slowaken und Ruthenen. Trotzdem blieben Fälle wie die Massendesertion der tschechischen Regimenter 28 und 36 im Winter 1914/15



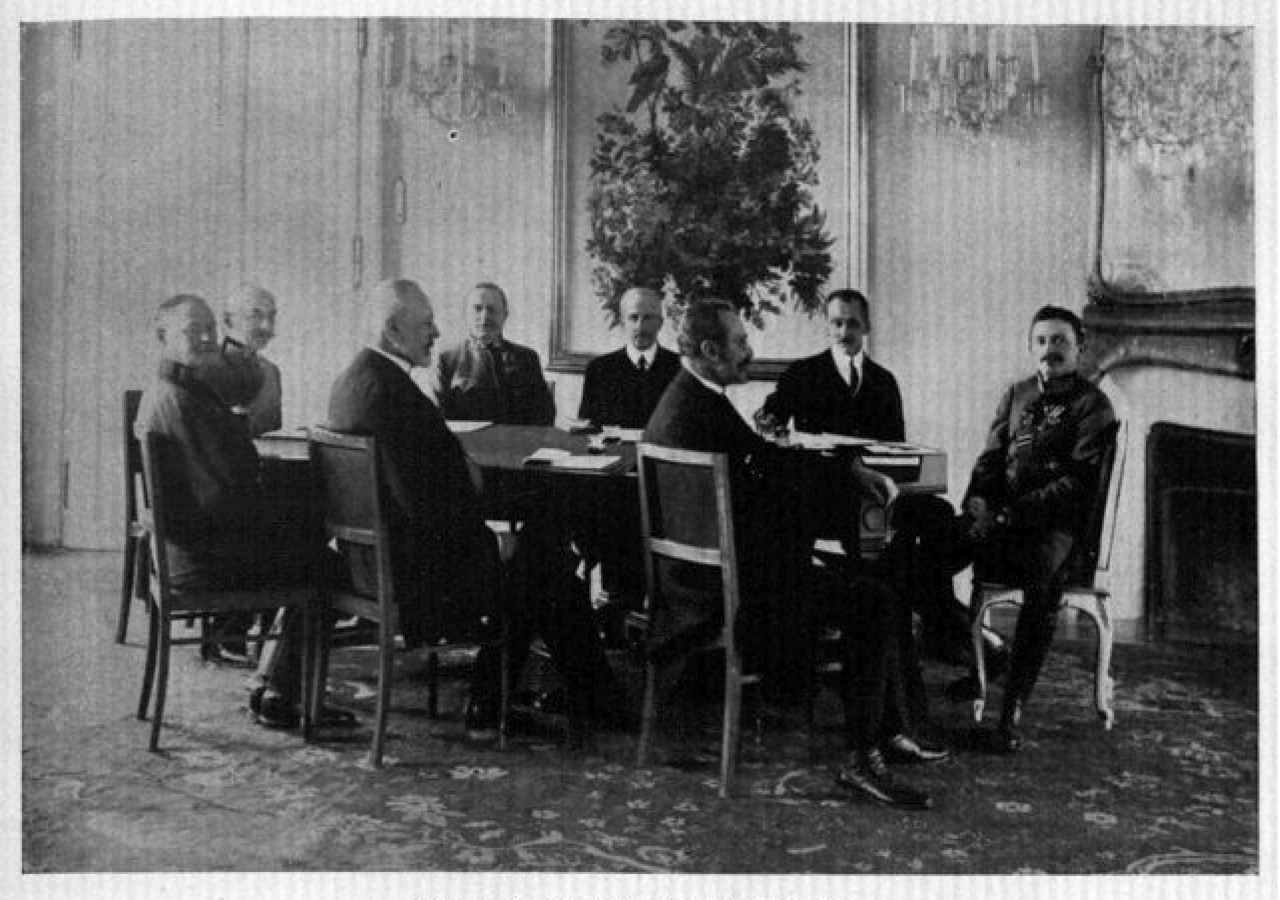
Der Einzug Masaryks in Prag. 1918. Tschechische Legionäre flankieren den Wagen

noch Einzelerscheinungen. Bis zum Zusammenbruch blieb im großen und ganzen der Zusammenhalt an der Front bestehen. Nicht in den Schützengräben wurde das Los der Monarchie entschieden, sondern außerhalb ihrer Grenzen, in den Kanzleien der Feindmächte, in denen sich bereits 1914/15 Masaryk und Benesch eingefunden hatten, um die Interessen des erst in ihren Plänen bestehenden tschechoslowakischen Staates als Bundesgenossen der Alliierten zu vertreten. Die Bedeutung ihrer Tätigkeit kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden; sie brachte den kriegführenden Staaten nicht mehr und nicht weniger als ein neues ganz konkretes Kriegsziel: die Auflösung der Monarchie. Wenn Benesch einmal formulierte, Masaryk habe dem Westen erst klargemacht, wie er die Bedeutung des Krieges aufzufassen habe, so sagt er damit nicht zu viel. Was später in Versailles und St. Germain Wirklichkeit werden sollte, das trug in entscheidenden Zügen das Gepräge Masaryks. Dieser Zusammenhang wird in dem Buch „Die Wunde Europas" (Volk- und Reich-Verlag) folgendermaßen bloßgelegt:

„Zum Verständnis der politischen Funktion der von den Tschechen der Friedenskonferenz vorgelegten Denkschriften wie der Eigenart und Methode ihrer Argumentation

ist die Erinnerung an eine Tatsache nötig, deren Kenntnisbereich wenigstens im Reich im umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung steht. Obwohl die Prominentesten dieser tschechischen Politik, Masaryk wie Benesch, in ihren Erinnerungsbüchern mit Recht darauf hingewiesen haben, macht man sich deutscherseits kaum klar, welche überragende Bedeutung das Auftreten der Tschechen, im besonderen der beiden Genannten, für Programmatik und Kriegsideologie des gesamten Feindbundes erlangt hat.

Masaryk und Benesch hatten beide, der eine im Dezember 1914, der andere im September 1915, ihre Heimat mit dem Entschluß verlassen, das angesichts des Weltkrieges neubestimmte politische Ziel der Tschechen, den selbständigen Tschechenstaat mit Einschluß der Slowakei zu schaffen, an der Seite des Feindbundes zu verfechten und, wenn möglich, zu einem seiner Kriegsziele zu machen. Es ist vielleicht eine allgemein slawische Neigung, politische Verhältnisse und Entwicklungen in geschichtsphilosophische Formeln zu fassen, zu ordnen, wenn nicht zu pressen. Das System einer annähernd positivistischen Fortschrittsphilosophie, dem Masaryk und sein junger Schüler Benesch anhingen, bot sich nun einer den politischen Zielen der Tschechen günstigen Auslegung der politischen Mächteverteilung, der Freund-Feindgruppierung des Weltkrieges. Masaryk hatte sich schon vor dem Kriege die Überzeugung eines grundsätzlichen Widerspruchs zwischen der tschechischen und der habsburgisch-österreichischen Idee gebildet und auch im Anschluß daran die Meinung von einer möglichen tschechoslowakischen Selbständigkeit für den Fall ausgesprochen, ‚daß sich in Europa die demokratischen und sozialen Bestrebungen kräftigen'. Hatte so die seine politische Linie in der Vorkriegszeit bestimmende Tendenz, ‚das tschechische Volk auf der ganzen Linie zu entösterreichern', schon allgemeineren ideellen Hintergrund und Zusammenhang, so trat dessen Bedeutung mit Ausbruch des Weltkrieges beherrschend hervor. Masaryk faßte daher auch den Krieg von vornherein nicht lediglich und nicht einmal in erster Linie als einen Kampf zwischen Slawen und Germanen auf. Er sah im Kriege mehr – und hat später in seiner ‚Weltrevolution' seine Auffassungen dahin ausgedrückt –, daß ihm in der historischen Perspektive ‚der pangermanische Imperialismus als Verlängerung des alten und langwierigen römisch-griechischen Antagonismus' erschien, ‚des Antagonismus zwischen dem Westen und dem Osten, Europa und Asien, später Rom und Byzanz; eines nicht nur nationalen, sondern auch kulturellen Antagonismus'. Der Pangermanismus und sein Berlin–Bagdad hätten dem ererbten römischen Imperium einen engen nationalen und geradezu chauvinistischen Charakter gegeben; beide nationalen Kaiserreiche, das deutsche und das österreichische, die aus dem mittelalterlichen römischen Imperium hervorgegangen waren, hätten sich zur Eroberung der Alten Welt verbunden. Gegeneinander stünden nach seiner Auffassung nicht nur Deutsche und Slawen, sondern Deutsche und der Westen, die deutsche und die westliche Kultur – der Westen, der auch Amerika in sich schloß ... Die Vereinigung aller



Kronrat unter Kaiser Karl in Laxenburg

Nationen unter der Führung des Westens sei der Beweis, daß der Krieg nicht nur einen nationalen Charakter habe – es sei um den ersten großartigen Versuch einer einheitlichen Organisation der ganzen Welt und der Menschheit gegangen.

Aber die Tschechen erwartete eine entscheidende, zunächst Enttäuschung und Niedergeschlagenheit erzeugende Überraschung. Auf der Seite des Feindbundes war keine Spur eines solchen Bewußtseins, keine Spur eines ideellen geschichtsphilosophischen Programms vorhanden. Schon in den ersten Auslandsreisen während des Krieges, von denen er noch nach Prag zurückkehrte, bildete sich bei Masaryk dieser Eindruck. Und Benesch berichtet, daß er ihn bei seinem Besuch in der Schweiz seine Kritik an dieser negativen und unbefriedigenden Seite der Feindbundpolitik wiederholte. Auch als wesentlichstes Ergebnis seiner ersten Informationsreise nach Rom, Paris und London teilte er der geheimen politischen Organisation in der Heimat, der sogenannten Maffia, mit, daß die Alliierten ohne ideelle, politische und militärische Pläne seien, über Österreich-Ungarn schlecht unterrichtet, ohne Kenntnis von den Tschechen, ohne Pläne über sie; bei Benesch war die Enttäuschung darüber so groß, daß er, damals noch in Prag,

gar nicht wagte, die Nachricht in vollem Umfange zur Kenntnis der Maffia zu bringen.

Dieser Umstand war aber von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der tschechischen Politik mit ihrem Ziele eines selbständigen tschechischen Staates. Die ideelle Rechtfertigung der tschechischen Selbständigkeitspolitik war nur im Zusammenhang mit jenem oben mit Masaryks Worten charakterisierten allgemeinen geschichts- und kriegsphilosophischen Gedankengang überzeugend. Gelang es aber den Tschechen, ihr Ziel nationaler Selbständigkeit beim Feindbund durchzusetzen, so konnte dies nur im Zusammenhang ihrer allgemeinen, eben skizzierten Auffassung, Ausdeutung und Rechtfertigung des Krieges gelingen. Sie lieferten ihm damit zugleich eine geschlossene Auffassung vom Sinn des Weltkrieges, eine Kriegsideologie, die ihm ursprünglich nicht nur völlig fremd war, sondern überhaupt fehlte. Bezeichnenderweise war es Briand, dessen politische Witterung die weitreichende Bedeutung des Besitzes einer solchen Ideologie zuerst erkannte. Im Januar 1916 wurde Masaryk ein offizieller Empfang bei ihm, dem damaligen Ministerpräsidenten, vermittelt, dem außerdem wichtige politische Unterredungen mit Deschanel und dem Vorsitzenden des Ausschusses der Kammer, Leygues, folgten. Masaryk legte Briand eine Reihe der tschechischen Pläne dar. Er kritisierte das ‚pangermanische Berlin-Bagdad-Projekt', das bedeute, ‚daß gerade Österreich-Ungarn die Angriffslust Deutschlands und seine pangermanischen Ziele ermögliche. Deutschland müsse auf seine eigene Kraft beschränkt werden durch die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und Schaffung neuer selbständiger Staaten, die schon durch ihre Existenz die natürlichen Helfer Frankreichs gegen die deutsche Expansion nach Osten würden. Es handle sich um die Organisation ganz Mitteleuropas, um die Länder, die zwischen Frankreich und Rußland, zwischen Finnland und Griechenland liegen. Ihre Umorganisation zugunsten Frankreichs und des europäischen Friedens sei die Befreiung aller kleinen Nationen Mitteleuropas und vor allem die Vernichtung Österreich-Ungarns. Das sei das Programm dieses Krieges, der ein Krieg gegen den Pangermanismus sei, gegen den gewaltsamen Absolutismus der mitteleuropäischen Staaten, ein Krieg für den europäischen Demokratismus und die Freiheit der Unterdrückten. Diese Ziele entsprächen nicht nur Frankreichs Interessen, sondern auch seinen erhabenen Traditionen.'

Mit ihrem Ziel: Aufnahme der tschechischen politischen Selbständigkeit in die Kriegsziele des Feindbundes hatten ihm die Tschechen auch den Grundriß einer Philosophie und Ideologie des Weltkrieges suggeriert. Sie haben dem Westen sozusagen seine geistige Position zum Bewußtsein gebracht."

Mit dem Durchdringen dieser Gedankengänge bei den Alliierten wurde einem anderen Konzept der Boden abgegraben. Gleichzeitig mit den tschechischen Bemühungen liefen auch die Versuche des letzten Habsburgers und seiner bourbonischen Sippe,



Kaiser Franz Joseph auf dem Sterbebett. Unmittelbar nach dem Verscheiden aufgenommen

die Erhaltung Österreich-Ungarns mit dem schamlosesten Verrat an dem deutschen Bundesgenossen zu erkaufen.

Die Dynastie, ihre Erhaltung und Stärkung, war das einzige Gesetz, das Habsburg für sich anerkannte. Dieser Höchstwert der österreichischen Staatspolitik war grundsätzlich anational bis zur letzten Konsequenz. Auch die Bündnispolitik mit dem Deutschen Reiche blieb von nationalen Erwägungen unberührt. Es stand vielmehr im Bereich staats- und machtpolitischer Zweckmäßigkeit, in dem eine Umorientierung immer möglich blieb. Am Wiener Hof sah man ja immer in Deutschland noch Preußen, zu dem man nur in einem Freund-Feind-Verhältnis stehen konnte. Auch im engsten Bündnis erlosch dort nicht das Gefühl der Rivalität, und sogar im Ringen des Weltkrieges, der vom Volke durchaus als gemeindeutscher Schicksalskampf empfunden wurde, sorgte man sich in Wien über eine künftige Bevormundung durch Berlin. Während die Deutschen Österreichs auf den Schlachtfeldern mit jener letzten Hingabe kämpften, die sich nur aus völkischen Quellen nähren konnte, dachte die Dynastie immer in erster Linie an die Erhaltung ihres Thrones. Diesem Selbsterhaltungstrieb wurde schlechthin alles untergeordnet.

Der greise Kaiser hielt sich zwar streng an die Bündnistreue. Das Motiv zu dieser Treue lag aber nicht in einem nationalen Verantwortungsgefühl, sondern mehr in der ritterlichen Ehre. Ein Verrat wäre von Franz Joseph zurückgewiesen worden, weil er ihn als schändlichen Wortbruch empfunden hätte.



Zita im Krönungsornat als ungarische Königin

Dies wurde jedoch anders, als ihn Erzherzog Karl auf dem Throne ablöste. Dieser letzte regierende Habsburger war bar jener persönlichen Würde eines Herrschers, die Franz Joseph durch viele Jahrzehnte verkörpert hatte. Erst durch die Ermordung Erzherzogs Ferdinand in Sarajevo war er zum Thronprätendenten aufgerückt. Er stellte den Typ eines lebenslustigen k. u. k. Offiziers von jener sorglosen Unbekümmertheit vor, mit der man in Wien über Vulkanen zu tanzen pflegte. Er galt als unbeschriebenes Blatt, was der Farblosigkeit seines Charakters durchaus entsprach. Zum Träger der Krone geworden, unterlag er restlos dem Einfluß seiner Gattin und ihrer Sippe. Er verstrickte sich rettungslos in die Netze eines teuflischen Planes, dessen Fäden bourbonischer Ehrgeiz schon auf lange Sicht gewoben hatte.

In Schloß Schwarzau in Niederösterreich residierte die Herzogin von Parma, die Mutter der Kinder: Zita, Sixtus und Xaver. Ihr Gatte, der letzte regierende Großherzog von Parma, war 1859 entthront und vertrieben worden und war 1907 in Schwarzau gestorben. Zita, 1892 in Piorna bei Lucca in Italien geboren, kam nun als Kaiserin



Krönung Kaiser Karls von Österreich zum König von Ungarn. 1916

auf den österreichischen Thron. Diese ehrgeizige Frau von zweifellos politischem Format, in deren Händen der Kaiser zum willenlosen Werkzeug wurde, hatte nun von allem Anfang an ihr eigenes Konzept. Ihrer Abstammung wie ihrer Erziehung nach gehörten ihre ganzen Sympathien Frankreich, das ja ihrem Geschlecht einen Thron zu vergeben hatte, wenn immer royalistische Bestrebungen in Paris Oberwasser gewinnen sollten.

In Schloß Schwarzau nun, wo auch der politische Klerus gern und oft verkehrte, fanden sich die beiden Brüder Sixtus und Xaver ein, als der Konflikt mit Serbien durch den Mord von Sarajevo akut geworden war. Sie reisten nach Frankreich zurück, als der erste Kanonendonner des Weltkrieges über Europa erdröhnte, um dort in militärische Dienste zu treten. Damit waren aber auch bereits die ersten Schritte zu einem künftigen Intrigenspiel getan, das in seinem Scheitern Habsburg dem deutschen Volke endgültig entfremden sollte.

1929 erschien ein Buch des ehemaligen Kabinettsdirektors Graf Polzer-Hoditz über Kaiser Karl. In ihm finden wir folgende Begründung für den zwischen Kaiser Karl und seinem Schwager aufgenommenen „Gedankenaustausch“: „Von zwei völlig verschiedenen Standpunkten ausgehend, begegneten sich ihre Meinungen in einem Punkt: ein Anwachsen der preußischen Militärmacht war bedrohlich in gleicher Weise für die Sicherheit Frankreichs wie für die Selbständigkeit des Habsburgerreiches.“



Kaiser Karl als König von Ungarn

Daß dies von einem der engsten Vertrauten des Kaiserpaares noch 1929 bedenkenlos zugestanden werden konnte, bezeichnet am besten die geistige Haltung des letzten Habsburgers. Das Schicksal des deutschen Volkes und des verbündeten Deutschen Reiches spielte in den Erwägungen Karls überhaupt keine Rolle. Er betrachtete Berlin nicht anders wie Paris und London und war bereit, für die Erhaltung seines Thrones jede Hilfe in Anspruch zu nehmen, auch eine Lösung des Bündnisses mit Deutschland, auch eine Zertrümmerung Deutschlands durch einen Sonderfrieden und späteres Bündnis mit Frankreich. Dies war ihm nur eine Frage der günstigsten Kombinationen. Ja, man ging am Wiener Hofe so weit, daß man sich mit dem Gedanken trug, für notwendige Verzichte gegenüber Italien sich an Süddeutschland schadlos zu halten. Es fehlte einfach bei den Habsburgern jede Spur einer nationalen Verantwortlichkeit.

Aus solchen Voraussetzungen ergaben sich die Bemühungen um einen Sonderfrieden Österreichs mit der Entente. Es ist eine langwierige Geschichte, diese Reihe von Besprechungen zwischen Wien, dem Prinzen Sixtus und den Politikern der Feindmächte. Auf dem neutralen Boden der Schweiz finden die Begegnungen statt. Prinz Sixtus verhandelt in Paris. In Wien spielt der Außenminister Graf Cernin ein undurchsichtiges Spiel, und vom hohen Klerus liefen die Fäden zu dem berüchtigten Erzberger. Es kam schließlich zu jenem Duell zwischen Cernin und Clemenceau, in dem der Verrat Karls offenbar wurde. Clemenceau brüskierte den Habsburger schonungslos, nachdem Cernin so unvorsichtig gewesen war, seine Wut zu reizen. Es stellte sich einwandfrei heraus, daß in Paris ein Sonderfriedensangebot vorliege, in dem der deutsche Bundes-

genosse schamlos preisgegeben wurde, um den Bestand der Monarchie und des Habsburgerthrones zu sichern. Karl hatte die Rückgabe Elsaß-Lothringens angeboten. Jetzt aber, da Clemenceau das sorgsam gehütete Geheimnis preisgab, war er gezwungen, alles kläglich abzuleugnen.

Selbst im Verrate noch erfüllte sich das Gesetz Habsburgs, auch in den Sonderfriedensverhandlungen war etwas von jener durch Ministerpräsident Taaffe geprägten Maxime des Fortwurstelns. So hatte Karl auch die Chance des Verrates schmählich verspielt und vertan.

Im Lager der Entente gab man es auf, Habsburg als verhandlungsfähigen Partner zu betrachten. Seine klägliche Haltung in der Sixtusaffäre bewies zu deutlich, daß Karl wohl durch Bündnisbruch sich Vorteile erraffen möchte, daß er aber auch zum Verrat bis zur letzten Konsequenz nicht das nötige Format besaß.

Man wandte sich nun voll und ganz der von Benesch und Masaryk propagierten Ideologie zu. Damit war das Schicksal Habsburgs besiegelt.

Der Zusammenbruch

Wenn man das Ende des Weltkrieges auch als den Zusammenbruch der Mittelmächte bezeichnete, so spiegelt sich darin das staatlich imperialistische Denken der „Feindmächte". Heute sehen wir in diesem Kriege und seinem „Frieden" einen viel komplexeren Vorgang, als er sich mit den Worten Sieg und Niederlage umschreiben ließe. Vor der säkularen Entscheidung, die hier im großen gefallen war, verschwindet der Ablauf der Einzelereignisse. Ganz Europa war verwandelt, die Mächtegruppierungen der Vorkriegszeit gehörten endgültig der Vergangenheit an. Die Zukunft gehörte den Völkern. Als daher der Präsident Amerikas das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamierte, glaubten viele schon darin den Anbruch einer neuen Zeit erblicken zu dürfen. Es war jedoch ein trügerischer Schein, der hier als Morgenrot einer neuen Friedensordnung Europas dem deutschen Volke vorgegaukelt wurde.

Verwirklicht wurde noch einmal eine gegenvölkische Ordnung. In Versailles und St. Germain wurde nicht der Krieg liquidiert, sondern verewigt. Nicht die Völker Europas führten die Sprache, sondern die „Mächte" des Westens. Frankreich schwelgte in der Erinnerung an einstige Größe und lebte im Wahne, Politik im Geiste Richelieus und Napoleons treiben zu können. Nicht nach den Forderungen der Zukunft, sondern nach Maßstäben der Vergangenheit sollte das aus tausend Wunden blutende Europa eine neue Gestalt gewinnen. Die Landkarte dieses Erdteils wurde buchstäblich zersäbelt und mit einer kindlichen Unverfrorenheit rein mechanisch wieder zusammengeklebt, so wie es einem kurzsichtigen westlichen Machtwillen gerade gut und richtig schien.

„Germaniam esse delendam" war die eigentliche Parole; die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker nur die scheinheilige demokratische Verbrämung, jene für westliches Denken so charakteristische liberale Verkleidung brutaler Machtpolitik.

Die zynische Brutalität eines maßlosen Vernichtungswillens stand neben den öligen Phrasen von Weltverbrüderung und demokratischer Humanität. In widerlicher Heuchelei wurde beides miteinander verquickt und damit ein einmaliges Schauspiel geliefert. Dabei erwies man sich aber restlos unbefähigt zu wahrhaft konstruktiver Ordnung, daß eine verheerende Stümperei zustande kam, die den Keim der Zerstörung von allem Anfang an in sich trug. An allen Ecken und Enden wurden künftige Konfliktstoffe ausgesät und Pulverfässer planlos herumgestellt. Man war blind für die unzerstörbar wirkenden Kräfte des völkischen Lebenswillens.

Deutschland wurde in erster Linie als *staatliche* Macht gesehen, als Nation aber ignoriert und verkannt. Man wähnte mit einer Vernichtung der Machtstellung des wilhelministischen Vorkriegsdeutschlands eine endgültige Entscheidung über die Existenz der deutschen Nation herbeigeführt zu haben. Ein Ring von frankreichhörigen Kleinstaaten sollte um den deutschen Volkskörper gelegt werden. Ein vielmaschiges Vertrags- und Bündnissystem sollte den deutschen Rumpf für immer unter westliche Kuratel stellen, um Deutschland als Staat in ein dauerndes Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich zu bringen.

In diesem Sinne, und nur in diesem, wurzelte die Liebe Frankreichs für Polen. Mit Italien rechnete man unbesorgt. Dazwischen lag aber der Bereich der österreichisch-ungarischen Monarchie. Diesen Bereich einer französischen Einkreisungs- und Hegemoniepolitik dienstbar zu machen, gab es zwei Möglichkeiten. Entweder setzte sich die Entente für die Erhaltung dieses Vielvölkerstaates ein und versuchte, ihn als Trabanten dieser Einkreisungspolitik zu gewinnen, oder sie zerschlug diesen Staat in seine Teile und machte diese Teile zu Gliedern in der Kette um Deutschland. Beides lag im Bereich der Möglichkeit. Die Dynastie war unter ihrem letzten Repräsentanten bereit, im französischen Konzept eine antideutsche Stellung einzunehmen. Die bourbonische Sippe trieb mit allen Mitteln zu dieser Lösung. Sie fand aber in Masaryk und Benesch jene Rivalen, die in dem Wettlauf um die Gunst Frankreichs früher ans Ziel gelangen sollten. Benesch siegte in Paris über Sixtus. Damit war das Schicksal Österreichs entschieden, die Zertrümmerung der Monarchie besiegelt.

Es kann nicht gesagt werden, daß man sich in Paris und London der Tragweite dieser Entscheidung sonderlich bewußt war. Man erlag mehr den Überredungskünsten eines Benesch, als daß man selbst konstruktive Erwägungen angestellt hätte. Wie dem auch sei, die Entscheidung fiel gegen Habsburg. Gerade hier aber konnte man sich nun der Phrase vom Selbstbestimmungsrecht der Völker als einer vernichtenden Waffe bedienen.

Durch ihre Regsamkeit und Aktivität konnten sich Benesch und Masaryk in den Vordergrund spielen. Es gelang ihnen, einem erst zu schaffenden tschechoslowakischen

Staat schon während des Krieges die Anerkennung eines Bundesgenossen von seiten der Alliierten zu verschaffen. Damit wurden sie geradezu zu den Initiatoren des späteren Konzepts von Versailles.

Damit aber sind wir wieder beim Schicksal Österreichs. Das finis austriae war nun, nachdem es ein Jahrhundert lang als dunkle Drohung über dem Habsburgerstaate gelegen hatte, brutale Wirklichkeit geworden. Die allmähliche Entfremdung Habsburgs von seinen deutschen Überlieferungen leuchtete in seinem letzten beschämend und vernichtend format- und haltlosen Träger noch einmal in grellen Blitzen auf. In ihm hatte sich die Dynastie des letzten Restchens ihres einstigen deutschen Wesens entschlagen. Ein letztes Mal sollte versucht werden, Österreich als dynastischen Selbstwert zu statuieren, die Rechnung von 1866 zu begleichen in einem denkbar schändlichen wie ungeschickten Verrat. Daß diese entwürdigende Botmäßigkeit vom Westen verworfen wurde, war die vernichtendste Todeserklärung für ein Herrschergeschlecht von solch reicher Geschichte.

Dafür brachen aber alle Wunden, die dem Staate Österreich von dieser Dynastie im Laufe der letzten Jahrzehnte zugefügt wurden, blutend auf. Und wieder waren die Deutschen dieses Staates die alleinigen Träger alles Leides, das aus den letzten Atemzügen eines verendenden Staatsgedankens floß. Diese Deutschen hatten den Kitt gebildet, der die letzte heldische Anstrengung dieses überlebten Gebildes überhaupt noch ermöglichte, der die auseinanderstrebenden Teile noch einmal zusammenhielt und noch einmal den Glanz vergangenen und schon längst verblichenen Ruhmes in die Gegenwart hob. Es war ihr Verdienst, daß dieser absterbende Kadaver entgegen allen düsteren Prognosen ein trügerisches Leben zeigen konnte. Es war aber auch ihr bitteres Schicksal, diese Anstrengung nicht nur unbedankt vollbracht zu haben, sondern auch noch unter den Trümmern des zerberstenden Baues verschüttet zu werden.

In Versailler Schau rangierte ja das deutsche Problem der Monarchie auf der untersten Stufe. Hatte man das Bekenntnis der Dynastie zu einer antideutschen Stellung verworfen, so gewiß nicht deshalb, um nun das Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen der Monarchie in Anwendung zu bringen. Nicht deshalb hatte man auf das habsburgische Angebot verzichtet, um etwa die Deutschen vom Fluch dieser Dynastie zu befreien, um ihnen ihr Schicksal selbst in die Hand zu geben, sondern um sie in der geplanten Neuordnung überhaupt außer Rechnung stellen zu können. Dies sollten sie in einer wahrhaft brutalen und drastischen Weise erfahren, als sie nur den Versuch machten, die scheinheilige Doktrin des Selbstbestimmungsrechtes auch für sich in Anspruch zu nehmen. Auch hier versinkt der tatsächliche Ablauf der augenblicksgebundenen Maßnahmen und Schritte vor der Größe des Gesamtgeschehens. Die Deutschen Öster-

reichs schrieben ein Menetekel an die Wand des Versailler Konferenzsaales. Sie waren hier die Wortführer der Zukunft, als sie ihr Bekenntnis zur deutschen Nation gerade in dem Augenblick aussprachen, als man das Schicksal dieser Nation in Paris besiegelt zu haben glaubte. Mit einer ausdauernden Zähigkeit kämpften sie um ihr Selbstbestimmungsrecht, um die Durchsetzung ihres Willens, ihr Schicksal unverbrüchlich an das Schicksal Deutschlands zu ketten. In der Größe dieser Stunde erhoben sich selbst die sozialdemokratischen Politiker über ihr durchschnittliches Format und riefen den westlichen Gewalthabern die Parole einer deutschen Zukunft zu.

Schon während der Vorfriedensverhandlungen vollzog sich unaufhaltsam die Auflösung der Monarchie. Das letzte kaiserliche Manifest vom 16. Oktober 1918, das den Staat in Form eines Nationalitätenbundes retten wollte, erreichte die „getreuen" slawischen Völker nicht mehr. Die Tschechen galten bereits als Verbündete der Entente und betrieben mit Geschick die Schaffung der Tschechoslowakei. Die Selbständigkeit Ungarns stand unwiderruflich fest, die Südslawen hatten sich an Serbien angeschlossen. Da galt es auch für die Deutschen, rasch zu handeln. In wenig Tagen einigten sich die verschiedenen Parteien und traten am 21. Oktober 1918 als „provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich" zusammen.

Der Vorsitzende Dr. Waldner sprach folgende Worte: „Im Auftrage aller deutschen Parteien habe ich alle deutschen Reichsratsabgeordneten zur heutigen Vollversammlung einberufen, damit sie auch für das deutsche Volk in Österreich als seine gewählte Gesamtvertretung das Recht auf Selbstbestimmung und eigene, unabhängige Staatlichkeit feierlich erklären und für den Staat Deutschösterreich in einer zu konstituierenden Nationalversammlung die grundlegenden Beschlüsse fassen. Wie die schicksalschwere Zeit schon die Vertreter aller Parteien zusammengeführt und zu Einheitsbeschlüssen vereinigt hat, so wird sich auch die heutige denkwürdige Versammlung aller deutschen Vertreter von der Seele unseres Volkes und von dem einzigen Geist erfüllt zeigen, einmütig die staatliche Zukunft unseres Volkes auf seinem Siedlungsgebiete sicherzustellen. Die Geschichte hat uns auf den Boden, den wir bewohnen, gestellt, unsere Vorfahren haben diesen Boden in ungezählten Kämpfen mit ihrem Blut verteidigt, unsere Söhne haben in diesem Weltbrand in Treue ihr Blut für ihn vergossen. Es gibt kein stärkeres Recht als das Recht unseres Volkes auf das Gesamtgebiet seiner Siedlung. Die Geschichte hat uns zum Gründer des alten Staates Österreich gemacht, und wir haben diesem Staate durch die Jahrhunderte in unverbrüchlicher Treue und in selbstloser Aufopferung unser Bestes an Kultur und Wirtschaft hingegeben: Ohne Dank scheiden wir nun aus diesem Staate, um unsere Volkskraft auf uns allein zu stellen und aus ihrem unversiegbaren Born hoffnungsvoll ein neues, nur unserem Volke allein dienendes Gemeinwesen aufzubauen. Die Verkettung mit dem alten Österreich war die schwere, auf uns

ruhende Last, welche unsere politische Kraft im vergeblichen Ringen verzehrte und unsere wirtschaftliche Kraft für volksfremde Interessen aufbrauchte. Nun im neuen Staat Staatsgeist und Volksgeist, Staatszweck und Volkszweck, Staatswohl und Volkswohl in eins zusammenfließen werden, wird auch der in jenem Zwiespalt sitzende Urquell der deutschen Parteiungen versiegen und in diesem neuen Staate nicht wieder aufleben. So wird das neue Deutschösterreich aus der Tiefe seiner befreiten Volksseele erstehen und Staat und Volk ein ganzes mit neuem Geiste und ungehemmten Kräften sich aufrichten. So werden die sittlichen, geistigen und Charaktereigenschaften unseres Volkes erst den neuen Staat in voller Entfaltung durchdringen und ihn einer blühenden Zukunft entgegenführen. Aber wir haben nach rückwärts noch die schwere Pflicht, bei der Aufteilung der Erbschaft des alten Staates, seiner Lasten und Rechte, unter die Staatserben mitzuwirken und dabei unser Volk vor jeder Ungebühr zu bewahren. Und wir haben noch die schwerste Pflicht, unser Volk aus der Ernährungsnot zu befreien. Die Auflösung Österreichs und der Monarchie löst auch das Gemeingefühl und die Pflicht zur gegenseitigen Ernährungshilfe auf und bedroht unser Volk mit Absterbung und Isolierung. Wir werden zur Abwendung dieser Gefahr das Äußerste aufbieten.

Werte Volksgenossen! Je größer und verantwortungsvoller die Aufgaben sind, die diese schwerste Zeit der Geschichte uns und unserem Volke auferlegt, desto stärker ist unser Wille und unsere geeinte Kraft, diese Aufgaben zu erfüllen. So schreiten wir denn in dieser denkwürdigen Stunde, in diesem geschichtlichen Raume, tiefbewegt, doch mit freudiger Hoffnung und ganzer Zuversicht an das Gründungswerk unseres Staates, glücklich, die Berufenen zu sein, zur neuen Zukunft unseres Volkes den Grundstein zu legen. In diesem Geiste begrüße ich Sie, werte Volksgenossen, und begrüße ich unser teures Volk zum ersten Male mit dem Rufe: Heil Deutschösterreich!"

Der Tenor dieser Rede, wie der in dieser provisorischen Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse, war zuerst einmal auf die Rettung des deutschen Siedlungsgebietes aus den Trümmern des Staates gerichtet. Es galt, den Anspruch auf das gesamte deutsche Gebiet rechtlich zu unterbauen und zu begründen. In einer Sitzung am 30. Oktober wurde an Wilson eine Note übersandt, die diesen Anspruch unter Berufung auf das verkündigte Selbstbestimmungsrecht klar zum Ausdruck brachte. Die drückende Not des Augenblicks und seine Gefahren zu bannen, war das vordringlichste Gebot.

Aber schon am Tage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages durch das Reich beschloß die provisorische Nationalversammlung jenes denkwürdige Gesetz, das Deutschösterreich als einen Bestandteil des Deutsches Reiches erklärte. Im Gesetz vom

12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich lautet der Artikel 2:

„Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der Deutschen Republik auf Deutschösterreich."

Hier fand der sozialdemokratische Staatskanzler Dr. Renner jene Worte, die für immer von der tiefen Verwurzelung des völkischen Bewußtseins der Deutschösterreicher zeugen werden. Er betonte die Notwendigkeit dieses Beschlusses besonders wegen dieses Artikels. „Unser großes Volk ist in Not und Unglück. ... unser deutsches Volk ist im Augenblick tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft." Bei diesen Worten erhebt sich die Versammlung. Ein langer, stürmischer Beifall erdröhnt im Saale und auf den Galerien. Als dann das Gesetz zur Abstimmung kam, da brauchte der Präsident keine Stimmzählung vorzunehmen, die Nationalversammlung gab ein einmütiges „Ja!"

Wohl mußte dieses Gesetz, wie Dr. Renner in seiner Rede sagte, eine „lex imperfecta" bleiben. Es sollte auch keine politische Geltung erlangen, denn schon längst hatte man in Paris über das Schicksal Deutschösterreichs anders beschlossen. Daher liegt sein dauernder Wert nur im Zeugnishaften, im Bekenntnis, in der selbstverständlichen Einmütigkeit, der durch keine Zweifel und opportunistische Bedenken getrübten Willenseinheit. Galt es doch hier, das eigene Schicksal an das eines bis zum Letzten erniedrigten Deutschlands zu ketten, sich auf Gedeih und Verderb dieser Schicksalsgemeinschaft zu verschreiben. In diesem Feuer völkischen Bekennens schmolz selbst die internationale Klassendoktrin eines revolutionären Sozialismus. So ungebrochen, unteilbar und ausschließlich war dieser Wille. In diesem Bekenntnis aber bewahrte sich diese Nationalversammlung eine Würde und Größe, durch die sie für immer in die Geschichte des deutschen Volkes eingegangen ist.

Diese Würde und Klarheit eines nationalen Programms fehlte aber der Nationalversammlung von Weimar vollkommen. Hier war nicht ein Hauch jenes entschlossenen Geistes zu spüren, der die deutschösterreichischen Abgeordneten beseelte. Der klare und leidenschaftliche Ruf aus Österreich fand im Reiche kein Echo. Wohl trat man in Verhandlungen ein, aber das befreiende Wort blieb ungesprochen. Hier wurden die Sünden des wilhelministischen Zeitalters offenbar. In dieser liberalen Ära war in Binnendeutschland das Volksbewußtsein verkümmert und auf ein Reichsdeutschtum zusammen-



Anschlußkundgebung in Wien. 22. Februar 1919

geschrumpft, weil man Deutschland bei seinen Staatsgrenzen aufhören ließ. Man besaß weder eine ausreichende Vorstellung vom volksdeutschen Bereich, noch die einfachsten ethnopolitischen Kenntnisse. Erst im Nationalsozialismus wurde auch dem Binnendeutschen wieder der Blick freigemacht für die räumliche und zeitliche Weite des deutschen Volkes.

So mußte der verzweifelte Kampf der Deutschösterreicher fruchtlos bleiben, so zäh und ausdauernd er auch geführt wurde. Sie hatten ja auch keine anderen Waffen als die guten und klaren Argumente für ihr zugesichertes Recht. Was bedeuteten aber Rechtsgründe gegenüber dem Diktaturwillen der Siegerstaaten? Alle Memoranden, in denen die Deutschösterreicher ihre Ansprüche darlegten, wurden mit zynischem Hohn verworfen. Was nützte es da, wenn auch die konstituierende Nationalversammlung ganz im Geiste des von ihren Wählern erteilten Auftrags neuerlich in einem Gesetz vom 12. März den Beschluß der provisorischen Nationalversammlung wiederholte, wenn sie wiederum im Artikel 2 dieses Gesetzes festlegte: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches". Aber auch der Kampf um die Erhaltung des geschlossenen Siedlungsgebietes, der zäh und erbittert geführt wurde, mußte angesichts der restlosen Ohnmacht vergeblich bleiben.

Als am 19. Mai 1919 die deutschösterreichische Friedensdelegation ihre Vollmachten der Friedenskonferenz vorlegte, da wurde von ihr gleich als erstes die Bezeichnung „Deutschösterreich" verworfen. Lakonisch hieß es im Antwortschreiben: „Die verbündeten und assoziierten Mächte haben entschieden, die neue Republik unter der Bezeichnung ‚Republik Österreich' anzuerkennen." Man hatte ja gar nicht im Sinne, mit dieser Delegation überhaupt lange zu verhandeln, sondern ließ gleich von allem Anfang an unzweideutig erkennen, daß man zum brutalen Diktat entschlossen war. So hielt beim Beginn der Verhandlungen am 2. Juni 1919 Clemenceau folgende kurze Ansprache: „Meine Herren Vertreter der Österreichischen Republik! Die verbündeten und assoziierten Mächte haben mich beauftragt, Ihnen, wenn auch nicht den vollständigen Text des Entwurfes, so doch wenigstens dessen fertiggestellte Teile zu überreichen. Ich beehre mich, Ihnen den Vorgang bekanntzugeben, der einzuhalten sein wird: Eine mündliche Erörterung findet nicht statt, und ihre Bemerkungen sind schriftlich in Vorlage zu bringen. Sie erhalten eine Frist von 14 Tagen, um Ihre schriftlichen Bemerkungen über die Vertragsteile, deren Korrekturbogen Ihnen übergeben werden, vorzulegen. Sollten jedoch etwelche Ihrer Bemerkungen vor Ablauf obiger Frist fertiggestellt sein, so werden wir uns beeilen, sie zu prüfen."

Das war deutlich genug.

Vergeblich wehrte sich auch die österreichische Delegation dagegen, als einziger Rest der alten Monarchie und damit als alleinverantwortlich für die Friedens- und Kriegspolitik der Habsburger betrachtet zu werden. Doch auch hier redete sie vor tauben Ohren.



Der österreichische Kanzler Dr. Renner spricht in St. Germain

Die übergebenen Friedensbedingungen zerrissen das deutsche Siedlungsgebiet der Monarchie ohne jede Rücksicht auf natürlich gewachsene Zusammenhänge. In zahlreichen Memoranden wurde auf diese Vergewaltigung erwidert. Alles vergeblich! In der Begleitnote zum endgültigen Text der Friedensbedingungen schrieb Clemenceau in seiner ganzen höhnischen Härte: „Bei der Ausarbeitung des Schlußtextes ist den verschiedenen von der österreichischen Delegation vorgebrachten Bemerkungen Rechnung getragen worden. Es wird sonach nicht jede der betreffenden Noten einzeln beantwortet werden. Das beifolgende Memorandum wird Euer Exzellenz sämtliche Erläuterungen liefern."

Darin herrschte aber der gleiche diktatorische Ton. Etwa so: „Was die für die deutsch-österreichische Republik festgesetzten Gebietsgrenzen betrifft, können die alliierten und assoziierten Mächte keinerlei wesentliche Abänderungen der bereits mitgeteilten Entschließung zulassen. Diese Entschlüsse sind nach monatelangen gründlichen Studien gefaßt worden, und in den von der österreichischen Delegation vorgebrachten Bemerkungen wurden keine Argumente gefunden, die nicht schon von den Kommissionen, die die betreffenden Berichte erstattet hatten, geprüft worden wären."

Vor einer solchen für alle Argumente der Vernunft, des natürlichen Rechtsempfindens, wie des feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes unzugänglichen Haltung mußten die Deutschösterreicher einfach kapitulieren. So mußte auch die Nationalversammlung am 6. September 1919 dieses Diktat annehmen. Dr. Renner charakterisierte die Lage der Delegation mit folgenden Worten: „Die Delegation hat vom ersten bis zum letzten Augenblick das nationale Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen Österreichs verteidigt, sie hat um jeden Landstrich, um jede Stadt, um jedes Dorf gerungen, und schmerzlich ist das Einbekenntnis, daß dieser unser Kampf in der Hauptsache ohne Erfolg geblieben ist. Wir standen einer Mauer gegenüber."

Wahrhaft prophetische Worte aber sprach namens der Abgeordneten der abgetrennten Gebiete der Steiermärker Muchitsch: „Die Gewalt des Siegers mag die Hand des Bevollmächtigten unserer Republik zur Unterschrift des Vertrages zwingen, das vergewaltigte Volk aber wird nicht rasten und ruhen, bis ihm sein unveräußerliches Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben wird, wird mit seinem ganzen Sinnen und Denken in der uralten Gemeinschaft seiner Stammesbrüder verbleiben, mögen auch Grenzpfähle zwischen sie gesetzt werden. Das Friedensdiktat wird für Mitteleuropa nicht einen Zustand des Friedens bringen, sondern schafft einen neuen Balkan, neue unerlöste Gebiete, die nach nationaler Einigung streben, Herde der Beunruhigung des Kontinents sein werden, aus denen sich schon am Tage des Friedensschlusses ein neuer Weltenbrand zu erheben droht."

Der Präsident verkündete das Ergebnis der Abstimmung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages und schloß mit folgenden Worten, die wir heute mit besonders starkem Empfinden vernehmen: „Nach schweren Seelenkämpfen und nur unter dem Druck der uns umringenden feindlichen Armeen, bedroht von Hunger, Arbeitslosigkeit und Rohstoffmangel, bedrängt von Tausenden unglücklicher Frauen und Kinder der Kriegsgefangenen, hat sich zögernd Stimme um Stimme für den Antrag auf Unterzeichnung dieses Friedensdiktates erhoben. Es gibt wohl niemanden in Deutschösterreich, der den hohen Begriff des Friedens in Einklang bringen könnte mit dem Akte, der sich hier vollzieht. Wir haben uns nach langen Verhandlungen entschlossen, ein bedingungsloses Ja zu sagen, und wir schließen damit für uns Deutschösterreicher die erste Phase jener Epoche ab, die im Juli 1914 beginnend, heute gewiß noch nicht zu Ende ist. Die erste Phase ist gekennzeichnet durch den Zwang der Völker zum Kriege, durch Krankheit und Siechtum, durch den Tod auf den Schlachtfeldern. Die zweite Phase wird für uns bedeuten: Ökonomische Abhängigkeit, Hunger und Elend. Die ihr folgende dritte wird hoffentlich nicht mehr von dem Willen politischer, nationaler und ökonomischer Imperialisten bestimmt werden, sondern von dem Willen der großen Massen der Völker aller Staaten, die den Krieg und die Versklavung ganzer Völker hassen, weil sie jede Sklaverei hassen. Diese Massen werden neue Formen für das friedliche Nebeneinander der Staaten und Völker finden. Dann erst wird die Epoche, die mit dem Weltkrieg begonnen hat, abschließen. Und dann soll uns im Frieden neu erstehen ein Reich, das keine Gewalt über andere üben will, aber auch keine Gewalt fürchtet: das große Reich der deutschen Nation. Dieses Einheitsreich, es wird und muß uns erstehen. Wenn wir diese Hoffnung nicht hätten, könnten wir den heutigen Tag nicht überwinden."

Unter solchen eindeutigen Vorzeichen vollzog sich die Geburt des neuen österreichischen Kleinstaates. Seine eigentliche Sinngebung erhielt der Vertrag von St. Germain nicht durch die willkürliche Zerreißung gewachsenen deutschen Volksbodens, sondern vor allem durch das ausdrückliche Verbot des Anschlusses an das Deutsche Reich. Im Abschnitt VIII findet sich der Artikel 88, der das eigentliche Staatsgrundgesetz des Kleinstaates Österreich war und blieb, bis die Verträge der Pariser Vororte von einem unter Adolf Hitler wiedererstarkten Deutschland in Fetzen gerissen wurden. Er lautete:

„Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Österreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege, namentlich – bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes – im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht seine Unabhängigkeit gefährden könnte."

Dieser Artikel 88 gibt vielleicht den tiefsten Einblick in das Gesamtkonzept nicht nur von St. Germain, sondern des Diktatfriedens als „Versailler System" überhaupt. Schon in der außenpolitischen Erklärung des französischen Außenministers Pichon vom 29. Dezember 1918 wird dieses Konzept klar, wenn Pichon ankündigte, daß man Deutschland die Möglichkeit nehmen werde, sich für die Annexionsverluste an den Trümmern der „österreichischen Stämme" schadlos zu halten.

Man dachte also in Paris überhaupt nicht daran, welche Zukunft Österreich zu erwarten habe, sondern nur daran, wie die Zukunft Deutschlands jeder Möglichkeit einer Wiedererstarkung und eines Wiederaufstiegs zu berauben sei. Der Vertrag von St. Germain galt somit von vornherein nur als ein Annex des Vertrages von Versailles. Das Ziel war, jeden Machtzuwachs des niedergerungenen Deutschlands für jetzt und, wenn möglich, für alle Ewigkeit zu verhindern. Damit war aber die Verhinderung des Anschlusses eo ipso mit begriffen. Man muß sich, angesichts der Entwicklung der letzten sechs Jahre bewußt machen, wie hier bereits in Versailles das vielberufene österreichische Problem in dem einzig möglichen Zusammenhang gesehen wurde, in dem es überhaupt gesehen werden muß, als eine deutsche Frage. Dies wurde auch von französischer Seite unumwunden eingestanden, wenn der französische Professor A. Tibal in seiner „Histoire diplomatique contemporaine" „die gegenwärtige Lösung völliger und umfassender Unabhängigkeit Österreichs" als eine „Niederlage der Anschlußidee" erklärt. Er gibt darüber hinaus aber noch jene einzig mögliche Begründung für die Bestimmung und „Mission" dieses Staates, wenn er beides mit folgenden unmißverständlichen Sätzen umreißt: „Nicht daß man theoretisch den Wunsch der Österreicher, sich dem Staat desselben Volkstums anzuschließen, tadeln wollte, nicht daß man leichten Herzens ihre Gefühle verletzen wollte; die politische Überlegung machte vielmehr vor allem geltend, daß der Anschluß Österreichs einen gefährlichen und unannehmbaren Zuwachs an Macht brächte, wie gleichzeitig Zukunftsmöglichkeiten im Donau- und Balkanraum, die eines Tages dem Berlin-Bagdad-Gedanken neuen Aufschwung geben könnten. Es scheint nicht, daß die Frage des Schicksals Österreichs überhaupt jemals eine große Rolle auf der Friedenskonferenz in dem Sinn gespielt hätte, daß man sie als solche geprüft, daß sie den Gegenstand einer sorgfältigen und eingehenden Prüfung gebildet hätte. Man sah das Los der Österreicher als in Funktion oder Beziehung zu dem stehend, was die Hauptsorge der Großen, in erster Linie der Franzosen, auf der Konferenz bildete: die zukünftige Rolle der Deutschen in Europa. Wegen dieses Zusammenhanges mit der deutschen Frage haben sich die Franzosen vom ersten Tage an dem Anschluß widersetzt." (Nach Raschhofer: Großdeutsch oder kleinösterreichisch.)

Österreich im Zusammenhang mit der deutschen Frage! So sah man die Dinge in Paris. Es blieb einem Dollfuß und Schuschnigg samt ihren zweifelhaften Hinter-

männern vorbehalten, diesen Zusammenhang nachträglich aus cliquenegoistischen und konfessionellen Motiven zu verschleiern und den lächerlichen Eindruck zu erwecken, als bezöge sich die westliche Liebe und Sympathie für Österreich auf seine einmaligen kulturellen Werte und Leistungen. Der Nachkriegsstaat Österreich war und blieb aber zeit seines kurzatmigen Lebens nichts anderes als ein Homunkulus aus der Versailler Retorte.

Wenn sich daher die Pariser Rhetorik heute, nachdem die Dinge wieder auf ihr rechtes Maß zurechtgerückt sind, noch immer in platonischen Klagen über das „vergewaltigte" Österreich ergeht, so bedarf es nur einer kleinen historischen Erinnerung, um zu erkennen, daß der Kleinstaat Österreich nur zweimal vergewaltigt wurde. Das erstemal, als man ihn überhaupt in die Welt setzte, das zweitemal, als ihm eine volksverräterische Bonzokratie diese Geburtsumstände verfälschen und unter nebelhaften Beschwörungen historischer Reminiszenzen ins Positive verkehren wollte.

Hätte das Dollfuß-Schuschnigg-System eine mehr als erschlichene und erschwindelte Zufallsmacht besessen, dann wäre tatsächlich der Versailler Blütentraum zum Reifen gekommen, dann hätte es jenen Staat gegeben, den man in Paris erhoffte, jenes fehlende Glied in der Kette, die Deutschland von der Ostsee bis an die Adria umklammern sollte. Weil aber in den Grenzen dieses Staates ein Volk siedelte, das sich über seine wahre Bestimmung von allen Sirenengesängen einer scheinheiligen Staatslehre nicht hinwegtäuschen ließ, so ist heute die österreichische Frage wieder das geworden, was sie immer war, eine deutsche.

Schon die papierene Geburt dieses Staates war von der Stimme des Volkes übertönt. Es gab kaum jemals ein Parlament, das so sehr den Willen des Volkes verkörperte als jene Nationalversammlung, die Österreich als einen Bestandteil des Deutschen Reiches erklärt hatte. Als in demselben Parlament am 1. Oktober 1920, in einem Zeitpunkt also, da man schon genau Bescheid wußte, was in Paris über das Schicksal Österreichs bestimmt worden war, eine Aufforderung an die Staatsregierung beschlossen wurde, eine Volksabstimmung über den Anschluß vorzunehmen, da war das Echo aus dem Westen deutlich genug. Es wurde wegen „Verletzung des Friedensvertrages" mit der Hungerblockade gedroht.

Aber auch diese drastische Erfahrung vermochte Volk und Regierung in Österreich nicht zurückzuschrecken. Im Artikel 88 war eine kleine Lücke gelassen, die freilich vor dem klaren Willen der Autoren des Friedensvertrages wie ein Hohn wirkte. Aber immerhin hieß es hier dem Buchstaben nach, daß der Rat des Völkerbundes dem Anschluß zustimmen könne. Obwohl man nicht mehr im Zweifel sein konnte, daß dieser Rat niemals eine solche Zustimmung erteilen würde, benützte man doch dieses letzte Ventil, durch das sich der klare Wille wenigstens demonstrativ Luft machen konnte. Ungeachtet aller ent-

mutigenden Erfahrungen beschloß daher am 12. Mai 1921 die Nationalversammlung ein Bundesgesetz, dessen Paragraph 1 lautete: „Die österreichischen Bundesbürger sind zu befragen, ob sie wünschen, daß die Bundesregierung im Sinne des Artikels 88 des Staatsvertrages von St. Germain vom 19. November 1919 beim Rate des Völkerbundes um die Zustimmung zum Anschlusse der Republik Österreich an das Deutsche Reich ansucht." War hier nicht der Friedensvertrag buchstäblich berücksichtigt? Selbst dieses Buchstabenrecht aber wurde von Paris aus abgesprochen. Der französische Gesandte machte sich eilends auf den Weg und drohte alles mögliche an – Einstellung des Hilfswerkes für Österreich, Tributleistungen usw. –, falls „die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtigen, auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen".

Der diplomatische Zwang reichte aber um Armeslänge hinter dem spontanen Akt des Volkes zurück. Das Gesetz vom 12. Mai war ja schon präjudiziert durch eine am 24. April in Tirol tatsächlich durchgeführte Abstimmung, in der eine 90%ige Wahlbeteiligung erreicht wurde, worunter wieder über 98 Prozent Jastimmen (von 147439 abgegebenen Stimmen waren 145302 für den Anschluß) für das eingeborene und unveräußerliche Schicksal dieses Landes zeugten.

Aber die Gewalt in Händen der Siegermächte würgte diese Willenskundgebung ab. Salzburg konnte gerade noch in einer privaten Zählung mit ähnlichen Zahlen aufwarten. Von 126432 Abstimmungsberechtigten wurden 98546 Anschluß- und 877 Gegenstimmen gesammelt. Alles weitere erstickte in der handgreiflichen Drohung der Feindmächte. Die äußerste Not bedrängte Staat und Volk. Es begann jene Erpressung durch Anleihen, die das entscheidende Grundgesetz dieses Staates bis zur Rückführung in seine ursprüngliche Anlage und Bestimmung bleiben sollte. Es entstand das sogenannte „Genfer Protokoll" vom 4. Oktober 1922. Hier wurde der Artikel 88 des Vertrages neuerdings aufgenommen, allerdings unter Weglassung jenes Punktes, der eine Anrufung des Völkerbundes gewährt hatte. Jetzt hieß es nur mehr, daß sich die Regierung der Republik Österreich verpflichte, „gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben, sie wird sich jeder Handlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen".

Mit diesem Protokoll beginnt so eigentlich die Geschichte jenes Staates, den man Österreich nennen mußte. Die heroische Anstrengung des Volkes um sein völkisches Recht war vergeblich gewesen. Mit Buchstaben und Paragraphen glaubte man die Stimme des Blutes zum Verstummen gebracht zu haben. Was politisch getan werden konnte, das war geschehen. Es wäre kein Wunder gewesen, wenn dieser Mißerfolg eine tiefe Resignation nach sich gezogen hätte. Nichtsdestoweniger blieb der Wille zur völkischen Einheit in

Österreich unerloschen. Seine Selbstverständlichkeit ließ sogar den Unterschied der Parteien hinter sich. Es gab niemanden in Österreich, der in dieser Frage keinen klaren Standpunkt bezogen hätte. Von einer namhaften Opposition gegen die Anschlußidee konnte keine Rede sein. Sie bewegte sich höchstens in jenem Ausmaß einiger Prozente, die immer eine letzte Einstimmigkeit verhindern wird. Die Anschlußidee blieb das natürliche Daseinsgesetz dieses Staates. Nur stand sie nun unter der Losung: „Immer daran denken, nie davon sprechen."

Es ist daher eine tiefe innere Symbolik, daß sich Dollfuß gleich bei Beginn seines Wirkens zu einer Verlängerung des Genfer Protokolls im Protokoll von Lausanne verstand. Damit aber trat das österreichische Schicksal in ein letztes Stadium der Verdunkelung, aber auch einer letzten inneren Läuterung und Festigung.

System-Österreich

Immer wird nach einer gewonnenen Schlacht der Jubel und Stolz über den errungenen Sieg die Gemüter der Kämpfer erfüllen und ihnen im Anblick des erstrittenen Zieles die überwundenen Gefahren und Abgründe kleiner erscheinen lassen als sie im Augenblick des ärgsten Kampfgewühles tatsächlich waren. Ein besiegter Gegner, der seinen Kampf nur mit den infamsten Mitteln der Heimtücke, der Lüge und der Hinterlist zu führen wußte, erscheint, da die gefährlich vergifteten Waffen seiner Hand entschlagen sind, nur mehr der Verachtung wert, und mit souveräner Selbstgewißheit wird sein vernichtetes Dasein einer wohlverdienten Vergessenheit anheimgegeben. Der Sieger erachtet es unter seiner Würde, dem Zwergengezücht einen Platz in seiner Erinnerung zu bewahren.

Männer vom zweifelhaften Format eines Dollfuß, Starhemberg und Schuschnigg besaßen zu geringes historisches Gewicht, als daß sie an sich würdig wären, heute noch in ihren politischen Taten und Untaten dem deutschen Volke vor Augen geführt zu werden. Ihr Wirken und Handeln bleibt für immer eine kurzatmige Episode auf dem dornenvollen Weg der deutschen Nation zur Einheit des Reiches. Gewiß, ihre völkische Verantwortungslosigkeit heischte zahllose Opfer an Gut und Blut; ein unübersehbares Unmaß von Leid, Not und Entbehrungen war die Frucht ihrer erschlichenen Herrschaft. Im Schatten dieser Opfer wird auch ihr Name weiterleben.

Bald stellt sich aber die Frage ein, ob diese Männer denn nur vom engbegrenzten Bereich ihrer persönlichen Wirksamkeit her zu verstehen sind, oder ob sie nicht etwa nur die Marionetten anderer hintergründiger Kräfte waren, die mit der Vernichtung der willfährigen Handlanger lediglich brauchbare Werkzeuge verloren haben, sonst aber unberührt geblieben sind und weiter wirken in die siegesstolze Gegenwart. Verändert sich nicht die ganze Perspektive, wenn wir unseren Blick weniger auf das tatsächliche Geschehen der tagespolitischen Ereignisse der letzten fünf Jahre richten, als auf den Hintergrund, vor dem sich diese dramatische Episode abgespielt hatte? Da gilt dann unser Interesse nicht mehr so sehr dem Eigenwert der agierenden Marionetten, als vielmehr jenen Händen, die sie

auf der politischen Bühne dirigiert und inspiriert hatten. So gesehen, bietet uns die österreichische Tragikomödie einen politischen Anschauungsunterricht ohnegleichen. Betrachten wir die Figuren in ihrer tieferen, funktionellen Bedeutung, dann eröffnet sich uns ein weltpolitischer Umkreis, den wir in der Fülle seiner Beispielhaftigkeit gar nicht in einem Zug und Hub voll auszumünzen vermögen. Hier gibt es noch ungeahnte Erkenntnisse zu bergen.

Die kleinösterreichische Episode muß um ihres beispielhaften Charakters willen vor einer allzu schnellen Vergessenheit bewahrt bleiben. Der Abstand, den wir nun heute bereits gewonnen haben, mag lediglich dazu dienen, uns die großen Konturen dieses Geschehens zu vergegenwärtigen, die beispielhaften Züge herauszulösen aus dem verwirrenden Durcheinander der sich überstürzenden Ereignisse, aus dem Zwielicht doppelsinniger Phrasen und jesuitischer Verschleierungen die wirklichen Grundgedanken aufzufinden, die immer hinter dem vordergründigen Scheinbetrieb wirksam waren, ihnen schließlich jenes Gewicht beizumessen, das ihnen nach Richtung und Zielsetzung tatsächlich zukam, wenn sie auch heute zerschellt und zerstoben sind in alle Winde. Alles was in der Geschichte deutscher Zerspaltenheit, deutscher Zwietracht und Ohnmacht einmal Wirklichkeit war, das erlebte in den fünf Jahren Systemösterreich gespenstige Urständ. Auf dieser kleinräumigen Bühne geisterten die Schatten der Religionskriege und der Gegenreformation wie die längst vergessenen Zeiten napoleonischer Schmach, da deutsche Fürsten einen schmählichen Rheinbund von Gnaden des Korsen geschlossen hatten. Die Ströme deutschen Blutes auf den böhmischen Schlachtfeldern Kolin und Königgrätz wurden beschworen, als wären sie zu ewigem Weiterfließen verdammt. Und über all diesem führte der Krummstab sein herrschsüchtiges Regiment. Es war ein wahrhaft gespenstiger Anblick, wenn der Talmiglanz legitimistischer Exzellenzen und Erzherzöge mitten im Zeitalter der größten deutschen Selbstbesinnung und Selbstgestaltung herumgeboten wurde, als fänden die Toten abgelebter Zeiten keine Ruhe im Grabe!

Es war eine einmalige politische Konstellation, in der die Bretter dieser Bühne gezimmert wurden. Rufen wir sie uns kurz ins Gedächtnis: Der Staat Österreich war als durchaus neuartiges Zwangsgebilde in St. Germain im wahrsten Sinn des Wortes diktiert worden. Ein Österreich in dieser räumlichen Gestalt und auf diesen politischen Grundlagen hatte es in der Geschichte nie gegeben. Die aufgezwungene Selbständigkeit dieses Staates war genau so eine Vergewaltigung des Volkswillens wie die Versklavung der Sudetendeutschen im Völkerkerker der Beneschrepublik, ein Umstand, der in den Jahren des Zusammenbruches von französischen Politikern, Historikern offen und schamlos zugegeben wurde, wenn als Sinngebung dieser staatlichen Selbständigkeit die Verhinderung des Anschlusses und damit einer Mehrung deutscher Macht angegeben wurde. Schon damals hoffte man, diesen Staat als fehlendes Glied in jenen Ring von



Der Kanzler, die Exekutive und das Staatsoberhaupt

Staaten eingliedern zu können, der sich unter französischer Vormundschaft um Deutschland legen sollte, um ihm das Brot zum Leben und die Luft zum Atmen ein für allemal abzuschnüren. So blieb der Name St. Germain immer als ein Titel der Schmach im Bewußtsein der Deutschen dieses Zwangsstaates haften. Wie tief dieses Bewußtsein und der innere Widerstand gegen dieses Sonderdasein war, zeigt am deutlichsten die unleugbare Tatsache, daß es keine Parteibildungen in Österreich gegeben hat, die in ihrem Programm nicht an entscheidender Stelle die Anschlußforderung aufführten. Dies wurde aber für die parteimäßige Schichtung der Bevölkerung von grundlegender Bedeutung. Es gab in Österreich nur eine einzige Forderung nationaler Willensbildung, und das war eben der Anschluß. Er war das Alpha und Omega jeder völkischen Ausrichtung. Darüber waren sich sogar die ansonst sehr streitbaren Parteien einig. Diese Forderung war aber ausschließlich außenpolitischer Natur. Sie war von der österreichischen Plattform aus überhaupt nicht zu verwirklichen. Sie konnte einzig und allein von einem wiedererstarkten Reiche in die Tat umgesetzt werden. Dadurch war aber einer eigenständigen, völkischen Parteibildung der Boden entzogen worden. Nationale Parteien konnten diese Forderung lediglich stärker betonen und herausstellen als die anderen. Sie konnten sich aber von ihnen damit nicht wesentlich unterscheiden. Außenpolitische Aktivität war aber auf dem Boden des österreichischen Staates ein Nonsens. So mußte sich zwangsläufig die politische Willensbildung nach innenpolitischen Fragen orientieren und sich an

ihnen zersplittern und aufreiben. Daß daher die sog. nationale Partei im Nachkriegs-Österreich zahlenmäßig gegenüber den Christlichsozialen und Sozialdemokraten die kleinste war, sagt gar nichts gegen die eindeutig nationale Haltung der österreichischen Bevölkerung, die jederzeit in der einzig nationalen Frage, der Frage des Anschlusses, positiv eingestellt war. Bei der Selbstverständlichkeit dieser Einstellung, die keine Partei jemals nur von weitem in Frage gestellt hatte, wurde es unmöglich, daß sich an ihr eine besondere Partei kristallisieren konnte. Was als nationale Partei am politischen Leben Anteil nahm, das war mehr das Sammelbecken eines national-liberalen Bürgertums der Vorkriegszeit. Damit soll kein Verdienst nationaler Politiker geschmälert, sondern nur ein offenkundiger Tatbestand festgestellt werden, der zum Verständnis der Parteienstruktur Nachkriegs-Österreichs nun einmal vonnöten ist.



So begann der Staatsstreich der Dollfußregierung

Diese Struktur war auch in den wesentlichen Zügen noch wirksam, als im Jahre 1933 der Nationalsozialismus im Deutschen Reich zur Macht kam. Damit hatte sich aber die Situation schlagartig geändert. In dem Maße, als der Nationalsozialismus als Wesensträger einer deutschen Wiedergeburt sichtbar wurde, war auch für die Deutschen der Ost-

mark der Tag gekommen, an dem die so lange brachliegenden nationalen Impulse greifbare Gestalt gewinnen konnten. Denn nun war eine neue Fragestellung aufgetaucht. Deutschland war nationalsozialistisch geworden und stand unter der Führung eines Mannes. Wenn es daher Österreich jemals mit der Anschlußidee ernst war, konnte es nun nicht anders, als der völkischen Solidarität im Bekenntnis zum Nationalsozialismus Ausdruck zu geben. Den Anschluß zu wollen, war gleichbedeutend geworden, sich der Führung Adolf Hitlers zu unterstellen, kurz, sich ohne Einschränkung zum Nationalsozialismus zu bekennen.

Hier zeigte sich nun, daß die Anschlußforderung bei den zwei größten Parteien, den Sozialdemokraten und Christlichsozialen, doch niemals mit letzter Ausschließlichkeit und Unbedingtheit erhoben worden war. Sie bedeutete wohl immer mehr eine notwendige Rücksichtnahme auf die eindeutige Willensrichtung des Volkes, als eine mit den übrigen Programmpunkten folgerichtig verknüpfte These. Der schwarze wie der rote Internationalismus mußte daher in der Stunde der Prüfung national versagen. Die konfessionellen und klassenkämpferischen Motive behielten die Oberhand.

Dieses Bekenntnis konnte aber bereits nicht mehr verwirklicht werden. Nur vereinzelte Anzeichen lassen die Entwicklung erkennen, die sich bei freier Entfaltung in Österreich vollzogen hätte. So gab es in Innsbruck noch nach dem 30. Januar Gemeindewahlen, bei denen die Stimmenzahl der Nationalsozialisten bereits 50% der Gesamtstimmen überschritten hatte. Es war die letzte Wahl in Österreich. Die nächste sollte erst im Mai 1938 erfolgen, bei welcher sich dann die Gesamtheit der Bevölkerung in unübertroffener Einheit zu Adolf Hitler bekannte.

Was war inzwischen geschehen? An der Spitze der österreichischen Bundesregierung stand ein ehrgeiziger politischer Neuling: Dr. Dollfuß. Er thronte auf einer äußerst schmalen, politischen Majorität. In diesem Manne reifte der wahnwitzige Gedanke, einer organischen Entwicklung Trotz zu bieten. Die letzten Verschlingungen dieser Haltung werden nie ganz zu entwirren sein, weder im Psychologischen noch im Politischen. Jedenfalls standen die Christlichsozialen um Dr. Dollfuß in engster Tuchfühlung mit den Männern der Bayrischen Volkspartei und mit dem politischen Katholizismus überhaupt. Dollfuß vollzog nun eine entscheidende Wendung. Er hatte das Schicksal der konfessionellen Parteien in Deutschland vor Augen. Gleichzeitig sah er das sprunghafte Anwachsen der nationalsozialistischen Welle im eigenen Lande. Wenige Monate nach dem 30. Januar war die an sich schwankende Parlamentsmajorität, auf der er fußte, nur mehr theoretisch vorhanden. Er hatte also gar keine andere Wahl, als durch Neuwahlen der veränderten Lage Rechnung zu tragen oder mit Gewalt an der Macht zu bleiben. Das erste hätte bedeutet, daß die letzte katholische Partei auf deutschem Boden zur Bedeutungslosigkeit abgesunken wäre; das zweite bedeutete diktatorische Regierung, Bruch der Verfassung, Ein-

satz der staatlichen Machtmittel, um ein Bekenntnis des Volkswillens zu verhindern. In dieser historischen Situation entschied sich Dollfuß für die Diktatur.

Diese Entscheidung war ungeheuer tiefgreifend. Hier stand nackt und unverhüllt der politische Katholizismus gegen den völkischen Einheitswillen, die Konfession gegen die Nation. Diese Alternative war unausweichlich. Es kann heute nicht mehr festgestellt werden, wie weit sie Dr. Dollfuß und seinen Hintermännern in dieser Deutlichkeit bewußt war. Am wahrscheinlichsten ist anzunehmen, daß dieser katholische Politiker anfänglich glaubte, die nationale Lebensfrage Österreichs auf unbestimmte Zeit vertagen zu können, bis sich – wie man dies ja in allen Staatskanzleien Europas glaubte und hoffte – der Nationalsozialismus als regierungsunfähig erwiesen habe und dann die alte Ordnung der Dinge wiederkehren würde, mit ihr auch die Plattform für den parteigebundenen Katholizismus. Dann hätte Dr. Dollfuß ja auch über den Anschluß wieder mit sich reden lassen. Diese Hoffnung allein macht rein psychologisch die ganze Verwegenheit dieser Entscheidung verständlich, zu der man kaum den Mut aufgebracht hätte, hätte man die kommende Entwicklung richtig abgeschätzt und vorausgesehen. Doch so glaubte man, die verzweifelte politische Situation mit taktischen Manövern, hinterhältigen Verdrehungen und spitzfindigen Jongleurkünsten meistern zu können, um nur einmal Zeit zu gewinnen, bis die nationalsozialistische Welle mit dem Schiffbruch Hitlers im Reiche auch im eigenen Lande abklingen würde und man wieder mit Aussicht auf Erfolg die Wählermassen zur Urne rufen könnte.

Doch diese Entscheidung war zu grundsätzlich, als daß sie mit den Mitteln verschleierter Taktik und verworrener Doktrinen auf längere Sicht zu verbergen gewesen wäre. Sie war eine wahrhaft böse Tat, die fortzeugend Böses gebären mußte. Die folgende Entwicklung ist daher auch nur ein fortgesetzter Entschleierungsprozeß des echten Gegensatzes von Nation und Konfession, wie er sich hier von allem Anfang an gestellt hatte. Immer mehr wurde er im Sturme der Ereignisse bloßgelegt, bis er in den letzten Phasen zu Formen des Wahnsinns aufwuchs, als Otto von Bourbon-Parma tatsächlich an die Tore Österreichs pochte und seine Sendboten als wandelnde Gespenster im Lande umgingen.

Diesen Prozeß in allen Einzelheiten zu verfolgen, bedarf es noch einer gründlichen Sichtung aller einschlägigen Quellen, die allerdings im Augenblicke nur bedingt greifbar sind. Trotzdem lassen sich auch heute schon die großen Linien dieser Entwicklung aufweisen, um dem deutschen Volke als ein Spiegel vorgehalten zu werden, in dem es seine eingeschworensten Feinde erkennen möge.

Der Verfassungsbruch

Dr. Dollfuß wurde am 20. Mai 1932 Bundeskanzler der Republik Österreich. Gleich am Beginn seiner Wirksamkeit steht wie ein drohendes Vorzeichen für alles künftige Unheil, das unter dem Namen Dollfuß über Österreich hereinbrechen sollte, der Abschluß einer Anleihe. Die innere und äußere Krankheit dieses Staates, die sich seit jeher aus den willkürlich konstruierten Grundlagen ableitete, war wieder einmal akut geworden. Wieder wurde dem Homunkulus Österreich der wirtschaftliche und staatsfinanzielle Atem zu kurz. Der selbständige Staat bedurfte wieder einmal dringend einer kräftigen Injektion. Dollfuß machte sich daher wie seine Vorgänger auf den Weg nach Genf, um die Hilfe der Großmächte zu beschwören. Mit dieser seiner ersten Regierungstat begegnete er aber auch sofort jenem „österreichischen Problem", das eben bereits mit der Geburt dieses Staates gegeben war, dem Problem der österreichischen Selbständigkeit.

Mußte er sich doch mit seinem Hilfeschrei eben an jene Mächte wenden, die in St. Germain ein für alle Male den Sinn dieser Selbständigkeit inhaltlich und funktionell ganz genau bestimmt hatten. Dort hatte man ja einen Staat geschaffen, der gar kein Staat sein wollte, ihn gegen seinen Willen zu einem Eigenleben gezwungen. Aber nicht nur eines eigenen Lebenswillens entbehrte dieser Staat, er entbehrte auch einer eigenen Lebensfähigkeit. So ergab sich schließlich die groteske Situation, daß man diese Lebensunfähigkeit benützte, um jenen Staat, der gar kein Staat sein wollte, unter die Botmäßigkeit jener Mächte zu zwingen, nach deren Willen er allein vorhanden war.

Man kann sich diese Absurdität gar nicht drastisch genug ins Bewußtsein bringen. Nochmals wohlgemerkt: In St. Germain bestimmte man, daß ein Staat Österreich zu existieren habe. Dieser Staat konnte aber aus eigenen Kräften nicht leben. Er brauchte zu diesem Leben finanzielle Hilfe. Man gewährte diese Hilfe, aber unter Bedingung. Österreich habe als Gegenleistung für jede Hilfe sich selbst, d. h. seine Existenz als selbständiger Staat zu garantieren.

Nun befand sich Dollfuß in einer solchen, im Laufe der Nachkriegsjahre immer wiederkehrenden Situation gleich zu Beginn seiner Regierung. Er ging den vorgezeichneten und

gewohnten Weg nach Genf. Man gewährte ihm Hilfe nach dem ebenso vorgezeichneten wie gewohnten Schema. So brachte Dollfuß nach Tagen kläglicher Bittstellerschaft sein kümmerliches Linsengericht nach Hause. Es war von einer Anleihe über drei Millionen Schilling die Rede. Von ihr ließen sich aber die Engländer gleich die Hälfte für einen früher gewährten Vorschuß abstreichen. Der Preis für dieses Almosen war die Verlängerung jener schon im Genfer Protokoll 1922 eingegangenen Verpflichtung, auf jede Art von Anschluß an das Deutsche Reich, einschließlich einer Zollunion, zu verzichten, auf weitere zehn Jahre. Die Verpflichtung aus dem Genfer Protokoll erstreckte sich bis 1942, die aus dem Lausanner Protokoll bis 1952.

Dieser Auftakt der Ära Dollfuß hatte es in sich, den Rhythmus der kommenden Epoche anzukündigen. Vor allem brachte sich Dollfuß von vornherein mit dem Akt von Lausanne um jeden innerpolitischen Kredit. Denn immer noch wurde im Volke eine solche Verpflichtung, vor allem aber die sorglose Leichtfertigkeit, mit der sie eingegangen, wie der kümmerliche Preis, der dafür erzielt wurde, als Sakrileg gegen die heiligsten Rechte der Selbstbestimmung empfunden.

Als Gradmesser für die innerpolitischen Auswirkungen kann die Haltung Starhembergs und seiner Heimwehr angesehen werden. Nach seinem kläglichen Einzug in das von ihm früher heftig befehdete und als Quatschbude verlästerte Parlament, war er in der Majorität für Dollfuß eine unerläßliche Stütze geworden. Indem aber auch er sich hinter Lausanne stellte, beschleunigte er damit die letzte Klärung im Abfallsprozeß seiner Anhänger. Nun verwandelte sich die einstige Volksbewegung endgültig in einen rein personell integrierten Klüngel.

Die damals noch notwendige parlamentarische Billigung des Lausanner Protokolls machte auch zum ersten Male die peinlich schwache Position der Dollfuß-Regierung besonders sinnfällig. Eine Stimme Mehrheit besiegelte den folgenschweren Beschluß. Da sich mit einer solchen „Majorität" auf die Dauer kaum regieren läßt, zeichnet sich hier auch bereits der künftige autoritäre Kurs auf dem Wege des Verfassungsbruches ab, der noch im ersten Jahre der Regierung Dollfuß in die Welt gesetzt werden sollte. Dieses Jahr vom Mai 1932 bis zum Mai 1933 wird noch viele Forscher der Gegenwartsgeschichte bemühen, um alle verschlungenen Entwicklungslinien zu entwirren. Heute müssen wir uns vor allem die entscheidenden Abschnitte voll ins Bewußtsein bringen.

So kam es am 4. März zur Beseitigung der gesetzlichen Volksvertretung. Der Vorgang war charakteristisch für das Halbschlächtige und Hinterhältige des ganzen Dollfußkonzeptes. Zufall, Gelegenheit und Planlosigkeit regierten die Stunde. Es kann heute als ziemlich sicher angenommen werden, daß Dollfuß Schritt für Schritt, halb mit Willen und halb getrieben, in seine unhaltbare Situation hineinschlitterte. Es war immer seine Eigenart als Staatsmann, im gegebenen Moment zu disponieren. Er glaubte dabei



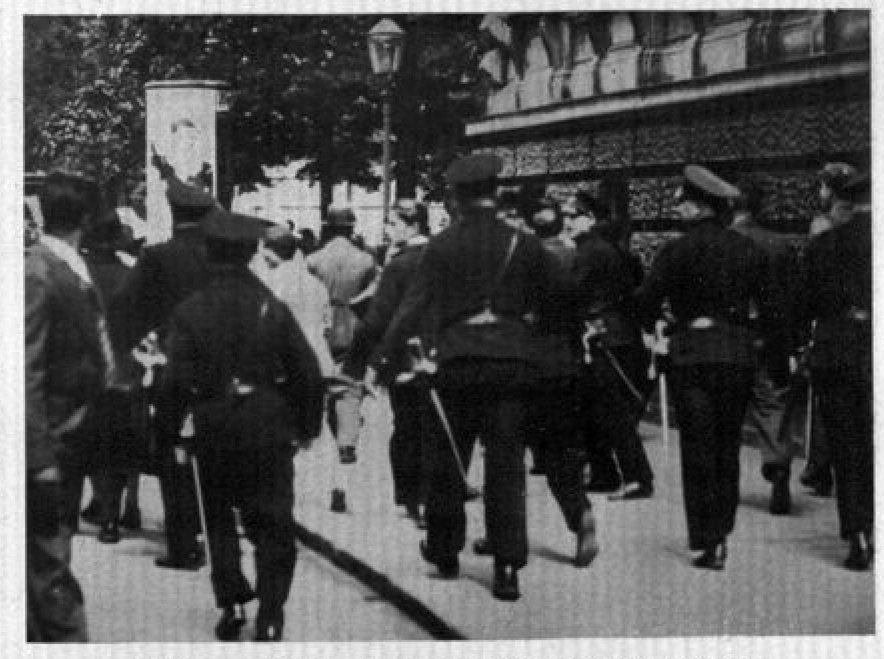
1. Mai 1933 in Wien.
Das Aufmarschverbot für politische Parteien wird drastisch erläutert

klug zu lavieren und zu jonglieren und entdeckte meist erst hinterher, wie er in eine Lawine hineingerissen wurde, deren erste unscheinbare Steinchen er selbst ins Rollen gebracht hatte. Trotzdem läßt es sich nicht beweisen, ob nicht dennoch bei der Installierung des autoritären Systems ein von vornherein angelegter teuflischer Plan in Szene gesetzt wurde. Ganz wird der Schleier von diesen Entscheidungen nie mehr gelüftet werden können. Wenn wir daher von einem allmählichen Hineinschlittern sprechen, so ist nur von einem äußeren Anschein die Rede.

An jenem inzwischen berühmt gewordenen 4. März ergab sich im Nationalrat eine überraschende Situation. Aus Anlaß eines Abstimmungsstreites legte der Präsident Dr. Renner (Soz.-Dem.) seine Stelle nieder. Aus demselben Anlaß folgten unmittelbar darauf die zwei Vizepräsidenten Dr. Ramek (Christl.-Soz.) und Dr. Straffner (Gr. D.). Das Haus besaß also kein Präsidium mehr. Die Abgeordneten gingen auseinander, ohne daß die Sitzung vertagt oder geschlossen worden wäre.

Dies war eine Lage, für die nach der republikanischen Verfassung kein anwendbarer Paragraph gegeben war. Blitzschnell erfaßte Dollfuß die einmalige und kaum wiederkehrende Gelegenheit. Er vertrat nun folgenden sonderbaren Standpunkt: Die unterbrochene 25. Sitzung des Nationalrates dauere fort, da sie ohne Präsidenten nicht geschlossen werden könne. Die Regierung bleibe im Amt, das Parlament habe sich selbst ausgeschaltet. Auch hier läßt sich heute nicht mehr feststellen, wie weit in diesem Augenblick Dollfuß bereits mit den Möglichkeiten einer dauernden Regierungsdiktatur gerechnet hat. Vielleicht fühlte er sich nur aller jener Sorgen enthoben, die ihm vom Parlament her drohten. Vielleicht gedachte er diesen Ausnahmezustand nur zum Atemholen zu benützen. Jedenfalls erließ am 7. März der Ministerrat eine Proklamation, in der zuerst die These der Regierung von der Parlamentskrise dargelegt, dann aber doch folgende zwiespältige Formulierung gegeben wurde:

„Der Nationalrat, die gesetzgebende Versammlung der Republik Österreich, ist gelähmt und verhandlungsunfähig. Wie ist das gekommen? Infolge schwerer Meinungsverschiedenheiten über die Gültigkeit einer Abstimmung am Samstag, dem 7. März l. J., legten alle drei Präsidenten ihre Stellen nieder. Dieser Fall ist in der Verfassung und der Geschäftsordnung nicht vorgesehen, es besteht daher zur Zeit eine schwere Krise des Parlaments.



Mai 1933. Polizei zerstreut eine Studentendemonstration

Die Regierung wünscht nicht, daß das Land dauernd einer aktionsfähigen, dem allgemeinen Wohl dienenden Volksvertretung entbehrt. Die Führung eines Staates liegt aber nicht allein bei der Gesetzgebung, sondern ebenso beim Staatsoberhaupt und der Regierung.

Die vom Herrn Bundespräsidenten ernannte gesetzmäßige Regierung ist im Amte. Sie ist von der Parlamentskrise, die ohne ihr Zutun heraufbeschwört wurde, nicht berührt; es gibt daher keine Staatskrise."

Ob dieser „Wunsch" noch ernst gemeint oder ob er nur eine beschwichtigende Floskel war, läßt sich wieder nicht entscheiden. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß sich in der Betonung der Gesetzmäßigkeit der Regierung, der Unterscheidung von Parlaments- und Staatskrise die künftige Beweisführung der autoritären Staatsführung abzeichnete.

Die Regierung Dollfuß blieb somit im Amt und im Besitz der staatlichen Machtmittel. Nur zu bald sollte sich herausstellen, daß sie nicht mehr gewillt war, diese Macht freiwillig aus den Händen zu geben. Sie verharrte auf ihrer These, daß sich durch die lächerliche und bedeutungslose Komödie vom 4. März das Parlament selbst ausgeschaltet habe, daß also nicht sie, die Regierung, an dem herrschenden Zustand schuld sei, sondern die Männer der Volksvertretung selbst. Schnell gewöhnte man sich an diesen für die Regierung so angenehmen Zustand, und als der zweite Vizepräsident Dr. Straffner, der als letzter seine Stelle niedergelegt hatte, den Versuch machte, den Nationalrat wieder

einzuberufen, wurde er daran bereits am 15. März von der Regierung mit Waffengewalt gehindert.

Dies war der erste Akt, aus dem zu erkennen war, daß sich Dollfuß zum längeren Regieren ohne Volksvertretung entschlossen hatte. Denn an Mitteln und Wegen, die festgefahrene Parlamentsmaschine wieder flottzumachen, wäre kein Mangel gewesen. Sei es nun, daß der Bundespräsident durch Notverordnung den unhaltbaren Zustand behoben, daß man die Niederlegung der Präsidentenstellen für unzulässig erklärt hätte, weil dieser Schritt in der Verfassung nicht vorgesehen sei, oder, was wohl das Naheliegendste gewesen wäre, daß man den Nationalrat aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben hätte. Aber gerade das zu verhindern, dazu war ja Dollfuß mit den Christlichsozialen bereits fest entschlossen.

Das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich war immer deutlicher sichtbar geworden. Für die Bannerträger des politischen Katholizismus konnte der Gedanke an Neuwahlen nur ein Anlaß für düsterste Prognosen sein. Wie man heute rückblickend beurteilen kann, wäre die durch Neuwahlen bewirkte Verschiebung des Schwergewichtes nach der nationalen Seite vorwiegend auf Kosten der Christlichsozialen ausgefallen, ja es kann als sicher gelten, daß diese Partei zur Bedeutungslosigkeit abgesunken wäre. Aus diesem Grunde kannte die Regierung Dollfuß nur mehr ein Gebot, das schließlich ihr vordringlichster Programmpunkt wurde: Verhinderung von Neuwahlen mit allen Mitteln und um jeden Preis. Damit aber hatte sie sich bereits entschlossen, nicht nur ohne Parlament, sondern auch ohne Volk, ja gegen das Volk zu regieren. Bereits anfangs Mai bekannte sich der Obmann der Christlichsozialen Partei, Heeresminister Vaugoin, mit zynischer Offenheit zu diesem Standpunkte. Bar jedes persönlichen Formates, wurde er mit seiner sichtlichen Beschränktheit zum dauernden Enfant terrible der Regierung. So erklärte er am 3. Mai in einer Rede:

„... wählen werden wir erst dann, wenn wir es für gut finden ... wenn der Verfassungsentwurf im Herbst fertig ist, werden wir sagen: wollt Ihr es annehmen oder nicht? Ich sage voraus, wenn die anderen es nicht wollen, dann werden wir es wollen, und das ist das Entscheidende ...“

Trotz dieser unmißverständlichen Geisteshaltung fand es die Regierung doch notwendig, ihren Maßnahmen, die sie nun ohne parlamentarische Gesetzgebung zu treffen gesonnen war, den trügerischen Schein einer verfassungsmäßigen Grundlage zu geben. So griff sie gleich bei ihrer ersten Verordnung am 7. März auf das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz zurück, das noch aus der Zeit der Monarchie nur aus dem einen Grunde vorhanden war, weil sich bisher kein Anlaß gegeben hatte, es formell außer Kraft zu setzen. Dieser dummschlaue Trick war einfach ein übler Witz. Eine Demonstration feigster Verlogenheit. Die Regierung war naiv und verwegen genug zu glau-

ben, damit den offenkundig gewordenen Staatsstreich tarnen zu können, den man wohl kaltblütig beging, den man aber ebenso schamhaft verleugnete. Aber nicht nur dem Verfassungsjuristen, auch dem Laien gibt der Wortlaut dieses hier in Anwendung gebrachten Gesetzes an sich schon den klaren Beweis für die lausbübische Schindluderei, nach der von dieser christlichsten aller Regierungen hier mit den Volksrechten umgesprungen wurde. Den ursprünglichen Sinn und Zweck dieses Gesetzes aus der Kriegszeit gibt ein Paragraph eindeutig und unmißverständlich an, der lautet: „Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu treffen ..."

Kundmachung

über die

Verhängung des Standrechtes

für das ganze Bundesgebiet wegen der Verbrechen nach §§ 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes vom 27. Mai 1885, Nr. 134 R. G. Bl.

Der Bundeskanzler hat im Einvernehmen mit dem mit der Leitung des Bundesministeriums für Justiz betrauten Bundesminister für Unterricht gemäß § 430 St. P. O. das standrechtliche Verfahren in den Fällen der Verbrechen nach §§ 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes vom 27. Mai 1885, Nr. 134 R. G. Bl., für das ganze Bundesgebiet angeordnet.

Dies wird mit dem Beifügen kundgemacht, daß sich jedermann dieser Verbrechen, aller Aufreizung hiezu und aller Teilnahme daran, zu enthalten hat, widrigens jeder, der sich nach dieser Kundmachung eines der angeführten Verbrechen schuldig macht, standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft würde.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, 12. Juni 1934.

Die Bundesregierung.

Standrecht!

Daraus ergibt sich eine ganz klare Beschränkung auf das wirtschaftliche Gebiet. Der Zweck war ebenso klar. Es sollten Kriegsschäden bekämpft werden. Diese eindeutige Auslegbarkeit des Gesetzes dürfte vielleicht auch mit ein Grund gewesen sein, warum zu einer ausdrücklichen Aufhebung kein Anlaß genommen wurde. Niemand konnte vermuten, daß es jemals zur Würde eines Staatsgrundgesetzes erhoben werden könnte. Mit diesem Scheingrund, dieser durchsichtigen Taschenspielerei, aber ergriff die Regierung

Dollfuß tatsächlich die Macht im Staate. Sie setzte sich — und mit ihr der tiefkatholische Bundespräsident Miklas — über den auf die Verfassung abgelegten Eid hinweg. Mit diesem hanebüchenen Dreh brachte sie sich tatsächlich in den Besitz der gesamten Macht im Staate und übte von nun an ihr Amt mit den ausschließlichen aber erschlichenen Befugnissen eines absoluten Souveräns aus. Juristen aller Kreise empörten sich über diese freche und schamlose Hinterhältigkeit. Als Beispiel sei nur das Urteil angeführt, das Professor Layer bei seinen Untersuchungen über die durch dieses Gesetz gegebenen Rechtsgrundlagen gewinnt:

„Man kann vom Standpunkt des Verfassungsjuristen solche Verirrungen der Praxis nur bedauern, bedauern vom Standpunkt der Regierung, die zur Anwendung von Mitteln greift, die selbst gut gemeint sind, und an sich ersprießlichen Maßnahmen den Makel der Illegalität und Verfassungswidrigkeit aufdrücken, bedauern endlich vom Standpunkt einer gesetzestreuen und loyalen Bevölkerung, deren Vertrauen zur Verfassung, den staatlichen Institutionen und der mit ihrer Durchführung betrauten Regierung auf das tiefste erschüttert wurde. Es ist weit weniger schlimm, wenn in einer schwierigen und krisenhaften Zeit eine mächtige Volksbewegung die starre Ordnung mit einem Schlage durchbricht und eine neue Ordnung an ihre Stelle setzt, die vielleicht nicht besser den Bedürfnissen des Volkes entspricht, als eine Kette von Gesetzes- und Verfassungsverletzungen, die nur schlecht mit Scheingründen verhüllt werden, deren Unaufrichtigkeit jeder denkende Staatsbürger durchschaut."

Tatsächlich wurde aber auf diesen Grundlagen in Österreich die nackte Diktatur aufgerichtet.

So absurd und einmalig die Situation der Regierung war, so unvorhergesehen und überraschend war nun auch die Lage der Opposition. Vielleicht hätten sich die dunklen Absichten eines Dr. Dollfuß schon in früheren Stadien in verschiedenen kleinen Anzeichen erkennen und ihnen somit begegnen lassen. Sollte einmal tatsächlich in diesem Sinne den Nationalsozialisten der Vorwurf mangelnder Voraussicht gemacht werden, dann müßte man ihnen allerdings auch zugute halten, daß sie wohl den Männern des militanten Katholizismus von vornherein eine gehörige Portion von Hinterhältigkeit zutrauen, eine solch schamlose und allen gewohnten Ehr- und Rechtsbegriffen ins Gesicht schlagende Verruchtheit aber doch nicht in Rechnung stellen konnten. Es ist leicht, seinen Gegner unter Anwendung letzter Brutalität und Niedertracht für den Augenblick zu besiegen. Es ist jedoch unmöglich — der weitere Verlauf der Ereignisse hat es zur Genüge bewiesen — Gewalt und Lüge zu einem dauernden Staatsfundament auszubauen. Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz war so die trügerische und schwankende Basis für das politische Geschehen eines Zeitabschnittes von fünf Jahren, der trotz allem Leid, das er umfängt, allem Blut, das in ihm vergossen wurde, vor dem Urteil der Geschichte doch nur als belanglose Episode bestehen wird.



Parteiverbot. Besetzung des Braunen Hauses in Innsbruck

Dies sind die Voraussetzungen, auf denen nun das weitere Schicksal Österreichs sich vollzieht. Neben diesen Grundlagen rein sachlicher Natur beginnen aber nun im Hintergrunde andere Kräfte ihr verhängnisvolles Spiel, dem sich diese Regierung mit unbedenklicher Bereitwilligkeit zur Verfügung stellte.

Mit diesen Ereignissen war nun eine ziemlich eindeutige Situation gegeben. Die Machtergreifung des Nationalsozialismus hatte auch in Österreich wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Die Lebensfragen dieses Staates standen nun erneut grundsätzlich zur Debatte. An ihnen schieden sich die Geister. Die wirkenden Kräfte in diesem Bereich wurden gezwungen, aus dem Hintergrund hervorzutreten und klare Positionen zu beziehen. So vermögen wir heute rückschauend eine Analyse anzustellen, die uns Zahl und Gewicht dieser Kräfte bloßlegt. Mit eben diesen Kräften hatte auch die Regierung zu rechnen und sich auseinanderzusetzen. Sie wirkten daneben auf sie ein und bestimmten ihre Handlungen. Die gleichen Kräfte zeichneten sich auch im Volke ab. Sie waren teils in ihm selbst vorhanden, teils wurde es von ihnen geformt, umworben und verführt.

Der Vatikan

Schon immer stellte in seiner Geschichte der österreichische Staat eine besondere Operationsbasis der vatikanischen Politik im deutschen Raum dar. Habsburg war Träger und ausführendes Organ der Gegenreformation. Seit dieser Zeit, da der im Volke auf breitester Ebene durchgesetzte Protestantismus mit Feuer und Schwert vernichtet wurde, blieb die engste Bindung der habsburgischen Dynastie an den Vatikan ein entscheidendes Wesensmerkmal der österreichischen Politik. Die Habsburger fühlten sich seit Ferdinand II. mit wenigen Ausnahmen als die Vorkämpfer des militanten Katholizismus im deutschen Raum. Sie wurden auch, und mit ihnen Österreich, vom Vatikan als willfähriges Werkzeug betrachtet und benützt. Am Wiener Hof gab es seit jeher die konsequentesten Vertreter einer ultramontanen Politik. Ihr Einfluß ist verantwortlich für die folgenschwersten Entscheidungen der österreichischen Staatsmänner.

Der Kampf zwischen Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland war immer ganz stark von konfessionellen Motiven bestimmt. Sah man in Wien in Preußen vorwiegend den staatlichen Gegenspieler, so in Rom den konfessionellen. Noch immer zehrte man dort von den Vorstellungen des Mittelalters und betrachtete Habsburg als den letzten möglichen Träger einer katholischen Reichspolitik. Ganz im Sinne der Gegenreformation wurde hier bis in die unmittelbare Gegenwart die österreichische Staatspolitik gewertet. Als man in Preußen wie im Protestantismus eine bereits konsolidierte Wirklichkeit erkennen mußte, setzte dann das Spiel mit der Mainlinie ein, der Traum, dem protestantischen Norden ein süddeutsches katholisches Reich entgegenzusetzen. Durch die Bismarckische Reichsgründung wurden wohl solche Gedanken in den Hintergrund gedrängt. Dennoch lebten sie gleichsam unter der Oberfläche weiter. Ultramontane Politiker waren immer auch gleichzeitig eingeschworenste Verteidiger des deutschen Länderföderalismus, weil man in der Bewahrung aller partikularistischen Selbständigkeiten die Ansatzpunkte einer künftigen Reichssprengung in Händen zu halten glaubte. Wenn solche Gedankengänge auch nicht immer in ihrer ganzen Folgerichtigkeit



Katholikentag in Wien. Der päpstliche Legat und Bundespräsident Miklas begeben sich zum Festgottesdienst auf dem Heldenplatz. Rechts in Uniform Heeresminister Carl Vaugoin

nachweisbar sind, so sollten sie in den letzten 5 Jahren des österreichischen Staates eine überzeugende und unwiderlegbare Demaskierung erfahren.

Als im Altreiche durch die Machtergreifung des Nationalsozialismus der katholischen Partei und damit dem politischen Katholizismus jeder Boden zu weiterer Wirksamkeit entzogen wurde, da klammerte sich die vatikanische Politik mit einer letzten Ausschließlichkeit an jenen Bereich im deutschen Volksraum, in dem eine Staatsführung gegeben war, die selbst aus katholischen Politikern bestand und daher auch gewillt war, sich mit Haut und Haaren den Absichten und Weisungen der vatikanischen Politik zu verschreiben und sie bedingungslos zur Ausführung zu bringen. Rom ist gewohnt, sich zu rühmen, in Jahrtausenden zu denken und seine Politik aus einer zeitüberwölbenden Schau heraus zu führen. Im Falle Österreich allerdings reichte dieser Blick nur über ein halbes Jahrzehnt. Denn das ist vielleicht das folgenschwerste Ergebnis der letzten 5 Jahre, daß eine unter Verfassungsbruch errichtete Diktatur für ihren Verrat am deutschen Volke wie für ihre Methoden der Unterdrückung ein ausdrückliches Imprimatur des Papstes er-

halten konnte. Ja noch mehr! Das von allem Anfang an im innersten problematische Experiment der Dollfußregierung wurde für würdig erachtet, unter den Segenswünschen des Heiligen Vaters die katholische Staatslehre in die Tat umzusetzen, ja gleichsam den katholischen Musterstaat zu verwirklichen. Dieser Umstand wurde sowohl durch die Versicherungen der österreichischen Staatsführung wie auch durch die ausdrückliche Billigung des Vatikans so sehr über jeden Zweifel erhärtet, daß ein besonderer Nachweis hierfür gar nicht mehr erbracht werden müßte. Das deutsche Volk und alle Welt weiß, daß der christliche Ständestaat auf den Grundlagen der päpstlichen Enzyklika quadragesimo anno errichtet war, daß darin überhaupt die letzte Sinngebung des österreichischen Staates erblickt wurde.

Als im Mai 1933 in Salzburg der christlich-soziale Parteitag zusammentrat, um über die neue Lage zu beraten, da gab Dr. Dollfuß Erklärungen ab, aus denen sich bereits die künftige Entwicklung voraussehen ließ. So sagte er unter anderem: „So stehen wir vor der Aufgabe der Erneuerung des christlichen Gemeinschaftslebens in Österreich, vor der Aufgabe, in der Verfassung diese Erneuerung niederzulegen ... Es gilt über eine gewöhnliche Verfassungsreform hinaus einen sittlichen und seelischen Neuaufbau unseres gesamten öffentlichen Lebens und des Volkes zu ermöglichen."

Der spätere Bundeskanzler Schuschnigg sprach bei dem gleichen Anlaß: „Nennen wir es ruhig den Umbau des Staates, der auch mit der Gesellschaftsreform untrennbar zusammenhängt. Quadragesimo anno, katholische Soziallehre, christliche Gesellschaftswissenschaft weisen die Wege." Auf einer christlich-sozialen Kundgebung in Wien vom 19. Mai 1933 äußerte sich Dollfuß in ähnlichem Sinne: „Wir werden den Staat neu aufbauen auf der Grundlage christlicher Weltanschauung und Gestaltung." Auf der Tagung der österreichischen Sturmscharen vom 29. Mai spricht er bereits ganz deutlich von der Enzyklika quadragesimo anno, die neue Wege zum Wiederaufbau der Gesellschaft gewiesen habe.

Nach solchen vorerst noch zögernden und tastenden Vorstößen brachte dann der allgemeine deutsche Katholikentag in Wien vom 7. bis 12. September 1933 bereits eindeutigere Formulierungen. Diese Woche bedeutete überhaupt einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung des Dollfußregimes. Man verstand es, großes Gepränge und eine besondere optische Wirkung zu entfalten. Die bestehende politische Spannung zwischen Österreich und Deutschland lag aber auch bereits wie eine drohende Gewitterwolke über diesen Tagen. Auf Grund des seit dem 27. Mai 1933 bestehenden Ausreiseverbotes von Reichsdeutschen nach Österreich blieb der Besuch aus dem Reiche zur Gänze aus. Um so stärker war der Zuzug aus dem übrigen Ausland. Nach einer Statistik der Reichspost vom 19. Oktober 1933 sollen 136000 Fremde anwesend gewesen sein. Vor diesem Forum präsentierte sich nun die Dollfußregierung als katholische Staatsführung schlechthin.



Ankunft des päpstlichen Legaten zum Wiener Katholikentag. Von l. n. r.: Der päpstliche Legat. Der päpstliche Nuntius. Generalsekretär der V. F. Dr. Otto Kemptner. Bundespräsident Miklas und Bundeskanzler Dr. Dollfuß

Dies kam auch bereits in durchaus neutralen, zeitgenössischen Urteilen zum Ausdruck. So schreiben z. B. die Basler Nachrichten vom 15. September 1933: „Die Symbolik und Dynamik der katholischen Idee wurde im Verlaufe der Wiener großen Woche meisterhaft im Sinne der neuen Staatspolitik des unabhängigen und selbständigen Österreich ausgenützt."

Bei der ersten großen Hauptversammlung im Stadion am 1. September hielt Bundeskanzler Dollfuß unmittelbar nach der Ansprache des Generallegaten La Fontaine eine große programmatische Rede: „Wir wollen einen christlich-deutschen Staat in unserer Heimat errichten. Wir brauchen uns nur an die letzten Enzykliken des Heiligen Vaters halten. Sie sind uns Wegweiser für die Gestaltung des Staatswesens in unserer Heimat. Die jetzige Regierung ist einmütig entschlossen, im christlich-deutschen Geist die Erneuerung von Staat und Wirtschaft in die Hände zu leiten. Wir werden ständische Formen und ständische Grundlagen, wie sie die Enzyklika quadragesimo anno uns so schön verkündet, zur Grundlage des Verfassungslebens nehmen. Wir haben den Ehrgeiz,



Staat und Kirche arbeiten zusammen.
Schuschnigg bei einer Fahnenweihe

das erste Land zu sein, das dem Ruf dieser herrlichen Enzyklika im Staatsleben Folge leistet. Im Hinblick auf das in Vorbereitung befindliche Konkordat erklärte Dollfuß weiter: „Inzwischen soll unser Leben und Handeln von konkordatärem Geist erfüllt sein, von einem Geiste einträchtigen Zusammenwirkens von Kirche und Staat. In diesem Sinne ist daher die Bundesregierung gewillt, ich erkläre hiermit diesen ihren Willen aufs feierlichste, den den vereinbarten Konkordatsgrundsätzen entsprechenden Zustand im Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche in Österreich im Rahmen der bestehenden Gesetze schon jetzt zu verwirklichen und auf diese Weise das der Inkraftsetzung harrende Konkordat praktisch zu handhaben."

Am Schlusse dieser hochbedeutsamen Ansprache faßte Dollfuß diese Gedankengänge noch einmal zusammen, indem er Katholikentag und österreichischen Regierungskurs in engste Verbindung brachte: „Wenn so dieser Katholikentag Anlaß und Ansporn zu einer Erneuerung und zu wirklichem Erleben unseres heiligen katholischen Glaubens ist, und wenn zugleich von Staats wegen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden, dann können wir beruhigt in die Zukunft sehen und hoffen, daß wir einen christlichen Staat, einen innerlich erlebten christlichen Staat vorbereiten. Das wollen wir, und das geloben wir als Mitglieder der österreichischen Regierung."

Auch der Begriff einer besonderen österreichischen Sendung wurde den beifällig nickenden kirchlichen Autoritäten mundgerecht gemacht. So schrieb der damalige Minister Schuschnigg in der Festschrift davon, daß ohne dieses katholische Österreich die Erfüllung der Sendung des deutschen Volkes im christlichen Abendlande die Wiedergeburt des „wahren, heiligen Reiches" nicht möglich sei. Dieses „wahre, heilige Reich" ist aber nun nichts anderes als die Idee des „Imperium sacrum" unter katholischer Führung, jene im Laufe der späteren Entwicklung noch so oft beschworene „Reichsidee", die ja der vielberufenen „österreichischen Mission" Richtung und Inhalt geben sollte. Freilich war das dann später nicht mehr stets mit so unmißverständlichen Worten zu hören, wie sie in der gleichen Festschrift der Bundespräsident Miklas gebrauchte, wenn er es als Mission



V.F.-Appell. Das Christuskreuz als politische Attrappe

Österreichs bezeichnete, „die Ideen des alten katholischen Universalismus zu wahren". In der Huldigungsrede an den Papst sprach er am 12. September von dem Willen Österreichs, nach den Wahrheiten und Meinungen des Heiligen Vaters den Staat zu bestellen. Der letzte Sinn solcher Vorsätze war klar. Da auf der engräumigen politischen Bühne des Staates Österreich kaum von einem universalistischen Reiche die Rede sein konnte, mußte zwangsläufig der Blick über die Grenzen schweifen. Wo anders aber sollte dieses Reich Fuß fassen, wenn nicht in den katholischen Teilen Deutschlands. Dieses Deutschland war aber bereits als nationalsozialistisches Drittes Reich aus seiner Erniedrigung auferstanden und konsolidiert. Die universalistische Reichsideologie konnte daher nichts anderes im Sinne haben, als von Österreich aus das katholische Gegenreich zu begründen. In solchen Zusammenhängen erhält der letzte Abschnitt des österreichischen Staates erst seine die einmalige Situation überdauernde Bedeutung von größter Beispielhaftigkeit.

Am 12. September hatte der Bundespräsident seine rückhaltlose und blinde Ergeben-

heit gegenüber den Weisungen des Vatikans zum Ausdruck gebracht. Am 21. des gleichen Monats erhielt er die höchste päpstliche Auszeichnung, den Christusorden.

Im Verleihungsbreve wird folgende Motivierung gegeben: „... weil Du in Hinsicht der eigentlichen sozialen und öffentlichen Angelegenheiten, Grundsätzen und Lehrmeinungen folgst, die Du mit tiefschürfendem christlichem Geiste aus den ureigensten Lehren und Vorschriften des Heiligen Stuhles ableitest." Der Nuntius Sibilia erläutert diese Gedanken bei der Überreichungszeremonie folgendermaßen: „In diesem bedeutungsvollen Dokument weist der Stellvertreter Christi wie auf ein leuchtendes Beispiel auf Ihr christliches Vorhaben hin, das auch der Chef und die Minister Ihrer weisen Regierung teilen, nämlich die klaren Weisungen des Apostolischen Stuhles ... in die Tat umzusetzen." (Wiener Zeitung vom 22. Oktober 1933.)

Nach dem Katholikentag gehen Pilgerzüge aus Österreich nach Rom. Bei den jeweiligen Papstempfängen fallen entscheidende Worte, die dann im Hirtenbrief des Gesamtepiskopates vom 21. Dezember 1933 vollinhaltlich übernommen werden.

An die Seite dieser formalen Anerkennung rücken aber auch wörtliche Billigung und ermunternder Zuspruch. Bereits im Februar 1933 antwortet der Papst auf das Beileidstelegramm des Bundespräsidenten anläßlich des Ablebens des Kardinals Andreas Frühwirth und bekräftigt sein Wohlwollen für das österreichische Staatsoberhaupt und die österreichische Republik („indem wir von ganzer Seele Unseren apostolischen Segen spenden"). Dieser Segen scheint an sich neutral zu sein. Woran man aber bereits in dieser Zeit gedacht haben mag, das beleuchtet recht aufschlußreich die Veröffentlichung eines Schreibens des verstorbenen Kardinals an den Generaldirektor des Kösel-Verlags im Linzer Volksblatt vom 15. Februar 1933. Das Schriftstück lautet: „Rom, den 14. Jänner 1933. Euer Hochwohlgeboren! Sehr verehrter Herr Generaldirektor! Bei meiner letzten Papstaudienz vor zwei Tagen hatte ich Gelegenheit, Sr. Heiligkeit dem Papst die mir im Dezember durch Sie übergebenen Werke und Schriften zu übergeben. Ich habe eigens auf die Studie der Baronin Enrica Handel-Mazetti hingewiesen, die sich im Franziskus-Kalender 1933 findet. Se. Heiligkeit hat sich über die pietätvolle Ehrung Marcos von Aviano sehr befriedigt geäußert. Außerdem hat Se. Heiligkeit sich darüber erfreut gezeigt, daß das Andenken Sr. Majestät des Kaisers und Königs Karl von Habsburg bewahrt wird, wie das im Gedenkbuch zum Ausdruck gelangt. Indem ich ... usw. ... Frühwirth." Dazu bemerkt das Linzer Volksblatt, das streitbare Organ des ebenso streitbaren Bischofs von Linz: „... daß darin Papstworte ... über unseren verewigten Kaiser Karl zitiert sind, ist sicher nicht Zufall, sondern Fügung Gottes."

An dieses bezeichnende Präludium reihen sich dann nach erfolgtem Staatsstreich durch Verfassungsbruch die weiteren vatikanischen Erklärungen für das Dollfußregime. Sie werden besonders drastisch in der Wertung und Beurteilung der neuen österreichi-

schen Verfassung, die am 1. Mai vom Dollfußregime proklamiert wurde. Gleichzeitig mit ihr war auch das Konkordat in Kraft getreten. Aus diesem Anlaß richtete der damalige Kardinalstaatssekretär Pacelli an Dr. Dollfuß nachstehendes Telegramm: „Mit herzlicher Genugtuung empfange ich die Botschaft von dem Inkrafttreten des Konkordates. Die innere Hingabe und die wahrhaft staatsmännische Weisheit, mit der Eure Exzellenz sich in bedeutsamer und schwerer Zeit dem Zustandekommen dieses großen Werkes widmeten, mit dem Österreich seine staatliche Aufbauarbeit bewußt auf den Boden traditioneller Treue zu Christus und seiner Kirche stellt, ist der freudigen Zustimmung aller derer sicher, die in vertrauensvollem und harmonischem Wirken in Kirche und Staat die beste Gewähr für das wahre Wohl der Völker sehen." Aus dem gleichen Anlaß wurde vom Vatikan aus an Kardinal Innitzer ein Schreiben (datiert vom 4. Juni 1934) gerichtet, welches das Linzer Volksblatt unter dem Titel „Bedeutsame päpstliche Kundgebung für Österreich" am 11. Juni wiedergibt. Nach den allgemeinen Einleitungsfloskeln heißt es hier: „Der Heilige Vater, dessen besonderes Wohlwollen für das gesamte österreichische Volk durch oftmalige Bekundung aller Welt bekannt ist, hat diesen neuen Beweis der Liebe und Hingabe an den Heiligen Stuhl mit väterlicher Huld entgegengenommen und den Unterzeichneten beauftragt, Eure Eminenz und durch sie allen hochwürdigsten Mitbrüdern im bischöflichen Amte zum Ausdruck zu bringen, wie innig er diese Gefühle würdigt. Er weiß, in wie hohem Maße das Zustandekommen eines so hohen Friedenswerkes, wie es das Konkordat darstellt, bedingt war durch die staatsmännische Weisheit, den Gerechtigkeitssinn und die in aufrichtiger Glaubensüberzeugung wurzelnde Einsicht des Herrn Bundeskanzlers Dr. Dollfuß.

Er fleht den Beistand des Himmels herab auf ihn und alle diejenigen Staatsmänner, die in der erschütternd schweren Not der Gegenwart das Glück und die Zukunft des ihrer Leitung anvertrauten Volkes auf den Grundlagen zu verwirklichen suchen, die durch Gottes heiligen Willen und Gesetz festgelegt sind.

Er segnet alle diejenigen, die in Gradlinigkeit, Mannesmut und im Geiste echter Brüderlichkeit an die gewaltigen, durch die materiellen und geistigen Nöte unserer Zeit den Lenkern der Staaten und Nationen gestellten Aufgaben herangehen und auch in dieser ihrer öffentlichen Tätigkeit sich der unlöslichen Unterordnung bewußt bleiben, die zwischen Menschenarbeit und Gottessegen bestehen.

Der Heilige Vater nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Bereitschaft des hochwürdigsten Episkopates, dem Aufbau des Vaterlandes im christlichen Sinne diejenige Unterstützung des Gebetes und der Hingabe zu leihen, die das Gewissen der kirchlichen Oberhirten in den ihm durch Gottesgebot gezogenen Grenzen nie versagt, und erteilt allen Bischöfen, Priestern und Gläubigen Österreichs von ganzem Herzen seinen apostolischen Segen."

Wenn auch diese Stellungnahme an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, so müssen doch einige besondere Gedanken unterstrichen werden. Es liegt hier eine einwandfreie Billigung der gesamten Dollfußpolitik vor. Die juristisch wie ethisch gleich fraglichen Grundlagen dieser Politik mußten auch in Rom bekannt gewesen sein. Sie waren Eid- und Verfassungsbruch, waren ein juristischer Dreh mit unstichhältigen Argumenten. Dennoch werden diese Grundlagen als „durch Gottes heiligen Willen und Gesetz festgelegt" bezeichnet. Der tiefere Sinn dieser „pia fraus" liegt wohl in der „unlöslichen Unterordnung", zu der das Dollfußregime bereit war. Weitere Schlußfolgerungen ergeben sich von selbst.

Wie jedoch dieses Verhältnis zwischen Vatikan und Österreich von einem deutschfeindlichen Ausland gewertet wurde, beleuchtet die ganze Situation, in der sich Österreich befand, besonders aufschlußreich. So charakterisiert der Pariser Temps am 12. Februar 1934 dieses Verhältnis folgendermaßen: „Der Vatikan wünscht Österreich als unabhängigen katholischen Staat, der zur Verkörperung und zum Vorbilde der sozialen Lehren der Kirche gegenüber Deutschland, Zentraleuropa und dem Donauraum werden könnte. Wien würde so im Herzen von Europa seinen alten Charakter als katholisches Zentrum, der ihm seit Kriegsende verlorenging, wieder aufnehmen. Es ist zweifellos richtig, daß der katholische Gedanke Österreich in seinem Kampfe gegen die Hitlerei mächtig zu stärken vermag. Die Verbindung der österreichischen mit der katholischen Idee wird den Widerstand gegen den Ansturm Deutschlands und des Hakenkreuzes unüberwindlich machen." Der alte Habsburgergeist wird hier beschworen. Österreich als Bundesgenosse Frankreichs gegen Preußen! Wie oft schwebte dieses Gespenst über dem deutschen Volke in der Ostmark. Nun sollte es noch einmal drohend aufsteigen, um dann aber im Frühlingssturm des Jahres 1938 für immer verscheucht zu werden.

Wie klar man in Frankreich die Funktion der vatikanischen Österreichpolitik erkannt hatte, beweist eine weitere Stimme. Wladimir d'Ormesson schrieb im Temps: „Die österreichische Wiederaufrichtung ist das Werk des Katholizismus. Diese Grundtatsache darf man nicht vergessen. ... Pius XI. hat denn auch der österreichischen Regierung die ganze Unterstützung seiner moralischen Autorität geliehen. Er umkleidete Österreich mit der Schutzmacht des Vatikans, wie Leo XIII. die deutschen Katholiken gegen den Kulturkampf Bismarcks beschützt hatte."

Es ist nur natürlich, daß das österreichische Episkopat von solch hohen päpstlichen Worten angespornt, zu ebenso umfangreichen wie eindeutigen Stellungnahmen für das Dollfußregime gelangte. Hier verdient ein Hirtenbrief besondere Beachtung, in dem der Linzer Bischof Johannes Maria Gföllner schon vor der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus im Deutschen Reich im Jänner 1933 eine eindeutige Stellung bezogen hatte. Er berief sich darin auf ein gemeinsames Hirtenschreiben der österreichischen

Bischöfe vom 7. Februar 1933, worin bereits gegen den Nationalsozialismus gesprochen wurde, „da sich eine beträchtliche Anzahl von sonst guten Katholiken in der besten Überzeugung ihm angeschlossen und von ihm Heil und Rettung erwarten". Er stellte sogenannte vier Grundwahrheiten der nationalsozialistischen Weltanschauung gegenüber, die sich vor allem gegen den Rassegedanken wenden. Die Menschheit sei eine einheitliche Familie, und von Adam und Eva stamme das ganze Menschengeschlecht ab. „Es gab also weder vor Adam noch neben Adam und Eva andere Menschenstämme. Sondern alle Menschenrassen und Völkertypen gehen auf denselben Stammvater Adam und dieselbe Stammutter Eva zurück. Darum sind alle Rassen und Nationen nur Stämme und Zweige, die aus der nämlichen Wurzel sprossen. Darum sind aber auch alle Menschen Brüder und Schwestern, darum ist die ganze Erde mit ihren ungefähr 1800 Millionen Menschen eine einzige große Völkerfamilie, alle verbunden durch gleiches Blut und gleichen Ursprung, alle gleich ausgestattet mit derselben Menschennatur und mit gleichen natürlichen Rechten, kein Volk an sich edelrassig und das andere minderwertig."



Grundsteinlegung der österreichischen Friedenskirche in der Quellengasse.
Der Volksfront-Bürgermeister Schmitz und Monsignore Fried

Auf Grund solch profunder wissenschaftlicher Erkenntnisse wird nun nach der bekannten Methode dem nationalsozialistischen Rassenhaß die christliche Weltbrüderschaft entgegengestellt. Die zweite Grundwahrheit predigt den christlichen Nationalismus, der wohl innerhalb des Menschengeschlechtes verschiedene Rassen und Völker anerkennt, jedoch in ihnen nur unwesentliche Modifikationen der großen menschheitlichen Völkerfamilie erkennt. „Körperliche Merkmale und Eigentümlichkeiten, z. B. Schädelform, Hautfarbe und Haare verändern sich im Laufe der Zeiträume infolge Klima, Ernährung, Lebensweise und anderer Ursachen und bilden so verschiedene Menschenrassen." Dagegen sei die nationalsozialistische Rassenlehre Blutmaterialismus, die Sterilisation aus rassehygienischen Gründen ein Rückfall in abscheuliches Heidentum. So kommt der Bischof

schließlich zu dem Schluß, daß der nationalsozialistische Rassenstandpunkt mit dem Christentum völlig unvereinbar sei und daher entschieden abgelehnt werden müsse. Dies gelte auch bezüglich des Rassenantisemitismus. Auf diese in schroffster Form ausgesprochene Verurteilung und Ablehnung der nationalsozialistischen Weltanschauung folgt dann die besonders für die künftige Entwicklung aufschlußreiche dritte Grundwahrheit über die Verschiedenheit von Staat und Nation. „Die einzelne Nation erreicht erst dann Bestand, Wohlfahrt und Sicherheit, wenn sie auch politisch zu einem Staat zusammengeschlossen ist. Die Nation verkörpert zunächst nur eine Idee, erst der Staat gibt ihr volles Leben und Ausdruck. Da gibt es nun, wie die Geschichte lehrt, verschiedene Möglichkeiten. Eine Nation kann in mehrere unabhängige Staaten zerfallen, oder sie kann in ihrer Gesamtheit einen einzigen, also nationalen Staat ausmachen, oder sie kann zerstückelt und gleichzeitig mehreren Staaten untertan sein; es können endlich auch mehrere Nationen zu einem Nationalitätenstaat vereinigt sein wie die ehemalige österreichische Doppelmonarchie, die zahlreiche Nationen unter demselben Herrscherhaus vereinigte." Dieser verbrämte Hinweis auf die Habsburgermonarchie erweitert sich schließlich zu einer grundsätzlichen Empfehlung des Nationalitätenstaates mit deutlich vernehmbarem legitimistischem Unterton. „Durch die politische Vereinigung mehrerer Nationen werden einzelne Nationen vor kleinlicher Engherzigkeit in der gegenseitigen Beurteilung bewahrt, der Blick erweitert sich. Werden aber die Grenzpfähle der Nationen auch zu Grenzpfählen der Staaten, so reißt nur zu leicht engherzige nationale Abschließung ein. Das gilt von allen überspannten nationalen Bestrebungen, es gilt auch von der alldeutschen Germanisation. Beherzigenswert ist das Wort des heiligen Königs Stephan von Ungarn: Ein Reich, wo nur eine Sprache und ein Volkscharakter herrscht, ist schwach und gebrechlich. In dieser Hinsicht entscheidet darum in letzter Hinsicht die Geschichte und die wohlerworbenen Rechte. Die Nation hat nicht das Recht, im Namen des Nationalitätsprinzips politische Staatengebilde einfach zu zerschlagen und, unbekümmert um geschichtliche Rechte, die nationale Einigung im Nationalstaate herbeizuführen." „Ein extremes Nationalitätenprinzip, das nur nationalbegrenzte Staaten kennt und anerkennt, ist mindestens sehr bedenklich, weil es ohne offenkundliche Verletzung geschichtlicher Rechte und daher nicht ohne sittlich unerlaubte Mittel verwirklicht werden kann." Es ist ganz klar, daß solche Sätze wie „offenkundliche Verletzung geschichtlicher Rechte" mit der legitimistischen Restaurationspropaganda und ihrer Beweisführung identisch sind. Der Zeitpunkt, in dem diese Grundsätze ausgesprochen werden, beweist am besten, mit welchen Zielen man bereits so früh auf katholischer Seite rechnete.

Die legitimistische Forderung ist nicht etwa eine willkürliche Interpretation, sondern sie wird in diesem Hirtenbrief im Grundsätzlichen selbst ausgesprochen: „Der österreichische Gedanke hat mindestens ebenso sein gutes Recht wie der deutsche Gedanke. Er darf nicht



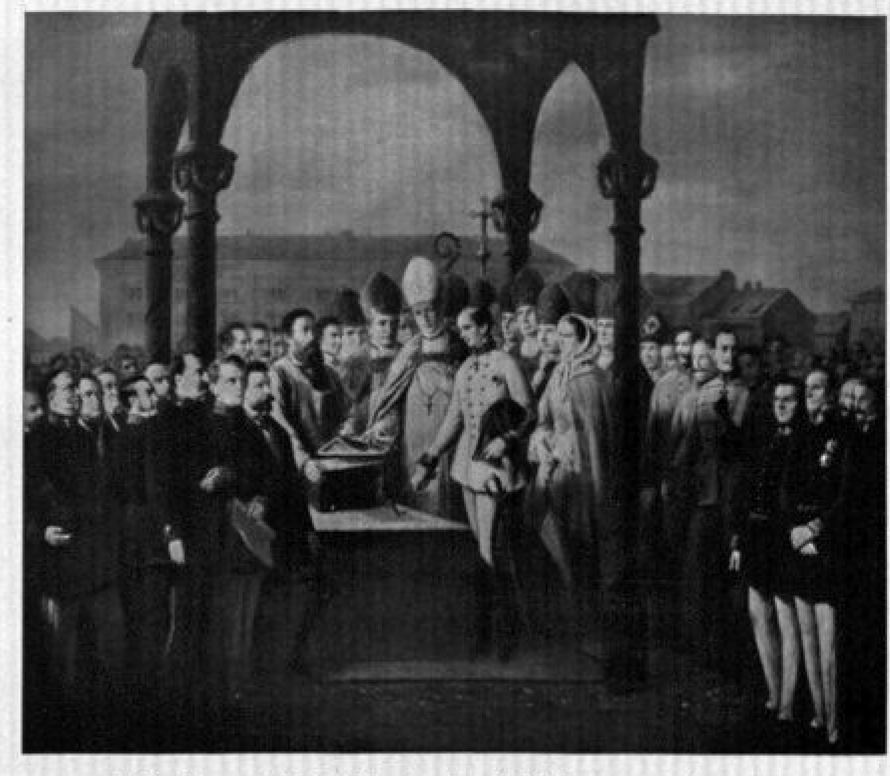
Fronleichnam in Systemösterreich. Juni 1936

besudelt und verunglimpft werden. Großösterreich war die Verkörperung des christlichen Nationalismus in seiner idealsten Ausprägung und wird auch heute noch von den edelsten und verständnisvollsten Männern begeistert festgehalten. Darf man deutsch fühlen, dann darf man mindestens mit gleichem Rechte österreichisch fühlen, denn die Nation geht nicht im Staate auf, und eine große ruhmreiche Vergangenheit darf nicht im Namen einer kleinen, engherzigen nationalen Idee verkannt werden." Damit ist das Stichwort gefallen, Großösterreich unter Habsburgs Krone war und blieb die Losung. Die staatliche Zerstückelung des deutschen Volkskörpers wird als sittlich gerechtfertigtes Gebot proklamiert. Damit war aber auch für die christlichsoziale Regierungsclique die ideale und moralische Plattform gegeben, auf der dann unter Eid- und Verfassungsbruch das sogenannte „österreichische Wunder" hervorgezaubert werden sollte.

Darüber hinaus bedeutet aber die großösterreichische Losung weitaus mehr, als es der streitbare Bischof und die anderen Träger des österreichischen Gedankens offen zugestehen wollten. Begriff und Name Großösterreich stammt nämlich aus jener Zeit, in der der Kampf zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland noch nicht entschieden war. In dieser Zeit erhielt die großösterreichische Losung ihre eigentliche Zielrichtung. Dieses Ziel aber war die Einigung Deutschlands unter der Krone Habsburg. Es ist daher geschichtlich unrichtig, den Begriff Großösterreich im Zusammenhang mit der österreichisch-ungarischen Monarchie nach 1866 zu betrachten. Denn 1866 war ja bereits die endgültige Niederlage Großösterreichs. Wenn dieser Begriff trotzdem hier in falschen Zusammenhängen auftaucht, so entlarvt dies die eigentlichen Hintergedanken jener Mächte und Männer, die sich der Österreich-Ideologie in den 5 Jahren des Dollfußregimes verschrieben hatten. Es ist die Ideenwelt der Gegenreformation, aus der die tragenden Stützen des Systems gehoben wurden. Noch einmal knüpfte Rom an den letzten Rest Österreich seine alten Hoffnungen auf eine Rekatholisierung Deutschlands. In diesem Sinne war auch die weitere Entwicklung zum konsequenten Legitimismus hin im Grunde nur folgerichtig.

Die vierte Grundwahrheit des Hirtenbriefes erklärt den Primat der Religion vor Volk und Staat. Dies heißt aber in der katholischen Begriffswelt soviel wie der Primat der katholischen Religion, damit der katholischen Kirche und des Vatikans. Die Überordnung der Konfession über die Nation. So lehrt der Bischof: „Echtes Christentum ist stets konfessionell, ist stets gebunden an ein ganz bestimmtes Bekenntnis, ist für den Katholiken eben das römisch-katholische Christentum mit seinen Dogmen und ganz bestimmten Satzungen. Echtes Christentum und bestimmte Konfession lassen sich eben nicht trennen." Diese Gleichsetzung von Religion, Konfession und katholischer Kirche wird im weiteren dazu benützt, um dem Vorwurf des politischen Katholizismus zu be-

gegnen. Denn, so argumentiert man, es handle sich eben hier nicht um Politik, sondern um Religion. In diesem logischen Zirkel bewegen sich auch meist alle weiteren Zeugnisse. Oder wäre etwa folgende bischöfliche Nutzanwendung nicht politisch zu verstehen?



Kaiser Franz Joseph bei der Grundsteinlegung zur Votivkirche

„Katholiken, die Romfeinde sind, sind auch Volksfeinde, ohne es zu wissen und zu wollen; echtes Deutschtum dagegen ist geschichtlich und ideell mit dem Stuhle Petri unlösbar verbunden. Am größten war das deutsche Volk zur Zeit, als es am treuesten zu Rom gestanden. Der Abfall von Rom war der Anfang seines nationalen Niederganges."

Dieser Hirtenbrief erregte ungeheures Aufsehen und vor allem empörten Widerspruch gegen die dezidiert erklärte Unvereinbarkeit von katholischem Glauben und nationalsozialistischer Weltanschauung. Gerade diesen Punkt aber hob der Bischof in einem am 26. Jänner von allen Kanzeln verlesenen Dankschreiben neuerdings hervor. Er betont ausdrücklich, daß es sich bei dem Hirtenbrief „nicht um eine Privatansicht des Bischofs, sondern um eine lehramtliche Kundgebung, die alle Diözesanen zu religiösem Gehorsam und im Gewissen verpflichtet", handelt. (Die Bischöfe von Graz und Salzburg haben sich übrigens den Linzer Hirtenbrief zu eigen gemacht und sich mit seinen Grundsätzen für solidarisch erklärt.) Es ist daher von entscheidender Bedeutung, wenn im Dankschreiben der Bischof seine Grundthese neuerdings herausstellt: „Es bleibt denn auch der Hirtenbrief trotz aller Kritik und Anfeindung vollinhaltlich aufrecht; nicht ein einziger Satz und Gedanke wird zurückgenommen oder abgeschwächt, nicht ein Strichlein und nicht ein Pünktlein wird geändert. Ja, mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit wiederhole ich namentlich den Satz: Wenn es nach der Erklärung Papst Pius' XI. unmöglich ist, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein, dann ist es auch



Leichenbegängnis der im Februarputsch gefallenen Exekutivorgane und Hilfspolizisten.
v. r. n. l.: Kardinal Innitzer, Bundespräsident Miklas, Dr. Dollfuß, Bürgermeister Schmitz, Handelsminister Stockinger, Schuschnigg

unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Nationalist zu sein ... wenn ich auch durch den Hirtenbrief manche betrübt habe, so bereue ich es nicht, und wenn es mich auch reute, als ich sah, daß dieser Brief Euch – obwohl nur auf kurze Zeit – betrübte, so freue ich mich jetzt, nicht weil Ihr betrübt wurdet, sondern weil Ihr zur Buße betrübt worden seid; denn Ihr seid in gottgefälliger Weise betrübt worden, damit Ihr in nichts durch unsere Schuld zu Schaden kommt."

Nach dem Staatsstreich der Dollfußregierung finden sich auch bald zahlreiche Zeugnisse, nach denen sich das österreichische Episkopat mit Methoden, Grundlagen und Programmatik des autoritären Systems solidarisch erklärte. So sprach Kardinal Innitzer am 2. April 1933 bei der Hauptversammlung der katholischen Männervereine Wiens: „... Vor allem ist es Pflicht und Aufgabe des katholischen Mannes, sich der Autorität unterzuordnen, wie schon Christus gesagt hat: Gebt Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist. In diesem Sinne wird der katholische Mann auch eine Regierung so lange unterstützen, solange sie sich zu den Grundprinzipien der katholischen Weltanschauung bekennt. (Man beobachte diese substantielle Einschränkung des eben verkündeten Autoritätsprinzips!) Um so mehr dürfen wir uns freuen und es begrüßen, daß in unserem österreichischen Vaterlande tatkräftige katholische Männer an der Spitze



Staat und Kirche wirken einträchtig zusammen. Schuschnigg, Starhemberg, Innitzer, Steidle als heitere Zuhörer einer Dollfußrede

des Staates den Kampf gegen die Bolschewisierung und Atomisierung der menschlichen Gesellschaft, für die Erneuerung eines gesunden Gemeinschaftsgeistes und des gesamten österreichischen Volkstums aufgenommen haben. Männer, die in einer unerschütterlichen katholischen Weltanschauung die sicherste Orientierung für ihr Wirken im Dienste des Volkes besitzen. Solchen Männern müssen wir helfen. Hinter eine solche Regierung müssen wir uns geschlossen stellen!"

Am 1. Mai 1933 fand in Linz ein katholischer Presselehrgang für Priester und katholische Weltliche statt. Laut einem Bericht des Linzer Volksblattes vom 7. Mai nahmen daran etwa hundert Personen, darunter 40 Geistliche, teil. Der Bischof sandte ein Begrüßungsschreiben, in dem er die katholische Pressearbeit würdigte. Darin finden sich folgende Sätze mit einer direkten politischen Programmatik: „Von besonderer Bedeutung erscheint mir in dieser Hinsicht eine straffe Einheitlichkeit in der Auffassung, Beurteilung und Stellungnahme zu all den großen Tagesfragen, die unser bewegtes öffentliches Leben berühren. Ferner wird eine entschiedene Verteidigung des gegenwärtigen Kurses unserer Regierung und eine ausgesprochene Betonung des österreichischen Gedankens den wahren Volksinteressen, aber auch den Interessen der Kirche am besten gerecht werden." Auf einer Kreistagung der katholischen Jugendvereinigung „Österreichs deutsche Jugendkraft" in Linz am 25. Juni bekannte sich derselbe Bischof zu jener über-

steigerten Österreich-Ideologie, wie sie vom System immer mehr und immer deutlicher propagiert wurde. „Österreich ist die Krone des Deutschtums. Österreich ist dem selbstbewußten Österreicher ein heiliger Name. Wer ihn lästert, ist undeutscher Volksverräter, ist vaterlandsloser Hochverräter ... Österreich ist heiliges Erbgut; es zu schützen und es zu verteidigen, ist Ehrenpflicht, Gewissenspflicht ... Österreichs deutsche Jugendkraft! Schütze Österreich mit Herz und Sinn und, wenn es sein muß, auch mit Hand und Wehr. Schütze den stolzen Adler Österreichs gegen den raubgierigen Habicht. (Anspielung auf den kurz vorher von der Regierung ausgewiesenen Generalinspekteur der NSDAP. Österreichs.) Stehet treu und fest zu jedem, der sich an die Spitze Österreichs stellt ... Gott mit Dir, mein Österreich! ..." Hier wird von bischöflicher Seite bereits die mißbräuchliche Verwendung des Hochverratsbegriffes vorweggenommen, und damit auch jene verlogene Haltung der Dollfußregierung, die jeden organisch gegebenen Widerstand gegen die jedem Rechtsempfinden hohnsprechende Vergewaltigung des deutschen Volkes in der Ostmark als Vaterlands- und Hochverrat hinzustellen wagte.

Ende November 1933 kam aber eine Bischofskonferenz in Wien zu einem überraschenden Beschluß. „Nach reiflicher Erwägung, ob es günstig sei, daß katholische Geistliche unter den gegenwärtigen, besonders heiklen politischen Verhältnissen als politische Mandatare weiter sich betätigen, hat die Bischofskonferenz den Beschluß gefaßt, die für die Ausübung des Mandates erforderliche bischöfliche Zustimmung ... vorübergehend und allgemein zurückzunehmen. Jene hochwürdigen Herren, welche Mandate als Nationalräte, Bundesräte, Landtagsabgeordnete oder Landesräte oder Gemeinderats- oder Gemeindeausschußmitglieder innehaben, werden hiermit aufgefordert, ihre Mandate bis zum 15. Dezember d. J. niederzulegen; das gleiche gilt von jeder führenden politischen Stellung. Geistliche, die sich sonst politisch betätigen wollen, bedürfen der besonderen Zustimmung ihres zuständigen geistlichen Ordinarius."

Dieser Rückzug des Klerus aus der Politik erregte ungeheures Aufsehen. In der ausländischen Presse sprach man von einem direkten Entscheid des Vatikans. Eine französische Zeitung verdächtigte den Vatikan sogar einer Förderung des Anschlusses. Die Neue Züricher Zeitung spricht von einer taktischen Zurückhaltung in Österreich zur Stützung des deutschen Katholizismus. Welche Motive tatsächlich zu diesem Beschluß bestimmend waren, kann hier nicht eindeutig festgelegt werden. Es ist aber mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Folgen der eindeutigen Identifizierung von Kirche und Dollfußregime den österreichischen Klerus doch etwas unsanft in die Glieder gefahren waren. Unmittelbar nach den unmißverständlichen Stellungnahmen der Bischöfe setzte als Reaktion eine Abfallsbewegung in allen österreichischen Ländern in ziemlich weitem Ausmaße ein. So dürfte die Zurückziehung der Geistlichen aus der offiziellen Dollfußpolitik ein Versuch gewesen sein, die Kirche von dem offenkundigen Haß und Widerstand gegen das



1. Mai 1937. Das System persönlich.
Der politische Katholizismus, der Legitimismus und der Volksfrontgedanke. (Innitzer, Schuschnigg, Schmitz)

Regime zu entlasten. Auch war in diesem Zeitpunkt das System noch reichlich unzulänglich konsolidiert, der Ausgang des autoritären Experimentes lag noch im ungewissen. Es wäre daher nur zu begreiflich, wenn sich die Bischöfe Österreichs mit diesem Beschluß eine Rückzugsmöglichkeit offen halten wollten. Als aber solche Gedankengänge von nationalsozialistischer Seite laut wurden (Völkischer Beobachter vom 10. Dezember: „Massenaustritte aus der Kirche besonders in den Alpenländern sind die Folge ihrer Verbindung mit einem bei der überwiegenden Masse des Volkes verhaßten System, so daß die Kirche sich zwangsläufig von der Mitverantwortung für die christlichsoziale Politik befreien muß, will sie nicht das unabänderliche Schicksal der christlichsozialen Partei teilen"), schrieb der Osservatore Romano vom 13. Dezember 1933: „Gerade das Gegenteil ist wahr. Die österreichischen Bischöfe sehen in der gegenwärtigen katholischen Regierung die sicherste Garantie für die religiösen Interessen, und deshalb fallen die Gründe weg, weshalb Geistliche Mandate und politische Stellen annahmen. Gerade jetzt ist es angezeigt, daß der Klerus von parteipolitischen Sorgen befreit wird. Durch diese Entscheidung wird das schöne und volle Vertrauen des Episkopates zur katholischen Regierung kundgetan, die stets im Klerus und unter den Katholiken Österreichs eine hervorragende Stütze finden wird."

Mit dieser authentischen Äußerung fällt auch jeder Anlaß weg, uns über die Motive, die hinter diesem Beschluß standen, weitere Gedanken zu machen. Denn mit derselben Eindeutigkeit wird dieser Standpunkt auch von christlich-sozialer Seite in der Reichspost vom 6. Dezember erklärt: „Es wäre eine völlige Verkennung der wirklichen Lage, wenn man annehmen wollte, daß sich die Bischofskonferenz von irgendwelchen Erwägungen habe leiten lassen, die mit der gegenwärtigen politischen Richtung des öffentlichen Lebens in Österreich im Zusammenhang stehen. Man weiß aus wiederholten Kundgebungen des Heiligen Vaters, besonders im Zusammenhang mit dem allgemeinen deutschen Katholikentag vom September l. J., daß die katholische Kirche die Ziele der gegenwärtigen österreichischen Politik restlos billigt. Der Beschluß der Bischofskonferenz ist auch keineswegs mit einer Reservestellung des Episkopates gegenüber dem derzeitigen System zu erklären, denn die Bischöfe billigen gewiß ebenso wie der Heilige Stuhl die Haltung der Regierung und der christlich-sozialen Partei ..."

Noch entscheidender für die wahre Haltung des österreichischen Klerus wird aber der von der Wiener Bischofskonferenz erlassene, vom 21. Dezember 1933 datierte Hirtenbrief des Gesamtepiskopates. Dieses Dokument ist zum Verständnis der gesamten Dollfußpolitik und ihrer Hintergründe so grundsätzlich wichtig, daß wir ihn hier einer ausführlichen Erörterung unterziehen. Der Übersichtlichkeit halber stellen wir Text und Interpretation nebeneinander.

„Das Heilige Jahr 1933 hat der ganzen Christenheit reichen Gnadensegen, unserem Vaterlande Österreich überdies viele Freuden gebracht.

Der große Katholikentag in Wien war und bleibt ein Glanzpunkt in der Geschichte Österreichs. Er war augenscheinlich vom Segen Gottes begleitet und darum auch von großem Erfolg. Vom Heiligen Vater ausgezeichnet durch die Entsendung eines Kardinallegaten – von zahlreichen kirchlichen Würdenträgern und Hunderttausenden treuer Katholiken besucht – von religiösem Geiste durchweht und von vaterländischer Begeisterung getragen, von erhebenden Festlichkeiten und eindrucksvollen Kundgebungen umrauscht, war der Katholikentag ein Schauspiel, das den ungeteilten Beifall des In- und Auslandes fand. Aber auch in patriotischer Hinsicht bedeutete der Katholikentag einen mächtigen Aufschwung. Das Selbstbewußtsein Österreichs wurde gestärkt durch die Erinnerung an seine große geschichtliche Vergangenheit und durch die Gedächtnisfeier des Sieges über die Türken, den Erbfeind der

Diese Voranstellung des Katholikentages geschieht hier mit durchaus politischen Beweisgründen. Sowohl der Segen des Heiligen Vaters wie auch ein augenscheinlicher Segen Gottes wird zum Zeugen aufgerufen. Das Attribut „religiös" tritt auf eine Linie mit dem damals schon durchaus parteipolitisch geprägten Worte „vaterländisch". Die Beschwörung der politischen Vergangenheit Österreichs zur Rechtfertigung der gegenwärtigen Situation wie legitimistische Reminiszenzen werden ebenso unbedenklich vorgetragen. Die spätere Entwicklung hat gelehrt, daß die Berufung auf das Haus Österreich als Stütze der Christenheit bereits damals alles eher als eine unverbindliche Floskel war. Wenn von

Christenheit. Wie einst der heiligmäßige Bußprediger und Kapuziner Markus von Aviano in prophetischem Weitblick gesprochen: ‚Das Haus Österreich ist eine Stütze der Christenheit', so erwies der Katholikentag neuerdings die Aufgabe Österreichs, im Reiche Gottes auf Erden ein Bollwerk des katholischen Glaubens zu sein. Diesem Gedanken verliehen denn auch Präsident und Bundeskanzler als Vertreter unseres Staates überzeugten Ausdruck. Offen und rückhaltslos bekannten sie sich zum katholischen Glauben und bezeichneten es als ihre Aufgabe und als ihren Willen, ein nach christlichen Grundsätzen geleitetes Staatswesen zu errichten. Die weltgeschichtliche Aufgabe Österreichs, Träger und Hüter der christlichen Kultur zu sein, kam auch in den anderen programmatischen Festreden unverhohlen zum Ausdruck.

Regierungsseite die Unabhängigkeitspolitik mit der unverbindlichen These, daß Österreich eine besondere Mission innerhalb des Gesamtdeutschtums zu erfüllen habe, begründet wurde, wird hier diese Mission auch inhaltlich klarer umrissen. Bollwerk des katholischen Glaubens! Dies war seit jeher die letzte Weisheit aller ultramontanen Politik und bedeutet auch in diesem Zusammenhange die Ideenwelt der Gegenreformation. Aus bischöflichem Munde wird das offene und rückhaltlose Bekenntnis zu einem selbständigen Staate Österreich und einer durch Staatsstreich über die staatlichen Machtmittel verfügenden Regierung belobt und gepriesen und damit wohl die volle Verantwortung für die politischen Akte des Dollfußsystems mitübernommen.

Freuten wir Katholiken uns mit Recht und von ganzem Herzen über diese kernkatholische Stellungnahme unserer Regierung, so wurde diese unsere Freude erhöht durch die wiederholten Lobesworte, die der Heilige Vater selber dem katholischen Bekennermut der Regierung zollte. So äußerte am 7. Oktober der Papst einem österreichischen Pilgerzug gegenüber: ‚Es ist meinem Herzen ein großer Trost, feststellen zu können, daß der lebendige Glaube des österreichischen Volkes und seine auf alter Überlieferung beruhende Treue zum Stuhle Petri eine so kraftvolle Bestätigung gefunden hat, indem Österreich in klarer und weithin vernehmbarer Weise vor der großen Welt durch den Mund seines Bundeskanzlers Dr. Dollfuß den Entscheid kundgegeben hat, daß es den Staat auf den Grundlagen der katholischen Lehre neu aufbauen wolle. Dies gereicht dem Volk und dem Staat zu hoher Ehre, besonders aber den Führern seiner Regierung, die wahrhaft und glücklicherweise so sind, wie sie Österreich verdient.' Das nämliche Lob wiederholte der Heilige Vater bei

Zur bischöflichen Billigung und Befürwortung tritt nun die päpstliche. Dadurch, daß diese Papstworte wortwörtlich in den Hirtenbrief übernommen werden, erhalten sie lehramtlichen und verbindlichen Charakter. Die These der Regierung, den Staat auf den Grundlagen der katholischen Lehre neu aufzubauen, wird hier von höchster katholischer Stelle übernommen. Das gleiche gilt von dem Begriff „Österreichisches Volk", der ebenfalls im Sprachschatz des Regimes eine grundsätzliche Rolle spielt. Wir werden an anderer Stelle noch nachweisen, wie die ursprüngliche These von einer besonderen Mission Österreichs innerhalb des Gesamtdeutschtums sich immer mehr verflüchtigte und in der Behauptung

seiner Ansprache am 28. Oktober an den gemeinsamen österreichischen Pilgerzug mit den Worten: ‚Einen mächtigen Segen erteilen wir den so vornehmen Männern, die Österreich in dieser Zeit, in diesen Tagen regieren, die Österreich so gut, so entschieden, so christlich regieren. Diese Männer haben wahrhaft christlichen Gedanken, eine christliche Überzeugung; sie geben ein so hochherziges Zeugnis ihrer christlichen Überzeugung. In diesem Augenblick, geliebte Söhne, kommt Uns ein Gedanke: Die Völker haben die Regierung, die sie verdienen. Es ist ihr Österreich, aber auch Unser geliebtes Österreich, das eine solche Regierung verdient hat. Wir beten zu Unserem gütigen Gott, er möge diesen so christlichen, so hochherzigen Männern beistehen, wie er es bisher getan hat. Er möge sie immer verteidigen auch gegen ganz unerwartete Gefahren, auf daß sie für das liebe christliche Österreich noch lange und immer fruchtbarer arbeiten können.‘

eines eigenständigen österreichischen Volkstums mündete. Gesamtdeutsche Bestimmungen Österreichs wurden schließlich grundsätzlich verworfen. Sie wurden verworfen im Zeichen des Legitimismus, dem allein „eine auf alter Überlieferung beruhende Treue zum Stuhle Petri" zugesprochen werden kann. Weiters wird in den Papstworten die Gleichsetzung von Volk und Staat ausgesprochen, die in diesem Zusammenhang nichts anderes bedeutet, als eine lehramtliche Übernahme der Lüge von einer weitgehenden Übereinstimmung von Regierung und Volk. Die Größe und Unverfrorenheit dieser Lüge hat sich ja bereits so überzeugend herausgestellt, daß sich eine weitere Beweisführung erübrigt. Wenn daher der Papst den Männern, die Österreich in dieser Zeit regieren, seinen „mächtigen" Segen erteilt, so identifiziert er sich auch mit den Methoden, nach denen sich diese Regierung in den Besitz der Macht gesetzt hatte. Aber auch zur Zeit, da diese Billigung ausgesprochen wurde, war der Verfassungsbetrug von namhaften Staatsrechtlern eindeutig festgestellt. Die Grundlage dieser Regierung war nun einmal das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz, mit dessen betrügerischer Anwendung dem deutschen Volke in Österreich die Dollfuß-Diktatur aufgezwungen wurde. „Verdient" hatte dieses Volk eine solche Vergewaltigung wahrlich nicht, ja man könnte die päpstliche Formulierung, daß jedes Volk die Regierung habe, die es verdient, sinngemäß abwandeln, indem wir sagen, „jeder Protektor hat die Schützlinge, die er verdient".

Diese letzten Worte waren ein offensichtlicher Hinweis auf das ruchlose Attentat am 3. Oktober d. J., dem unser Bundeskanzler sicher zum Opfer gefallen wäre, wenn ihn nicht eine augenscheinliche Vorsehung Gottes geschützt hätte; sofort sandte der Heilige Vater dem Bundeskanzler ‚die innigsten Glückwünsche zum Entrinnen aus der Gefahr sowie den apostolischen Segen zur wirksamen Unterstützung seiner Mission für das Christentum und die Wohlfahrt Österreichs'.

Noch selten dürfte das Oberhaupt der Kirche dem Führer und den Mitgliedern einer Regierung so rückhaltlose Worte vollsten Lobes und freudiger Anerkennung für ihr Bekenntnis und staatsmännisches Ziel gewidmet haben wie unserer gegenwärtigen Regierung. Wir Katholiken Österreichs fühlen uns darob hoch geehrt und freudig gestimmt, aber wir fühlen uns dadurch auch aufgemuntert und verpflichtet, in unentwegter Treue zu dieser unserer Regierung zu stehen, die der Papst selber so offenkundig mit Lob überhäuft hat.

Diese unsere Treue wird uns von unserem katholischen Gewissen selber diktiert. Es ist für jeden Katholiken eine sittlich-religiöse Grundwahrheit des vierten Gebotes Gottes, nicht nur den Eltern, sondern auch den Vorgesetzten Ehrfurcht, Liebe und Gehorsam zu erweisen; zu den Vorgesetzten zählt aber auch die weltliche Obrigkeit, vor allem die Regierung eines Staates, die ja nach christlicher Lehre ihre Gewalt und Autorität von Gott herleitet.

Jede irdische Gewalt und Autorität erstrahlt im Schimmer der göttlichen Autorität. Kein Mensch ist von Natur aus mehr oder höher als der Mitmensch; keiner kann daher aus sich allein eine Obergewalt über einen anderen beanspruchen; das wäre widerrechtliche Anmaßung, unbefugter Eingriff in die Freiheit und Unabhängigkeit des anderen, fluchwürdige Vergewaltigung des Schwächeren durch den Stärkeren. An die Stelle des Rechtes träte die Gewalt, an die Stelle der Autorität die Tyrannei und der Despotismus, an die Stelle des freien Gehorsams die unwürdige Sklaverei. Es wäre geschehen um die freie Persönlichkeit des Menschen, um die Menschenwürde und um das Wohl der ganzen Menschheit. Nicht rohe Gewalt kann einem Menschen rechtliche Gewalt über den anderen geben, sondern Gottes

Diese Berufung auf die göttliche Vorsehung sollte sich im Laufe der Entwicklung noch des öfteren wiederholen. Man sprach immer deutlicher von einer „providentiellen" Aufgabe Österreichs, schließlich oktroyierte man eine Verfassung im Namen Gottes des Allmächtigen. Und all dies vollzog sich immer wieder unter vatikanischem Zuspruch, der nicht etwa in der Geheimsprache diplomatischer Verklausulierungen gegeben wurde, sondern mit letzter rückhaltloser Offenheit, ja unter Beanspruchung lehramtlicher Autorität und religiöser Gewissenspflicht. Die Bischöfe Österreichs selbst sind es, die die päpstliche Billigung in ihrer ganzen Schwere herausstellen, wenn sie die Papstworte als etwas Seltenes und Einmaliges bezeichnen. Ausdrücklich wird die Unterwerfung unter die Diktatur der Dollfußregierung als Diktat des katholischen Gewissens hingestellt. Diese Gewissenspflicht wird nun mit einer Interpretation des katholischen Autoritätsbegriffes untermauert, die zu recht sonderbaren Schlußfolgerungen führt. Es ist eine Angelegenheit der Theologen, die Übereinstimmung dieser Interpretation des vierten Gebotes mit der tatsächlichen katholischen Dogmatik zu prüfen. Wir können lediglich feststellen, daß sie darin gipfelt, daß j e d e vorhandene Obrigkeit von Gott stamme. Diese göttliche Autorität sei in jeder menschlichen Autorität verkörpert, sofern sie eben zu Recht bestehe. Die menschlichen und rechtlichen Grundlagen sowie die Mittel und Wege der Entstehung werden dabei völlig außer acht gelassen. Dadurch, daß eine Re-

Autorität allein kann einen Menschen zum Herrn und Gebieter über andere machen. ‚Niemand', so sagt Papst Leo XIII., ‚niemand hat in sich oder aus sich die Macht, den freien Willen der anderen zu binden. Gott allein kommt diese Gewalt zu; wer sie darum ausübt, kann sie nur als eine von Gott übertragene Gewalt ausüben.'

gierung sich an der Macht befinde, sei bereits der „Schimmer der göttlichen Autorität" an sie gebunden. Durch Papst- und Bibelworte wird diese These erhärtet. Gleichzeitig erfährt aber die Allgemeingültigkeit dieser Autoritätsbestimmung eine indirekte Einschränkung, wenn auch eine Obergewalt als möglich hingestellt wird, die ein Mensch aus sich allein beansprucht. Dies wäre Anmaßung, unbefugter Eingriff, fluchwürdige Vergewaltigung, Tyrannei und Despotismus.

Erinnert Euch an das Wort, das Christus zu Pilatus sprach: ‚Du hättest keine Gewalt über mich, wenn sie Dir nicht von Oben gegeben wäre'; erinnert Euch an die Worte, die Paulus den Christen zu Rom schrieb: ‚Es gibt keine Gewalt außer von Gott, und die, welche besteht, ist von Gott angeordnet.' Jede menschliche Autorität ist darum nur Stellvertreterin Gottes und handelt ‚im übertragenen Wirkungskreis', jeder Obere und Vorgesetzte ist Herr ‚von Gottes Gnaden'. Darum reicht auch die Befugnis der menschlichen Autorität niemals weiter als die Vollmacht, die ihr Gott übertragen hat; ein Oberer, der seine Machtbefugnisse überschreitet, verwirkt das Recht auf Gehorsam, und wenn er gar gegen Gottes Willen etwas befehlen möchte, dann dürfte man ihm nicht einmal gehorchen, ja ein solcher Gehorsam wäre geradezu Sünde, denn ‚Gott muß man mehr gehorchen als den Menschen', sagten schon die Apostel.

Eine Gesellschaft nun, mag sie noch so klein sein, ist einfach unmöglich ohne Autorität. Papst Leo XIII. sagt kurz und bündig: ‚Die Notwendigkeit zwingt jede menschliche Vereinigung und Gemeinschaft, einen Vorgesetzten zu haben, da sonst die Gesellschaft ohne Haupt und ohne leitende Gewalt zerfallen würde und den Zweck nicht erreichen könnte, wozu sie entstanden ist und sich gebildet hat.' Wenn nämlich jedes Mitglied einer Gesellschaft sein

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser klaffende Widerspruch den mit allen scholastischen Kniffen vertrauten Bischöfen entgangen sein kann. Wenn zuerst jeder Autorität schlechthin der „Göttliche Schimmer" zugesprochen wird – unter Berufung auf das Pauluswort, daß es keine Gewalt gebe, die nicht von Gott angeordnet sei –, dann aber doch der Begriff einer widerrechtlichen Autorität statuiert wird, so liegt es schließlich klar auf der Hand, wodurch allein dieser Widerspruch zu lösen ist: durch eine richterliche Instanz, welche entscheidet, ob die jeweilige Autorität echt oder unecht sei, d. h. ob sie unter göttlicher Vollmacht ausgeübt werde oder nicht. Bei dieser Instanz läge aber der Schlüssel für jede weltliche Macht. Wenn die menschliche Autorität ausdrücklich an eine göttliche Vollmacht gebunden erscheint, dann muß es auch ein Kriterium für diese Vollmacht geben. Nach dem Pauluswort besteht dieses Kriterium in der bloßen Existenz, d. h. jede bestehende Gewalt

Tun und Lassen nach eigenem Gutdünken und Ermessen einrichten kann, dann ist es um alle Ordnung und Sicherheit, um allen Frieden und alle Eintracht geschehen, dann herrscht ständiger Kriegszustand aller gegen alle – und das endet notwendig mit allgemeiner Niederlage und mit dem Ende der Gesellschaft selber, wie schon der Heiland gesagt hat: ,Jedes Reich, das in sich uneins ist, wird zerstört werden, und ein Haus wird über das andere fallen.' Jedes noch so kleine Reich braucht notwendig einen Führer, dem die anderen folgen, einen Herrn, dem sich die anderen gehorsam unterordnen, es braucht einen Ordner, der das Ziel bestimmt und die Mittel wählt, es braucht mit anderen Worten eine Autorität, die alles leitet und ordnet durch Gesetze und Vorschriften, Gebote und Verbote.

Dies gilt von der elterlichen Autorität in der Familie, es gilt von der religiösen Autorität in der Kirche, es gilt ebenso von der weltlichen Autorität im Staate. Verlangt schon das kleine Reich der Familie die ordnende Hand der elterlichen Autorität, dann verlangt diese ordnende Hand der Autorität um so mehr der Staat, der ja nichts anderes ist als die Gesamtheit der Familien, die von Natur aus zum gegenseitigen Wohle zusammengeschlossen sind, um auf dem Wege der Ordnung und Sicherheit ihr zeitliches, irdisches Glück eher und vollkommener zu erreichen. Oder hätte Gott der Herr, der alles bis ins kleinste ,nach Maß, Zahl und Gewicht geordnet hat', hätte er wollen können, daß die Völker der Erde in Willkür und Unordnung leben, in beständigem Kampf und Streit einander aufreiben? Ohne ordnende und gebietende Autorität aber wäre dies das zweifellose Schicksal der Völker, wie die Geschichte an zahlreichen Beispielen dartut.

ist von Gott angeordnet. Das würde also die Existenz einer unechten Autorität von vornherein ausschließen; bleibt die zweite Möglichkeit, daß die Vollmacht Gottes vom Stellvertreter Gottes auf Erden erteilt wird. Damit ist aber die mittelalterliche Papst-Kaiser-Idee in Reinkultur gegeben: Rom als die höchste Souveränität aller irdischen Souveränitäten!

Daß solche Gedankengänge auf den kleinösterreichischen Dollfußstaat angewendet wurden, ja daß ihre Anwendbarkeit gerade hier besonders sinnfällig demonstriert werden sollte, das wurde zur größten Groteske unserer Zeit.

Diese Verteidigung des Autoritätsbegriffes, die Betonung der Notwendigkeit einer Autorität im Staate ist in ihrer eigentlichen Bedeutung wieder nur im Zusammenhange mit der Programmatik des Dollfuß-Staates zu verstehen, der sich selbst als wesentliches Merkmal das Attribut „autoritär" beigelegt hatte, was als Gegenbegriff zur parlamentarischen Demokratie aufgefaßt werden sollte. Nach den parlamentarischen Spielregeln hatte unweigerlich die Todesstunde der christlich-sozialen Parteiherrschaft geschlagen. Mit der verfassungswidrigen Errichtung eines autoritären Regimes entzog man sich aber der sicheren Verurteilung durch das Volk. Man glaubte sich in Anlehnung an den nationalsozialistischen Führergedanken über eine demokratische Billigung der eingenommenen Machtstellung hinwegsetzen zu können. Da-

bei verschloß man aber die Augen davor, daß in nationalsozialistischem Führungsbegriff das Vertrauen des Volkes eine unabdingbare Voraussetzung der Führungsgewalt bildet. Man entleerte also die Autorität, maßte sie sich an und leitete sie, da ihr vom Volke die Anerkennung versagt blieb, unmittelbar von Gott ab. Diese „Überwindung der Demokratie" stellte nicht etwa die Konzentration eines im Volke wurzelnden Führungsauftrages dar, war also primär nicht die Beseitigung eines an sich überholten Parlamentarismus, sondern eine Vernichtung aller demokratischen Grundgedanken schlechthin. Nicht weil man die Korruptheit und Unzulänglichkeit der parlamentarischen Methoden durch straffere Ordnungsformen ersetzen wollte, entledigte man sich der parlamentarischen Volksvertretung, sondern nur deshalb, weil man sich entschlossen hatte, gegen den offenkundigen Willen des Volkes um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Dieser „Wille zur Macht" einer isolierten Clique bildet daher auch das Wesenszentrum ihres Autoritätsbegriffes.

Hier greift nun die bischöfliche Argumentation dem Dollfußregime hilfreich unter die Arme, wenn sie, gestützt auf päpstliche Lehrmeinung, die Idee der Volkssouveränität als „gedankenlos und unchristlich" bezeichnet. Man muß sich ganz klar zum Bewußtsein bringen, wie mit dieser Verurteilung des Volkswillens als Grundlage einer echten Autorität der Staatsstreich der Regierung theologisch unterbaut und gerechtfertigt wird. Gleichzeitig wird

sinnfällig vordemonstriert, wie die Feststellung einer „echten" Autorität durch den Spruch der Kirche zu geschehen habe. Dollfuß setzte sich über die beschworene Verfassung hinweg, verwarf also eine aus den vorhandenen Rechtsbegriffen, aus der verfassungsjuristischen Kontinuität fließende Befugnis zur Macht. Nicht die Gesetze, nicht der Volkswille ermächtigten ihn, Autorität auszuüben. So bezog er diese Ermächtigung direkt vom lieben Gott. Gott aber leiht seine Stimme der Kirche, dem Papst und den Bischöfen. Diese erteilen nun den göttlichen Auftrag zum Herrscheramt. (Steht hier nicht das Bild des Mittelalters vor uns? Der Herrscher empfängt als Knecht Gottes die Krone aus der Hand seines Stellvertreters auf Erden und wird dadurch zum Diener der Kirche, die allein zu bannen und zu lösen versteht.) Auch im zwanzigsten Jahrhundert soll also im kirchlichen Auftrag die letzte und ausschließliche Grundlage für die Ausübung von Macht erblickt werden. Der Volkswille kann in diesem Autoritätsbegriff „nur in Übereinstimmung mit dem göttlichen Willen Recht schaffen und Verpflichtungen auferlegen". Dieser Wille Gottes wird irdisch sichtbar nur im Spruche Roms. Wenn daher „nur" in Übereinstimmung mit dem durch Rom verkündeten Willen Gottes der Volkswille rechtschaffende Kraft besitzt, so besitzt er keine Kraft gegen diesen Willen. Das heißt aber: Volk will so, wie es dir von Rom vorgeschrieben wird, oder du stehst im Unrecht.

In scharfen Umrissen zeichnet Leo XIII. die abschüssige Bahn der autoritätsfeindlichen Anarchisten und Umstürzler mit den Worten: ‚Mit allen Mitteln einer blinden, wilden Leidenschaft betreiben sie den Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung, und weil diese Ordnung ihre Einheit und ihr Leben von der Autorität erhält, sind ihre Anschläge vorzüglich gegen diese gerichtet. Wer erinnert sich nicht mit Schauder und Entrüstung jener mörderischen Attentate, denen im Verlaufe weniger Jahre Kaiser und Kaiserinnen, Könige und Präsidenten mächtiger Republiken zum Opfer gefallen sind einzig deswegen, weil sie die oberste Autorität vertraten!‘

Auch die Völker also haben zu gehorchen und zu dienen, nicht aber zu schalten und zu walten, wie es ihnen beliebt. Gott ist nicht nur der absolute Herr des einzelnen Menschen, sondern er ist auch der oberste Herr und Gebieter über die Gesamtheit, also auch über die Völker und Staaten. Ein Volk ist darum Gott dem Herrn gegenüber selbstherrlich und souverän. Macht und Recht, Verfassung und Regierung eines jeden Volkes stammt in letzter Linie von Gott und steht allseits unter Gottes Gesetz. Die Phrase von der falsch verstandenen Volkssouveränität ist nicht nur gedankenlos, sondern auch unchristlich, ja im tiefsten Grunde atheistisch, d. h. gottesleugnerisch; denn das öffentliche und staatliche Leben steht genau so in jeder Hinsicht unter der Autorität Gottes wie das private Leben. Auch der sogenannte allgemeine Volkswille begründet durchaus keine von Gott unabhängige Autorität, und kein staatliches Recht entsteht und besteht ohne und gegen Gott. Der Volkswille kann bloß in Übereinstimmung mit Gottes Willen Recht schaffen und Pflichten auferlegen. Pius XI. hat darum offen erklärt, es sei nicht richtig, daß die Autorität nur die Gesamtheit der Zahlen und materiellen Kräfte sei, wie das die Volkssouveränität behauptet, und hat außerdem die Behauptung verworfen, der kundgegebene Volkswille sei das höchste, von jedem göttlichen und menschlichen Recht unabhängige Gesetz. Und noch eingehender erklärte Leo XIII. es als falsche Meinung der ungläubigen Wissenschaft, ‚daß alle Gewalt vom Volk ausgehe‘; demgegenüber, sagt der Papst, ‚leiten wir Katholiken das Recht zu befehlen von Gott ab als seinen natürlichen und notwendigen

Wenn nun diese Autoritätslehre als Gegenpol zum bolschewistischen Nihilismus und zur sozialrevolutionären Anarchie dargestellt wird, so dient dies nur einer Verschleierung der wahren Meinung. Man schlägt den Bolschewismus und meint den Nationalsozialismus, den man ja bald als braunen Bolschewismus diskriminieren wird.

Um nun die Verpflichtung auf Anerkennung der durch Rom besiegelten Autorität zu begründen, verwendet man wieder die paulinische Beweisführung, nach der das bloße Vorhandensein einer sich im Besitz der Macht befindlichen „Obrigkeit“ bereits ihre göttliche Würde in sich schließt. Diese Doppelzüngigkeit durchzieht die gesamte bischöfliche Autoritätslehre. Man unterscheidet echte und unechte Autorität, wenn man Regierungssysteme, die sich der kirchlichen Bevormundung entzogen haben, verurteilen will. Man beruft sich aber auf Paulus, wenn für eine romhörige Regierung blinder Gehorsam und widerstandslose Unterwerfung gefordert werden soll. Auf die einfachste Formel gebracht, lautet diese doppelspurige Lehre: Die Katholiken Deutschlands stehen einer unechten Autorität gegenüber, die Nationalsozialisten Österreichs einer echten. Nur die letzteren stehen daher in unbedingter Gehorsamspflicht. Jeder Widerstand ist Sünde, jede Auflehnung ein satanischer Aufruhr. Welche geheimen Nutzanwendungen sich aus dieser schillernden Beweisführung ergeben, liegt auf der Hand.

Ausdrücklich werden hier Bomben und

Ursprung; das Gegenteil behaupten heißt, der politischen Gewalt ihren schönsten Glanz rauben und ihren Lebensnerv durchschneiden'. Und dann schließt der Papst mit der Bemerkung: ‚Vom sozialen modernen Recht und der Volkssouveränität und der zügellosen Freiheit ist nur noch ein Schritt zu den verderblichen Irrtümern des Kommunismus, Sozialismus und Nihilismus, diesen entsetzlichen Vorzeichen und nahezu Todesboten der bürgerlichen Gesellschaft.' Es ist, als hätte der Papst damals schon in prophetischem Blick auf den heutigen Bolschewismus hingedeutet.

Die staatliche Autorität, im tiefsten Grunde in Gott selber verankert, muß daher als Stellvertreterin Gottes anerkannt werden. Der heilige Paulus hat auch für unsere Zeit als oberste Pflicht aller gewissenhaften Untertanen erklärt: ‚Wer sich der obrigkeitlichen Gewalt widersetzt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes, und die sich dieser widersetzen, ziehen sich selbst die Verdammnis zu.' ‚In dieser Beziehung', sagt Leo XIII., ‚haben die ersten Christen das herrlichste Beispiel hinterlassen; denn obgleich sie von den heidnischen Kaisern aufs ungerechteste und grausamste gequält wurden, unterließen sie es doch niemals, sich gehorsam und untertan zu erweisen.' Darum hält auch noch heute das Kirchenrecht die Strafe des Kirchenbannes aufrecht gegen alle jene, ‚die ihren Beitritt melden zur Freimaurerei oder anderen ebensolchen Gesellschaften, die gegen die rechtmäßige Staatsgewalt insgeheim schüren'. Darum ist die Revolution auf das entschiedenste zu verurteilen, aber auch jede öffentliche Gewalttätigkeit, die durch Attentate und politische Morde die Träger der Staatsautorität und ihre rechtmäßigen Organe zu beseitigen trachtet; ein politischer Mord bleibt unter allen Umständen ein ruchloses Verbrechen, das in keiner Weise gerechtfertigt, noch viel weniger aber verherrlicht werden darf. Bomben und Granaten, Böller und Sprengstoffe sind keine erlaubten Waffen des Privatrechtes, sondern nur des Kriegsrechtes; der Herr hat erklärt: ‚Alle, die das Schwert ergreifen, werden durch das Schwert umkommen.' Die staatliche Obrigkeit hat darum das Recht, ungerechte Gewalt mit gerechter Strafgewalt, nötigenfalls auch mit Todesstrafe zu ahnden, um Leben und Granaten, Böller und Sprengstoffe als widerrechtliches Mittel der Auflehnung genannt. Die Beziehung ist klar. Als man den Nationalsozialismus durch Verbot seiner legalen Äußerungsmöglichkeiten beraubt hatte, da griff er zu Mitteln, die sein durch das Verbot unzerstörtes Dasein, seine tatsächliche Existenz den Usurpatoren der Macht recht drastisch und unmißverständlich in die Ohren hämmern sollten. In ganz Österreich „knallte" es täglich in den Abendstunden. Vollkommen harmlose Papierböller, die höchstens ein paar vaterländische Fensterscheiben in Scherben schlugen, sollten lediglich durch den „Knalleffekt" den Nachweis erbringen, daß eine aktive Opposition, die nur durch einen frechen und schamlosen Dreh aus der öffentlichen, politischen Willensbildung verdrängt werden konnte, nicht gewillt war, sich ihre Daseinsberechtigung absprechen zu lassen. Man weiß heute, daß diese Opposition über ein unerschöpfliches Reservoir von einsatzbereiten Männern verfügt hat, die jeden Befehl ohne Wimperzucken zur Ausführung gebracht hätten. Die NSDAP. besaß in ihrer Organisation und ihren Formationen ein absolut verläßliches Instrument. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, an Stelle von harmlosen Demonstrationsakten schwerste Sabotageakte auszuführen. Das nächtliche Geknalle aber sollte ja nur ein vorläufiger akustischer Ersatz für die durch cliquenegoistische Willkür vernichteten Stimmzettel sein. Wenn daher die Bischöfe von Bomben und Granaten sprechen, so könnte sich dies höchstens auf Dollfuß beziehen, der ja

Sicherheit der friedlichen Bevölkerung wirksam zu schützen.

Wenn dabei nach wiederholter, aber fruchtloser Mahnung selbst strengste Maßnahmen ergriffen werden müssen, so trägt die Schuld daran nicht die Regierung, sondern der schuldige Teil. (Also doch die Regierung! Anm. d. Verf.) Einzelne Mißgriffe, vielleicht selbst ungerechtfertigte Übergriffe einzelner Organe können dabei vorkommen, sind zu bedauern und werden sicherlich nach Feststellung des Tatbestandes abgestellt; aber ebensosehr, ja noch mehr ist zu bedauern der hartnäckig fortgesetzte Ungehorsam und der Widerstand gegen die gesetzmäßige Regierung, wodurch das öffentliche Leben einer ständigen Beunruhigung und Bedrohung ausgesetzt ist.

Wir bitten und mahnen darum alle einsichtsvollen und friedliebenden Volkskreise, besonders aber die Jugend, allen denen, die sie zum Ungehorsam und Widerstand gegen die Autorität verführen wollen, kein Gehör und keinen Glauben zu schenken, sondern zur Ruhe und Besonnenheit zurückzukehren, Leben, Sicherheit und Eigentum des Nächsten unter allen Umständen zu achten und es so der Regierung zu ermöglichen, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes, an der Neugestaltung der Gesellschaft und am Glück einer besseren Zukunft ungestört zu arbeiten. Möge der Friedensengel der heiligen Weihnachtszeit allen, die guten Willens sind, Friedensgedanken und die Segnungen des Friedens verleihen!

tatsächlich im Februar 1934 mit Kanonen Arbeiterwohnungen beschießen ließ. Wenn aber die Bischöfe den hartnäckig fortgesetzten Widerstand der Nationalsozialisten gegen ihre politische Entrechtung bedauern, dann deklarieren sie sich als politische Propagandisten des Systems. Wenn sie aber diesen Widerstand deshalb verurteilen, weil er gegen eine „gesetzmäßige Regierung" gerichtet sei, dann identifizieren sie sich mit dem ganzen Abgrund von Schlechtigkeit und Skrupellosigkeit, mit der hier von Dollfuß die „Waffen des Privatrechts" zerschlagen wurden, um mit „Kriegsrecht" die Entrechtung eines ganzen Volkes zu vollziehen. Sie machen sich auch die Wünsche des Systems zu eigen, wenn sie die „friedliebenden" Volkskreise – d. h. jene von einem nationalen Verantwortungsgefühl unberührten spärlichen Bevölkerungsschichten – auffordern, es der Dollfußregierung zu ermöglichen „ungestört" zu arbeiten.

Was sollte aber dieses „ungestörte Arbeiten" anderes sein als die Zustimmung zur Ausübung einer schrankenlosen Diktatur der Systemregierung. Wenn immer hier vom inneren Frieden gesprochen wird, so heißt das nach der tatsächlichen Lage nichts anderes als widerstandslose Unterwerfung.

Haben wir alle festes *Vertrauen* zu *unserer Regierung*, und fördern wir, ein jeder nach seinen Kräften und Verhältnissen, ihre friedlichen Absichten und Bestrebungen. Sie kann schon jetzt auf eine Reihe von *segensreichen Taten* hinweisen, die das wahre Wohl des Vaterlandes si-

Wiederum wird Mitarbeit und Unterstützung der Regierung und ihres „großzügigen Programms als Gewissenspflicht der Gläubigen" hingestellt. Als Eideshelfer dieser Verpflichtung werden die „Sympa-

chern und fördern. Die energische Unterdrückung staatsgefährlicher Bestrebungen, ausgiebige Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sittlichkeit, segensreiche Vorkehrungen zur Hebung der wirtschaftlichen Not, weise Verordnungen zum Wohle der Jugend und des Unterrichtes, die Wiederbelebung des religiösen Geistes in Schule und Erziehung, die Reorganisation des Heeres im christlichen Geiste, das Konkordat mit dem Heiligen Stuhle, die Riesenarbeit für eine neue Verfassung zum Wohle des Volkes, der wiederholt bekundete Wille, eine berufsständische Gesellschaftsordnung im christlichen Geiste zu schaffen, mit einem Worte: die Wiederverchristlichung des gesamten öffentlichen Lebens und das friedliche Zusammenwirken zwischen Staat und Kirche zum Wohle aller: Das ist das großzügige Programm, und das ist das unbestreitbare Verdienst unserer Regierung, die sich in Wahrheit als eine wahrhaft christliche erweist, und der wir daher zu innigem Danke, aber auch zu einträchtiger und opferwilliger Mitarbeit und Unterstützung im Gewissen verpflichtet sind. Es finden denn auch diese Bemühungen und Verdienste der Regierung allenthalben im In- und Ausland vollste Anerkennung und wärmste Sympathien. Österreich steht heute sozusagen im Mittelpunkt des Weltinteresses als Vorbild und Beispiel einer christlichen Staatsordnung und einer aufrichtigen Friedenspolitik; Österreich will wieder werden, was es Jahrhunderte hindurch war: ein Bollwerk des Völkerfriedens, ein Zentrum abendländischer Kultur und Grundlage des christlichen Glaubens. Wir erhoffen und erbeten darum auch eine glückliche Zukunft für unser Vaterland, aber auch für alle Staaten und Völker, die mit uns Hand in Hand gehen, unsere Grundsätze teilen, unsere Absichten fördern wollen.

thien" des Auslandes aufgerufen. Die Bischöfe irrten aber, wenn sie glauben machen wollten, daß Österreich nur als „Vorbild und Beispiel einer christlichen Staatsordnung" im „Mittelpunkt des Weltinteresses" gestanden sei. Es war ausschließlich die antideutsche Funktion der Dollfußregierung, der diese Sympathien galten, besonders dort galten, wo man unter einer „aufrichtigen Friedenspolitik" nur die Verewigung der in Versailles und St. Germain geschaffenen Ordnung Europas verstand. Nur im Sinne einer Aufrechterhaltung dieser Ordnung konnte Dollfußösterreich als ein „Bollwerk des Friedens" angesprochen werden. Trotz aller Versuche, diese einzige reale Grundlage der österreichischen Selbständigkeit im Friedensvertrag von St. Germain zu vernebeln, blieb das Bewußtsein im Volke wach, was die Sympathie einer deutschfeindlichen Umwelt zu bedeuten habe. Diese Sympathien aber als Rechtfertigung zu berufen, blieb der Instinktlosigkeit der regierenden Clique und der ihr sekundierenden Bischöfe vorbehalten.

Das gilt auch von unserem benachbarten deutschen Brudervolk. Ein unseliger Zwist hat eine künstliche Scheidewand zwischen den beiden Völkern geschaffen. Wieso es dazu gekommen ist, das zu erörtern ist hier nicht der Platz. Aber eines ist sicher: Nicht wir Österreicher haben den Zwist heraufbeschworen, der Bruderkrieg wurde uns aufge-

Was von österreichischer Seite über den Konflikt mit Deutschland gesagt wurde, das ist der Gipfelpunkt aller Verlogenheit, die von den ersten Schritten Dollfuß' bis zum letzten Schuschniggs in die Welt gesetzt wurde. Man gab sich den Anschein, als

drängt, wir haben wiederholt die Hand zum Frieden geboten, und wir werden sie bereithalten, bis sie in versöhnlichem Geiste angenommen wird. Allerdings kann wahrer Dauerfriede nur auf Grundlage des Rechtes beruhen; und wenn unsere Regierung die volle Unabhängigkeit Österreichs und die ungestörte Selbstverwaltung verlangt, so fordert sie hiermit nur Rechte, die jeder souveräne Staat fordern muß, Rechte, die sie nicht preisgeben kann, ohne sich selbst preiszugeben, die berechtigten Eigeninteressen zu verraten, die geschichtlichen und nationalen Verhältnisse zu verkennen.

Allerdings trägt dieser Zwist nicht nur einen politischen Charakter, sondern ist in seinem tiefsten Wesen im religiösen Gedankenkreis des Nationalsozialismus begründet.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die deutschen Bischöfe schon vor Jahren einmütig den Nationalsozialismus vom religiösen und kirchlichen Standpunkt aus abgelehnt und verurteilt haben. Es ist ebenso unbestreitbare Tatsache, daß sie die Verurteilung der religiösen und kirchlichen Irrtümer des Nationalsozialismus ausdrücklich aufrechterhalten haben, auch als sie nach der politischen Neuordnung in Deutschland sich der Regierung infolge amtlicher feierlicher Zusicherung eines christlichen Rechtsverhältnisses zwischen Staat und Kirche entgegenkommend zeigen konnten. Auch das Konkordat zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhle berührte nur dieses Rechtsverhältnis zwischen Staat und Kirche, war aber nicht im geringsten eine Anerkennung und Billigung der religiösen und kirchlichen Irrtümer des Nationalsozialismus. Ob und wie nun tatsächlich dieses Konkordat beobachtet und durchgeführt wird, darüber steht das Urteil dem Heiligen Apostolischen Stuhle zu. Aber alle Welt weiß, welch gespannte Verhältnisse zwischen Staat und Kirche im Deutschen Reich herrschen und zu welchen ernsten Besorgnissen sie berechtigen. Hat doch auch der Heilige Vater selber erst am 27. Oktober l. J. in seiner Ansprache an den reichsdeutschen katholischen Jungmännerverband von „einer sehr schwierigen Stunde für Deutschland“ und von „seiner großen Sorge für die deutsche Jugend, ja von seiner Angst um die Religion in Deutschland“ gesprochen. Es darf daher nicht wundernehmen, wenn

hätte es in Österreich überhaupt nie eine Anschlußfrage gegeben, als wäre nicht das Aufgehen Österreichs in einem Großdeutschland eine selbstverständliche Forderung aller Parteien von rechts bis links gewesen. Waren doch im österreichisch-deutschen Volksbund, der für den Anschlußgedanken eintrat, bis 1933 fast die meisten christlichsozialen Parteimänner vertreten, war sogar Prälat Seipel Ehrenvorsitzender. Die Anschlußfrage stand in Österreich bis 1933 überhaupt nicht zur Debatte. Ihre bedingungslose Bejahung war selbstverständliche Voraussetzung jeder Staatspolitik. In diesem Sinne waren auch die engen Bindungen der österreichischen Nationalsozialisten zur NSDAP. des Reiches, ihre bedingungslose Unterstellung unter die Führung Adolf Hitlers eine bekannte und von niemandem bekrittelte Tatsache. Es war die Regierung Dollfuß, die eine völlige Umkehrung der österreichischen Staatspolitik vollzogen hatte, nach der dann plötzlich die Anschlußforderung als Hochverrat gewertet und die bestehenden Bindungen als reichsdeutsche Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse hingestellt werden konnten. Es war die Regierung, die plötzlich die staatliche Souveränität Österreichs peinlichst gewahrt wissen wollte, um sich und die Positionen des politischen Katholizismus in Österreich vor dem organischen Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung zu retten. Dies wird aber nun in diesem Hirtenschreiben der Bischöfe selbst in entlarvender Deutlichkeit ausgesprochen, wenn der unrechtmäßigen Regierung Rechte zugesprochen

auch uns Katholiken Österreichs eine ähnliche berechtigte Sorge um die Religion erfüllt, falls der Nationalsozialismus bei uns zur Herrschaft käme; und die *christliche Regierung Österreichs* wahrt in ihrem Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus nicht nur ihre berechtigten politischen Rechte und Interessen, sondern errichtet gleichzeitig einen mächtigen *Schutzdamm* gegen das weitere Eindringen dieser religiösen Irrtümer.

werden, „die sie nicht preisgeben kann, ohne sich selbst preiszugeben, die berechtigten Eigeninteressen zu verraten".

Auch Wir österreichischen Bischöfe haben bereits in unserem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 7. Februar 1932 vor dem Nationalsozialismus gewarnt. Inzwischen wurde wiederholt von einzelnen Bischöfen gegen seine religiösen Irrtümer Stellung genommen, und angesichts der immer stärker hervortretenden religiösen Gefahren erachten Wir es als unsere oberhirtliche Gewissenspflicht, kurz und zusammenfassend auf diese Grundirrtümer hinzuweisen.

Nachdem nun *politisch* für die Systemregierung Stellung genommen worden war, wird dies mit *religiösen* Motiven begründet. Dies ist ein typischer Kreislauf. Diese Verschachtelung der einzelnen Beweggründe ineinander dient der Verschleierung der tatsächlichen Position. So zeiht man den Nationalsozialismus religiöser und kirchlicher Irrtümer. Die Ablehnung dieser Irrtümer ist natürlich nichts anderes als eine „berechtigte Sorge um die Religion". Diese Ablehnung der religiösen Irrtümer wird dann zu einer totalen Ablehnung des Nationalsozialismus als politische Bewegung, die von den österreichischen Bischöfen auch den deutschen Katholiken als verbindlich hingestellt wird. Auf österreichischem Boden wird diese theologische Ablehnung sofort in eine politische Abwehr umgemünzt, ja man spricht unverblümt von einem „Abwehrkampf" gegen den Nationalsozialismus, den zu führen die illegitime Regierung ermächtigt ist. So vollzieht sich der Sprung von der lehramtlichen Apologetik mitten in den blutigen politischen Kampf. Es geht dann gar nicht mehr um eine geistige Auseinandersetzung mit

den „Irrtümern", sondern bereits um die tatkräftige Organisierung eines politischen Widerstandes. Dieses Janusgesicht – hie Religion, hie Politik – schaut uns auch aus den lehramtlichen Grundwahrheiten an, die nun der nationalsozialistischen Lehre entgegengehalten werden. Sie nehmen im wesentlichen die schon im Hirtenbrief des Linzer Bischofs vertretenen Thesen auf. Damit beweist aber das Episkopat, daß es die starke Reaktion, die nach der bischöflichen Verbannung des Nationalsozialismus im Volke offenkundig wurde, nicht weiter zu berücksichtigen gedachte. Es vertraute den Bajonetten der Regierung mehr als dem Rückhalt in den Seelen der Gläubigen. Geist der Gegenreformation!

Wir stellen der Lehre des Nationalsozialismus vier Grundwahrheiten gegenüber:

Erste Grundwahrheit: Die Menschheit ist eine einheitliche Familie, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Liebe. Darum verurteilen Wir den nationalsozialistischen Rassenwahn, der zum Rassenhaß und zu Völkerkonflikten führt, ja führen muß; desgleichen verurteilen Wir das unchristliche Sterilisationsgesetz, das mit dem Naturrecht und dem katholischen Christentum in unversöhnlichem Widerspruch steht.

Zweite Grundwahrheit: Der wahre christliche Nationalsozialismus ist von Gott gewollt und wird von der Kirche gebilligt; denn die Liebe zum eigenen Volke und die Anhänglichkeit zum Vaterland sind in der menschlichen Natur begründet. Darum predigen Wir die Tugend des christlichen Patriotismus, verurteilen den Verrat am Vaterland und verurteilen den radikalen Rassenantisemitismus.

Dritte Grundwahrheit: *Nation und Staat* sind *verschieden*, und der *Staat* ist *über der Nation*. Darum verurteilen Wir das extreme Nationalitätenprinzip, verteidigen die geschichtlichen

Hier werden die Grundwahrheiten des Linzer Bischofs kürzer, aber auch doppelsinniger und verschwommener vorgetragen. Dr. Gföllner begründete die erste These noch drastischer mit der gemeinsamen Abstammung des ganzen Menschengeschlechtes von Adam und Eva. Daher sei jedes rassische Denken nur *Rassenwahn*. Hier braucht man nur an Kopernikus, Galilei und das heliozentrische Sonnensystem zu denken – und schweigt. Wahrhaft doppelsinnig und daher hinterhältig ist die Vermischung, das unklare Nebeneinander von Volk und Vaterland in der These vom „christlichen Nationalismus". Gerade hier war ja das österreichische Problem vor seine entscheidende Alternative gestellt. Hier traten ja die „Liebe zum eigenen Volke" und die „An-

Rechte unseres Vaterlandes und begrüßen die Pflege des österreichischen Gedankens.

Vierte Grundwahrheit: Über allem Nationalismus steht die Religion, die nicht national, sondern übernational ist. Die Religion vermag jede Nation zu veredeln. Sie gereicht darum jedem Volke zum Segen. Sie ist Ursprung und Förderung wahrer Kultur in jedem Volke. Aber sie ist nicht auf einzelne Völker beschränkt, sondern berufen, allen Völkern die Heilsbotschaft zu bringen und zugleich irdische Wohlfahrt vermitteln zu helfen. Darum verurteilen Wir alle Ideen und Bestrebungen, die folgerichtig zu einer Nationalkirche und letzten Endes zum offenen Bruch mit der katholischen Kirche führen müssen.

Wir bitten und mahnen alle Katholiken, diese Unsere bestgemeinten Mahnungen nicht in den Wind zu schlagen, sondern zu beherzigen. Wir wissen sehr wohl, daß nicht alle Anhänger des Nationalsozialismus seine religiösen Irrtümer teilen; aber Wir sehen tiefer und blicken weiter und befürchten mit Recht, daß die Logik der Ideen und Tatsachen sowie äußere Machteinflüsse schließlich doch zu jenem Endergebnis führen müßten, das alle überzeugten Katholiken mit Uns Bischöfen ablehnen müßten.

hänglichkeit zum Vaterland" als klare Gegenkräfte auf. Auch ein christlicher Nationalismus unterscheidet sich vom christlichen Patriotismus wie Feuer und Wasser. Wo aber das Episkopat stand und was es meinte, das kommt unmißverständlich darin zum Ausdruck, daß wohl die Liebe zum Volke noch gebilligt, verurteilt aber nur mehr der Verrat am Vaterlande wird. Daß aber in diesem Zusammenhang die Vaterlandstreue Verrat war, das verschwindet unauffällig zwischen den Zeilen. Dieser ganze „christliche Nationalismus" wird aber auch sofort aufgehoben durch die dritte These, daß der Staat höheren Ranges sei als die Nation. Das hätte sich bei Gott einfacher sagen lassen. Hier müssen wir auf die unverblümteren Worte des Linzer Bischofs zurückgreifen, um den eigentlichen Gehalt der Begriffe: geschichtliche Rechte des Vaterlandes und Pflege des österreichischen Gedankens in ihrer ganzen politischen Tragweite zu erkennen (siehe S. 110). Die Überordnung der Religion über „allem Nationalismus" (wahrscheinlich auch über Vaterländer, die sich nicht im gleichen Maße der Kirche verschreiben wie Kleinösterreich) erhält ihre Sinngebung von der durchgängigen Verschränkung von Religion und Politik.

Wenn Wir nun diesem Hirtenschreiben offen und unzweideutig die Grundideen und Bestrebungen Unserer Regierung gebilligt haben, so darf Uns daraus nicht etwa der gänzlich unberechtigte Vorwurf einer parteipolitischen Stellungnahme der Kirche gemacht werden. Wir stehen voll und ganz auf dem

Nach dieser reichlich politischen Lehrtätigkeit wird nun eine Einschränkung vorgenommen, die aber im gleichen Atem das bestätigt, was sie ausschließen soll. Die Bischöfe verwahren sich nicht etwa dagegen,

Boden jener Grundsätze, die Leo XIII. in seinem Rundschreiben vom 10. Jänner 1890 in die Worte gekleidet hat: ‚Der Kirche widerstrebt es in hohem Grade, an Parteibestrebungen teilzunehmen oder ihre Rechtsstellung und ihren Beruf den Strömungen einer veränderlichen Politik unterzuordnen ..., es hieße die Religion maßlos mißbrauchen, wollte man die Kirchen in eine Parteistellung ziehen oder ihre Unterstützung zur Überwindung der Gegner mißbrauchen. Vielmehr muß die Religion allen heilig und unverletzlich sein; ja man muß auch in staatlichen Angelegenheiten, die vom Sittengesetz und von der Religion nicht getrennt werden können, beständig und vorzugsweise das im Auge behalten, was den Interessen des Christentums förderlich ist.‘ Den Katholiken, die bisher nach diesen Grundsätzen gehandelt haben, ist Kirche und Vaterland zu stetem Dank verpflichtet. Und wenn Wir Bischöfe auch für alle Zukunft von jedem Katholiken fordern müssen, daß er in seiner gesamten politischen Tätigkeit nach seinem Gewissen für die Rechte der Religion und Kirche einträte, dann ist dies seitens der Kirche nicht Parteipolitik, sondern nur Erfüllung des ihr gewordenen göttlichen Auftrages. Daß Wir Bischöfe übrigens über jeden Verdacht einer bloßen parteipolitischen Stellungnahme weit erhaben sind, haben Wir erst kürzlich durch die Tat bewiesen, nämlich durch den gemeinsamen Beschluß der Bischofskonferenz, demzufolge Wir alle Priester aus der Betätigung in parteipolitischen Körperschaften zurückgezogen haben. Der Beschluß betrifft keineswegs die Personen dieser Priester, die in treuer Pflichterfüllung die Interessen der Kirche in dieser ihrer Stellung vertreten haben, denen Wir dafür danken; der Beschluß bedeutet noch viel weniger einen grundsätzlichen Verzicht der Kirche auf das Recht, durch ihre Priester den ihr zustehenden Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens nach den Grundsätzen des Christentums auszuüben – im Gegenteil. Wir hoffen und verlangen, daß in der geplanten Verfassungsreform auch der Kirche das gebührende Recht in der Einflußnahme zuerkannt und gewahrt werde; deshalb haben Wir auch den Beschluß nur ‚vorübergehend‘ erlassen, nämlich in Rücksicht auf die gegenwärtigen, besonders heiklen politischen Verhältnisse. Der bisherige parteipolitische politisiert zu haben, sondern – und darin liegt eine besondere Feinheit – eine „parteipolitische Stellungnahme der Kirche“ vertreten zu haben. Wenn sie, nach den eigenen Worten, „offen und unzweideutig die Grundideen und Bestrebungen“ der Dollfußregierung gebilligt haben, so schloß ja das von vornherein eine „parteipolitische“ Stellungnahme aus, denn es war doch eine „Grundidee“ dieser Regierung, den Parteienstaat überwunden zu haben. Wir wissen heute, daß Dollfuß am Beginn seiner Diktatur auch dem Widerstand von vorwiegend parteigebundenen Christlichsozialen begegnete. Seine „Vaterländische Front“ sollte ja an Stelle der Parteien, und damit einschließlich der Christlichsozialen, eine überparteiliche Staatsbewegung darstellen. Daß sich in ihren Reihen wieder nur die alten Christlichsozialen einfanden, beweist nichts gegen seinen ursprünglichen Willen, höchstens das Mißlingen dieses Planes. Wenn sich daher die Bischöfe gegen eine „parteipolitische Stellungnahme“ verwahren, so war dies nur Wasser auf Dollfuß' Mühle. Um so klarer kommt damit die Identifizierung mit seinen Bestrebungen zum Ausdruck. Wenn diese Haltung noch ausdrücklich mit jenem Beschluß der Bischofskonferenz motiviert wird, nach dem alle Priester aus der Parteipolitik herausgenommen wurden, so drängt sich hier der Gedanke auf, ob nicht überhaupt diese Maßnahme nur als eine Unterstützung der Regierung gegen widerstrebende Parteipolitiker aus dem eigenen katholischen Lager aufzufassen wäre.

Standpunkt soll nach den wiederholten Erklärungen der Regierung mehr dem einheitlichen vaterländischen Gedanken Raum lassen; einer geplanten Weiterentwicklung in dieser Richtung will die Kirche in keiner Weise hinderlich sein oder auch nur den Anschein erwecken, als bevorzuge sie irgendeinen parteipolitischen Standpunkt. Eben deshalb hat sie ihre Priester zurückgezogen, behält sich aber vor, nach endgültiger Neugestaltung der staatlichen Ordnung diese ihre Priester wieder zur Verfügung zu stellen, wenn und wie es ihr nach ihrem Urteil gut erscheint.

Auch das amtliche Organ des Apostolischen Stuhles würdigt und billigt diese Unsere Verfügung mit den Worten: ‚Die österreichischen Bischöfe sehen in der gegenwärtigen katholischen Regierung die sicherste Garantie für die religiösen Interessen, und deshalb fallen die Gründe weg, weshalb Geistliche politische Mandate und Stellen annahmen. Gerade jetzt ist es angezeigt, daß der Klerus von parteipolitischen Sorgen befreit wird. Durch diese Entscheidung wird das schöne und volle Vertrauen des Episkopates zur katholischen Regierung kundgetan, die stets im Klerus und unter den Katholiken Österreichs eine hervorragende Stütze finden wird.‘ (Osservatore Romano, 12. Dezember 1933.)

Ausdrücklich wird festgestellt, daß dieser Beschluß keinen Verzicht der Kirche auf politische Betätigung bedeute. Die Kirche will nur der Regierung in der Überwindung des parteipolitischen Standpunktes und in der Weiterentwicklung zum einheitlichen vaterländischen Gedanken „nicht hinderlich" sein. Sie hat also erkannt, daß die Regierung den Weg vom parteipolitischen Katholizismus zum politischen Katholizismus schlechthin beschritten habe. Darum behält sie sich auch ausdrücklich vor, nach Vollendung der angekündigten Verfassungsreform ihre Priester wieder zur Verfügung zu stellen. Sie beruft sich dabei auf das an anderer Stelle bereits zitierte Urteil des Osservatore Romano, wodurch unsere Annahme nur an Wahrscheinlichkeit gewinnt, daß dieser ganze Akt eine Unterstützung der Regierung und ein Fallenlassen der christlich-sozialen Parteipolitiker, soweit sie nicht von vornherein bereit waren, den vaterländischen Kurs als den ihren zu betrachten, darstelle. Damit aber ist erst recht die enge Bindung zur Regierungsdiktatur hergestellt. An Stelle eines parteipolitischen Katholizismus ist nur der totalpolitische Katholizismus getreten.

Wenn Wir nun auch den Vorwurf einer parteipolitischen Einstellung abweisen, so bekennen Wir Uns dennoch in aller Offenheit zu jenem grundsätzlichen Verhältnis zwischen Staat und Kirche, das nach den wiederholten Erklärungen der Päpste ein Verhältnis inniger Verbundenheit und einträchtigen Zusammenwirkens sein soll. In seinem Rundschreiben vom 1. November 1885 sagt Leo XIII.: ‚Allen sollte als unverrückbares Gesetz gelten, was Ivo von

So wird auch gleich der Ablehnung eines Vorwurfs parteipolitischer Einstellung das offene Bekenntnis zu einem „grundsätzlichen Verhältnis zwischen Kirche und Staat" abgegeben. Dieses „grundsätzliche Verhältnis" aber sollte von Dollfuß beispielgebend verwirklicht werden. Die Kirche

Chartres einmal an Papst Paschalis II. schrieb: ‚Wenn Staat und Kirche einträchtig sind, wird die Welt gut regiert, blüht die Kirche und bringt Früchte. Wenn sie aber zwiespältig geworden, dann wächst das Kleine nicht nur nicht, sondern auch das Große geht jammervoll zugrunde.' (238. Sendschreiben.) Und ähnlich heißt es im Rundschreiben vom 20. Juni 1888: ‚Es ist sonnenklar, daß Staat und Kirche, wenngleich in ihrer Aufgabe verschieden und nicht gleicher Würde, doch einträchtig zusammenwirken und wechselseitig sich Dienste leisten sollen.' In diesem Sinne und Geiste begrüßen Wir Bischöfe von Herzen und mit dankbarer Anerkennung den ausgesprochen christlichen Kurs, den Unsere Regierung einschlägt und verfolgt, und leihen ihr gerne Unsere moralische Hilfe und Unterstützung ihrer christlichen Bestrebungen. Ja, Wir bitten geradezu alle unsere Gläubigen, der Arbeit der Regierung nicht nur keinen offenen oder geheimen Widerstand entgegenzusetzen, sondern sie vertrauensvoll und wirksam zu unterstützen zum beiderseitigen Wohle von Staat und Kirche.

Wenn je die Einheit nötig war, so ist sie in den gegenwärtigen entscheidungsvollen Stunden nötiger denn je.

Viribus unitis – mit vereinten Kräften, diesen Wahlspruch einer früheren Zeit machen Wir auch zum Wahlspruch der Gegenwart, die uns alle in eine friedliche, glückliche Zukunft führen möge.

Im übrigen wollen wir alle zusammen eifrig beten, auf daß Gottes Vorsehung auf die Fürbitte der Königin des Friedens und der heiligen Schutzpatrone Österreichs das Schicksal unseres heißgeliebten Vaterlandes einer baldigen, endgültigen und friedlichen Lösung zuführe. Das Gebet ist und bleibt die Hauptmacht auch im öffentlichen Leben. Besonders mögen Priester und Ordenspersonen, Kinder und Kranke das Herz Jesu in ihren Gebeten bestürmen, damit es seine milde Herrschaft auf unser gesamtes Vaterland ausdehne. Möge dieser Unser Hirtenbrief den heiligen Frieden der seligen Weihnachtszeit allen denen künden, die guten Willens sind!"

Mit dem bischöflichen Segen schließt dieses Schreiben, das unter dem Datum vom 21. Dezember 1933 erlassen wurde und von sämtlichen österreichischen Bischöfen namentlich unterzeichnet war. begrüßte nicht nur den „christlichen Kurs der neuen Regierung", sie lieh nicht nur ihre moralische Unterstützung, sie warb nicht bloß für eine restlose Billigung von seiten der Gläubigen, sondern sie verschrieb sich gleichsam mit Haut und Haaren dem Experiment eines österreichischen Separatismus und damit dem Schicksal einer kurzlebigen Diktatur. Sie übernahm mit dieser politischen Bindung auch die Verantwortung für die Methoden der Machtergreifung wie Gewaltausübung. Sie schloß mit dieser Regierung ein Konkordat, das in dem Ausmaß einer Gewährung kirchlicher Mitbestimmung und Einflußnahme wohl einmalig war – sie stand Pate als Initiatorin und Betreuerin an der Geburt eines Kirchenstaates Österreich.

Wie weit dieser Plan zielte, kommt nochmals im Schluß des Hirtenbriefes recht deutlich zur Geltung. Die Aufforderung zur Unterstützung der Regierung Dollfuß erfolgt unter dem Wahlspruch der habsburgischen Monarchie „Viribus unitis". Unter diesem Wahlspruch einer „früheren Zeit" wird „Gegenwart" und „Zukunft" gesehen. So wird das kleine Dollfuß-Vaterland zur Folie eines katholischen Gegenreiches, wofür alle religiösen Mittel des Gebetes mobilisiert werden. Gebet und Segen begleiten Kleinösterreich bis zu seinem für die Verantwortlichen seines Bestehens so vernichtenden, die wahren Träger seines Volksschicksals so erhebenden und befreienden Untergang.



Kardinal Innitzer in einer Versammlung der jüdischen Harrandbewegung

Einer der dauernden Werte der Leidenszeit der Deutschen in der Ostmark liegt im Dokumentarischen dieser Zeit. Die politische Existenz eines selbständigen Österreichs bleibt im Gesamtverlauf des deutschen Schicksals Episode. Die Möglichkeit und die Voraussetzungen dieser Existenz werden immer ein unerschöpflicher Schatz an Beispielen für die politische Orientierung des deutschen Volkes bleiben. Mit einem Hube ist dieser fast grundlose Born nicht auszuschöpfen. Die Zeugnisse sind so reichhaltig, daß die Auswahl des Drastischen eine wahre Not ist.

Im ganzen dramatischen Ablauf der fünf Jahre Systemzeit in Österreich ließen sich eine heute noch unübersehbare Fülle von Dokumenten beibringen, die den hier dargestellten Zusammenhängen noch weiter und überzeugender auf den Grund gingen. Es muß in diesem Umfang aber genügen, den ursächlichen Zusammenhang von österreichischem Separatismus und politischem Katholizismus nachgewiesen zu haben. Das Entscheidende liegt in der Verantwortlichkeit, die von Rom für die gesamte Politik der kleinösterreichischen Diktatur übernommen wurde. Die vatikanische und bischöfliche Assistenz blieb bis zum letzten Atemzug des österreichischen Regimes bestehen.

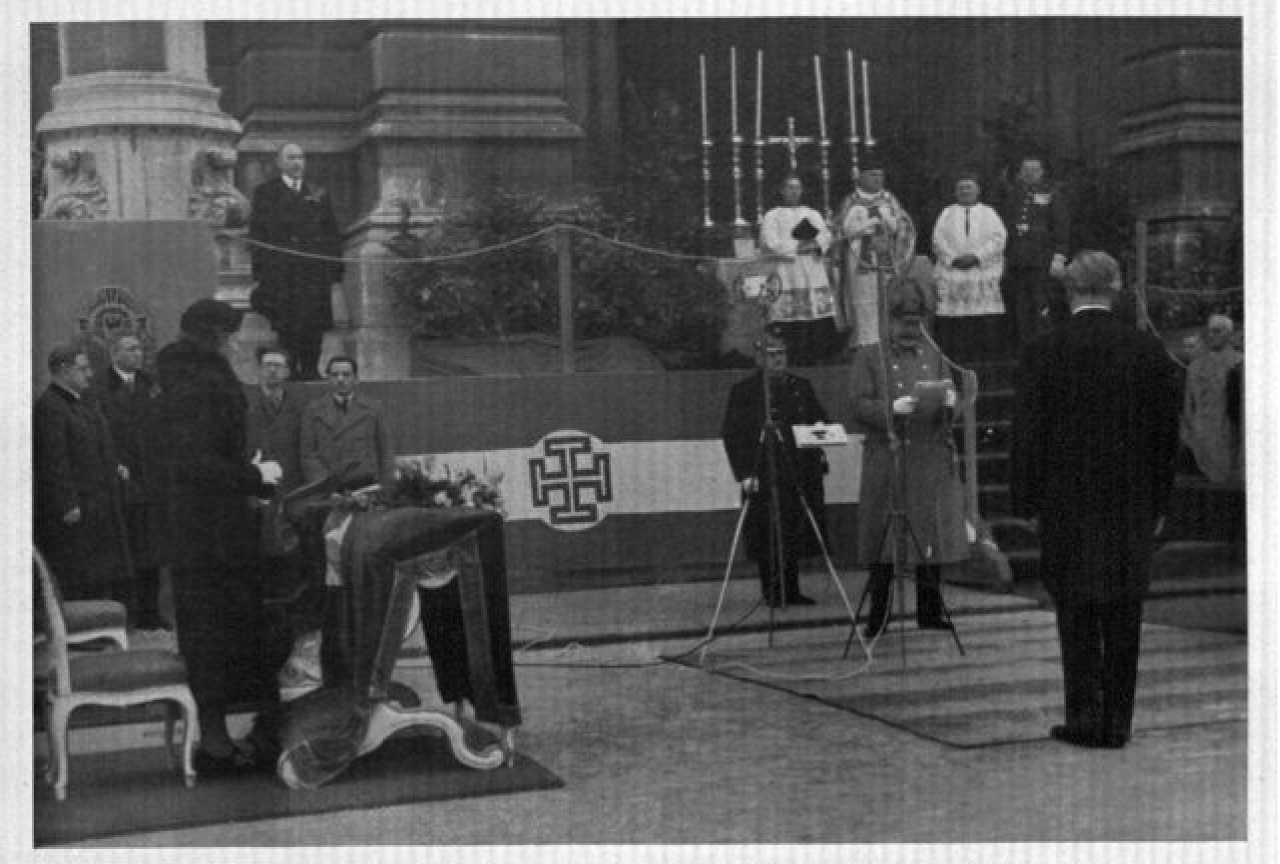
Um dieses Bild zu runden, muß noch eine wahrhaft tragikomische Tatsache erwähnt werden. Vor uns liegt ein Heft – das letzte – der „integral" österreichischen und

katholischen Wochenschrift „Der Christliche Ständestaat". Da sie immer um zwei Tage vordatiert war, trägt somit diese Nummer das historische Datum: 13. März 1938. Es wird darin für den schmählichen Verzweiflungsakt und Wahlbetrug Herrn Schuschniggs aufgerufen. Wir finden darunter auch folgenden Beitrag: „Schicksalsgemeinschaft Österreich". Zeitgemäße Gedanken von Dr. Sigismund Waitz, Fürsterzbischof von Salzburg. Unter dem Datum, an dem Adolf Hitler bereits jubelnd in seiner Heimat empfangen wurde, stehen u. a. folgende „zeitgemäße Gedanken" zu lesen.

„Als im Jahre 1933 die Jahrhundertfeier der Befreiung Wiens von der Belagerung durch die Türken gefeiert wurde, tauchte immer wieder die Frage auf: Was wäre aus Österreich geworden im Falle der Niederlage?... Man urteilte allenthalben, der Untergang Wiens und der Untergang Österreichs hätte das ganze christliche Abendland mit ins Verderben gezogen. In Österreich wurde damals das Schicksal ganz Europas entschieden. Deshalb wagen wir es nun zu sagen: Auch jetzt wird wiederum das Schicksal Österreichs entschieden, aber auch jetzt wieder auf dem Boden Österreichs das Schicksal Europas... Österreich teilt in seiner Geschichte die Schicksale der katholischen Kirche, weil es seinem ganzen Wesen nach bestimmt ist, ein christlicher Staat zu sein und in dieser Eigenschaft gewertet und behandelt wurde und immerfort behandelt wird. Die geheimen feindlichen Mächte, welche gegen die katholische Kirche anstürmen, stürmten auch immer wiederum gegen Österreich an, und öfters war es so, daß man fürchten mußte, sein Ende sei gekommen... Und was ist Wien in diesem Weltgeschehen? Wien wird nur von einer einzigen Stadt der Welt in seiner Bedeutung und in seinem Schicksal überragt, das ist Rom als Mittelpunkt der katholischen Kirche. Sonst gibt es gar keine Stadt der Welt, die einen Vergleich mit Wien aushalten würde... Alles das findet ein richtiges Verständnis nur in katholischer Schau, in einer gewissen Pragmatik der Geschichte... Möge Gottes Gnade über Wien und Österreich auch fernerhin walten, und sie wird darüber walten, je enger und fester es verbunden mit seiner Geschichte, seiner Tradition, seinem Berufe, seiner hohen Aufgabe, verbunden bleibt mit der Quelle seines Ruhmes und seiner Macht, verbunden bleibt mit dem, dem die Herrschaft der Welt übergeben worden ist, mit Christus!"

Der Anachronismus dieses Dokuments ist so erschütternd, daß jeder Kommentar sich selbst erübrigt. Bezeichnend ist wieder das nur halb Ausgesprochene, das Schwelgen in vieldeutigen Begriffen, die gleichsam eine Anpassung an allfällige politische Überraschungen vorwegnehmen sollen. Trotzdem bleibt die ganze Tendenz dieser Ideologie recht unmißverständlich. Auf abgelegenerem Gelände aber finden wir die konsequente Interpretation.

Die „Neue Zürcher Zeitung" veröffentlichte am 21. Juli 1935 einen Artikel „Katholische Kirche und Nationalsozialismus". Als Verfasser nennt die redaktionelle Vorbemerkung einen „schon in der Vorkriegszeit bekannten deutschen katholischen Politiker,



Eine Fahnenweihe vor dem Wiener Rathaus am 4. Oktober 1936. Erzherzog Eugen vor dem Mikrophon. Links vor dem Betschemel Erzherzogin Adelheid, die Schwester des Thronprätendenten Otto

der heute als unabhängiger Beobachter mit den führenden Kreisen des katholischen und nationalsozialistischen Lagers Fühlung hat". Dieser obskure Anonymus schrieb u. a. folgendes:

„Der deutsche Katholizismus war unausgesprochen immer ein Sorgenkind der Päpste. Heute sieht sich der Vatikan vor die Zukunftsfrage gestellt, ob tatsächlich mit einer germanischen Kulturführung Europas zu rechnen und innerhalb dieser dem Katholizismus die gleiche Position möglich sei, wie er sie im romanischen Europa besaß und besitzt, ob etwa das Erwachen des Germanentums nie etwas anderes als die Antithese zum Katholizismus bedeute und dieser schicksalverbunden ist mit dem Sieg des Romanentums über die nationalsozialistische Irrlehre von Blut und Boden.

Fast scheint es so, daß die Fronten sich in diesem Sinne versteifen. Der entgegenkommende Schritt des Vatikans in Polen, die Frankreichreise des deutschfreundlichen Pacelli und sein Anathem von Lourdes, die Bindung der vatikanischen Politik an den Duce, kurz eine sichtbare Ballung des Katholizismus in der Verschweißung romanischer und slawischer Interessen zum Ring um das neuheidnische Germanentum Mitteleuropas,

deuten auf Sturm. Und alle diese Fäden laufen zusammen im alten katholischen Wien, der letzten Bastion des Katholizismus in diesem mitteleuropäischen Germanentum... Die deutschen Altstämme, die Bajuwaren von München bis Wien, die Schwaben und Franken bis zur Rhein-Main-Donau-Linie unter der traditionellen Dynastie der Habsburger wieder zu einigen, nicht das alte internationale Österreich wieder zu erwecken, sondern ein deutsches Großösterreich mit der Expansionstendenz gegen Westen, auf diesem Wege die Position des Katholizismus in einem sich wie immer sich entwickelnden Germanentum des Kontinents sicherzustellen, das dürfte dem Vatikan der Weg sein, auf dem am wenigsten die Notwendigkeit religiös politischer Kompromisse zur Korrektur seiner romanischen Einseitigkeit zwingt.

Denn stärkere Germanisierung des Katholizismus wäre auf die Dauer die Vorbedingung des Brückenbaues zum Dritten Reich. Romanisierung des Germanentums auf die Dauer die Folge einer Verdrängung des Dritten Reiches durch ein vom Romanentum selbst geschaffenes Katholisch-deutsches Kaiserreich."

Hier schließt sich der Ring. Die Anonymität und Unmaßgeblichkeit des Autors dieses europäischen Konzeptes hindert uns nicht daran, seine durch nichts zu überbietende Offenherzigkeit zur Richtschnur bei der Deutung der mehr verklausulierten offiziellen Programmatik der österreichischen Bischöfe und der ihnen ergebenen Regierung zu nehmen.

Das süddeutsche katholische Gegenreich in die Welt zu setzen, war der letzte Sinn der vom Vatikan sanktionierten Österreichpolitik, die ja europäische Politik war und am wenigsten von den vergänglichen Größen des Systems initiativ geführt wurde.

Roma locuta-causa finita.

Heimwehr

Unter den verantwortlichen Kräften, die die volle Mitschuld am österreichischen Staatsexperiment tragen, steht in den vordersten Reihen auch die Heimwehrbewegung, vielmehr das, was sich in der entscheidenden Stunde noch als Heimwehr bezeichnete, und jene Männer, die in diesen Tagen noch die Führung in der Hand hatten. Es ist heute noch nicht an der Zeit, eine ausführliche Geschichte jener vielfältigen Erscheinungen zu schreiben, die unter dem Namen Heimwehrbewegung in Österreich wirksam gewesen sind. Zum Verständnis der Entwicklung Systemösterreichs ist es jedoch notwendig, darüber Klarheit zu verschaffen, woraus sich der Einfluß dieser Bewegung herleitet, worauf sich die Stellung jener Männer, die im Jahr 1933 das Bündnis mit Dollfuß eingingen, gründete, welche Substanz im Volke unter diesem Namen begriffen werden muß.

Die Anfänge einer Heimwehrbewegung reichen unmittelbar in die Nachkriegsjahre zurück und bilden in Österreich zu dieser Zeit eine Parallelerscheinung zu den verschiedenen Freischarbünden im Reiche. Sie hatten sich unmittelbar aus der Bevölkerung heraus gebildet, um der drohenden Bolschewisierung einen Riegel vorzuschieben. Im Chaos der Umsturzjahre entstanden so in Österreich, hauptsächlich in den Alpenländern, freiwillige Selbstschutzformationen, die sich vorwiegend aus der Frontkämpferformation rekrutierten. Das Beispiel der kommunistischen Räteregierungen in Bayern und Ungarn bestärkten diese Kräfte des Widerstandes. Dazu trat noch der Kampf um die bedrohten Volkstumsgrenzen im Süden. Die Entstehung dieser Selbstschutzverbände war spontan und daher nicht das Werk einer einheitlichen Organisation, die diese Bestrebungen, wie sie in den einzelnen Ländern emporgewachsen waren, zusammengefaßt und einheitlich ausgerichtet hätte. Wir sehen diese Formationen in den heldenhaften Kärntner Freiheitskämpfen, woran sich Abteilungen auch aus Steiermark und Tirol beteiligten, während in den Ländern Oberösterreich und Niederösterreich sich ein enger Kontakt mit den bayrischen Abwehrkräften gegen den Kommunismus herstellte. Ihr Schwergewicht lag fast ausschließlich im militärischen Abwehrwillen, während im Anfang eine innerpolitische Zielsetzung noch fehlte, so daß die Führung in den einzelnen Ländern meistens durchaus



Juliputsch 1927. Barrikaden vor dem Justizpalast

von parteimäßig gebundenen Männern innegehabt wurde. Als erster vermochte sich der christlichsoziale Bundesrat Dr. Steidle annähernd die Geltung einer zentralen Führung anzueignen. Gleichzeitig splitterte sich in den steirischen Heimwehren eine auch innerpolitisch aktivistische Gruppe unter der Führung Dr. Pfriemers ab, die ausgesprochen gegenparteilich und national-revolutionär eingestellt war. Nach langen gegenseitigen Befehdungen der einzelnen Gruppen kam es schließlich zu einer Kompromißlösung in der Führerschaft, und es entstand eine Bundesführung Steidle–Pfriemer. Aber auch im Rahmen dieser Führung ging der Kampf der weltanschaulichen Gegensätze weiter, freilich nach außen hin nicht mehr so sichtbar, so daß immerhin im Volke das Bild einer geschlossenen Bewegung entstehen konnte. Die fortdauernden Führungsrivalitäten, die Verteilung der einzelnen Machtpositionen waren aber weniger bedeutungsvoll als die volkspolitische Wirkung, die von dieser Bewegung ausgelöst wurde. Die Heimwehren wurden allmählich das Sammelbecken aller aktivistischen Kräfte in den Ländern; es floß in ihre Formationen vor allem die nationale Jugend, die sich besonders stark von den antiparlamentarischen Parolen und der Bejahung kämpferisch militanten Geistes genau so angesprochen wie von dem Parteienhader und aller auch in Österreich offenbar werdenden Korruption jedes Parteienstaates abgestoßen fühlte. Die werbende Kraft dieser innerpolitischen Parole wurde dadurch verstärkt, daß sich alles außenpolitische Denken notwendig im Anschlußgedanken erschöpfen mußte. Wie stark dieses nationale Denken im Volke der Ostmark verwurzelt war, hatte sich im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht in den Jahren 1918 bis 1921 voll bewiesen, aber auch an dem kategorischen Widerstand der Siegermächte gebrochen und erschöpft. Mit einer ungeheuren nationalpolitischen Kräfteanstrengung hatte dort Österreich versucht, sein Schicksal unwiderruflich an das deutsche zu ketten. Daß ihm dies nicht gelungen war, war am allerwenigsten seine Schuld. Die staatliche Selbständigkeit mußte hingenommen werden, und die Wege zum Anschluß schienen fürs erste auf längere Zeit verschüttet. Das selbständige staatliche

Dasein wurde als eine durch Diktatur aufgezwungene Form empfunden, gleichzeitig war es aber auch klar geworden, daß dieses Diktat nur ein Glied im System der Friedensverträge überhaupt darstellte, das nicht isoliert durchbrochen, sondern nur mit dem System als Ganzem liquidiert werden konnte. Damit wurde die Anschlußforderung ein Fernziel, das durch eine rein österreichische Anstrengung gar nicht erreichbar war, sondern nur im Zuge einer Gesamterhebung der deutschen Nation Wirklichkeit werden konnte. Aus dieser Situation ist es erklärbar, daß ein innerpolitischer Aktivismus als einzig mögliche Form politischen Handelns empfunden wurde. Nationalpolitik im Sinn der Anschlußforderung konnte über rhetorische Willensbekundungen nicht hinausgehen. Mit einem Kampf gegen den Parteienstaat war daher die einzig mögliche revolutionäre Haltung gegeben. In solchem Zusammenhang müssen die Dinge gesehen werden, will man sich die ungeheure Anziehungskraft der Heimwehrbewegung erklären. Dazu kam das Vorhandensein eines großen innerpolitischen Gegners in Gestalt der Sozialdemokratie, die nicht wie im Reich in verschiedene Gruppen gespalten war, sich im republikanischen Schutzbund eine revolutionäre Wehrformation geschaffen hatte und nach offenem Eingeständnis) nach der Macht im Staate strebte. Damit war die Voraussetzung für eine nicht bloß bürgerliche Abwehr-



Juliaufstand der Marxisten 1927. Die geplünderte Redaktion der christlichsozialen Zeitung „Die Reichspost"

bewegung, sondern eine antibolschewistische Abwehrfront gegeben, welcher der Nationalismus eine unausgesprochene Selbstverständlichkeit war.

Den entscheidenden Antrieb erhielt diese junge Bewegung durch den Juliaufstand im Jahre 1927. Aus einem an sich unbedeutenden Anlaß – im sogenannten Schattendorferprozeß wurden sozialdemokratisch organisierte Arbeiter vom Schwurgericht verurteilt – brach in Wien eine Revolution aus. Arbeitermassen demonstrierten in der Stadt, der Justizpalast geht in Flammen auf, Polizei greift ein, es fallen Schüsse, es kommt zu Straßenschlachten, bei denen gegen 100 Tote und Verwundete auf dem Platz bleiben. Die sozialdemokratischen Führer greifen zuerst ein und versuchen die Massen zu besänftigen, lassen sich aber dann doch dazu hinreißen, den Generalstreik auszurufen, womit der Aufstand auch auf die Provinz übergreift. Hier erfolgten nun die ersten Zusammenstöße mit den Heimwehren. In zahlreichen Orten griffen sie aktiv in den Kampf ein, und es gelang ihnen, besonders in der Steiermark, den Streik zum Abbruch zu bringen.

Mit diesem Ereignis wurden nun die Heimwehren auch für die Allgemeinheit als entscheidender innerpolitischer Machtfaktor sichtbar. Hier beginnt die zweite Etappe ihres Aufstiegs. Der Bundeskanzler Seipel erkannte sofort, daß er hier einen unschätzbaren Bundesgenossen für seine ohnehin schmale antimarxistische Front gewinnen konnte. Er schenkte daher der aufstrebenden Bewegung sein ganzes Wohlwollen. Die Tatsache, daß bei der Niederschlagung des Generalstreiks die Heimwehren in enger Bindung mit den Behörden als eine Art Schutzpolizei gewirkt hatten, blieb nun auch weiter bestehen. Ein enger, aber geheimgehaltener Konnex mit der Gendarmerie wurde von der Regierung stillschweigend gefördert. Ja, es erfolgte zum großen Teile über die Gendarmerie eine weitgehende Belieferung mit Waffen, obwohl sie illegal bleiben mußte, da sie ja den Bestimmungen des Friedensvertrages widersprach. Den Sozialdemokraten wäre es daher ein leichtes gewesen, mit Hilfe ihrer Bundesgenossen in Paris und Prag gewaltigen Lärm zu schlagen, hätte sich diese Bewaffnung legal und vor den Augen der Öffentlichkeit vollzogen.

Trotzdem konnte diese wachsende Macht und der damit verbundene politische Einfluß der Heimwehren nicht verborgen bleiben. Immer mehr trat die militante Rivalität zwischen ihnen und dem republikanischen Schutzbund zutage. Ja, es kam schließlich zu einer auch nach außen hin sichtbaren Demonstration dieser offenen Gegnerschaft, als die steirischen Heimwehren für den 7. Oktober 1928 einen Aufmarsch in Wiener-Neustadt, einer Hochburg der Sozialdemokratie, ankündigten. Diese setzte als Antwort einen Gegenaufmarsch des Schutzbundes zum gleichen Termin an. Damit sollte zum ersten Male das „Recht auf die Straße", das bisher die Roten als ihr Privileg betrachtet hatten, auch von einer antimarxistischen Gruppe in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig drohte aber auch ein



Roter Aufstand in Wien. Juli 1927. Auf dem Laternenpfahl die Uniform eines Polizisten

kriegerisches Zusammenprallen der beiden Rivalen, das in diesem Zeitpunkt wohl unabsehbare Folgen gehabt hätte. Die Regierung veranlaßte daher umfangreiche Schutzmaßnahmen und trennte die beiden Aufmärsche räumlich und zeitlich so voneinander ab, daß dieser kritische Tag ohne Zwischenfall verlief. Trotzdem wurde er zu einer grimmigen Heerschau von beträchtlichem Ausmaß und zu einem unbestreitbaren Erfolg der Heimwehren, die ja im Grunde das erreicht hatten, was ihr Ziel war, nämlich in Wiener-Neustadt zu demonstrieren.

Auch dieser Erfolg bewirkte nur einen weiteren Aufschwung. Im Parlament kam es wohl zu heftigen Debatten über Abrüstungsforderungen, die aber zu keinem greifbaren Ergebnis führten. Schließlich mußte dieser hintergründige Machtkampf doch zur Explosion kommen. Dies geschah auch im August folgenden Jahres, als in der Steiermark fast die gesamte Heimwehr zu einer Übung zusammengezogen war. Der Schutzbundführer Koloman Wallisch, der schon an der Schreckensherrschaft Bela Kuns in Ungarn aktiv beteiligt war, hatte in Bruck an der Mur ein besonders starkes rotes Sonderregiment errichtet. Als er am 18. August 1929 in St. Lorenzen mit einem Schutzbundaufmarsch gegen die Zusammenziehung der Heimwehrbestände demonstrierte, da traten ihm etwa

2000 Heimatschützer geschlossen entgegen, und es kam zu einer schweren Straßenschlacht mit Toten und zahlreichen Verwundeten. Es schien, als hätte nun die Stunde der Heimwehren geschlagen, um von diesem Anlaß aus zum offenen Putsch zu schreiten. Aber bereits hier wurde der verhängnisvolle Mangel einer starken Führerpersönlichkeit offenbar. Es kam lediglich zu Unterhandlungen mit der Regierung über eine einseitige Entwaffnung des Schutzbundes, die jedoch im Sande verliefen. Die erste große Chance war vertan.

Wohl häuften sich die Aufmärsche und verbreiterte sich der Zustrom, doch war durch die fortwährenden Führungsrivalitäten und der damit verbundenen programmatischen Unklarheit die Bewegung an ihrem innersten Nerv gelähmt. Die Folge konnte nur eine durchgängige Planlosigkeit sein. Um so überraschender war dann die Proklamation von Korneuburg. Hier entwickelte Dr. Steidle zum Entsetzen aller christlichsozialen Parlamentarier ein Programm, das den offenen Staatsstreich zum Ziele erhob. Es lautete u. a.:

„Wir greifen nach der Macht im Staate. Demokratie und Parlamentarismus lehnen wir ab. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Führerstaates. Die Erziehungsfrage wird der Einflußnahme der Kirche völlig entzogen und einem staatlichen Organ zur Regelung überwiesen. Die Kirche selbst wird der Oberaufsicht des Staates unterstellt. Für jede Standesgruppe gibt es nur eine einzige beauftragte und staatlich anerkannte Vertretung. . . ."

Darin war deutlich die Stimme der Steirer zu vernehmen. Dr. Steidle selbst, der sich in der Folgezeit als übelste Kreatur und hemmungsloser Konjunkturpolitiker entpuppte, war damals noch christlichsozialer Bundesrat. Er hatte es jedoch verstanden, sich eine radikal-revolutionäre Tonart zuzulegen, hinter der von den Massen der Anhänger zu Unrecht auch eine wirklich revolutionäre Gesinnung vermutet wurde. Der Antiparlamentarismus lag aber gleichsam in der Luft, und Steidle vereidigte in Korneuburg alle Führer der Heimwehren, worunter sich noch zahlreiche Parteipolitiker befanden, auf seine Proklamation des Führerstaates.

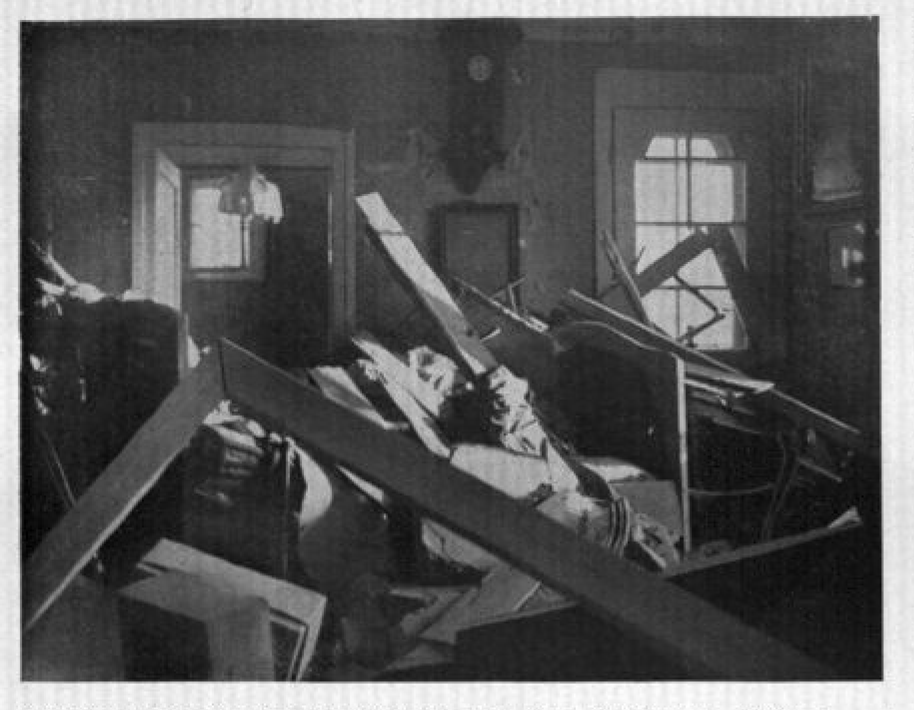
Dies war allerdings eine einmalige Absonderlichkeit. Denn hier wurde nichts anderes versucht, als einen Führerstaat hervorzuzaubern, ohne eine klar umrissene Führerpersönlichkeit zu besitzen. Diese kardinale Unklarheit des Heimwehrprogramms war aber nicht die einzige. Man hatte sich auch dem Kreis um Othmar Spann ausgeliefert, jenem Zirkel weltfremder Doktrinäre, die gleichsam dauernd auf der Suche waren, für die alleinseligmachenden Rezepte ihres Herrn und Meisters ausführende Politiker zu finden. So wurde schließlich der Spannsche Ständestaat zum Programm der Heimwehren. Von ihnen sollte ihn dann Dollfuß übernehmen, um ihn in geradezu grotesker Weise als Folie für seinen verzweifelten Staatsstreich zu benützen.



Der brennende Justizpalast. Juli 1927

In solchen Zusammenhängen charakterisiert sich Stärke und Schwäche der gesamten Heimwehrepisode. Sie war entstanden aus soldatischem Geist, aus kämpferischem Einsatz und basierte somit auf einer ethischen Haltung, die an sich die aktivistischen Kräfte an sich zog. Auf diesem gesunden Unterbau entstand dann mehr durch äußere Anlässe als durch inneren Eigentrieb eine große politische Bewegung, in der viel reiner und lauterer Wille und ebensoviel Unfähigkeit und politisches Raubrittertum sich zu einer vorübergehenden Geltung vereinigte. Eine genaue Analyse dieses politischen Phänomens würde eine Fülle von äußerst lehrreichen und exemplarischen Erkenntnissen über die Grundlagen einer erfolgreichen Politik liefern. Gerade die Heimwehrbewegung erbrachte den überzeugenden Nachweis, welch unschätzbares und mit äußerlichen Maßstäben nicht meßbares Glück das Vorhandensein einer einmaligen und überragenden Führerpersönlichkeit ist. Dieses Glück läßt sich weder beschwören noch herbeizwingen und das beste Gefolgschaftsmaterial wird zuschanden, wenn der berufene Führer fehlt. Wie sich die Heimwehren aus diesem katastrophalen Mangel allmählich in die tollsten Kombinationen verstrickten, unfruchtbar und verhängnisvoll wurden, das bleibt ein Zeugnis, das sie vielleicht allein vor der Vergessenheit bewahren wird.

Nur auf solchen Grundlagen war es möglich, daß sich eine so zweifelhafte Persönlich-



Im Innern des Goethehof in Floridsdorf nach der Erstürmung. Februar 1934

keit, wie Ernst Rüdeger v. Starhemberg, allmählich in den Vordergrund spielen konnte.

Fürst Starhemberg begann seine politische Tätigkeit in Oberösterreich, indem er dort im Rahmen der Heimwehr eigene Jägerbataillone schuf, die bald eine ansehnliche Stärke erreichten. Als Versammlungsredner schlug er einen neuen, äußerst scharfen antiparlamentarischen Ton an. Daß er dabei nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die bürgerlichen Parteien schonungslos zu Felde zog, sicherte ihm die Sympathien aller Aktivisten. Seine Teilnahme an dem Kampf um Oberschlesien ließ ihn nicht nur als national zuverlässig, sondern überhaupt als Exponenten der völkischen Richtung erscheinen. Von dieser Voraussetzung aus gelang es der nationalen Gruppe innerhalb der oberösterreichischen Heimwehr Starhemberg als Landesführer durchzusetzen. Er löste damit das Triumvirat von drei Parteipolitikern (christlichsozial, Landbund, großdeutsch) ab und man betrachtete damals gerade die Berufung Starhembergs als einen Sieg des kompromißlosen Antiparlamentarismus. Es ist eine tragische Ironie, daß Starhemberg gerade von Männern auf den Schild gehoben wurde, die später fast ausschließlich in der nationalsozialistischen Illegale standen. Starhemberg drängte weiter vor und in der Bundesführersitzung in Schladming am 2. September gelang es ihm, die alleinige Führung zu erringen. Doch bereits dieser Aufstieg ergab sich aus einem weitläufigen Intrigenspiel. Mit der Bundesführung Starhembergs begann nun die Niedergangsepoche der ehemals stolzen Bewegung, es herrschte durchgängig das Prinzip absoluter Konfusion. Es ist heute noch ein ungelöstes Rätsel, ob Starhemberg von allem Anfang an auf Grund seines Adelsprivilegs mit legitimistischen Gedanken gespielt hatte und sich daher den Nationalismus als opportune Maske vornahm, oder ob nur seine innere Haltlosigkeit dem Schwergewichte der jeweiligen Situation folgte und daher seine ganze Politik nur ein Ausweichen nach der Seite des geringsten Widerstandes war.

Als am 25. September 1930 die Regierung Schober zurücktrat, kam es zu langwierigen Verhandlungen zwischen den Christlichsozialen und den Heimwehren. Auch hier drängte der radikalere Flügel zur totalen Machtergreifung. Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Starhemberg wurde Vizekanzler und Innenminister in einer Regierung Vaugoin. Doch diese Herrlichkeit hatte nur ein kurzes Leben. Bundespräsident Miklas löste am 1. Oktober 1930 den Nationalrat auf, in dem die Regierung über keine Majorität verfügte, und schrieb Neuwahlen für den 9. November aus. Damit war aber an die Heimwehren und Starhemberg die grundsätzliche Entscheidungsfrage gestellt. Die Einstellung auf Putsch und Staatsstreich hatte noch nicht das geringste Ergebnis gezeitigt. Die kommende Wahl mußte also eine Klärung bringen. Die Entscheidung lag bei Starhemberg. Es gab offensichtlich außer dem bis zum Überdruß angekündigten Staatsstreich nur die eine Möglichkeit, die effektiv vorhandene Gefolgschaft für den Wahlkampf eindeutig für eine Heimwehrliste zu verpflichten. Hier offenbarte sich aber Starhembergs geradezu gigantische Unfähigkeit. Er ließ zu, daß ein Teil der Heimwehren unter der Führung Feys eine gemeinsame Liste mit den Christlichsozialen aufstellen konnte, kanditierte daneben selbst auf einer eigenen Liste, gab aber seiner Gefolgschaft nur die Parole mit, antimarxistisch zu wählen, d. h. ihre Stimmen nicht etwa bedingungslos der Heimwehrliste, sondern auch der christlichsozialen, landbündlerischen oder großdeutschen Liste zu geben. Damit lähmte aber Starhemberg von vornherein die gesamte Wahlpropaganda für seine eigene Liste und konnte nur mit Mühe und Not ein Grundmandat in der Steiermark erringen. So zog er an der Spitze von sage und schreibe 8 Abgeordneten in das von ihm so oft als Quatschbude verlästerte Parlament ein.



Februarunruhen 1934. Legitimationszwang bei den Absperrungen

Dieses dilettantische Lavieren des leicht beeinflußbaren und haltlosen Fürsten zwischen dem radikalen Flügel der Steirer und den parteigebundenen Gruppen unter Steidle und Fey vernichtete sein Prestige. Gleichzeitig mußte er mit dem Starhembergschen Fideikommiß in den Ausgleich gehen. Dies alles zusammen mag seinen Rücktritt bewirkt



Heimatschutzball in der Wiener Hofburg wird zum Stelldichein der Legitimisten

haben. Am 2. Mai 1931 ging die Führung an Dr. Pfriemer über. Damit bekam die Putschrichtung wieder Oberwasser und Dr. Pfriemer legte auch in einer Bundesführersitzung dar, daß die politische Situation mit Gewalt gelöst werden müsse. Dieser Sitzung wohnte Starhemberg als Landesführer von Oberösterreich bei.

Die Erfolgaussichten eines bewaffneten Putsches waren aber zu diesem Zeitpunkt schon stark gesunken. Ein faktischer Einfluß auf die staatliche Exekutive war nicht mehr in dem Maße vorhanden, daß auch nur mit einer passiven Resistenz gerechnet werden konnte. So war der Versuch eines Staatsstreiches, den Dr. Pfriemer am 13. September 1931 wagte, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Er kam als bewaffneter Aufstand nur in der Steiermark zur Durchführung. Starhemberg sabotierte nach Kräften. Auch in den anderen Bundesländern kam es nur zu sporadischen Ansätzen. Die Steiermärker wurden durch konzentrischen Einsatz des Bundesheeres gezwungen, die Waffen zu strecken. Mit dieser letzten mißglückten Anstrengung, bei der sich in der Gefolgschaft noch viel einer besseren Sache würdige Einsatzbereitschaft gezeigt hatte, war das Ende dieser Bewegung besiegelt. Der gesündeste Kern, die steirische Richtung, konnte sich von der Niederlage



Starhemberg und seine Kreaturen

nicht mehr erholen und so kamen naturgemäß die Gegenkräfte wieder zur Wirkung. Starhemberg übernahm am 22. September 1931 neuerdings die Führung.

Damit aber hatte die Heimwehr aufgehört, eine eigengewichtige Rolle zu spielen. Ihr ursprüngliches Prestige war restlos zerstört. Geblieben war der Name. Denn was an ihrer Substanz wertvoll war, das strömte nun in die Reihen des Nationalsozialismus, während Starhemberg immer mehr in die Fänge des künftigen Systems geriet. Die Steirer unterstellten sich geschlossen der Führung Adolf Hitlers und vollzogen damit nur die letzte Folgerung ihres ursprünglichen Wollens. Das, was sich künftighin noch Heimwehr nannte, hatte mit der anfänglichen Kraft der Bewegung schlechthin nichts mehr zu tun. Starhemberg füllte zwar ständig die zusammengeschmolzenen Bataillone mit den zweifelhaftesten Elementen auf und gab sich den Anschein, als verfüge er noch über den alten Aktivismus, der einmal die Bewegung groß gemacht hatte. Dabei glitt er selbst in jenes von ihm anfänglich so bekämpfte Bonzentum ab und wurde zur meist verlachten und meist verachteten Spottfigur. Er wurde schließlich zum Marodeur des Systems, betäubte sich in orgienhaften Schlemmereien und offenbarte sich in seiner ganzen Bedeutungslosigkeit und charakterlichen Verworfenheit.

Die Maiverfassung

Wir sehen heute rückblickend die Zusammenhänge bereits anders als zur Zeit der ersten Systemjahre. Daher können wir auch der Maiverfassung nicht mehr jene Bedeutung beimessen, die ihr einmal eigen schien. Sie ist nur ein Glied mehr im Vollzug des Staatsstreiches und Verfassungsbruches. Was gegen sie verfassungsjuristisch zu sagen ist, wurde schon während ihrer Wirksamkeit von berufener Seite gründlich und vernichtend dargestellt. So überreichten ja die Professoren der Wiener juristischen Fakultät bereits im April 1933 dem Bundespräsidenten eine ausführliche Denkschrift, in der sie den Verfassungsbruch der Regierung ausführlich dargelegt hatten.

Daß solche peinlichen Erinnerungen an den auf die Verfassung 1920/21 abgelegten Eid von der Regierung in den Wind geschlagen wurden, ist ohne weiteres begreiflich, da sich die Regierung selbst der Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens ja bewußt war. Nicht juristische Argumente konnten daher auf sie Eindruck machen, sondern nur mehr machtpolitische. Wer selbst gewillt ist, vorhandene Macht und ihre Instrumente in selbstherrlicher Rücksichtslosigkeit zu mißbrauchen, der kann auch nur mehr mit Machtmitteln in die Schranken gewiesen werden. Dollfuß war von allem Anfang an bereit, seinen christlichen Ständestaat autoritär, das heißt, ohne Rücksicht auf bestehende Rechtstitel und unabweisbar in erdrückender Stärke vorhandene Oppositionsgruppen, zu instaurieren. Hinter diesem brutalen Machtwillen verlieren alle verfassungsjuristischen Kunststücke, die man noch eine Weile für notwendig hielt, an Gewicht. Die Anwendung des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes war ja von allem Anfang an der reine Hohn auf jedes gesunde Rechtsdenken und -empfinden. Daß sogar die neue Verfassung auf dieser lächerlichen Grundlage kundgetan wurde, wirkt heute mehr als Kuriosum denn als staatsgeschichtliches Ereignis. Trotzdem verdient die Methode dieser Verfassungsverkündung ein näheres Eingehen, weil sich gerade an ihr die bewußte Verlogenheit als System nachweisen läßt. Es war gleichsam der Königsgedanke des Diktators Dollfuß, die „Selbstausschaltung des Parlamentes" als Voraussetzung seiner Politik zu proklamieren. Ein Jahr lang hatte man diese These immer wieder vertreten. Das Parlament sei aus-

geschaltet, weil durch den Rücktritt der drei Präsidenten keine Rechtsperson vorhanden sei, welche die 125. Sitzung schließen könne. Da diese Sitzung nicht geschlossen sei, tage das Parlament weiter, sei aber mangels eines Präsidenten nicht aktionsfähig.

Hielt man sich an den Buchstaben der Verfassungsgesetze, so war nun tatsächlich keine Instanz vorhanden, die berechtigt gewesen wäre, den Nationalrat neu einzuberufen. Die Krise des Parlaments war de facto gegeben. Das hieß aber nun nicht, daß sie nicht zu beheben gewesen wäre, wenn dies die Regierung gewollt hätte. Die Dollfußregierung wollte aber beileibe nicht. Im Gegenteil! Diese durch ein lächerlich bedeutungsloses Mißverständnis heraufbeschworene Krise, die in jeder anderen verantwortungsbewußten Volksvertretung ohne Schwierigkeit behoben worden wäre, betrachtete Dollfuß ja als einen einmaligen Glücksfall – um in seiner Sprache zu reden: als einen „Wink der Vorsehung". Er sah in dieser Situation nur einen Vorteil und eine Möglichkeit, sich von der reichlich unbequem gewordenen Volksvertretung freizumachen, in der ja die Basis der klerikalen Macht bereits ganz bedenklich schmal geworden war. Sie konnte darin überhaupt nur durch ein Hinausschieben des Termins für Neuwahlen behauptet werden. Bevor also eine Krise des Parlamentes eingetreten war, befand sich schon längst die Regierung in einer Krise, der nach aller Voraussicht und nach den Zeichen der Zeit nur ein tödlicher Ausgang prophezeit werden konnte. Dollfuß verteidigte daher den parlamentslosen Zustand mit Zähigkeit und Ausdauer. Allen Vorschlägen gegenüber, die von den verschiedensten Stellen an ihn herangetragen wurden, das Parlament wieder flottzumachen, zeigte er entweder taube Ohren oder setzte sich mit scheinheiligen Argumenten zur Wehr. Das Groteske an seinem Verhalten bestand aber in der Hauptsache darin, daß er sämtliche Versuche, den parlamentslosen Zustand zu beenden, als verfassungswidrig ablehnte, ja sich in dieser Richtung geradezu als der Hüter der Verfassung aufspielte, gleichzeitig aber zu dem so fraglichen Mittel des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes griff, um damit Verordnung auf Verordnung zu erlassen. Man übersah dabei vollkommen, daß eine bloße Notverordnung des Bundespräsidenten genügt hätte, den verfassungswidrigen Zustand einwandfrei zu beseitigen. Das Naheliegendste, was jede andere Regierung zweifellos unternommen hätte, wäre aber gewesen, den nicht mehr aktionsfähigen Nationalrat aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Gerade aber Neuwahlen zu verhindern, war ja das vordringlichste Bemühen der Regierung, denn über ihren Ausgang machte man sich auch in den engsten christlichsozialen Kreisen nicht die geringsten Illusionen. Aus den Wahlurnen konnte nur der restlose Zusammenbruch der klerikalen Vorherrschaft in Österreich kommen. Daher war auch der Wille zum Staatsstreich und zur rechtswidrigen Regierung so rücksichtslos konsequent. Wie sehr sich dabei Dollfuß dieser Rechtswidrigkeit bewußt war, wird am besten dadurch bewiesen, daß er es für nötig fand, durch eine Verordnung vom 23. Mai 1933 den Verfassungs-



Februaraufstand 1934.
Dr. Dollfuß verfolgt die Beschießung der Floridsdorfer Arbeiterwohnungen

gerichtshof lahm zu legen und damit jede Erörterung der verfassungsrechtlichen Grundlagen seiner Position ein für allemal abzuschneiden. Nach dem roten Februarputsch wurde die sozialdemokratische Partei aufgelöst und ihre Mandate für erloschen erklärt. Wäre Dollfuß wirklich der Hüter der Verfassung gewesen, für den er sich ausgab, so wäre damit wieder ein einwandfreier Anlaß zum Ausschreiben von Neuwahlen gegeben gewesen. Denn nach § 80 der Wahlordnung zum Nationalrat mußte in allen Wahlkreisen, in denen die Hälfte der Abgeordneten wegfällt, eine Neuwahl durchgeführt werden. Dieser Tatbestand war durch Aberkennung der sozialdemokratischen Mandate in zahlreichen Kreisen gegeben. Was tat aber Dollfuß? Er erließ eine Verordnung auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, wodurch er einfach diesen peinlichen Paragraphen aufhob. Den Höhepunkt erreichte aber diese Verfassungskomödie, als auf Grund des bekannten Kriegsgesetzes eben das verordnet wurde, was bisher von der Regierung selbst als verfassungswidrig bezeichnet wurde, nämlich: die „Flottmachung des Nationalrates".

In einer Verordnung vom 24. April 1934 wurde plötzlich dekretiert, daß derjenige Präsident, welcher der stärksten, im Nationalrat vertretenen Partei angehöre, zur Weiterführung der Präsidialgeschäfte bis zur Wahl des neuen Präsidenten berufen sei. Diese sonderbare Erklärung mußte wie ein übler Witz wirken. Denn mit ihm war nun auf einmal jener parlamentslose Zustand behoben, den man ein Jahr lang hartnäckig als unbehebbar erklärt hatte. Nun wäre zur Einberufung des Parlamentes zweifellos der sozialdemokratische Präsident berufen gewesen, wenn – ja, wenn man sich dieser Abgeordneten nicht mit einem Federstrich entledigt hätte. Damit rückten die Christlichsozialen als stärkste Partei nach, und es war auch der christlichsoziale Präsident Dr. Ramek, der nun das Rätsel der immer noch nicht abgeschlossenen 125. Parlamentssitzung lösen sollte. Sie hatte sich aus 165 Abgeordneten zusammengesetzt, davon waren 71 Sozial-

demokraten, 66 Christlichsoziale, 10 Landbündler, 8 Großdeutsche, 6 Heimwehrmänner und 4 Parteilose.



Entfernung nationalsozialistischer Aufschriften an der Kaimauer des Donaukanals in Wien

Nun wurde das Rumpfparlament ohne Sozialdemokraten einberufen, gleichzeitig aber bereits die neue Verfassung auf dem Verordnungswege in Kraft gesetzt. Damit war von vornherein klar, daß die Regierung auch diesmal gar nicht die vielberufene „Flottmachung" des Parlamentes beabsichtigte, sondern nur mehr eine bedeutungslose und lächerliche Komödie aufzuführen gedachte. Nicht nur, daß die 71 sozialdemokratischen Abgeordneten fehlten, auch die verbliebenen Abgeordneten entsprachen in keiner Weise mehr der tatsächlichen Willensbildung im Volke. Aber über solche Skrupel hatte man sich ja schon längst hinweggesetzt. Ärger war schon, daß nach der Verfassung zur Beschlußfähigkeit des Nationalrates mindestens die Hälfte der Abgeordneten hätte anwesend sein müssen (also 83).

Da aber auch die Abgeordneten der Großdeutschen und des Landbundes der Sitzung fernblieben, wurde nicht einmal die primitivste Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit der zu fällenden Beschlüsse geschaffen; in diesem sonderbarsten Parlament aller Zeiten waren tatsächlich nur die Abgeordneten jener Parteien vorhanden, aus denen die Regierung hervorgegangen war. So blieb es auch bei ihren nur 76 Stimmen, mit denen das Verfassungsgesetz verabschiedet wurde.

Es stellt sich hier nun zwangsläufig die Frage ein, warum man überhaupt angesichts der vollkommen durchsichtigen Situation noch zu diesem jämmerlichen Schauspiel griff. Man ist heute versucht, darin etwa den Ausfluß einer spezifisch katholischen Mentalität zu sehen, eine jesuitische pia fraus; dazu muß aber erwogen werden, daß es Dollfuß aller Wahrscheinlichkeit auch darauf ankam, gegenüber Frankreich eine demokratisch-parlamentarische Geste zu machen, da man in Paris die diktatorischen Methoden der Regierung besonders gegenüber den Sozialdemokraten bereits recht ungünstig beurteilte.

Wie sich nun diese Sitzung selbst abgespielt hatte, das wird in dem Buche „Die Gewaltherrschaft in Österreich" von Prof. Dr. Hans v. Frisch nach dem amtlichen stenographischen Protokoll kurz dargestellt:

„Zunächst nahm der Vizepräsident Dr. Ramek die am 4. März 1933 unterbrochene Sitzung wieder auf, um sie, nachdem einer der beiden von der Opposition anwesenden großdeutschen Abgeordneten, Dr. Hampel, gegen das Vorgehen der Regierung protestiert hatte, wieder zu schließen. Wenige Minuten darauf eröffnete der Präsident eine neue Sitzung und teilte mit, daß das Bundeskanzleramt mittels einer Zuschrift vom selben Tage die seit dem 4. März des vorigen Jahres auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassenen 471 Verordnungen vorgelegt habe; unter diesen befinde sich auch eine Verordnung über die Abänderung der Bundesverfassung. Überdies sei eine Vorlage der Bundesregierung betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über außerordentliche Maßnahmen im Bereich der Verfassung eingelangt. Die Verordnungen und die Vorlage betreffend das Bundesverfassungsgesetz wurden vom Präsidenten dem Verfassungsausschuß zugewiesen. Um diesem Gelegenheit zu geben, ungesäumt in die Vorberatung dieses Einlaufes einzugehen, wurde die Sitzung mit Zustimmung des Hauses unterbrochen.

Nach einer Pause von 30 Minuten (10 Uhr 50 Min. bis 11 Uhr 20 Min.) wurde die Sitzung wieder aufgenommen. In dieser Zeit hatte sich der Verfassungsausschuß in den Beratungssaal begeben, die Beratung und Abstimmung über die fast 500 Gesetzesvorlagen vorgenommen, und sich dann wieder im Sitzungssaal versammelt. Über die Vorgänge im Ausschuß ist nichts bekannt, die Sitzung war geheim; aber schon aus der für diesen Akt zur Verfügung stehenden Zeit – die Sitzung selbst kann nur ein paar Minuten gedauert haben – muß geschlossen werden, daß die Vorlagen in Bausch und Bogen, ohne Beratung, ja selbst ohne Verlesung der Titel der Verordnungen angenommen wurden, daß also die ganze, „dem Gesetz entsprechende" Tätigkeit eine reine Formalität, um nicht zu sagen: eine Komödie war. Es war eben wieder einmal der vielgenannte „legale Weg" vorgetäuscht worden.

Auch die weitere Behandlung dieser Gesetze stand staatsrechtlich auf demselben Niveau. Nach Wiederaufnahme der Sitzung schlug der Vorsitzende unter Berufung auf die entsprechenden Paragraphen der Geschäftsordnung vor, über den Bericht des Verfassungsausschusses im abgekürzten Verfahren zu verhandeln, d. h. auf die Drucklegung des Berichtes und die 24stündige Aufliegefrist zu verzichten und den mündlichen Bericht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen. Ein gegen solche Anwendungen der Geschäftsordnung bei so eminent wichtigen Gesetzesvorlagen von Dr. Hampel vorgebrachter und begründeter Protest wurde vom Präsidenten mit der Bemerkung abgetan,



Das 2. Kabinett Schuschnigg stellt sich am 24. Oktober 1935 dem Bundesrat vor. Am Rednerpult der damalige Finanzminister Dr. Draxler. Die Physiognomien sprechen für sich

daß eine Gesetzwidrigkeit oder Verletzung der Verfassungsbestimmungen nicht vorgekommen sei.

Das mag richtig sein – aber es mutet doch höchst sonderbar an, wenn bei der Beschlußfassung über Gesetze, die den Staat von Grund auf umgestalten, in so flüchtiger, leichtfertiger, frivoler Weise vorgegangen wird; auch die weitere Behandlung dieser Angelegenheit geschah, wie sich zeigte, in dieser Art.

Nach dem nun folgenden Referat des christlichsozialen Berichterstatters, Ing. Winsauer, das natürlich die Annahme der gesamten Vorlage empfahl, erhob noch der zweite der anwesenden großdeutschen Vertreter, Dr. Foppa, Protest gegen die Art und Weise der Erledigung dieser Gesetze; er benutzte die Gelegenheit, nicht nur gegen das Vorgehen der Regierung in dieser Angelegenheit Einspruch zu erheben, sondern gegen alle die Verfassungsverletzungen und Gesetzwidrigkeiten, die sie sich seit der Ausschaltung des Nationalrates hatte zuschulden kommen lassen. Er wies dabei insbesondere auf die Gewaltmethoden der Regierung hin, auf die unerhörte Mißachtung des Willens der Bevölkerung, auf die ungezählten verfassungswidrigen Beschränkungen der geistigen und körperlichen Freiheit, die maßlosen willkürlichen Verfolgungen so vieler Unschuldiger u. a. Es war die erste Gelegenheit, eine solche Kritik offen auszusprechen, die Dr. Foppa da ergriffen hatte. Seine Worte sind von der Mehrheit des Hauses nicht weiter beachtet worden, es verdient aber festgehalten zu werden, mit welcher Begründung die beiden Redner der Regierungspartei ein sachliches Eingehen auf die von der Opposition vorgebrachten Tatsachen abgelehnt haben. Der eine dieser Redner, Dr. Aigner, sagte, daß er sich mit den vom Abgeordneten Foppa aufgeworfenen Fragen über die Verfassungsmäßigkeit der Vorlagen wegen der Kürze der ihm zur Verfügung stehenden Zeit nicht auseinandersetzen könne, aber er verweise darauf, „daß über diese Frage in der Öffentlichkeit wahrlich genug geredet worden ist". Und der zweite Berichterstatter, Winsauer, sagte in seinem Schlußwort, daß der Vertreter der Opposition mit seinen hier vorgebrachten Argumenten dem Hause nichts Neues gesagt habe; „die Stunde", fuhr er fort, „die wir augenblicklich in diesem Hohen Hause erleben, ist mir zu bedeutungsvoll, als daß ich das Hohe Haus mit einer Entkräftung der von jener Seite vorgebrachten Argumente langweilen möchte. Ich verzichte darauf ..."

Also der eine Regierungsredner verzichtet auf eine sachliche Behandlung dieser wichtigen Gesetze wegen Zeitmangel – er hat aber nicht gesagt, warum für die Besprechung der Gesetzgebung eines ganzen Jahres keine Zeit zur Verfügung stand –, der andere, weil es ihm zu langweilig ist. Wahrhaftig, die von der Regierungsseite vorgebrachten Gründe in diesen für die Zukunft des Staates entscheidenden Fragen stehen in der Geschichte der modernen Staaten wohl einzig da!"

Dieses Scheinparlament beschloß nun in einem Gesetz über „außerordentliche Maßnahmen vor allem die Aufhebung des Artikels 44 der alten Bundesverfassung, in dem die notwendige Billigung durch das Volk für jede Verfassungsänderung verankert war. Damit war das Volk für die ganze Dauer der Systemregierung von der Mitbestimmung seiner Geschicke ausgeschaltet. Darüber hinaus wurde auch noch mit den parlamentarischen Vertretungskörpern, wie sie seit 1920 bestanden hatten, aufgeräumt. Nationalrat und Bundesrat werden aufgelöst und alle ihre Befugnisse auf die Bundesregierung übertragen. Damit setzten sich die klerikalen Diktatoren in den schrankenlosen Besitz der staatlichen Regierungsgewalt. Von nun an konnte man der kümmerlichen Attrappe des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes entbehren; aus den bisherigen „Verordnungen" wurden „Gesetze".

Damit war aber auch bereits das Wesen der neuen Verfassung charakterisiert. Sie bildete lediglich die Plattform, von der aus die Regierung ihre schrankenlose Gewaltherrschaft ausüben konnte. Die Regierung war es auch allein, die auf dem „Boden" dieser merkwürdigen Verfassung stand. Trotzdem ist es zu einer restlosen Durchführung dieses legislatorischen Monstrums nicht mehr gekommen. Alles was an demokratischen Institutionen vorgesehen war, blieb eitel Trug und Schein, Sand in die Augen des Volkes. Auch der einzige Punkt, der eine Volksabstimmung vorsah, war so gehalten, daß seine Anwendung vollkommen in der Hand der Regierung lag. Es ist ein wahrhaft grotesker Witz, daß Schuschnigg mit seinem Abstimmungsverrat im März 1938 nicht einmal seiner eigenen Verfassung treu blieb, neuerdings jene Verfassung brach, die ja selbst nur durch Verfassungsbruch zustande gekommen war. So mußte er auch fallen nach dem Gesetz, nach dem er angetreten.

Gesinnungszwang und Vaterländische Front.

Es ist heute einwandfrei nachzuweisen, daß sich Dollfuß und seine Hintermänner von allem Anfang an über den wahren Willen der österreichischen Bevölkerung klar waren. Gerade diese Klarheit war ja das treibende Motiv zu Staatsstreich und Verfassungsbruch. Trotzdem schritt man zur Bildung einer Organisation, welche die Anhänger des Regimes zusammenhalten und der Regierung nach außen hin den Schein einer volksmäßigen Verankerung geben sollte. Den ganzen Vorgang dieser Einrichtung macht man sich am besten dadurch deutlich, daß man ihn auf einen anderen Staat überträgt.

Wir müssen uns vorstellen, daß etwa die Regierung Schleicher in Deutschland einen Reichspräsidenten vorgefunden hätte, der sich wie Miklas mit der Dollfußregierung solidarisch erklärt und zum willfährigen Werkzeug hergegeben hätte. Nehmen wir an, im deutschen Parlament hätte sich eine ähnliche Situation ergeben wie im österreichischen; Schleicher hätte erklärt, das Parlament habe sich selbst ausgeschaltet, die Regierung befinde sich aber weiter im Amt; der Widerstand der Parteien, und vor allem der mächtigen Parteien gegen diese Auffassung wäre mit den staatlichen Machtmitteln gebrochen worden, dann hätte Schleicher weiter die nationalsozialistischen Abgeordneten ihrer Mandate verlustig erklärt, das Rumpfparlament zusammengerufen und etwa mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums eine Änderung der Verfassung beschlossen, weiters die Errichtung einer staatlichen Front proklamiert, einen Beitrittszwang für sämtliche vom Staate mittelbar oder unmittelbar abhängigen Personen erlassen und dann schließlich behauptet, er habe die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich! Jeder Widerstand und jeder Versuch, gegen diesen Verfassungsbruch sich aufzubäumen, wäre mit Konzentrationslager und Einsatz der drakonischsten Strafmittel niedergeschlagen worden.

Man muß sich durch eine solche Übertragung die österreichische Situation deutlich machen, wenn man ihre Struktur klar erkennen will. Dollfuß erklärte, die von ihm ins Leben gerufene Vaterländische Front zum alleinigen Willensträger in Österreich. Woraus



Fest der Jugend. Die Kommandierung sämtlicher Schulen Wiens ins Stadion war die einzige Möglichkeit für die Systembonzen, eine „Massenkundgebung“ zu veranstalten



Schuschnigg bei einer Trauerfeier für die im Juliputsch Gefallenen seiner ostmärkischen Sturmscharen. (Wie sich nachträglich herausstellte, mußten für diese Sturmscharen, die in Wirklichkeit nicht einmal Verwundete hatten, 5 „Heldenleichen" erst durch einen Mediziner beschafft werden.)

konnte sich nun der Mitgliederstand dieser Front zusammensetzen? Fürs erste einmal aus den Beständen der christlich-sozialen Partei, soweit sie nicht bereits vom Nationalsozialismus angenagt waren. Dazu traten alle jene Elemente, die wie in allen anderen Staaten und Völkern auch in Österreich vorhanden waren und denen die neue Lage nur eine neue Konjunktur bedeutete. Als dritte Gruppe folgte allmählich der gesamte Beamtenapparat, das Heer und alle jene, deren Existenz wirtschaftlich von staatlichen Aufträgen oder vom staatlichen Wohlwollen abhängig war. Die Pressionsmittel, mit denen hier gewissenlos gearbeitet wurde, sind unübersehbar. Als Beispiel für dieses Vorgehen sei angeführt, wie man sich die Gesamtheit der Angestellten bei den Bundesbahnen für die „Vaterländische Front" sicherte: Am 29. September 1933 gab der Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen einen Erlaß an alle Bediensteten heraus, in dem es unter anderem hieß: „Wer aber glaubt, außerhalb der Vaterländischen Front stehen zu können, kann nicht erwarten, daß er das zur Ausübung seines Berufes unbedingt nötige Vertrauen der Verwaltung weiterhin genießt." Gleichzeitig erging eine Weisung, die Liste der Beitrittserklärungen bis längstens 12. Dezember 1933 der Direktion zu übermitteln. Der Präsident der Österreichischen Bundesbahnen, der ehemalige Heeresminister und christlich-soziale Parteivorstand, Vaugoin, gab diesbezüglich eine öffentliche Erklärung ab, in der es wieder hieß: „Bedienstete, die sich abseits der ‚Vaterländischen Front' stellen, finden in dem Unternehmen keinen Platz mehr. Sie werden durch vaterländisch gesinnte Männer ersetzt werden."

Es wurde also den zahlreichen Familienvätern, die im Dienste der Bundesbahn standen, ganz offen und schamlos der Existenzverlust angedroht, falls sie sich weigern sollten, diesem Wink mit dem Zaunpfahl Folge zu leisten. Wenn man bedenkt, welchen



Kundgebung der Vaterländischen Front auf dem Heldenplatz in Wien. 8. August 1934. V. l. n. r. Schuschnigg, Starhemberg, Stockinger, Buresch, Neustädter-Stürmer, Fey

Umfang die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit in Österreich angenommen hatte, so kann man das ganze Gewicht dieser Drohung erst recht abschätzen. Aber gleichsam so, als ob man diese Sprache noch immer nicht als deutlich genug empfunden hätte, wird am 11. Oktober 1933 in sämtlichen Wiener Zeitungen folgendes verlautbart: „Morgen läuft bekanntlich die Frist ab, die der Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen Dr. Schöpfer den Bundesbahnangestellten zum Beitritt zur Vaterländischen Front gestellt hat." Diese eindeutige Erpressung hinderte aber den Präsidenten Vaugoin nicht, am 21. November triumphierend kundzutun, daß „auf seinen Ruf hin" 50000 Eisenbahner der Vaterländischen Front beigetreten seien.

Mit diesem einen Beispiel ist die Methode grundsätzlich charakterisiert, mit der man die Mitgliederzahl der V. F. künstlich aufbauschte. Das gleiche galt natürlich für die gesamte Lehrer- und Professorenschaft, für Post und Gericht, Steuer und Verwaltung und überhaupt alles, was dem Zugriff des Staates in irgendeiner Form ausgesetzt war. Mit dieser künstlich von oben her großgezogenen Organisation glaubte die Regierung nach außen hin den Nachweis erbracht zu haben, auf einer tragfähigen Majorität im Volke zu stehen und alle anderen Feststellungen in dieser Richtung für hinfällig erklären zu können.

Marxismus

Betrachten wir den Marxismus als einen Faktor der innerpolitischen Kräftelagerung in Österreich, so müssen wir uns vorerst darüber klar werden, welche Substanzen mit diesem Begriff erfaßt werden. Wir kommen hier zu wesentlichen Unterscheidungen.

Marxismus als Weltanschauung zog die verschiedensten Gruppen an sich und prägte sich in den verschiedensten Erscheinungsformen aus. Schon in der Monarchie war das drängende soziale Problem genau so, wenn nicht in stärkerem Maße, vorhanden wie in allen anderen Staaten des 19. Jahrhunderts. Bereits vor dem Weltkrieg beherbergte das österreichische Parlament die Sozialdemokratie als eine nennenswerte Partei. Gerade in der Monarchie schuf die allen Reformen feindliche reaktionäre Regierung einen besonders günstigen Boden für die marxistische Verführung der Arbeiterschaft.

Wohl machte der Führer der deutschnationalen Bewegung, Georg Ritter von Schönerer, bedeutende Versuche, auch den Arbeiter für die nationale Gedankenwelt zu gewinnen, wobei es besonders in den Sudetenländern zu Bildungen kam, die bis in die Gegenwart weiterwirkten. Im großen und ganzen gesehen, muß aber gesagt werden, daß diese Versuche, eine nationale Arbeiterpartei zu schaffen, mißglückt sind. So wuchs die Sozialdemokratie während des Krieges zur stärksten Partei an und war wie in Deutschland, neben der Auflösung des Heeres in seine nationalen Bestandteile, eine mittreibende Kraft zum Zusammenbruch der Armee und damit des Staates.

So kam es auch in Österreich zu einer sozialdemokratischen Pseudorevolution. Die Sozialdemokratie stellte den ersten Staatskanzler der neuen Republik. Unter seiner Führung trat sie in die Friedensverhandlungen und unterschrieb den Vertrag von St. Germain. Vergleicht man allerdings die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie mit der der deutschen Novemberrepublik, so fällt dieser Vergleich sehr zu ihren Gunsten aus. Denn selbst diese Sozialdemokratie mit ihrem Internationalismus als Programm verfügte über jenes Ausmaß ursprünglicher und natürlicher nationaler Haltung, wie sie den Deutschen Österreichs durch jahrhundertelange Grenz- und Volkstumskämpfe eben zur

zweiten Natur geworden war, so daß sie selbst durch das marxistische Gift nicht ganz verdorben und geschwächt werden konnte. Auch den Sozialdemokraten war das nationale Grundgesetz Österreichs, der Anschluß an das gesamte Volkstum eine unabdingbare Selbstverständlichkeit. Es war der sozialdemokratische Staatskanzler Renner, der am 12. November 1918 in der provisorischen Nationalversammlung jenes Gesetz verkündete, daß Deutsch-Österreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches sei. Er verlieh auch diesem beispiellosen Akt der Volkstreue, mit dem sich die Deutschen Österreichs entschlossen, gemeinsam mit den Reichsdeutschen nicht in eine siegreiche Zukunft, sondern ins tiefste Unglück zu schreiten, mit jenen Worten, die schon an anderer Stelle angeführt wurden, einen gültigen Ausdruck.

Diese Haltung behielt die österreichische Sozialdemokratie auch bei. Erst als auch sie sich durch die Machtergreifung des Nationalsozialismus in ihrer gewaltigen Machtposition bedroht sah, wurde der Programmpunkt des Anschlusses in sein Gegenteil verkehrt. In dieser Zeit, von 1919 bis 1933, hatte allerdings die Sozialdemokratie bedeutende Wandlungen mitgemacht, von denen die entscheidendste war, daß das jüdische Element in den Reihen ihrer Führer überwiegend zum Durchbruch gekommen war. Es ist daher ein scharfer Trennungsstrich zu ziehen, wenn wir das Schicksal dieser Partei und ihr Wirken bis in die Systemzeit verfolgen, zwischen Arbeiterschaft und jüdischer Führung. Zweifellos war der österreichische, marxistische Arbeiter wohl ein verführter, aber tief überzeugter Kämpfer und Idealist. Die Führung glitt allerdings im Laufe der Jahre immer mehr in ein egoistisches Parteibonzentum ab und erlitt dann auch über dem Dollfußsystem kläglich Schiffbruch, während die Arbeiterschaft selbst ihren organisatorischen Zusammenhalt erst in einem Heldenkampf ohnegleichen preisgab. Auch muß im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie beobachtet werden, daß der österreichische Marxismus von vornherein aktivistischer war und das Ziel der totalen Machtergreifung im Staate ständig ganz konkret erstrebte und nie aus dem Auge verlor.

Die österreichische Sozialdemokratie hatte es verstanden, besonders Wien zu einer Hochburg auszubauen, auszubauen im wahrsten Sinne des Wortes. Denn in den Februarkämpfen 1934 hatte sich geoffenbart, daß die Anlage großer Wohnblocks nach durchaus strategischen Gesichtspunkten vollzogen worden war. Diese Mietskasernen sollten sich als richtiggehende Festungen entpuppen, die in ihrer Lage entscheidende Verkehrswege blockieren und auch unter Feuer nehmen konnten.

Aus diesen Gründen erklärte sich auch, daß es in Österreich niemals eine kommunistische Partei von nennenswertem Ausmaße gegeben hat, weil die Sozialdemokratie selbst sich die Diktatur des Proletariats ganz energisch zum Ziel gesetzt hatte. Diese besondere Artung der österreichischen Sozialdemokratie bewirkte aber auch bald als Reaktion einen ebenso aktivistischen Antimarxismus, der sich in der militanten Heimwehrbewegung



Eröffnung des Karl-Marx-Hofes, einer der riesigen Wohnfestungen der Marxisten. Am Rednerpult der sozialdemokratische Bürgermeister Karl Seitz

allmählich herauskristallisierte. Auch war die marxistische Opposition im Parlament immer das eigentliche Bindemittel der verschiedenen Regierungskoalitionen und damit die Grundlage für die fast ununterbrochen andauernde Vorherrschaft der Christlichsozialen.

Die von der sozialdemokratischen Führung ständig geschürte Revolutionsbereitschaft der Arbeitermassen kam im Juli 1927 zu einem unvorhergesehenen Ausbruch. Diese Ereignisse, wie Justizpalastbrand und Generalstreik, haben wir schon im Heimwehrkapitel geschildert. Sie demonstrierten schlagartig die Gefährlichkeit der marxistischen Absichten und riefen alle Abwehrkräfte auf den Plan. Es kam nun jene Zeit der Rivalität zwischen Heimwehrbataillonen und republikanischem Schutzbund. Es kam zu Gegenaufmärschen wie in Wiener-Neustadt, ja zu direkten kriegerischen Auseinandersetzungen wie in St. Lorenzen.

Zu einer Entscheidung dieses Kampfes sollte es jedoch nicht mehr kommen. Die faschistischen Bestrebungen der Heimwehr nach Verfassungsänderung, Zerschlagung der Sozialdemokratie und des republikanischen Schutzbundes wurden von den demokrati-



Juliaufstand der Roten 1927. Die Polizei flieht

schen Kräften abgefangen und nur in verwässerten Teillösungen parlamentarisch weitergeführt. Die Verfassungsreform im Jahre 1929 unter der Bundeskanzlerschaft des Großdeutschen Dr. Schober war nur ein Kompromiß und im Grunde eine Niederlage der Heimwehrpolitik und ihrer unzulänglichen Führung. Damit erlitt diese auch eine Schwächung ihres Ansehens, von der sie sich niemals mehr erholen sollte.

Nun aber begann im Nationalsozialismus die weitaus größere Gefahr für den Marxismus wirksam zu werden. Hier wurde er nicht bloß in seinen äußeren Organisationsformen angegriffen, sondern in seinen weltanschaulichen Grundlagen; erst die Idee des Nationalsozialismus vermochte die an sich straff und fest gefügte marxistische Gefolgschaft in der Arbeiterschaft an verschiedenen Stellen zu lockern. Es gelang, wenn auch nur ganz allmählich, Arbeiter aus dem roten Lager herauszuführen und sie unter das Hakenkreuzbanner zu stellen. Die vorwiegend jüdische Führung erkannte hier die eigentliche Gefahr und vollzog nun ihre Schwenkung; die Anschlußforderung wurde aus dem sozialdemokratischen Programm gestrichen.

Diese Entwicklung konnte jedoch im drängenden Sturm der Jahre 1933 bis 1934 nicht mehr ausreifen. Wohl gab es unter den Christlichsozialen einen sogenannten linken Flügel unter der Führung Leopold Kunschaks, der nun die Zeit für eine schwarz-rote Koalition auf der gemeinsamen Basis der Anschlußgegnerschaft und der Abwehr des

Nationalsozialismus gekommen hielt. Auch Dollfuß dürfte sich mit ähnlichen Gedanken beschäftigt haben. Daß sie nicht zur Wirkung kamen, hatte seinen Grund in der engen Bindung, die Dollfuß mit der Heimwehr eingegangen war, die nach wie vor auf ihrem doktrinären Antimarxismus beharrte und die Zerschlagung der sozialdemokratischen Machtposition in Österreich eifrig betrieb. – Es setzte hier jenes heute noch undurchsichtige Intrigenspiel ein, das zwischen Dollfuß und der christlichsozialen Partei einerseits, den Heimwehrführern andererseits getrieben wurde. Jedenfalls wissen wir, daß sich der Kanzler, mag er auch längere Zeit zu lavieren versucht haben (bei seiner Werbereise für Österreich nach London und Paris machte er der französischen Volksfrontregierung gewisse Zusicherungen auf die Erhaltung der Sozialdemokratie), schließlich doch für den Heimwehrkurs entschloß und dann auch den verzweifelten Aufstand der Roten im Februar 1934 mit Brachialgewalt niederschlug.



Gefangene Marxisten. Februar 1934

Gerade bei Betrachtung dieser Kämpfe wird die Unterscheidung zwischen sozialdemokratischem Arbeitertum und jüdischer Führung besonders notwendig. Diese Arbeiter, die in diesen Tagen auf die Barrikaden gingen, waren Kämpfer von imponierender Einsatzbereitschaft für die von ihnen für richtig gehaltene Idee; die jüdischen Führer und Verführer und die wenigen Arier, die im Parteibonzentum längst versumpft waren, zeigten sich jedoch der Stunde nicht gewachsen. Der ungeheure Elan, mit denen die Arbeiter in den Kampf zogen, fand bei ihnen keine Entsprechung. Hier zögerte man und ließ sich auf einen zermürbenden Defensivkampf in den Wohnfestungen ein. Es fehlte die Parole zum letzten Einsatz, der von den Arbeitern selbst, wie wir heute nachträglich feststellen können, zur Gänze gegeben worden wäre. Mangels einer herzhaften und mutigen Kampfführung kam gleich zu Beginn des Aufruhrs der Generalstreik nur teilweise zur Wirkung; der Schutzbund wurde in die Wohnkasernen kommandiert, während er konzentrisch aus diesen heraus gegen das Stadtzentrum marschieren hätte müssen.



Februar 1934. Gefangene Arbeiter werden abgeführt

So gewann Dollfuß Zeit und Kraft, nun mit Einsatz aller verfügbaren Machtmittel den Aufstand in grausamster und blutigster Weise niederzuschlagen. Wohl hielten die Arbeiter in ihren Festungen, die Dollfuß mit Kanonen beschießen ließ, tapfer und mutig aus und leisteten Widerstand bis aufs letzte, mußten aber schließlich doch die Waffen strecken. Damit war auch das Schicksal der Sozialdemokratie als Parteiorganisation besiegelt; ihre Führer flüchteten, soweit dies nicht schon vorher geschehen war, in alle Winde; zurück blieben deutsche Arbeiterfamilien, niedergeschlagen, enttäuscht in ihrem stärksten Glauben, in unzähligen Fällen dem Hunger und Elend preisgegeben. Schon damals wanderten große Teile ins Lager der Nationalsozialisten ab.

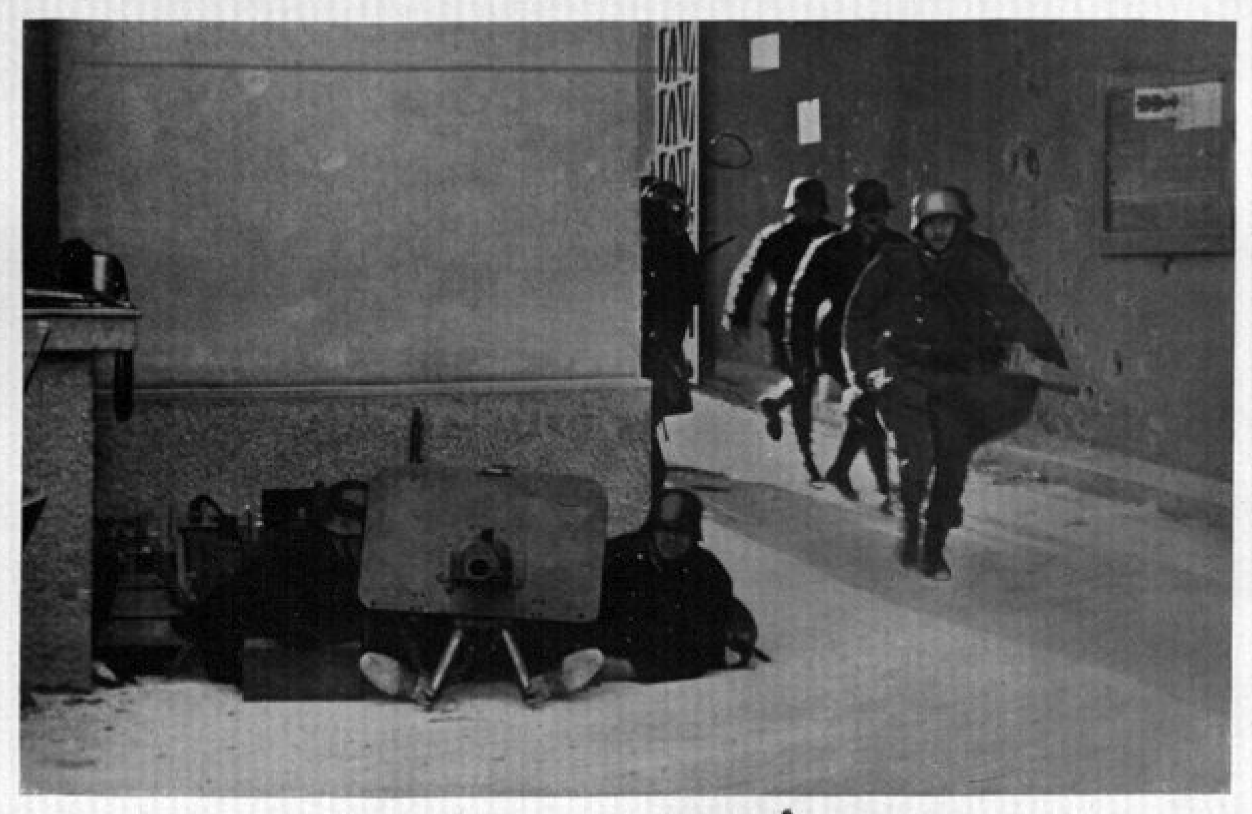
Nur war zu dieser Zeit die NSDAP. bereits verboten und konnte in der Beengung der Illegalität nicht jene werbende Kraft entfalten, die diese Arbeiter nun zur Gänze erfaßt und eingegliedert hätte. So schwenkte der größere Teil ins Lager des Kommunismus hinüber, in dem er nun jene radikale marxistische Organisationsform erblickte, für die er zu kämpfen geglaubt hatte, hätten sich nicht die sozialdemokratischen Führer als feige Bonzen entlarvt. Immerhin blieb aber die Arbeiterschaft ein reeller Faktor, mit dem auch die Systemregierung dauernd zu rechnen hatte.



„Wiener Bürgerwehr", wie sie in den Tagen des Februaraufstandes geschaffen wurde. Zweifelhafte Elemente brüsteten sich mit der Waffe

In dem Maße, als in der Regierung der Einfluß der Heimwehren schwand, mehrten sich auch die Versuche, Verbindungen zur links orientierten Arbeiterschaft anzuknüpfen, um sie zur Mitarbeit in der vaterländischen Front zu gewinnen. Besonders in den neuösterreichischen Kreisen radikalerer Richtung, vor allem den Legitimisten, sah man in einer volksfrontartigen Lösung den vielversprechendsten Ausweg. Christlichsoziale Parteipolitiker, wie Kunschak und Schmitz, ließen ihre Fäden spielen, wärmstens befürwortet von der jüdischen Asphaltpresse, die sich hier neue Herrschaftsmöglichkeiten erhoffte, während sie sich im vaterländischen Kurs ja doch nie richtig wohlfühlte, mochte sie auch mit noch so traditionsgeschwängertem und katholisierendem Zungenschlag sprechen. In diesem Sinn ist auch die legitimistische Parole von der „sozialen Monarchie" zu werten. Sie wurde direkt in Stenockerzeel ausgegeben, womit sich Otto von Habsburg bei den französischen Volksfrontministern empfehlen wollte. Den Abschluß dieser Entwicklung brachte dann jener wahnwitzige Versuch Schuschniggs, die in Berchtesgaden getroffenen Abmachungen zu brechen und seine unhaltbar gewordene Position durch ein Volksfront-

experiment zu retten. Wenn in den letzten Tagen Österreichs die Kommune offen auf den Plan treten, mit Heil-Moskau-Rufen für Schuschnigg und seine Abstimmung demonstrieren konnte, so offenbarte sich hier jene bis ins letzte gesteigerte Gefährlichkeit der Lage, unter deren Zwang dann auch die entscheidende Wendung sich vollziehen sollte.



Sturmangriff auf den Goethehof. Februarputsch 1934

Legitimismus

Wenn wir gemeinhin vom Legitimismus sprechen und ihn ebenfalls als eine jener Kräfte betrachten, die im Dollfußsystem wirksam waren, so müssen wir eine grundsätzliche Unterscheidung vorausschicken. Es handelt sich hier einerseits um vorhandene organisierte Personen und Kreise, die von sich aus nach einer Wiederherstellung der Habsburgmonarchie strebten, in direkter Verbindung mit dem Thronprätendenten Otto und dessen Mutter standen, und andererseits um den Legitimismus als Idee, die, wie wir heute rückblickend feststellen können, von allem Anfang an die kleinösterreichische Ideologie mitbestimmend geformt, allmählich durchdrungen und schließlich restlos durchsetzt hat.

Es hat sich ja im Ablauf der Entwicklung gezeigt, daß die Behauptung einer österreichischen staatlichen Selbständigkeit, einer besonderen österreichischen Staatsidee zwangsläufig beim Restaurationsgedanken enden mußte. Freilich war in den ersten Entwicklungsstadien davon keine Rede. Ja man vermied es peinlichst, sich mit dieser heiklen Frage zu belasten, da der Widerstand der Nachfolgestaaten gegen jede Art einer Rückkehr der Habsburger in die Hofburg eindeutig feststand. So erklärte Dr. Benesch noch im Juni 1933 in London, indem er auf kurz vorher aufgetauchte Gerüchte über Restaurationspläne Bezug nahm, daß es sich hierbei um reine Kombinationen handle, die nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung hätten. Gleichzeitig wurde in Budapest darauf hingewiesen, daß Ministerpräsident Gömbös der Königsfrage jede Aktualität abgesprochen und erklärt habe, daß eine Personalunion zwischen Ungarn und Österreich vom Interesse Ungarns aus gesehen nicht erwünscht sei. Diese Haltung war auch Dollfuß hinreichend bekannt, und so enthielt er sich auch in der ersten Periode seiner Regierung aller legitimistischen Andeutungen und Experimente.

In ein neues Stadium trat die Frage erst, als nach den Februarkämpfen 1934 der Machtkampf innerhalb der Regierung zwischen Dollfuß und Starhemberg besondere Formen annahm. Wir wissen heute, daß Starhemberg, nachdem er seiner nationalen Vergangenheit gründlichst abgeschworen hatte, mit dem Gedanken einer Reichsverweser-



1934. Die Legitimisten wittern Morgenluft. Der „Eiserne Ring“, die Spitzenorganisation der legitimistischen Verbände bei einer Kundgebung. Am Mikrophon der Sekretär und Biograph Kaiser Karls, Werkmann

schaft für Otto kokettierte. Dieser politische Desperado machte nun auch aus seinem Herzen keine Mördergrube und prellte im Februar 1934 mit einem selbstherrlich erteilten Interview vor, daß er einem Schriftleiter des „Ujsag“ gewährte. Er stellte darin fest, das dem Hause Habsburg das größte Unrecht zugefügt worden sei, als man ihm sein Recht nahm. Die Lösung dieser Frage müsse taktvoll und verständig getroffen werden. Mit der Außerkraftsetzung des Entthronungsgesetzes sei über die Staatsform noch nicht entschieden. Für eine solche Entscheidung sei die gegenwärtige Zeit noch nicht geeignet.

Unmittelbar darauf, am 26. Februar, fand in Wien eine vaterländische Kundgebung statt, die gemeinsam von zwei legitimistischen Verbänden veranstaltet wurde („Österreichische Front“ unter Führung des Grafen Rudolf Colloredo-Mannsfeld und „Eiserner Ring“ unter Führung des Gesandten a. D. Dr. Friedrich Wiesner). An ihr nahm Starhemberg persönlich teil. Auch Dr. Kemptner, der Stabschef der Vaterländischen Verbände, war anwesend. Der Legitimist Wiesner brachte hier die Übereinstimmung zwischen Heimatschutz, Sturmscharen und Legitimistenverbänden in der Verteidigung der Selb-



Gedächtnisfeier für Kaiser Karl in Wien im Vorgarten des Schwarzenberg-Palais. Exzellenzen, Kreaturen und kein Volk

ständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs zum Ausdruck. Die hier genannten Verbände waren bis zur Dollfußära ohne jede politische Bedeutung und ohne nennenswerte Anhängerschaft gewesen. Sie bestanden in der Hauptsache aus adeligen Zirkeln, verworrenen Träumern von einer sagenhaften guten alten Zeit und einigen Konjunkturrittern, die hier irrtümlich Morgenluft witterten. Immerhin tauchten wieder Gerüchte über Restaurationsbestrebungen der österreichischen Regierung auf, so daß sich Dr. Benesch am 12. März neuerdings veranlaßt sah, seine warnende Stimme zu erheben. Er erklärte einem Berichterstatter des „Petit Parisien", daß am gleichen Tage, an dem in Wien die Habsburger wieder eingesetzt würden, der tschechoslowakische Gesandte Wien verlassen würde. Die Kleine Entente sei fest entschlossen, sich mit allen Mitteln der Rückkehr der Habsburger zu widersetzen. Sie würde jede andere Lösung lieber hinnehmen als diese.

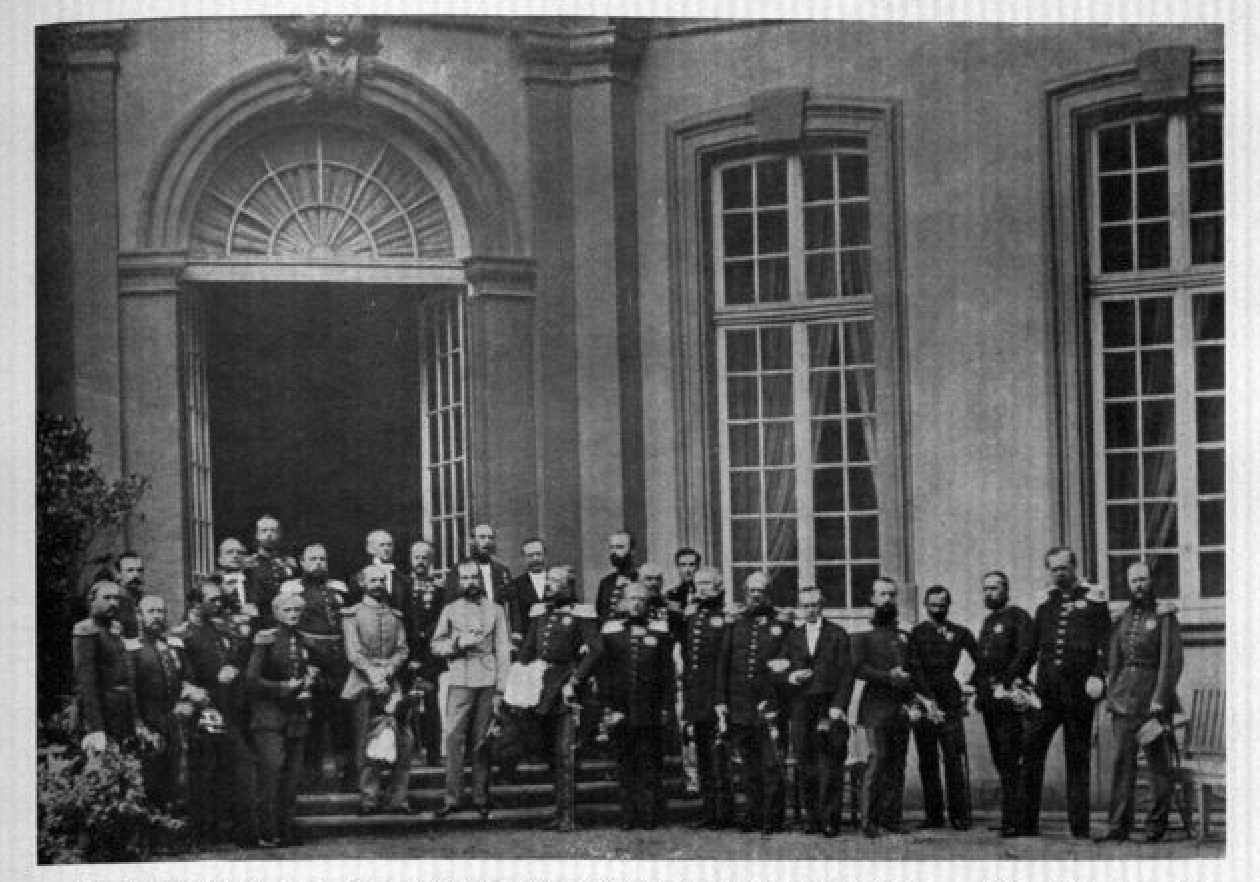
Zwei Tage nach diesem Interview konnte aber der Legitimistenführer Dr. Wiesner

in Wien einen Presseempfang abhalten, in dem er zwischen den Grundsätzen der Vaterländischen Front und denen des Legitimismus eine Parallele zog und authentisch mitteilte, daß die Mitglieder des Hauses Habsburg sofort zurückkehren würden, sobald die Landesverweisung aufgehoben sei. Zu gleicher Zeit fast erklärte Schuschnigg auf einer Versammlung der ostmärkischen Sturmscharen in Innsbruck, daß die Aufhebung der Habsburger Gesetze eine Selbstverständlichkeit sei, die nicht politisch betrachtet werden dürfe, es handle sich lediglich um eine Frage des Rechts.

In solch schillernden Redensarten, beziehungsreichen Andeutungen und verlegenen Formulierungen begann sich der Legitimismus in die österreichische Systempolitik einzuschalten. Man lavierte ziemlich geschickt, und in unterirdischen Kanälen liefen die Verbindungen von Stenockerzeel in gleicher Weise nach Paris wie nach Wien ins Bundeskanzleramt, zum Vatikan und zum Episkopat, zum Heer und zur Heimwehr. Diese legitimistische Regsamkeit begleitete nun in ständiger direkter und indirekter Einflußnahme die österreichische Politik bis zu ihrem unrühmlichen Ende. Die Bedeutung des Legitimismus beruhte nicht auf seiner tatsächlichen Anhängerschaft, die ja winzig genug war, auch nicht auf den zahlreichen politischen Querverbindungen, sondern einzig und allein darin, daß im Legitimismus die einzig konsequente Lösung der von der Systemregierung eingeschlagenen politischen Richtung lag. Damit aber wurden auch von legitimistischer Seite die geheimen Absichten dieser Regierung oft recht unzeitgemäß deklariert.

In der Restaurationsforderung entstand allmählich jenes Programm, das, wenn dies überhaupt möglich sein sollte, der farblosen Selbständigkeitsforderung der offiziellen Staatsdoktrin einen faßbaren Sinn und ein konkretes Ziel geben konnte – mochte auch diese Sinngebung noch so utopisch sein. Aber daran krankte ja die ganze kleinösterreichische Staatstheorie, daß sie die zentrale Frage nach der Aufgabe, dem Zweck und dem besonderen Sinn eines selbständigen österreichischen Staates nie klipp und klar beantworten konnte. Diese Antwort aber lieferte der Legitimismus. Auch sprach er ja nur das offen aus, was das geheime Programm eines Schuschnigg war, das dieser aber aus außenpolitischen Rücksichten immer für sich behalten mußte. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, daß Herrn Schuschnigg dieses Bekenntnis knapp vor seinem plötzlichen Ende dennoch entschlüpfte. In einem Interview vom 5. Jänner 1938 an den Korrespondenten des „Daily Telegraph" gab er das einzige, restlos ehrliche Bekenntnis seiner ganzen politischen Laufbahn: „Ich bin Monarchist durch Tradition und Überzeugung."

Dieses Bekenntnis allein offenbart, daß der Legitimismus eine wirkende Kraft in Systemösterreich war. Sein Eigentrieb war belanglos und erzeugte höchstens eine exklusive Vereinsmeierei. Dadurch aber, daß der Staatschef des diktatorisch regierten Österreich innerlich dem legitimistischen Programm verschworen war, wurde es auf jene Ebene gehoben, auf der sich eben die österreichische Staatspolitik vollzog. Dieses Be-



Der Frankfurter Fürstentag. 1863. Der mißglückte Versuch Franz Josephs, die Führung in Deutschland noch einmal an Habsburg zu reißen

kenntnis Schuschniggs mag vielleicht von seinem Standpunkt aus eine Unvorsichtigkeit gewesen sein, für seine Gegner aber war es nur die längst fällige Bestätigung einer klar erkannten Haltung.

Nur im Rahmen eines großen Konzeptes kann die Rolle des Hauses Habsburg und seines Repräsentanten Otto verstanden werden. Die Restauration war weder eine Frage der Staatsform noch des Staatsrechts. Sie war lediglich die beabsichtigte Krönung des österreichischen Staatsexperimentes, das mit dem skrupellosen Erschleichnis der Macht durch Dollfuß begonnen hatte.

Die ganze Anlage der kleinösterreichischen Ideologie, der Missionsgedanke wie die Selbständigkeitsforderung mußte zwangsläufig zum Legitimismus führen. Ebenso wie sich diese ganze Ideologie erst aus den verschiedensten Elementen allmählich herauskristallisierte, wurde auch die legitimistische Tendenz nach außen nur langsam und schrittweise deutlich. Dollfuß stand ja zuerst durchaus in der Verteidigung – nicht gegen einen Zugriff von außen, sondern gegen den Ansturm von innen. Solange hatte die Forderung

nach staatlicher Selbständigkeit nur defensiven Charakter. Österreich sollte als Staat nicht – wie man sich in den katholischen Kreisen auszudrücken beliebte – das Schicksal Bayerns erleiden. Dieses Schicksal drohte nicht etwa von der nationalsozialistischen Staatsführung im Reiche durch direkte Eroberung, sondern einzig und allein vom Volke in Österreich selbst, dem die Anschlußidee in Fleisch und Blut übergegangen war. So ging man zunächst an die politische Entrechtung der österreichischen Nationalsozialisten, um einer Gleichschaltung von innen her, aus der Substanz des Volkes heraus, zu begegnen. Der nackte Selbsterhaltungstrieb der Regierung war das Primäre. Aus ihm folgte dann erst alles andere. Nur in einem staatlich selbständigen Österreich konnte diese Regierung an der Macht bleiben. So mußte sie die Selbständigkeit der Anschlußforderung als Postulat entgegenstellen.

Erst als man im Laufe der Entwicklung diesem Postulat auch eine innere Sinnerfüllung geben mußte, stellten sich die legitimistischen Argumente wie von selbst ein. Österreich als selbstgenügsamer und eigengesetzlicher Staatsgedanke konnte ja an gar keine andere Tradition anknüpfen als an die habsburgische. Dem Kleinstaat von Gnaden St. Germains konnte schwer eine „Mission" angedichtet werden, die sich im Status quo beschränken ließ. So dachte man bald an die ehemalige Donaumonarchie, wenn man vom Donauraum sprach. Unbekümmert um die tatsächliche staatliche Struktur dieses Raumes, wie sie in den Friedensverträgen festgelegt worden war, unbekümmert um den eindeutigen Willen der Nachfolgestaaten, voran der Kleinen Entente, diesen Zustand als sakrosankt zu betrachten, erging man sich in historisierenden Erinnerungen an die Vorkriegszeit.

So stellte sich auch sehr bald eine heftige Polemik gegen die Auffassung ein, daß Österreich seine Sinngebung vor allem aus der Ostmarkaufgabe zu ziehen habe. Auch das war nur folgerichtig. Eine Mark ist Glied des Reiches, zu des Reiches Schutz errichtet. Daraus läßt sich keine Selbständigkeit, sondern nur der Anschluß ableiten. Daher mußte man notwendig jede funktionelle Beziehung zum Reiche ablehnen und Österreich nur in den Donauraum, in eine Donauföderation verweisen.

Von hier war nur mehr ein Schritt bis zur Ablehnung einer gesamtdeutschen Geschichtsauffassung schlechthin. Man predigte eine österreichische Geschichtskontinuität in eigengesetzlicher Entwicklung. Hier mußte wiederum zwangsläufig der dynastische Gedanke in den Mittelpunkt rücken. Während sich gerade von Wien aus eine gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung durchzusetzen begann, die gegenüber der kleindeutschen Sehweise auch die österreichische Vergangenheit gerechter beurteilt wissen wollte, die preußische wie die österreichische Geschichte nur als Sektoren einer Deutschen Nationalgeschichte auffaßte, war die kleinösterreichische Ideologie ganz und gar darauf aus, den geschichtlichen Gegensatz zwischen Preußen und Österreich gleichsam als ein unveräußerliches Gesetz in die Gegenwart zu übertragen. Während gesamtdeutsche Historiker

bemüht waren, eine Ehrenrettung der österreichischen Vergangenheit vor dem Bewußtsein der Nation heraufzuführen, gossen die Systemhistoriker ganze Kübel voll Schmutz über die großen Gestalten preußischer Geschichte. Friedrich der Große wurde hier überhaupt nur als Räuber und Friedensbrecher dargestellt und Königgrätz zum grundsätzlichen Ereignis der Geschichte Österreichs erhoben. Auch eine solche verkrampfte Sehweise war überhaupt nur unter dynastischem und damit legitimistischem Vorzeichen berechtigt, und in dieser inoffiziellen Programmatik nahm man sich auch bald kein Blatt mehr vor den Mund, worin denn diese ganze österreichische Tradition gipfeln sollte.



März 1938. Noch ist die Uniform verschieden, die Menschen kann nichts mehr trennen

Im Flusse dieser dynastischen Argumente stellte sich auch bald die Frage, wie weit denn die Deutschheit des Österreichertums überhaupt ein gültiges Wesensmerkmal sei. Bei der Beantwortung dieser Frage ergaben sich nun die seltsamsten Verwirrungen. Es lassen sich drei Gruppen feststellen. Die einen wurden nicht müde zu betonen, daß der österreichische Gedanke richtig, d. h. in ihrem Sinne verstanden, überhaupt eine besonders edle Ausprägung des Deutschtums sei. Für sie war der Nationalsozialismus eine vorübergehende Verirrung. Das echte und wahre Deutschtum werde aber in Wien bewahrt und in bessere Zeiten hinübergerettet. Hier zitierte man aus der Geschichte alle deutschen Leistungen Österreichs aus der Vergangenheit. Man prunkte mit den Reichsinsignien, die in Wien aufbewahrt waren, schmückte sich mit den Lorbeeren eines Prinz Eugen, eines Erzherzogs Karl, um schließlich bei dem absurden Gedanken zu landen, daß von Wien aus eine künftige Regeneration Deutschlands zu erfolgen habe. Fast immer waren solche Narrheiten auch mit konfessionellen Erwägungen durchzogen. Tradition der Gegenreformation!

Die andern wieder bewegten sich in einem labilen Sowohl-als-Auch. Hier ging es um die Rangordnung des Österreichischen und des Deutschen. Man erklärte in ver-



(Gläser)

Drei Jahre vor dem Weltkrieg. Erzherzog Karl, der spätere Thronfolger und Kaiser heiratete Zita von Bourbon-Parma. Rechts der alte Kaiser

zwickten und langatmigen Erörterungen, daß Deutschheit und Österreichertum durchaus vereinbar seien. Die Deutschheit des Österreichers war hier etwas, was sich eben nicht bestreiten ließ. Sie habe nur eine so besondere Ausprägung erfahren, daß sie bereits außerhalb der gemeindeutschen Entwicklung stünde. Die völkische Bestimmung des Österreichers sei sekundär, denn die österreichische Idee sei mit nationalen Begriffen nicht zu erfassen, sie sei eben übernational. Der Österreicher brauche wohl seine Deutschheit nicht zu verleugnen, aber sie sei nicht seine Aufgabe.

Die dritten aber propagierten schlechthin die österreichische Nationalität, das österreichische Volkstum. Hier ging es nicht mehr um besondere Stammeseigentümlichkeiten, um einen eigentümlichen Menschenschlag – dessen Vorhandensein übrigens von den Nationalsozialisten niemals verleugnet wurde –, sondern um eine eigengesetzliche Nation, der aus sich heraus eine eigene Staatlichkeit zukomme. Alle diese verschlungenen Rechtfertigungsversuche mündeten aber schließlich immer wieder in der habsburgischen Restauration.

Diesem ideologischen Durcheinander standen aber die nüchternen Tatsachen der realpolitischen Lage, in die sich Österreich hineingestellt sah, entgegen. In ihr war es schlechthin unmöglich, die Restauration offen als letztes Ziel zu bekennen. So kam es zu einem recht

sonderbaren Kompromiß, der schon von vornherein wegen seiner inneren Unlogik unglaubwürdig bleiben mußte. Bereits am 31. März 1934 gab Dr. Wiesner die neue Parole aus. Der Legitimismus strebe die Restauration nur für ein Österreich in seinen derzeitigen Grenzen an. Jeder Revisionismus werde verworfen; die Habsburgerfrage ist somit eine rein innerösterreichische Angelegenheit.



Die Wahlpropaganda Schuschniggs. Das Volk geht darüber hinweg

Die Tendenz dieses Programms war klar. Sie sollte den Argwohn der Nachfolgestaaten beschwichtigen und so dem Prätendenten Otto vorerst einmal den Weg nach Wien ebnen. Man verschrieb sich dieser Propaganda so ausschließlich, daß man tatsächlich auf die natürlichen Überlieferungen des Hauses Habsburg Verzicht leistete. Man machte mit anderen Worten den Versuch, die für alle Nachfolgestaaten so anrüchige Hausfarbe Schwarz-Gelb auf Rot-Weiß-Rot umzufärben.

Wenn auch dieser Verzicht nach dem Osten nach der ganzen Natur des habsburgischen Herrschaftsanspruches nicht endgültig sein konnte, so zeigte er doch deutlich, daß man auch nach Westen seine Aspirationen hatte. Und hier traf sich der Legitimismus vielleicht am innigsten mit den geheimen Plänen und Hoffnungen Schuschniggs und des Vatikans. Hier gewann das verräterische Spiel mit der Mainlinie, mit einem süddeutsch-katholischen Gegenreich ganz konkrete Formen. So finden wir in der Wochenschrift „Der Christliche Ständestaat“ vom 19. August 1934 einen Aufsatz „Österreich und der Limes“, in dem an die Stelle der Ostmarkaufgabe die Limesverteidigung gestellt wird. Die Mission Österreichs sei „die alte, unvergängliche Wacht am Limes der christlichen Kultur. Dieser Limes hat einst das Imperium Romanum von den Nordvölkern getrennt: er war das Symbol der römischen Kultur“.

In diesen Absichten ließ man sich gerne vom deutschfeindlichen Ausland Sukkurs geben. Schon im Dezember 1933 veröffentlichte dieselbe Zeitschrift einen Aufsatz von



So warb Schuſchnigg ...

Graf Robert d'Harcourt: „Öſterreich, von Frankreich aus geſehen." Hier finden wir bereits ähnliche Gedankengänge: „Inmitten der ſteigenden Flut des Boruſſentums, dieſes oſtelbiſchen Elementes, das von außen her in das eigentliche Deutſchland eingedrungen iſt ... ragt Öſterreich als letztes, unverſehrtes Land empor." Es „verkörpert die alte, milde und menſchliche Kultur (über die ſich von Frankreich aus ſo bequem herrſchen ließ. A. d. V.), es iſt die Hoffnung nach dem Zuſammenbruch der ſüdlichen Länder, die vor einigen Monaten von Preußen verſchlungen worden ſind. Dieſer neuerliche Zuſammenbruch der Mainlinie ſtellt heute Öſterreich vor eine Aufgabe von beſonderem Gewicht, beſonderer Feierlichkeit".

Die Aufrollung der Mainlinie, das war es, was man ſich im Weſten und im Vatikan von Öſterreich und von Habsburg erwartete. Dieſes Öſterreich, das für Einmiſchungen in ſein Gewaltſyſtem ſo empfindlich ſein konnte, ſetzte alle Hoffnungen auf einen wiederkehrenden Partikularismus. Darin allein beruhte die ganze ſentimentale Schwärmerei für den Föderalismus, der dem deutſchen Weſen allein als ſtaatliche Form angemeſſen ſei. So erteilt die ſchon genannte Wochenſchrift am 7. Oktober 1934 einem anonymen



... und so das Volk

bayrischen Separatisten das Wort, der ganz unverblümt gegen die „Verpreußung" Bayerns wettert und in schamloser Weise die bayrische Bevölkerung verdächtigt, einem Separatismus zu huldigen, wie er in Österreich praktisch verwirklicht wurde. „Wir möchten auf ein Volk hinweisen, das schweigend duldet und am österreichischen Beispiel lernt, um einmal, wenn der braune Spuk ausgegeistert haben wird, in seiner Art mitwirken zu können an der ewigen Sendung des echten Deutschtums in Europa." Von diesem Bayern wird behauptet: „Sein träumender Blick geht von Mariazell nach dem unvergleichlichen bayrischen Heiligtum zur Gnadenmutter und Schutzfrau Bayerns nach Altötting. Dort schlägt das Herz seines Volkes am lebendigsten, dort wird es ihm zur Gewißheit, daß Bayern nicht für immer untergegangen sein kann, daß es noch einmal Seite an Seite mit seinem österreichischen Brudervolk für den heute mißbrauchten deutschen Namen und die geschändete deutsche Ehre eintreten wird, daß es Österreich helfen wird, Europa und die christliche Kultur zu retten."

Angesichts einer solchen grundsätzlichen Einstellung fällt der Kleinkrieg der legitimistischen Propaganda, ihre Taktik, mit der sie sich auch nach dem Abkommen vom 11. Juli

ihren Einfluß auf die Staatsführung und bedeutende Sonderrechte sichern konnte, zurück. Ihren eigentlichen Sinn finden wir immer wieder in zahlreichen Zeugnissen, von denen nur noch die Stimme des Vizebürgermeisters der Stadt Wien, Dr. Ernst Karl Winter, angeführt sei. Er schrieb in seinem Buche „Monarchie und Arbeiterschaft" noch im September 1936: „Die politischen Kräfte in diesem Lande rüsten sich zum letzten Absprung. Mitreißen werden nur diejenigen Kräfte das Volk, die sich der historischen Stunde bewußt sind: entweder finis Austriae, der Untergang Österreichs, oder eine nova creatura, eine Neuschöpfung Österreichs, durch die wir der Mittelpunkt des Weltkampfes gegen das Dritte Reich werden! Ein drittes gibt es nicht!"

So sahen die eigentlichen Ziele des österreichischen Legitimismus aus. Sie hingen aber im luftleeren Raum. Alles Werben um eine noch so dürftige Verwurzelung im Volke blieb vergebliche Liebesmüh. Wohl prunkte man nach außen mit einer fiktiven Anhängerschaft, indem man auf die zahlreichen Ehrenbürgerernennungen des Habsburgersprossen verwies. Alle Welt wußte aber, daß diese „Treuebekenntnisse" nicht vom Volke, sondern von den durchwegs von oben eingesetzten Bürgermeistern kamen, die ja als Systemkreaturen bereit waren, dem leisesten Wink ihrer politischen Auftraggeber zu folgen. Im Volke aber herrschte die unsichtbare Illegale. Mit ihrem unerbittlichen Widerstand verhinderte sie den schändlichsten Verrat an Deutschlands Einheit und Größe.

Systemideologie

Wenn wir hier die Parolen des Systems in die Erinnerung zurückrufen, so ist es notwendig, vorher restlose Klarheit über ihre Funktionen herzustellen. Denn es ist charakteristisch für die gesamte Ideologie des Dollfußsystems, daß sie durchweg als nachträgliche Rechtfertigung eines mit zweifelhaften Mitteln geschaffenen Zustandes aufscheint. Was hier an tragenden Ideen zu verzeichnen ist, das war nicht eine Summe gedanklicher Kräfte, die etwa aus eigenen Trieben jene tiefgreifenden politischen Veränderungen hervorgerufen hätten, d. h. sie waren nicht in ihrem Wesen revolutionär. Dollfuß revoltierte wohl gegen die bestehende Staatsform, setzte sie auch mit einem Staatsstreich außer Kraft; die Motive jedoch, die bei diesem Umbruch Pate gestanden haben, waren nichts anderes als der nackte Selbsterhaltungswille einer Regierung, deren Unterbau im Volke zu zerbröckeln drohte, die nun Revolution von oben machte, um ihr Dasein künstlich zu verlängern und zu erhalten, kurz, um an der Macht zu bleiben.

Solch nackter Cliquenegoismus ist jedoch offensichtlich kein tragfähiges Fundament für ein politisches Programm. Gerade politische Programmatik war aber den Machtträgern um so notwendiger, als sie sich ja in erster Linie gegen den Ansturm einer neuen politischen Idee, verkörpert im Nationalsozialismus, zu verteidigen hatten. Gerade die magnetische Anziehungskraft dieser Idee drohte aber den kleriko-faschistischen Machthabern den realen Untergrund zu entziehen. Es war daher nur eine natürliche Reaktion, daß man versuchte, Idee mit Idee zu bekämpfen.

Es ist da ein grundlegender Unterschied, ob eine Idee zuerst ihre Anhänger gewinnt und dann durch die fortgesetzte Vermehrung ihrer Anhängerschaft schließlich in organischer Entwicklung zur Machtergreifung kommt, oder ob die machtpolitischen Erwägungen im Anfang stehen und die ideelle Unterbauung erst nachträglich erfolgt. Die Frucht einer solchen zweckbedingten Konstruktion ist aber niemals eine wirklich tragfähige Idee, sondern höchstens eine künstliche Ideologie. Hier steigen die entscheidenden Thesen nicht aus einem politischen Erlebnis auf, sondern werden von der tagesgebundenen Situation diktiert, in der Retorte einseitiger Zweckbestimmung zusammengebraut.

Prüfen wir nun, was denn eigentlich die ganz primitive Entscheidungsfrage dieser Situation war, so stoßen wir auf die zwei kardinalen politischen Forderungen: Anschluß und Selbständigkeit. Der Anschluß war und blieb der Kern aller nationalen Politik in Österreich. Sein Vollzug hätte aber nach dem 30. Jänner das Verschwinden der an der Macht befindlichen politischen Kräfte bedingt. Diese Kräfte fühlten daher instinktiv gerade in der Anschlußforderung ihre entscheidende Bedrohung. Sie war „*die Gefahr*". Sie zu verhindern, war das vordringlichste Gebot. So muß in der *Verhinderung des Anschlusses die grundsätzliche Regierungsthese* erblickt werden. Wir haben also eine ausgesprochen negative Zielsetzung vor uns, deren positive Umkehrung die Selbständigkeitsforderung ergab. Was immer in dieser positiven Umkehrung nun gesagt und geschrieben wurde, konnte seinen Ursprung aus der Negation niemals mehr verleugnen. Aus diesem Grunde fehlte auch allen ideologisch noch so raffiniert zurechtgezimmerten Beweisgründen die zündende Kraft. Man machte aus der Not eine Tugend und diese Tugend zum Staatsgrundgesetz.

In *solchen* Zusammenhängen ist es einzig und allein möglich die Systemideologie zu sehen. Sie hatte von allem Anfang an das Stigma des Sekundären an sich. Sie war im doppelten Sinn des Wortes *Reaktion*. Aus dieser einmaligen Lage ergab sich aber einfach zwangsläufig die *innere Verlogenheit als latenter Zustand*. Denn alle in Hinkunft vorgetragene ideologische Rechtfertigung war und blieb nur der unzulängliche Versuch einer Umkehrung ins Positive, deren Hauptzweck und letzter Sinn ja doch wiederum nur die Tarnung und Verschleierung der eigentlichen Zielsetzung war.

Die *Notwendigkeit* einer Tarnung ist selbst aber ein Beweis für die tiefe Verwurzelung des völkischen Denkens und damit der Anschlußforderung im Volke. Sogar einem Dollfuß war klar, daß er seine eigentlichste Parole: „*Verhinderung des Anschlusses*" nicht auf seine Fahnen schreiben konnte, solange er sich noch mit der Hoffnung trug, im Volke selbst mit seiner Politik einen einigermaßen tragfähigen Rückhalt zu finden. Er suchte daher nach einer Formel, von der er hoffen konnte, daß sich damit das nationale Gewissen der Österreicher beschwichtigen ließe. Fast in allen Reden der ersten zwei Jahre läßt sich beobachten, wie Dollfuß in stereotypen, immer wiederkehrenden Wendungen seine separatistische Unabhängigkeitspolitik national verbrämte.

So entstand die These, daß Österreich als selbständiger Staat innerhalb *des Gesamtdeutschtums* eine *besondere Mission* zu erfüllen habe. Diese Formel hatte nun offensichtlich einen doppelten Boden. Auf dem einen stand Dollfuß mit seiner Clique und betonte die *besondere Mission*, auf dem anderen stehend dachte er sich die nationale Bevölkerung, die er mit dem zweiten Glied der Formel, *innerhalb des Gesamtdeutschtums*, zu beruhigen hoffte. Daß diese Hoffnung sich als trügerisch erwies, liegt nicht zuletzt im rein *Formelhaften* dieser *Missionsideologie*.



Der Besuch des Reichsaußenministers v. Neurath in Wien war von einer gewaltigen Volkskundgebung begleitet

Was sagte sie denn eigentlich aus?

Zwei rein formale Umschreibungen des österreichischen Staates. Einzig und allein ausschlaggebend konnte aber sein, welcher Inhalt in diese Formen gegossen wurde. Bei der grundsätzlichen Bedeutung dieser These wäre eigentlich zu erwarten gewesen, daß über den Inhalt dieser Mission etwas verlautbart worden wäre. Gerade darüber zu schweigen, war aber die einzige Konsequenz der gesamten Missionsideologie. Sie war also eine von vornherein mißglückte Rechtfertigung der Unabhängigkeitsforderung. Man begnügte sich damit, festzustellen, daß die Selbständigkeit Österreichs einen besonderen Sinn habe, und glaubte sich damit der Verpflichtung enthoben, klipp und klar zu umschreiben, worin denn dieser Sinn läge. Darauf allein kam es aber an. Denn nur aus einer klaren Sinngebung konnte auch folgen, inwiefern dieser Sinn ein deutscher Sinn wäre, welche Verbindlichkeit die Begrenzung der Mission innerhalb des Gesamtdeutschtums besitze. Daß sich nun Dollfuß dieser grundlegenden Unzulänglichkeit seiner Programmatik scheinbar gar nicht bewußt war, zeigt auch eine von ihm besonders oft verwendete weitere Formulierung.

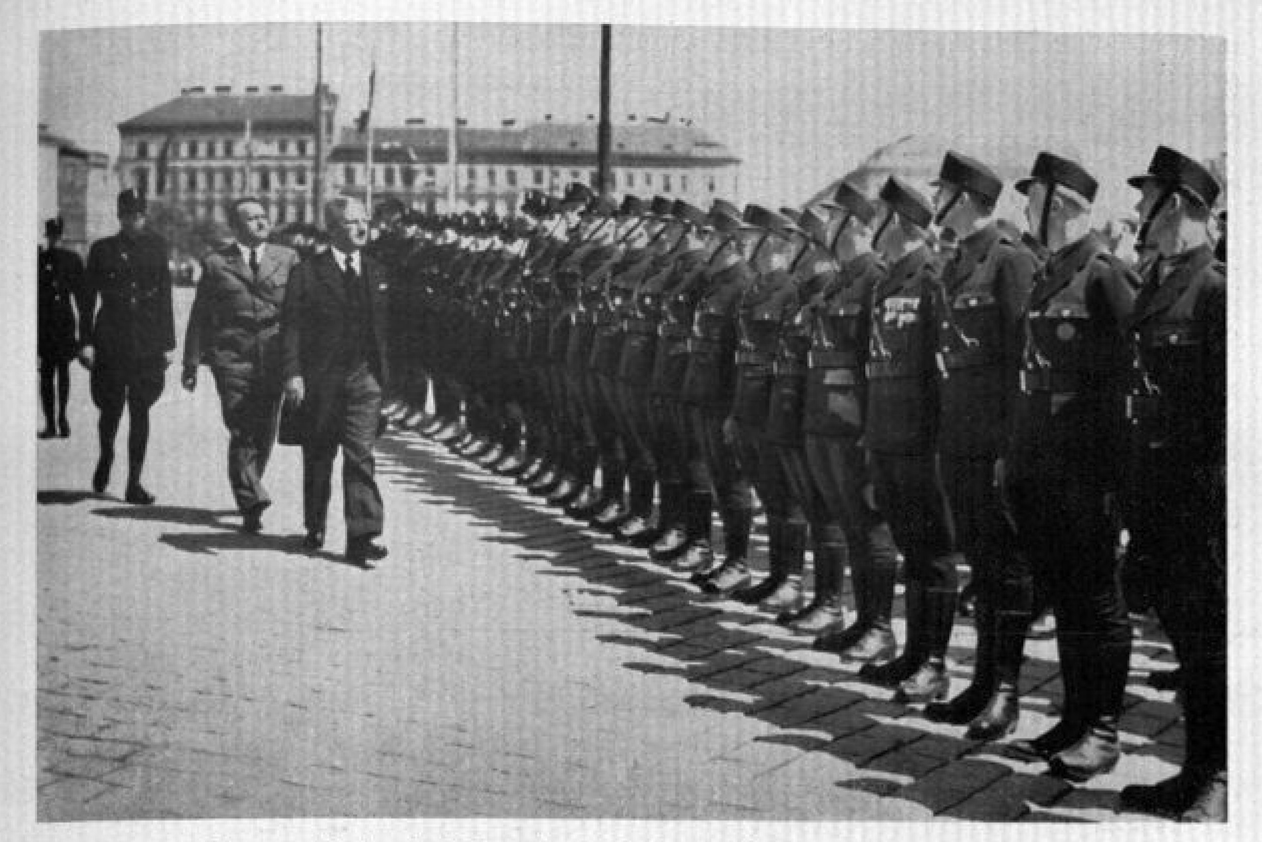


März 1934. Die Grenzposten werden militärisch bewacht und durch Ketten abgesperrt

Er verteidigte sich mit ihr gegen den Vorwurf, undeutsche Politik zu betreiben, indem er dann in diesen Fällen zu beteuern pflegte, daß Österreich so **selbstverständlich deutsch** sei, daß es diese Deutschheit gar nicht besonders betonen brauche. Aber auch dieser Satz war nur eine Flucht davor, den Sinn seiner Politik eindeutig zu umreißen. Jeder Hitlerjunge hätte ihn darüber aufklären können, daß es um alles andere eher ging als um eine mehr oder minder starke **Betonung** des Deutschtums in Österreich. Es bestand vielmehr der berechtigte Zweifel, ob für Dollfuß diese selbstverständliche Deutschheit überhaupt irgendeinen verpflichtenden Charakter besäße. Nicht sein **Deutsch**-„**Sein**" wurde ja in Frage gestellt, sondern die **Deutschheit seiner Politik**. Niemand hätte von ihm einen besonderen Nachweis seiner Deutschblütigkeit verlangt, wohl aber den Nachweis dafür, ob dieses selbstverständliche Deutschsein einen sichtbaren Niederschlag in seinem Handeln wie in seiner Programmbildung gefunden habe.

Nichts ist aber so aufschlußreich für die innere Verlogenheit der österreichischen Unabhängigkeitspolitik als diese Flucht in die unverbindliche Formel. Was eine **programmatische Rechtfertigung** werden sollte, das gedieh höchstens zu einer **kindischen Ausrede**. Dieser Mangel jeder konstruktiven Idee zeigt uns nur den eigentlichen Kern des Regierungsprogramms um so deutlicher. Es hätte folgerichtig lauten müssen: **Durch die Entwicklung in Deutschland und ihre sichtbaren Auswirkungen in Österreich ist die christlichsoziale Partei als Statthalterin des politischen Katholizismus in ihrer Machtstellung bedroht. Die Regierung ist aber nicht gewillt, diese Machtstellung preiszugeben. Sie wird daher alle Mittel anwenden, um ihre Position zu erhalten.**

Freilich wäre eine solche Programmatik einem offenen Eingeständnis der Diktatur gleichgekommen. Dann wäre aber auch die Gründung der „Vaterländischen Front" als scheindemokratische politische Willensträgerin hinfällig geworden.



Schuschnigg und Zernatto schreiten das Sturmkorps (S. K.) der Vaterländischen Front ab. Ein Beispiel für die äffischen Nachahmungen nationalsozialistischer Organisationsformen

Auf die Dauer konnte naturgemäß mit der Missionsformel allein kein Auslangen gefunden werden. Man mußte zumindest andeutungsweise doch zu konkreteren Bestimmungen greifen. Und hier klammerte man sich eben an den Namen Österreich, trug alles zusammen, was noch an altösterreichischer Tradition in Erinnerung war, um schließlich im Laufe der Entwicklung ganz folgerichtig beim Legitimismus zu landen. Das, was das Dollfußprogramm eigentlich beinhaltete, war nichts anderes als die Heraufbeschwörung der Zeit vor 1866. Man tat so, als wäre man geradeswegs von den Schlachtfeldern in Böhmen in das Bundeskanzleramt gekommen, und man machte sich die Dinge so einfach als nur möglich. Der Nationalsozialismus sollte an die Stelle Preußens treten, das Österreich vergewaltigen will. Wenn sich daher Österreich gegen seine Verpreußung wehre, so geschehe das durchaus im gesamtdeutschen Interesse, ja, Österreich sei damit überhaupt zum Bannerträger des großdeutschen Gedankens gegenüber dem kleindeutsch-preußischen geworden.

Solche Gedankengänge wurden nun bis zur Bewußtlosigkeit wiederholt. Es hatte oft den Anschein, als wäre man mitten ins vergangene Jahrhundert zurückversetzt, als

hätte es keine Reichsgründung, keinen Bismarck und keinen Weltkrieg gegeben. Dieses künstliche Hervorzerren längst überholter Gedankengänge proklamierte man aber dann selbstherrlich als das Wiedererwachen eines österreichischen Selbstbewußtseins. Daß dieses „österreichische Wunder" lediglich in den Reden und Schriften der führenden Männer des Regimes seinen Niederschlag fand, hinderte aber gerade dieses Regime nicht, es als entscheidenden volkspolitischen Vorgang hinzustellen, während in Wirklichkeit sogar in christlichsozialen Bevölkerungskreisen diese historisierende politische Rechtfertigung ohne Widerhall blieb. Was in diesem Sinn nun in der Folgezeit alles geschrieben und geredet wurde, das stellt so ziemlich das Verworrenste, Widerspruchsvollste und Scheinheiligste dar, was jemals an politischer Programmatik in die Welt gesetzt wurde.

Nun konnte aber eine Tatsache in ihrer wahrhaft niederschmetternden Überzeugungskraft selbst von diesen ideologischen Taschenspielern nicht hinweggetäuscht werden. Diese ebenso einfache wie beweiskräftige Tatsache war aber nichts anderes als das Nicht-mehr-vorhanden-Sein jenes Österreichs, aus dessen Überlieferung die entscheidenden Antriebe für das neue Regierungssystem geholt werden sollten. Es konnte ferner nicht verschwiegen werden, daß Österreich von Nachfolgestaaten umgeben war, die alles eher als geneigt waren, altösterreichische Erinnerungen und Traditionen zu pflegen. Es fehlte also dem österreichischen Wunder jeder reale Hintergrund. (Vielleicht nannte man es gerade deshalb ein Wunder!) Was tat man aber nun? Wann immer die Sprache auf diesen kardinalen Widerstand geriet, schwupps! war der Vogel ins Methaphysische entflogen; Österreich sei wohl keine Wirklichkeit aber eine – Idee.

Nun fehlt zwar gerade unserer Zeit alles eher als ein Verständnis für die wirklichkeitsverändernde Kraft echter Ideen. Diese österreichische Idee war aber eben nicht echt. Wenn von ihr die Rede war, so nur deshalb, um sich aus der Unvereinbarkeit politischer Wirklichkeit und ideologischen Anspruchs in ein mystisches Dunkel zu flüchten. Man mag die Dinge wenden und drehen, wie man will, auch die sogenannte österreichische Idee entpuppte sich als nichts anderes als eine Tarnung des verwegenen und tollkühnen Versuches, die ihrer Grundfesten beraubte christlichsoziale Partei als alleinige Machtträgerin eines Staates zu erhalten.

Unter diesem Aspekt müssen wir die offiziellen Reden und Schriften beurteilen. Neben dem, was an offiziellen Formulierungen vorliegt, entwickelte sich aber sehr bald ein gewissermaßen halbamtliches Schrifttum, das von den taktischen Verklausulierungen der Staatsreden frei war und sich im Laufe der Entwicklung immer weniger ein Blatt vor den Mund nahm. So wurde Ende 1933 auf Anregung Dollfuß' eine Wochenschrift „Der christliche Ständestaat" ins Leben gerufen, die dann mit ihren Kommentaren die österreichische Systempolitik bis zu ihrem Ende begleitete und für uns heute eine weitaus wertvollere Quelle darstellt als alles das, was aus offiziellem Munde zu hören war.



Das letzte Kabinett Schuschnigg

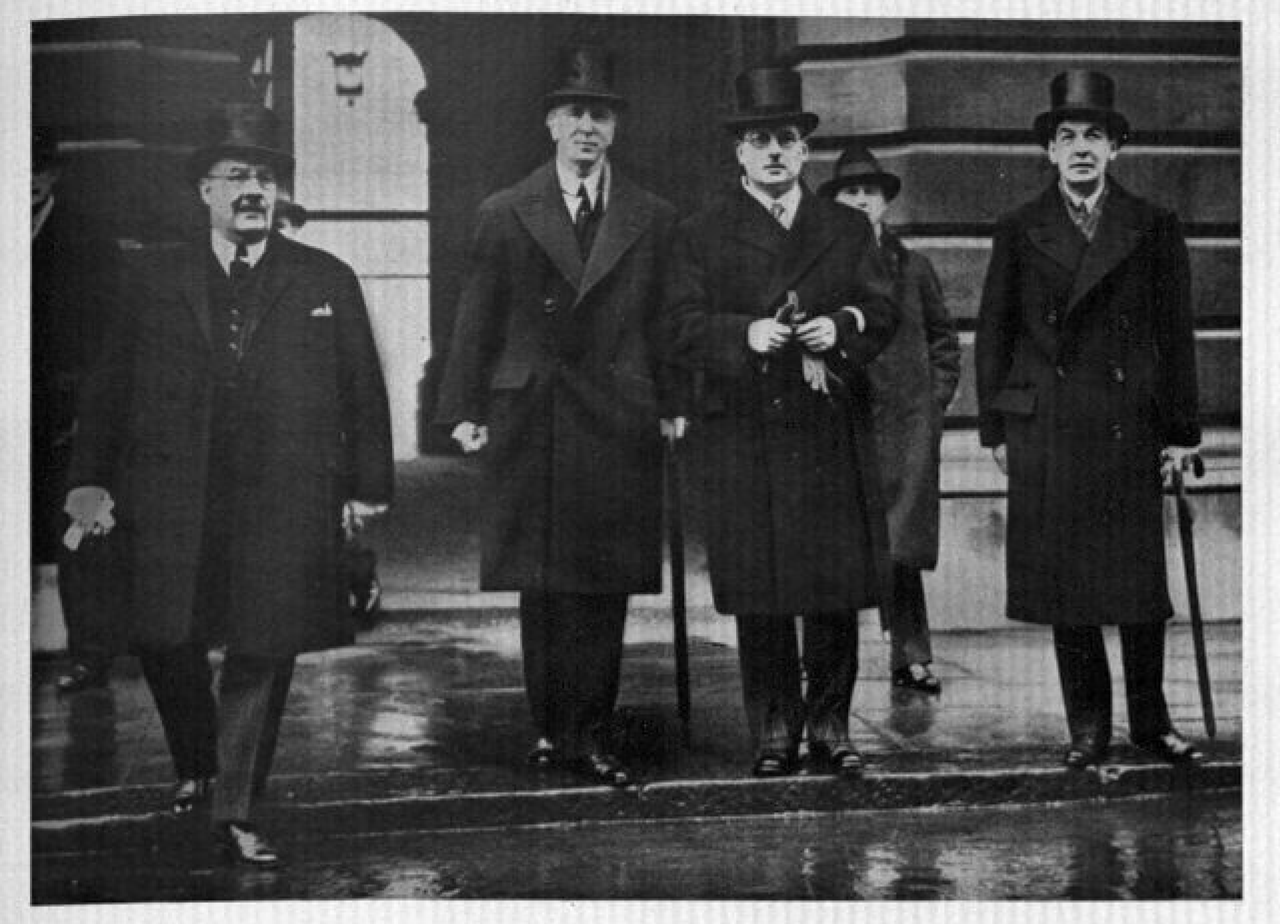


Die bösen Geister Österreichs. Schmitz, Schuschnigg, Zernatto nach der Bundestagsrede vom 24. Februar 1938

Was auf diesen Blättern zusammengetragen wurde, stellt den eigentlichen Kern der neuösterreichischen Programmatik dar. Hier fehlen auch alle nationalen Bemäntelungen, deren sich die öffentlichen Wortführer so gerne bedienten, und die kleinösterreichische Staatsideologie enthüllt sich bis zur Schamlosigkeit. Mit einem heiligen Ernst entwickelte man die vertracktesten Theorien, um die Kernfrage der österreichischen Selbständigkeit mit religiösen und philosophischen Abhandlungen zu überwölben, um den Nachweis zu erbringen, daß aus der Deutschheit von Volk und Land eben nicht der Anschluß folge.

Mit Vorliebe bediente man sich dabei jener These aller Emigranten und Separatisten, daß der Nationalsozialismus dem deutschen Wesen widerspräche, daß daher jeder Kampf gegen ihn ein Kampf für das *wahre Deutschtum* sei. In diesem Kampfe falle aber gerade dem Staate Österreich die bedeutungsvollste Rolle zu. Hier müsse eine Bastion errichtet werden, von der aus sich dieses wahre Deutschtum einst wieder regenerieren könne, wenn der „braune Spuk" verflogen sei. Damit glaubte man ein Konzept in den Händen zu haben, aus dem sich wenigstens klare Schlußfolgerungen ziehen ließen. Vor allem konnte man sich damit gegen den Vorwurf des Separatismus verteidigen, denn der Kampf gegen den Nationalsozialismus gelte ja gar nicht dem deutschen Volke an sich, sondern nur einer vorübergehenden Vergewaltigung seines eigentlichen Wesens.

Man überschlug sich förmlich, dies immer wieder zu versichern, und hoffte damit, die im Volke der Ostmark schon längst erkannte Identität von Nationalsozialismus und deutschem Schicksal auseinanderzusprengen. Gelang dies, dann konnte man berechtigt hoffen, den österreichischen Separatismus als ein Gebot des nationalen Gewissens hinzustellen, schließlich auch die staatspolitischen Scheinerfolge volkpolitisch zu unterbauen. – Man ging mit diesen anmaßenden Thesen sehr weit. Indem man glaubte, den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Staatsführung voraussehen und abwarten zu können, überschätzte man die österreichische Position maßlos. Man verlor



Schuschnigg in London. 25. Februar 1935. Von l. n. r.: Berger-Waldenegg (österr. Außenminister), Baron Frankenstein (österr. Gesandter), Schuschnigg bei der Ankunft in der Downing Street

sich in hysterischen Träumereien und glaubte im Besitze eines Auftrages zu sein, der schon längst durch die Geschichte annulliert war, eines Auftrages zur Führung Deutschlands durch ein habsburgisches Österreich. Nur so ist es verständlich, daß etwa folgende Sätze gedruckt werden konnten, ohne daß den Editoren die unfreiwillige Komik zum Bewußtsein kam:

„Man wirft uns vor, diesen engen Staat zu wollen als Letztes; er kann aber nur ein Übergang sein; Österreich sucht die Einsamkeit, um sich zu läutern.

Nicht ein Anschluß Österreichs an Deutschland, aber ein Anschluß Deutschlands an Österreich.

Österreich braucht nicht Deutschland, aber Deutschland braucht Österreich!"

Während die offizielle Staatsführung nicht müde wurde, alle Verbindungsfäden, die von den österreichischen Nationalsozialisten zu ihren Partei- und Kampfgenossen im Reich liefen, als staatspolitische Einmischung anzuprangern, wurde in diesem offiziösen

Schrifttum eine Frontenbildung proklamiert, die das gesamte deutsche Volk in zwei Lager aufteilen sollte:

„Das weitaus wichtigste Ereignis der österreichischen Außenpolitik ist die Kette von Feindseligkeiten des Deutschen Reiches gegen uns. Gerade deshalb ist es außerordentlich wichtig, diese Frage ganz genau zu klären. Die Trennungslinie läuft nämlich gar nicht entlang der österreichisch-deutschen Grenze, die Trennungslinie geht vielmehr mitten durch die deutsche Nation. Es handelt sich nicht um einen staatspolitischen Gegensatz zwischen zwei Staaten, sondern um einen weltanschaulichen Gegensatz zwischen Teilen des deutschen Volkes ... Ganz falsch ist also die nationalsozialistische Behauptung, daß wir Österreicher einen Kampf gegen das deutsche Volk führen. Wir sind selbst ein Teil des deutschen Volkes und haben in den anderen deutschen Gebieten Millionen von Bundesgenossen. Wir sind der Überzeugung, daß der Nationalsozialismus, den wir anfangs mit großer Freude begrüßt haben, das deutsche Volk einer Katastrophe zuführt. Deshalb bekämpfen wir ihn und lehnen die Gleichschaltung ab."

Dazu kam, daß man dieser Frontenbildung religiösen und konfessionellen Charakter verlieh. Man erklärte den Nationalsozialismus als Häresie, als Antichrist, und setzte ihm den „christlichen" Staatsgedanken, die „abendländische" Reichsidee entgegen. Einmal bei diesem Punkte angelangt, stieg die österreichische Anmaßung ins Uferlose. Man stellte tatsächlich die politische Situation in einen göttlichen Heilsplan und bezeichnete das tollkühne Experiment eines Dollfuß als providentiell, als sichtbares Wirken der göttlichen Vorsehung. Man sprach von einer „großen, säkularen Aufgabe" Österreichs, „groß wie zur Zeit der Gegenreformation".

Damit ergab sich aber jene in allen Zeitläuften so unheilvolle Verbindung von egoistischer Ruchlosigkeit und maßloser Schwärmerei. Man war vor lauter metaphysischem Phantasieren blind geworden für so irdisch simple Tatsachen wie die Deutschheit von Volk und Land. Man schwebte haltlos in einem unkontrollierbaren Begriffsqualm, in dem sich alle natürlichen Instinkte verkehrten, in dem man sich hochtrabende Worte, wie „Sendung", „Abendland", „Romanitas", „Latinität", wie schillernde Bälle unermüdlich zuwarf und zuspielte.

Aber schließlich vollzog sich auch dieser ideologische Zauber auf dem sehr realen Boden einer gegebenen politischen Wirklichkeit, und hier gewann aller Zuspruch, der von einer Seite, die ihrer Natur nach deutschfeindlich sein mußte, allzu aufdringlich erteilt wurde, eine restlos entlarvende Wirkung. Man war aber im Lager des integralen Österreichertums instinktlos genug, etwa ein französisches „Loblied auf Österreich" triumphierend wiederzugeben. So ließ der „Christliche Ständestaat" u. a. mit sichtlicher Freude und Genugtuung den französischen Publizisten Graf d'Ormesson zu Worte kommen. (3. März 1935.)



Schuschnigg in Paris. 22. Februar 1935. Von l. n. r.: Der österreichische Außenminister Berger-Waldenegg, der französische Außenminister Laval und Ministerpräsident Flandin, Bundeskanzler Schuschnigg

Der Graf beginnt mit einer bewegten Klage über die Reichsreform und meint: „Von allem, was Hitler unternommen hat, macht dies das geringste Aufsehen und erweckt am wenigsten internationale Befürchtungen. Dabei stellen diese Reformen für die deutsche Geschichte wohl das einzige dar, was dauern wird, und zugleich auch die größte Gefahr für den Frieden Europas. Denn gegenwärtig ist der letzte Rest ‚deutscher Zwietracht' im Verschwinden." Klarer konnte wohl kaum gesprochen werden. Der Franzose sieht mit Bangen die innere Erstarkung Deutschlands und trauert scheinheilig dem ach so bequemen Partikularismus nach, der es dem Westen immer so schön ermöglicht hatte, sich als Beschützer der deutschen Libertäten aufzuspielen. Weiteres nimmt dann der französische Graf auf einen Vortrag Alfred Rosenbergs Bezug, in dem der Reichsleiter die uns heute schon zur sicheren Gewißheit gewordene Erkenntnis ausgesprochen hatte, daß der Universalismus des ersten Reiches auf Jahrhunderte die Bildung eines starken Deutschland verhindert habe. Der Graf nimmt sich hier die Mühe, wortwörtlich zu zitieren: „‚Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation ist für alle Zeiten tot', hat Rosenberg geschlossen. ‚An seiner Stelle sehen wir den Traum des Heiligen Germani-



Polizei und Schutzkorps riegeln beim Schottentor ab, um Demonstrationen anläßlich der Saarabstimmung zu verhindern

schen Reiches Deutscher Nation Wirklichkeit werden.' Diese Bemerkung ist außerordentlich richtig; ihre Konsequenzen sind unabsehbar."

So klar sieht ein Franzose die „Konsequenzen" und hängt nun seine ganze Hoffnung an Dollfuß-Österreich als den letzten Rest deutscher Zersplitterung. In maßloser Überschätzung des kleinösterreichischen Experimentes nennt er den Staatsstreich der Regierung „das wunderbarste und gewaltigste Ereignis der Geistesgeschichte Europas seit der Französischen Revolution", „daß die Herankunft Hitlers und die Entfesselung der neuheidnischen Kraft des Dritten Reiches Österreich erwachen ließen, dieses Österreich, das schon fast etwas Erstorbenes war, ein traditioneller Germanismus, der nur noch ein Schatten, die letzte Asche des Heiligen Römischen Reiches war. Dank dem wunderbaren Kampfe Dollfuß' – der der wahre geistige Held unserer Epoche bleiben wird – hat alles wiederum in Europa einen Sinn bekommen (... den Sinn einer Sicherung westlicher Hegemonie! A. d. V.), und Österreich erscheint uns als das, was es wirklich ist – nicht allein ein politisches Territorium, dessen Selbständigkeit wegen vorübergehender kleinlicher Interessen erhalten bleiben muß, sondern als ein geistiges Territorium, als das lebendige Symbol eines gewissen Germanismus, einer gewissen Vergangenheit, einer gewissen Tradition, die einen der wesentlichsten Teile unseres europäischen Erbes bilden. (Alle diese ‚gewissen' Attribute lassen sich unter den Begriff einer der westlichen Vorherr-

schaft günstigen Zersplitterung der deutschen Kraft zusammenfassen. Der Franzose nennt sie wesentliche Teile ‚unseres‘, also französischen Erbes! A. d. V.) Wenn wir so gebieterisch an der Unabhängigkeit Österreichs festhalten, so, weil wir genau fühlen, daß wir zur selben historischen Familie gehören.“ „Wien ist das vorgeschobene Bollwerk, wo wir alle, die einen wie die anderen, tausendjährige Stellungen verteidigen.“

Solch freundschaftlicher Sukkurs von deutschfeindlicher Seite wurde von den österreichischen Missionaren als Bestätigung ihrer Politik angesehen. Für den unverbildeten Instinkt des Volkes bildeten aber solche Entlarvungen erst recht den Ansporn zum zähen Widerstand. Die Konsequenzen aus solch verblendeter Haltung wurden dann in der Einstellung zu konkreten politischen Entscheidungen, wie etwa die Saarabstimmung, mit einer hemmungslosen Folgerichtigkeit gezogen. Es war nur natürlich, daß man in Wien gemeinsame Front mit dem katholischen Separatismus im Saargebiet bezog. Die „Neue Saarpost“ des zweifelhaften Dr. Hoffmann wurde mit höchstem Lobe bedacht. Ja, man ging so weit, die Forderung nach der Selbständigkeit Österreichs mit der Forderung nach dem status quo im Saargebiet gleichzusetzen. Nach dem glänzenden Abstimmungsergebnis strich man dann traurig die Segel, nachdem man mit Exekutivgewalt die spontanen Freudenkundgebungen in der Bevölkerung niedergeworfen hatte. Ganz ähnlich lagen auch die Dinge in der Frage der Aufrüstung Deutschlands. Hier war ein Unterschied von jener Emigrantenpublizistik, die haßerfüllt zum Präventivkrieg gegen Deutschland hetzte, überhaupt nicht mehr zu merken. Auch in der Frage der europäischen Koalition begab man sich um den Preis der Selbständigkeitsgarantie bedenkenlos in jede deutschfeindliche Bindung, die sich nur darbot. Für diesen drastischen Anschauungsunterricht der praktischen Politik blieb auch die öligste Staatsmetaphysik nur ein höchst unzulängliches Feigenblatt. So blieb die ganze Systemideologie ein blasses Philosophieren und Schaumschlagen im luftleeren Raum, eine geistreichelnde Angelegenheit exklusiver Zirkel.

Nationalismus

Wir haben nun eine Reihe von Kräften und Mächten dargestellt, die in jenem Österreich, das sich Dollfuß diktatorisch unterworfen hatte, wirksam waren. Die Märzereignisse des Jahres 1938 haben aber mit überzeugender Wucht die entscheidend und überragend wirkende Kraft geoffenbart. In Kundgebungen von unübertroffenem Ausmaß hat sich der nationale Volkswille der Deutschen in der Ostmark selbst bezeugt und aller Welt ein Schauspiel geboten, vor dem selbst die mißgünstigsten Zweifler und Verdreher verstummen mußten. Als Träger dieses völkischen Willens trat der Nationalsozialismus als Partei und Weltanschauung auf den Plan.

So sehr der Versuch auch reizen würde, in diesem Rahmen den Spuren der Parteigeschichte zu folgen, wird doch darauf bewußt Verzicht geleistet und die Entwicklung nur in ihren großen Linien in wesentlichen Ausschnitten und Bildern wiederzugeben versucht. Die Geschichte der Partei zu schreiben, bleibt von vornherein der berufenen und zuständigen Hand vorbehalten; es ist auch heute noch unmöglich, diese verzweigte und verästelte Entwicklung mit all ihren Einzelzügen zu überblicken. Dazu kommt, daß wesentliche Abschnitte dieser Geschichte erst noch einer restlosen authentischen Klärung bedürfen, um zu einer in allen Einzelheiten verbürgten Darstellung zu kommen.

Der völkische Gedanke hat gerade in Österreich eine weit ins vergangene Jahrhundert zurückreichende Geschichte hinter sich. Das Erlebnis des Nationalitäten- und Grenzkampfes brachte dem Ostmarkdeutschen eine frühere und ganz andere Vertiefung des Volksempfindens, als dies auf weite Strecken im Altreich der Fall war. So ist es nur natürlich, daß wir entscheidende Gedankengänge, die wir heute als typisch nationalsozialistisch empfinden, bereits im Wirken und Wollen Georg Ritters von Schönerer vorgebildet finden. Trotzdem scheint es uns verfehlt, hier nach Vorläufern des Nationalsozialismus zu fahnden, weil man dann allzu leicht Gefahr läuft, nationalsozialistisches Gedankengut in die Vergangenheit hineinzuinterpretieren, das Zeitbedingte zu übersehen und allzu leichtfertig zu einer dünnen Verallgemeinerung zu kommen. Es ist auch durchaus schwierig, jenen Übergang zu umschreiben, in dem der historisch gewachsene

Nationalismus der Ostmark zum Nationalsozialismus des Großdeutschen Reiches wird. Man könnte hier die verschiedensten Verstrebungen und Wechselwirkungen aufzeigen; so ist es gewiß eine entscheidende Tatsache, daß Adolf Hitler dieser Ostmark entsprossen ist und aus seinen Jugend- und Lehrjahren entscheidende Eindrücke und Erlebnisse in sein Mannesalter hinübernahm.

In den Jahren des Zusammenbruchs legte die Ostmark ein unwiderlegbares Zeugnis ab, wie tief in ihr der Gedanke Großdeutschlands verwurzelt und wie weit sie darin dem Altreich voraus war. Andrerseits trugen die nationalen Parteien und Organisationen allzu lange ihr bürgerlich-liberales Mäntelchen und versagten fast durchweg im Kampf um den deutschen Arbeiter. Auch hielt die Entwicklung des Nationalsozialismus als Partei nicht Schritt mit der Entwicklung im Reiche. Sie konnte wohl sehr früh Fuß fassen, blieb aber an Tiefen- und Breitenwirkung hinter der Entwicklung im Reiche zurück, um dann allerdings schlagartig den Vorsprung des Reiches aufzuholen.



Parteiverbot:
Hausdurchsuchung im Wiener „Braunen Haus"

Für diesen verschiedenen Verlauf der Entwicklungskurve ließen sich nun wohl langatmige Erklärungen anstellen, die letzten Endes aber doch unfruchtbar bleiben müßten. Nur ein einziges Motiv soll erwähnt werden: Abgesehen von der grundsätzlich verschiedenen Struktur der politischen Kräfte, fehlte der Ostmark bis zum März 1938 das unmittelbare Erlebnis des Führers. Erst heute können wir ermessen, wieviel die persönliche Werbekraft Adolf Hitlers, das Aufrüttelnde seiner Rede, das Überzeugende seiner persönlichen Erscheinung zum Wachstum der Partei im Reiche beigetragen hat. Erst nach der Machtergreifung drang durch den Rundfunk die Stimme des Führers in die letzte Bauernhütte. Trotzdem war die NSDAP. schon in den Jahren 1930 bis 1933 zu einer achtunggebietenden Größe angewachsen und bildete eben dann jene für den politischen Katholizismus lebensgefährliche Bedrohung der christlichsozialen Partei. Allerdings konnte sich dieser jähe Aufschwung parlamentarisch nur mehr in den Gemeinde-



10. Mai 1933. Gendarmerie zerstreut eine nationalsozialistische Demonstration in Innsbruck

ratswahlen des Jahres 1932 auswirken. Eben dieser Aufschwung war es ja, den die Regierung mit dem Staatsstreich vom 4. März 1933 beantwortete.

Es folgte im Juni das Parteiverbot, es begann die Illegale. Immerhin hatte diese kurze Zeit einer legalen Entwicklung gleichzeitig mit der Rückwirkung der Machtergreifung im Reiche auf Österreich bewirkt, daß nun der Nationalismus in Österreich restlos durch die NSDAP. getragen wurde. Was immer an nationalen Kräften organisiert oder parteimäßig erfaßt in Österreich vorhanden war, stellte sich nun rückhaltlos unter das Banner des Hakenkreuzes. Aber auch aus anderen Parteilagern erfolgte ein reicher Zustrom. So vollzog sich ein durchgehender Substanzwandel der Heimwehrbestände, ein Abbröckeln aus den Wählermassen der Christlichsozialen, aus denen sich alle jene Elemente, denen es mit dem Programmpunkt der Anschlußforderung ernst war, dem Nationalsozialismus anschlossen. Freilich konnte dieser Umschichtungsprozeß von weitestem Ausmaße nicht mehr den entsprechenden äußeren Ausdruck gewinnen. Die Regierung hatte jede Willensbekundung aus dem Volke unmöglich gemacht und preßte mit allen verfügbaren Mitteln ihren zusammengeschmolzenen Anhang und alles,



Ein Trupp illegale SS unmittelbar nach dem Umbruch. Schon in der Verbotszeit war für Stiefel gesorgt worden. Der dunkle Zivilrock ersetzt die Uniform

was in irgendeiner Form vom Staate abhängig war, in die Vaterländische Front. Wie diese Scheinorganisation gebildet wurde, haben wir an anderer Stelle schon gezeigt.

So entstand unter der unumschränkten Führung der NSDAP. jene festgefügte nationale Opposition, die allen Ableugnungsversuchen des Systems zum Trotz sich immer mehr im Volke verwurzelte, sich organisatorisch immer stärker und straffer durchbildete, um dann in den Märztagen des Jahres 1938 aus dem Dunkel der Illegale schlagartig in das Licht der Öffentlichkeit zu treten. Der reibungslose Vollzug der Machtübernahme in den Märztagen allein bewies schon, wie tadellos die NSDAP. in allen Organisationsformen ausgebildet war. Ihre Ortsgruppen konnten in allen Orten sofort die erforderlichen Funktionäre stellen, in allen Ländern wurden die obersten Regierungsstellen mit den hierzu bereitstehenden Männern sofort besetzt, die Formationen funktionierten vom ersten Tag an, als hätten sie eine langjährige Ausbildung hinter sich, die Frauenschaft stand genau so auf ihrem Platz wie die Jugend, alle Gliederungen in den einzelnen Berufsgruppen traten sofort in Tätigkeit, nirgends gab es Stockungen oder Verlegenheiten. Der außenstehende Beobachter mußte den Eindruck gewinnen, als hätte hier eine mit allen Machtbefugnissen ausgestattete Regie diese plötzliche Machtübernahme schon auf lange Sicht vorbereitet.

Alles das zusammen, was hier in diesen Tagen sichtbar wurde und seither das politische Leben der Ostmark beherrscht, war aber schon in den Jahren der Systemherrschaft als entscheidender Faktor vorhanden. Der unausgesetzte Druck von unten war es

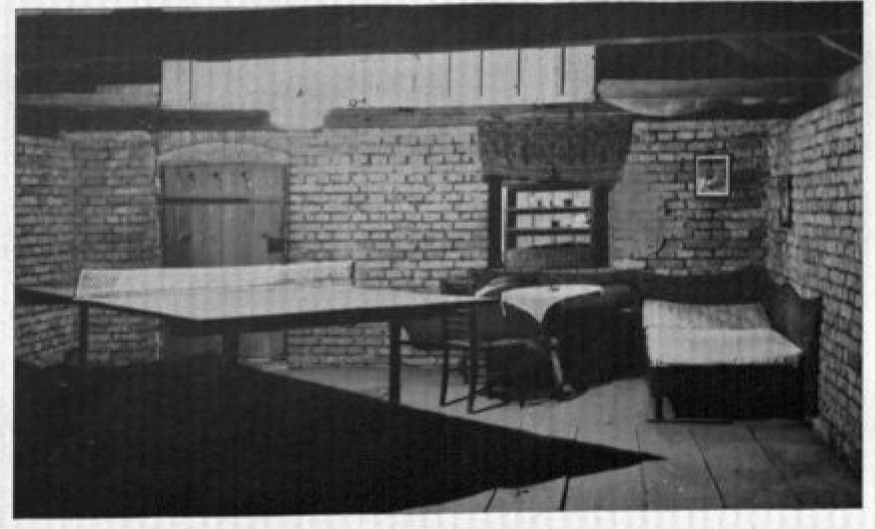
ja schließlich auch, der das System ins Wanken brachte, ihm zuerst in einem zähen Kleinkrieg Zugeständnisse abrang, um dann Herrn Schuschnigg in jene Verzweiflung zu treiben, aus der heraus allein seine Innsbrucker Rede und sein Bruch des Abkommens von Berchtesgaden psychologisch zu erklären ist.

Wie dies weitverzweigte Gefüge der nationalsozialistischen Organisation in der Zeit des Verbotes und der schärfsten Unterdrückung funktionierte, wie hier die Fäden ineinanderliefen, auch das harrt noch einer ins Einzelne gehenden Darstellung und Erklärung. Wir wollen daher nur das Wirken dieser sogenannten nationalen Opposition in den Jahren der Verbotszeit in einzelnen charakteristischen Bildern und Zügen aufzeigen. Damit wird man auch der Gesamtheit aller Einzelleistungen in diesem beispiellosen Ringen am ehesten gerecht. Denn was immer von einzelnen Illegalen getan, gewagt und geopfert wurde, das entspricht sowohl einer typischen Haltung als auch einer typischen, allgemein gültigen Situation. Wer möchte heute noch entscheiden, ob der Arbeitslose, der Flugschriften verteilte, Kurierdienste machte, gewagte Transporte durchführte, mehr geleistet hat als etwa der Beamte oder Soldat, der in seinem Umkreis eine illegale Zelle aufzubauen unternahm, wohl wissend, daß der kleinste Verrat, ja der geringste Verdacht bereits genügen könnte, um ihn mit Weib und Kind brotlos zu machen. Die drakonische Schärfe aller Vergeltungsmaßnahmen des Systems war so maßlos, daß die kleinste Betätigungsform für den Nationalsozialismus bereits mit solchen Strafen belegt war, daß graduelle Unterschiede innerhalb dieser Betätigungsform gar nicht mehr gemacht werden können.

Das ist aber das Entscheidende, was die Haltung durch die Situation charakterisiert. Der Idee des Nationalsozialismus gelang es, eine Opfergemeinschaft zu errichten, in der von jedem einzelnen so viel verlangt wurde, wie es eigentlich nur von einer Elitegruppe geleistet werden kann. Daß es dem Nationalsozialismus gelang, unter solchen Auslesebedingungen eine Massenorganisation nicht bloß von losen und unbestimmten Formen, sondern in straffer und real wirksamer Organisation auf die Beine zu stellen, das war und bleibt das Einmalige dieser Leistung. Das, was die Illegale vollbrachte, war von seiten der Systemregierung gesehen eine Verschwörung, die von ihr auch als solche geahndet und bestraft wurde. Ein weitverzweigter, nur für diese Zwecke eingerichteter kriminalistischer Apparat war eingesetzt, dieser Organisation auf die Spur zu kommen, sie zu entlarven und wenn möglich ihre Führer dem Gefängnis zu überantworten. Daß es auch diesem Aufgebot aller verfügbaren Instrumente nur in verhältnismäßig ganz wenigen Fällen gelang, tatsächlich Organisationen zu fassen, führende Männer zu entdecken, ist das Höchste, was man sich an Gesinnungsdisziplin überhaupt vorstellen kann.

Wohl sind durch die erhebenden Tage des Umbruchs und den damit verbundenen, für die gesamte Nation entscheidenden Ereignissen die Existenz einer Illegale auch dem

Reich bewußt geworden. Macht man sich aber tatsächlich eine Vorstellung über die konkrete Lage, in der sich jeder einzelne Nationalsozialist in diesen fünf Jahren befand, und ist es überhaupt möglich, diese ganz einmalige Umwelt von Mißtrauen, Denunziation und Kerkerluft nachträglich zu schildern?



Ein Appellraum der Illegale. Tischtennis als Tarnung für unvorhergesehene Überraschungen

Die Chronik der äußeren Ereignisse in den Jahren 1933 bis 1938 wäre schnell und ohne große Mühe geschrieben. Aber gerade aus ihr ließen sich vielleicht am wenigsten die entscheidenden Vorgänge ablesen. Denn die eigentlichen Träger dieser Entwicklung standen im Dunkel der Illegalität und wir werden mit wenig Erfolg in den Zeitungen dieser Jahre greifbare Dokumente von der Existenz der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich suchen. Diese Bewegung konnte sich weder zu äußeren Organisationsformen kristallisieren noch sich irgendeines Sprachrohres bedienen, um sichtbar in Erscheinung zu treten. Trotzdem trug sie aber in der Brust jedes einzelnen jenen unerschütterlichen Widerstand, den das selbstherrliche System dauernd zu spüren bekam und dem es schließlich weichen mußte.

Wir haben schon an anderer Stelle geschildert, wie die Verwandlung Österreichs aus einer parlamentarischen Republik in eine autoritäre Diktatur vor sich gegangen war. Mit dem Parteienverbot sollte die Bewegung nicht nur entrechtet, sondern ihre Existenz nach außen hin überhaupt in Frage gestellt werden. Sie sollte als eine bedeutungslose Minorität erscheinen, über die man ruhig hinweggehen könne. Man charakterisierte sie als unbelehrbare Opposition, der die überwiegende Mehrheit einer angeblich vaterländisch gesinnten Bevölkerung gegenüberstünde. Obwohl diese Feststellung eine wohl dauernd wiederholte aber vollkommen unbewiesene Behauptung blieb, sah der Nationalsozialismus in Österreich nach seinem Verbot seine erste Aufgabe darin, seine verleugnete Existenz möglichst sinnfällig zu demonstrieren. Die Mittel zu einer solchen Demonstration waren jedoch naturgemäß sehr beschränkt. Jedes offene Bekenntnis zur verbotenen Partei wurde mit Kerker und Gefängnis rücksichtslos geahndet. Die von der Regierung errichteten Konzentrationslager in Wöllersdorf und Kaisersteinbruch waren



Polizei entfernt eine Hakenkreuzfahne, die einen Tag nach dem Kanzlerattentat an einer Laterne an der Wiener Opernkreuzung gehißt worden war

bald überfüllt. Es gab einfach keine Plattform mehr, von der aus der Nationalsozialismus in Rede oder Schrift sich hätte vernehmbar machen können.

So verblieb als letzte Möglichkeit der geheime Demonstrationsakt. Allerorts begannen nun harmlose Papierböller zu explodieren. Die einheitliche Durchführung dieser Aktionen bewies zur Genüge, daß sie von einer gut funktionierenden Organisation getragen werden mußten. Vergeblich setzte die Regierung alle Hebel in Bewegung, um diese Aktion zum Stillstand zu bringen. Nur in wenigen Fällen gelang es, die Ausführenden zu greifen. Immer wieder kündeten neue Anschläge von der ungebrochenen Existenz der nationalen Opposition, so daß die erste Absicht, den Nachweis dieser Existenz zu liefern, durchaus erreicht worden war. Freilich stellte sich auch gleichzeitig heraus, daß die Regierung durch noch so drastische Nachweise nicht zu bewegen war, daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Gerade das Gegenteil war der Fall. Man versuchte im Ausland den Anschein zu erwecken, als handle es sich hier um schwere Anschläge, die das Leben der Staatsbürger gefährdeten; man dichtete die harmlosen Papierböller in Bomben und Granaten um und verhängte die schwersten Strafen, wie sie nur für hochverräterische Sabotageakte üblich sind.

Damit stand der Nationalsozialismus in Österreich vor der Wahl, sich entweder widerstandslos der Regierungsdiktatur zu unterwerfen, auf sein politisches Dasein zu verzichten oder zu den Mitteln der Gewalt zu greifen und sich die mit Füßen getretenen Volksrechte zu erkämpfen. Es war aber ganz selbstverständlich, daß die österreichischen Nationalsozialisten zu allem eher bereit waren als zur Kapitulation vor der offenkundigen Diktatur der Regierung. Daß bloße Demonstrationsakte an der Situation nichts zu ändern vermochten, daß sie im Gegenteil die Lage nur verschärften, war offenbar geworden. Die Regierung hatte unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie Argumenten der Vernunft, mochten sie menschlich und juristisch noch so überzeugend sein, unzugänglich blieb.

Sie stützte sich auf die staatlichen Machtmittel und begegnete jedem Versuch, an ihr Gewissen zu appellieren, mit brutalster Gewalt. So blieb also gar kein anderer Weg als der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Alles andere kam einer Selbstpreisgabe gleich. Zwar kam es auch im ersten Jahr in wiederholten Ansätzen zu Verhandlungen zwischen Regierungsgruppen und Nationalsozialisten, die aber an den Rivalitäten im Regierungslager selbst immer wieder zuschanden wurden.



Abtransport eines Verwundeten aus der von den aufständischen Nationalsozialisten besetzten Ravag

So ergab sich der Putschversuch als einzige Lösung aus der vollkommen versteiften Lage. Der äußere Ablauf ist bekannt. Die innere Verknüpfung der Einzelgeschehnisse, das ganze kompliziert verflochtene Netz der Begleitumstände und Imponderabilien zu erforschen, ist hier nicht am Platze, solange für entscheidende Phasen die authentische Klärung fehlt. Uns ziemt nur, ehrfürchtig jener Männer zu gedenken, die mit letzter idealistischer Hingabe und beispielloser Einsatz- und Opferbereitschaft den kühnen Handstreich gewagt hatten, wenn auch aller Mut und alle Entschlossenheit nicht über das Mißgeschick der Stunde triumphieren konnten. Die schlagartige Besetzung der Ravag und des Bundeskanzleramtes wurde mit mustergültiger Tatkraft und Verwegenheit durchgeführt. Daß Dr. Dollfuß in der ersten Verwirrung fiel, ist nur ein Glied in der ganzen Kette des Mißgeschicks wie der Umstand, daß sich die anderen Mitglieder der Regierung außerhalb des Bundeskanzleramtes befanden. So konnte von ihnen sofort mit den staatlichen Machtmitteln der Widerstand organisiert werden. Ravag und Bundeskanzleramt wurden militärisch blockiert, und die Aufständischen so von jeder Verbindung abgeschnitten. Durch eine besondere Tücke des Zufalls konnte der Führer der Aktion nicht mehr in das abgeriegelte Bundeskanzleramt gelangen. Mit all diesen Verwicklungen war aber auch das Mißlingen des Staatsstreiches besiegelt.

Die Aufständischen mußten mit der Regierung in Verhandlungen eintreten. Es wurde ihnen ehrenwörtlich freier Abzug zugesichert. Als sie sich aber auf Grund dieser Zu-



Juli 1934. Polizei und Heimwehr vor dem von den Nationalsozialisten besetzten Gebäude der „Ravag"

sicherung ergeben hatten, wurden sie in den Gefangenenwagen nicht zur deutschen Grenze, sondern in die Marokkanerkaserne transportiert.

Das Standgericht führte einen allen ritterlichen und rechtlichen Begriffen hohnsprechenden Prozeß und verurteilte die Aufständischen Fritz Holzweber und Otto Planetta zum Tode.

Wie immer sich auch die Ereignisse im einzelnen abgespielt haben mögen, die Erinnerung der Nation wird das tapfere Sterben dieser Männer für immer bewahren. Sie sind eingegangen in die ewige Heerschar deutscher Heldensöhne, und mit ihnen die anderen Nationalsozialisten, die das Höchste gewagt und mit einem furchtlosen Tode bezahlt haben. Mit ihrem Tode noch bewirkten sie das, was das Ziel ihres Handelns gewesen war. Sie gaben ein weithin leuchtendes Zeugnis, das von aller schmählichen Verleumdung nicht mehr verdunkelt werden konnte. Ihr Beispiel lebte weiter in jener Kraft im Staate Österreich, der allein die Zukunft gehörte, die allein berechtigt war, das deutsche Schicksal dieses Landes zu tragen und zu gestalten, in der nationalsozialistischen Bewegung.

Vor dem Tode verlöschen die falschen Ideale, wird heldische Haltung, die nur Pose war, kläglich zuschanden. Vor dem Tode bewährt sich nur der echte Glaube. Diesen Glauben an ein ewiges Deutschland und an seinen Führer Adolf Hitler verließ diese Tapferen nicht bis zu ihrem letzten Atemzuge. Was in diesen Tagen in Europa die



Weihestunde auf dem „Platz der Helden" in Klagenfurt. 25. Juli 1938. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, gedenkt des Juliputsches 1934. 1. Reihe rechts: die Hinterbliebenen

„österreichische Frage" genannt wurde, das fand hier seine Antwort – ja bereits ihre Lösung. Wenn Männer einen solchen Tod zu sterben vermögen, hat ihre Sache schon gesiegt.

Der evangelische Pfarrer hat sein Erlebnis der letzten Stunden Franz Holzwebers aufgezeichnet:

Holzweber erhebt sich und läßt sich dem Pfarrer gerade gegenüber nieder mit den Worten: „Bitte, ich bin bereit. – Ja, was soll ich nun eigentlich sagen. Herr Pfarrer werden ja in den Zeitungen gelesen haben. Ich kann angesichts des Todes nur versichern, ich habe nur Gutes gewollt. Mein Bemühen war darauf gerichtet, jedes Blutvergießen zu vermeiden."

Er gedachte seiner Angehörigen und bat, ihnen helfend und tröstend zur Seite zu stehen. Besonders erwähnte er seinen kleinen, noch nicht 2¾ Jahre alten Sohn. Dabei konnte er, sonst ruhig und gefaßt, nur mit Mühe einer tiefen, inneren Bewegung Herr werden.

Kurze Zeit später erscheint Frau Holzweber mit dem kleinen Söhnchen. Namenlose Qual prägt sich in ihrem Wesen aus, der Wunsch, zu helfen, alles zu tun zur Rettung ihres Mannes. Sie möchte es unternehmen und vor dem Bundespräsidenten kniefällig um Gnade bitten. Anwesende Beamte geben der Hoffnung Ausdruck, daß noch im letzten Augenblick wenigstens für Holzweber eine Begnadigung eingelangen werde. Der



1934. Belagerung der Ravag durch Polizisten und Schutzkorpsleute

Pfarrer hat sich inzwischen mit dem Gefängnisdirektor in Verbindung gesetzt und ihm seine Absicht bekanntgegeben, für Holzweber ein Gnadengesuch an den Bundespräsidenten zu richten.

Holzweber wandte sich an den Pfarrer mit den Worten: „Ich bestimmte, daß mein Leichnam eingeäschert wird. Um mich ist es ja nicht schade. Es sind ja für unsere Sache schon so viele und ganz andere Männer in den Tod gegangen. Ein Trost ist es mir, es bleibt ja doch etwas von mir zurück auf dieser Welt, mein Kind."

Nach kurzer Zeit fährt er fort: „Einen Wunsch hätte ich noch, man soll mich nicht wie einen gemeinen Verbrecher hängen, sondern erschießen."

Ruhigen, aufrechten Schrittes begibt sich Holzweber unter Vorantritt des Scharfrichters, zu seiner Rechten und Linken die Schergen, unter den Galgen. Seine Gestalt scheint sich zu straffen. In dem Augenblick, in dem man Hand an ihn legt, ruft er mit lauter Stimme, daß es durch den ganzen Hof hallt: „Ich sterbe für Deutschland, Heil Hitler!" Totenstille, Erschütterung und Ergriffenheit lagern über dem Hof.

*

Der katholische Pfarrer, der Otto Planetta seelsorgerisch betreute, hat folgende Einzelheiten über die letzten Stunden und das Sterben dieses Helden niedergelegt:

Wir sprachen über das, was ihn bewegte, unterhielten uns über seine Angehörigen, sein Heim und über sein Ideal: die Partei, sein nationalsozialistisches Bekenntnis, dem er bis zum Tode treu blieb. Planetta beteuerte, daß er weder Auftrag noch Absicht gehabt habe, zu schießen, sondern er hätte nur in der Aufregung geschossen, als er angegriffen wurde.

Er ging gefaßt und ruhig zur Hinrichtung, und sein letzter Ruf vor seinem Tode war: „Heil Hitler!"

Mit der Verurteilung der Aufständischen in Wien war aber der Putsch noch nicht zu Ende. Als über den Rundfunk die Nachricht vom Rücktritt der Regierung Dollfuß gekommen war, da erfaßte die Bevölkerung ein Freudentaumel, in dem sich mit einem Schlage die wahre Kräftelagerung im Volke offenbarte. Der Aufstand setzte sich in allen Bundesländern fort. Als aber in Wien der unglückliche Ausgang besiegelt war, da flackerte die Flamme der Erhebung aus Eigentrieb weiter, zügellos und ohne einheitlichen Auftrag. Die Lawine war ins Rollen gekommen, aber der Widerstand der Regierung hatte Zeit gewonnen, sich zu konsolidieren. So wütete besonders

in den Alpenländern in den Tagen nach dem 25. Juli ein verzweifelter Kleinkrieg zwischen Nationalsozialisten und Militär. Über eine unabsehbare Zahl von Kämpfern zog sich aber das undurchdringliche Dunkel des Schweigens. Die Weltöffentlichkeit erfuhr nur andeutungsweise von diesem offenen Krieg in den Gauen der Ostmark. Unbekannt und namenlos verendeten deutsche Österreicher auf abenteuerlichen Fluchtwegen im Gebirge oder verbluteten auf abgelegenen Almhütten.



Juliputsch 1934. Die gefangenen Nationalsozialisten werden aus dem Gebäude der Ravag abtransportiert

Hier waren es besonders die noch unter Starhembergs Führung verbliebenen Restbestände der ehemaligen Heimwehrbewegung, die in einem bestialischen Blutrausch ihre verbrecherischen Instinkte austobten und Greuel um Greuel verübten. Starhemberg hatte ja seine zusammengeschmolzenen Bataillone mit lichtscheuem Gesindel aller Art aufgefüllt. Diese Banditen wurden nun schwer bewaffnet und unter dem Schutz des Militärs auf die wehrlosen Opfer losgelassen. Sie entfalteten einen unbeschreiblichen Sadismus, mordeten und peinigten, wie es nur bezahlte und bestochene Subjekte aus den Kadern des Untermenschentums vermögen. Eine Gesamtschilderung läßt sich auch über diese Vorgänge und Ereignisse nicht geben. Es können nur einzelne Beispiele herausgegriffen werden.

So schildert der Gaupresseamtsleiter Dr. Anton Fellner in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz den Kampf um den Pyhrnpaß:

„In dem opferreichen Freiheitsringen der Parteigenossen der Ostmark steht mit großen Lettern das Kapitel vom Kampf um den Pyhrnpaß aus den Tagen des Aufbruchs gegen Terror und Mord im Juli 1934 verzeichnet. In ihm lebt der Heldengeist der Kämpfer der Bewegung ebenso strahlend, wie die Brutalität und Niedertracht des zum Bruderkampf hetzenden Regimes in ganzer blutiger Schwere und Schuld verzeichnet ist.

Das gerichtliche Verfahren, das die Schuldigen an dem Mord vierer wehrloser Volksgenossen, darunter einer hochschwangeren Frau und eines vierjährigen Kindes anläßlich des Kampfes um den Paß Pyhrn der verdienten Strafe zuführen wird, hat nun auch den gerichtsordnungsmäßigen und dokumentarischen



Die aufständischen Nationalsozialisten werden aus dem Ravaggebäude abgeführt

Beweis für einen Heldenkampf sondergleichen gebracht, den die Nationalsozialisten in diesem Gebiete gegen eine erdrückende Übermacht gekämpft hatten.

Ein heißer, gewittrigschwüler Julitag lag über der Steiermark. Plötzlich entstand in den frühen Nachmittagsstunden eine Unruhe in den Orten. Volksgenossen eilten von Haus zu Haus und riefen sich die Kunde zu, die soeben Radio Wien bei der Mittagsnachrichtensendung um 13 Uhr verlautbart hatte: Dollfuß sei zurückgetreten. Bald flatterten Hakenkreuzfahnen von den Märkten und Bauerndörfern, die SA. in Lederhosen mit Hakenkreuzarmbinden und Jagdstutzen, wie sie nur irgendwo aufzutreiben waren, versah den Dienst. Die vaterländischen Provokateure zogen es vor, sich zu verkriechen oder bei der Exekutive, die unschlüssig war, wie sie sich zu verhalten habe, Schutz zu suchen.

So verging auch der Nachmittag des 25. Juli im Bezirk Liezen, der völlig in der Hand der Nationalsozialisten war, und gegen Abend ging man dort sofort daran, die natürliche Grenze gegen Oberösterreich, den Paß Pyhrn, über den die Straße nach Windischgarsten führt, zu besetzen. Denn gegen Abend waren im Radio schon Meldungen verlautbart worden, daß Schuschnigg nicht daran denke, Frieden zu machen.

SA. aus Pyhrn, Weißenbach und Liezen, zum Großteil Holzfäller und Bauernburschen, im ganzen nicht mehr als 150 Mann, hielten die Paßhöhe besetzt. Sie verteilten sich auf die von dort ansteigenden Höhenrücken, hatten jedoch nur ein einziges Maschinengewehr und Jagdflinten. Als sie am Morgen des nächsten Tages, dem 26. Juli, Posten gegen Spital am Pyhrn zu aussandten, um zu erkunden, wie weit dort der Aufstand gegen das verhaßte Dollfußregime gediehen sei, kam die Meldung zurück, daß bereits starke Abteilungen der Wehrformationen mit schweren Maschinengewehren und Minenwerfern in Sonderzügen angekommen seien und den Marsch gegen die Paßhöhe antreten.

Einige Hundert Mann Heimwehrmiliz, die in diesen oberösterreichischen Orten zur Niederhaltung der

nationalen Bevölkerung eingelagert war, hatte schon am Vormittag des 26. Juli versucht, gegen die Steiermark über den Pyhrnpaß vorzurücken. Als sie jedoch die ersten Kugeln aus dem Wald und von den Hängen herab pfeifen hörten, traten sie schleunigst, ohne sich in einen Kampf einzulassen, den Rückzug an, um das Eintreffen der Wehrformationen abzuwarten. Beim Pflegerteich trafen sie dann mit der Exekutive, die etwa 1000 Mann stark angerückt war, zusammen, und so sehr fürchtete man den Widerstand der Nationalsozialisten, daß man sich dort entschloß, von drei Seiten aus gegen die Paßhöhe vorzurücken.



Julierhebung 1934. Heimwehr beschützt am 27. Juli das Bundeskanzleramt

Von hohen Baumgipfeln herab, von Geröllhalden, jede Deckung dieses wildromantischen Gebietes ausnutzend, verteidigten sich die nationalsozialistischen Freiheitskämpfer, und als schließlich die Schüsse der von allen Seiten vorrückenden Formationen von allen Wänden rückwärts und seitwärts widerhallten, zogen sie sich nur Schritt für Schritt, um jede Handbreit Boden kämpfend, zurück. Sie hielten musterhafte Kampfdisziplin, obwohl sie unter keinem einheitlichen militärisch vorgebildeten Kommando standen, sondern nur das natürliche Aufgebot des entrüsteten Volkes, dem endlich die Stunde der Befreiung gekommen schien, darstellten.

Nur ein einziger Nationalsozialist fiel den Kugeln der Wehrformationen zum Opfer. Sonst waren es vier Zivilpersonen im Gasthause ‚Zum Kalkofen', die, als die Kampflinie schon längst hinter diesem Gasthaus lag, der ohnmächtigen Wut einiger entmenschter Systemsöldlinge ihr Leben hingeben mußten. Von der Exekutive allerdings waren ein Offizier und ein Soldat tot und zehn Angehörige der Exekutive schwer verwundet. Der gefallene Offizier, Major Johann Charwart, der befehlsgemäß eine Abteilung Welser Alpenjäger ins Gefecht gegen die Nationalsozialisten führen mußte, aber immer wieder versucht hatte, den Einsatz des Militärs gegen die Nationalsozialisten zu verhindern oder zumindest zu verzögern, war selbst illegales Mitglied der NSDAP. So hetzte das verfluchte Schuschniggregime den Bruder gegen den Bruder und Volksgenossen gegen Volksgenossen.

Das Feuergefecht dauerte von den frühen Morgenstunden bis gegen Nachmittag. Die Linie des nationalsozialistischen Widerstandes mußte sich immer tiefer gegen das Tal zurückziehen, und als schließlich die Exekutive den Ring der Umkreisung der Nationalsozialisten geschlossen glaubte, fand sie keine Gegner vor, weil sich die nationalsozialistischen Trupps inzwischen in Ausnützung der genauen Ortskenntnis der Umklammerung durch Benutzung von Jägersteigen und Schleichwegen entzogen hatten.

Hinter den Abteilungen der Wehrformationen aber rückte erst ein Troß wildgewordener Heimwehrer, Sturmschärler und christlichdeutscher Turner nach, die in den Häusern der Bauern wie im Feindesland hausten. Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde mitgenommen, und die Männer, vom Greis



Starhemberg-Heimwehr als Systembüttel

angefangen bis zu den 14- und 15-jährigen Buben, wurden alle wahllos wegen Verdachts der Beteiligung am Aufstande verhaftet.

Der Haß der Vaterländischen gegen die nationale Bevölkerung feierte nach diesem Sieg Orgien. Während die niedergemetzelte hochschwangere Wirtin des Kalkofen-Gasthauses mit ihrem vierjährigen Kinde noch kalt auf der Bahre lag, schrieben die betont katholischen Zeitungen noch furchtbare Verleumdungen.

Heute ist es erwiesen, wie heldenmütig die Nationalsozialisten für die Freiheit, die angebrochen schien, gekämpft haben und wie schamlos Systemsöldlinge ihre bewaffnete Übermacht gegen das Volk ausgenutzt haben. – Wie die wahren Vorfälle sich abspielten, bezeugen am besten zwei Aussagen, die nun schriftlich im gerichtlichen Verfahren niedergelegt wurden. Die eine davon stammt vom Alpenjäger Maximilian Rebhahn, der folgendes angibt:

‚Während der Kämpfe am Phyrnpaß war ich bei der Kompanie eingeteilt, die Major Charwat führte. Bei der Waldhütte an der oberösterreichisch-steirischen Landesgrenze erhielt ich am Kopf einen Streifschuß, worauf mich zwei Alpenjäger in die Küche des Gasthauses ‚Zum Kalkofen‘ brachten. Ich legte mich dort auf den Fußboden, wo mich die Wirtin mit Wasser zu erfrischen suchte. In der Küche befand sich die Wirtin und ihre zwei Buben im Alter von zehn und vier Jahren sowie noch ein Mann. Nach etwa zehn Minuten, als ich in der Gasthausküche eingetroffen war, wurde durch das Fenster in die Küche hereingefeuert, weshalb ich rief: ‚Nicht schießen, ich bin da!‘ – Da die Schützen das Feuer nicht einstellten, begab ich mich, gedeckt durch eine rückwärtige Tür, ins Freie. Die Wirtin, die den kleineren Knaben am Arm trug, stieß eine Bank um und suchte mit dem Kinde unter einer Bank Deckung.

Mir war sofort klar, daß die Exekutive in die Küche schoß, weil das Gebiet um den Kalkofen bereits von den Aufständischen vollkommen gesäubert war, und daher gar keine Nationalsozialisten mehr in der Nähe sein konnten. In der Küche habe ich weder Waffen noch Munition gesehen, und ich kann mit Bestimmtheit angeben, daß weder die Wirtin noch der erwähnte Mann und die zwei Knaben aus dem Hause auf die Alpenjäger geschossen haben.‘

Erschütternd ist auch die Aussage des zehnjährigen Josef Zeiringer, der zufällig dem Gemetzel entkam, über den Tod seiner Mutter und seines kleinen Bruders:

‚Im Laufe des Nachmittags kamen Soldaten gegen unser Gasthaus, und ich habe durch das Küchenfenster gesehen, wie vor der Tür unser Kalkbrenner Hackl niedergeschossen wurde. Dann kamen einige Soldaten zu uns in die Küche, wo ich mich rechts beim Kücheneingang auf eine Bank gestellt hatte, um vor dem Hereinschießen sicher zu sein.



1934. Der verbotene Hitlergruß. Gendarmerie säuberte in Innsbruck eine Straße

Die Soldaten erschossen sofort den Wanderburschen, der bei uns war und sich hinter einer Bank versteckt hatte, und dann meine Mutter und meinen Bruder Willi.

Die Soldaten sahen mich nicht, weil ich hinter der Tür stand, und ich lief dann gleich bei der Tür hinaus und versteckte mich im Wald.'

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den Kampfhandlungen und dem ersten Aufstandsversuch des deutschen Volkes in den Ostmarkgauen. Unendliches Leid hatte die Dollfuß- und Schuschniggdiktatur, die mit brutalsten Befehlen Brüder gegen Brüder hetzte, in zehntausende Familien unseres Volkes gebracht, und dennoch bäumte sich immer wieder der Wille zur deutschen Freiheit in den Herzen und Fäusten der Besten auf."

Dieses eine Beispiel zeigt die ganze brutale Niedertracht, mit der die Männer der „christlichen" Regierung den nationalen Willen der deutschen Ostmärker brechen zu können glaubten.

Die verstandesmäßige und rein machtpolitische Rechnung schien restlos aufzugehen. Die Nationalsozialisten waren aller Organisationsmöglichkeiten beraubt. Der Versuch, mit Gewalt das Mitbestimmungsrecht zu erringen, war endgültig und vernichtend fehlgeschlagen. Die außenpolitische Konstellation hatte sich der Regierung günstig erwiesen. Ein Eingreifen des Reiches lag ferner denn je. Alle Machtmittel des Staates befanden sich restlos in Händen der Regierung. Sie verfügte des weiteren über alle erdenklichen Mittel der Propaganda, während die Nationalsozialisten einfach mundtot geworden

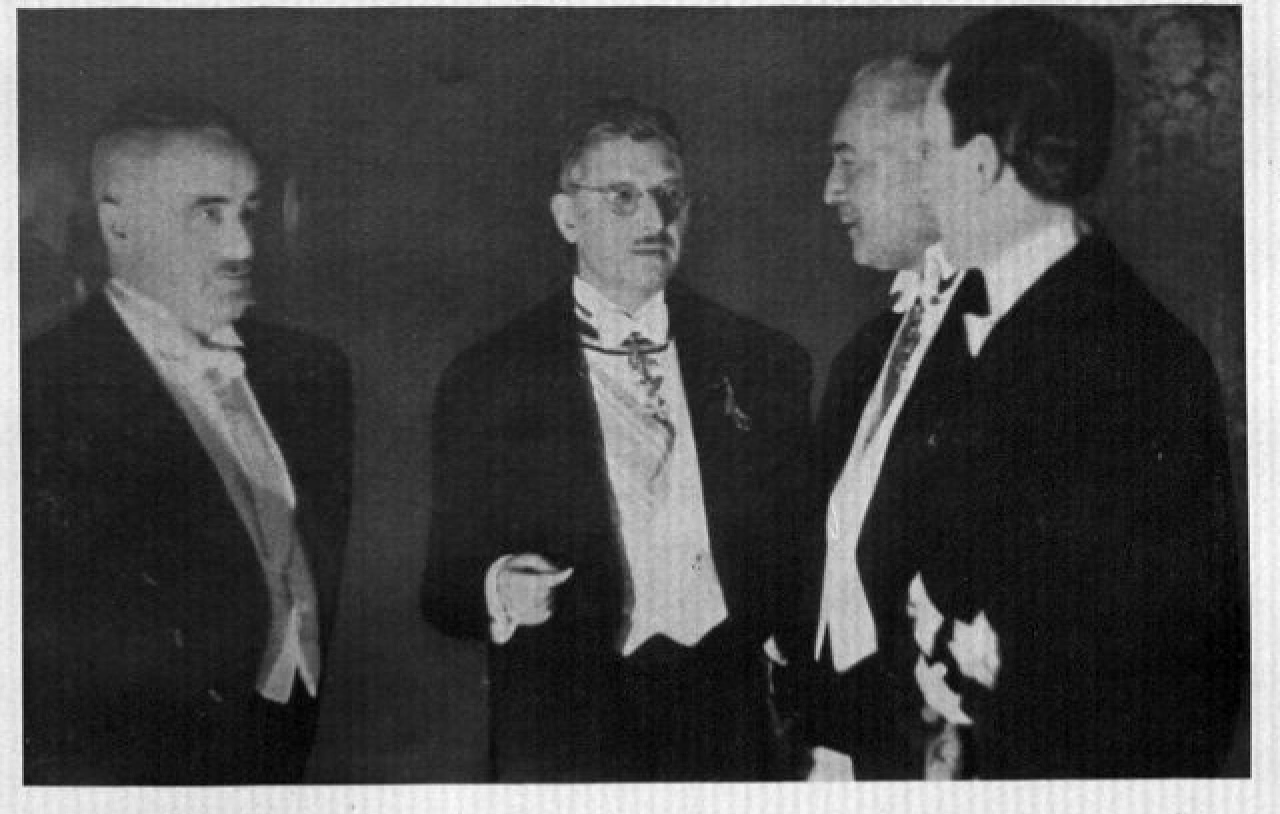
waren. Die Regierung konnte also mit Recht hoffen, daß unter solchen Umständen jeder Widerstand im Keime erstickt werden könnte, daß es den Nationalsozialisten schlechthin unmöglich sei, sich wieder zu sammeln und geschlossen zu formieren, einen funktionierenden Organisationsapparat neu aufzubauen, ja, daß sie überhaupt noch den Mut und den Glauben an ein Gelingen ihres Kampfes aufzubringen vermöchten. Man rechnete so: Eine Schar von Idealisten wird es immer geben, die einfach für die neue Idee des christlichen Ständestaates nicht zu gewinnen sind. Solche Idealisten bleiben aber eine hoffnungslose Minorität, wenn man sie nur streng bewacht und ihnen jede Möglichkeit der Werbung von Anhängern für ihren so „aussichtslosen" Kampf nimmt. Sie werden sich an dieser Aussichtslosigkeit und an der unausgesetzten Verfolgung und Bestrafung zerreiben, und damit die Kraft verlieren, eine schlagkräftige Opposition als Massenbewegung zu entfalten. Aber nur eine solche politisch wirkende Opposition konnte gefährlich werden. Neben dieser Minorität von bedingungslosen Idealisten stehen aber die Durchschnittsmenschen, denen die nackte Existenz, ihr berufliches Fortkommen immer mehr am Herzen liegen wird als ein Heroismus, der sich an keinen greifbaren Erfolgen und sichtbaren Nahzielen innerlich nähren kann.

Die Rechnung war klar.

Es war in ihr nur eine große Unbekannte, ein X, nicht berücksichtigt: Das Walten einer echten Idee, ihre irrationale Kraft, ihre aller verstandesmäßigen Berechnung hohnsprechende Unzerstörbarkeit.

Daß nach dieser alles vernichtenden Niederlage der Nationalsozialismus in Österreich dennoch nicht aufhörte, die allein entscheidende volkspolitische Kraft zu repräsentieren, ist eine jener Tatsachen, die dem außenstehenden, verstandesmäßigen Beurteiler wie ein unbegreifliches Wunder erscheinen muß. Es ist heute schwer, sich die ganze Trostlosigkeit und Ausweglosigkeit der innenpolitischen Lage in den Monaten nach dem Juliputsch vorzustellen. Was an fester Organisation bestanden hatte, war zerschlagen; alle Verbindungen waren abgerissen; ein Großteil der bekannten Führer hatte sich nur durch die Flucht ins Reich den Kerkern des Systems entziehen können. Der einzelne Nationalsozialist stand isoliert und führerlos in einer feindlichen und gefährlichen Umwelt, ganz auf sich selbst gestellt, nur seinem politischen Gewissen verpflichtet. Es fehlte der aufmunternde Zuspruch, es fehlte das Erlebnis der Gemeinschaft mit Gleichgesinnten, es fehlte jede ausreichende Kunde, ob er nun vereinzelt sei, oder ob auch in allen anderen Gauen die geheime Flamme seines Glaubens gehütet werde.

Trotzdem aber begann bald wieder das Leben in die zerschlagenen Glieder zurückzukehren. Wie dies im einzelnen überall zustande kam, entzieht sich für immer jeder noch so tief schürfenden Forschung. Daß bald wieder ein ganz Österreich umgreifender Zusammenhang der einzelnen nationalsozialistischen Zellen hergestellt war, ist das Ergebnis unübersehbarer Einzelbemühungen und -leistungen. Aus den Dörfern und Städten, von



Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath in Wien. Von l. n. r.: Minister Glaise-Horstenau, Schuschnigg, v. Neurath, Guido Schmidt

unten her, stieg die politische Initiative auf und begegnete den verschiedenen Anstrengungen nach Sammlung von oben. Es war ein geheimnisvoller Kristallisationsprozeß, in dem sich der Eigentrieb der Zellen zum Organismus bildete. Alles war Ursache und Wirkung zugleich. Die Führung begann sich zu konsolidieren und streckte vorsichtig ihre Fühler nach unten aus. Die Gefolgschaft schloß sich in unübersehbaren kleinen Einzelgruppen fest zusammen und arbeitete so dem vorsichtigen Vorfühlen und Vortasten der Führung entgegen. In diesem einmaligen Prozeß bildeten sich allmählich die Lebensgesetze der gesamten Illegale aus. Sie blieben in dieser Form dem Wesen nach bis zum endgültigen Sieg im März 1938 wirksam.

Die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Partei war nun einmal nur in der Tatsache gegeben, daß Österreich vom Volke her nationalsozialistisch war. Unter den besonderen Kampfbedingungen wäre ja eine Werbung von Mitgliedern, die nicht von vornherein überzeugte und verläßliche Nationalsozialisten waren, überhaupt undenkbar gewesen. Es konnte sich daher nur darum handeln, von diesen bewußten Nationalsozialisten eine möglichst große Zahl miteinander in Kontakt zu bringen, sie führungs- und organisationsmäßig einheitlich zu integrieren.

Gerade darin unterscheidet sich der illegale Kampf in Österreich von der Kampfzeit im Reiche. Im Reich war das Kampfziel, die Massen für die nationalsozialistische Idee zu gewinnen, sie von der Sendung Adolf Hitlers zu überzeugen und aus der Verführung durch internationale Ideologien zu befreien. In der Illegale ging es jedoch **nur** darum, die an sich vorhandenen einsatzbereiten Kräfte zu sammeln, möglichst alle entschlossenen Nationalsozialisten organisatorisch zu erfassen, die im Volke vorhandene Willenseinheit zu gliedern und zur Wirkung zu bringen. Eine umfangreiche Werbung und Propaganda lagen außerhalb des Bereiches jeder Möglichkeit. Der Vorgang der Wiedererrichtung der Partei vollzog sich gerade umgekehrt. Denn hier mußte der **einzelne** Nationalsozialist bestrebt sein, einen Anschluß an die geheimen Organisationen zu finden. Gerade das war aber fast überall mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, denn bevor eine Eingliederung überhaupt stattfinden konnte, mußte ja erst die Vertrauenswürdigkeit des neuen Parteigenossen nachdrücklichst unter Beweis gestellt werden. So kam es gar nicht selten vor, daß dieser Anschluß von einzelnen Nationalsozialisten erst nach langwierigen Bemühungen gefunden wurde. Konnte sich doch in jedem Unbekannten ein vaterländischer Spitzel verbergen.

So vollzog sich die Bildung der illegalen Parteiorganisation nach den Gesetzen einer Verschwörung, die überhaupt nur nach dem Prinzip strengster Auslese durchführbar war. Die Parteimitgliedschaft war gleichbedeutend mit der Gefahr des Existenzverlustes, der Freiheitseinbuße oder zumindest schwerster wirtschaftlicher oder beruflicher Schädigungen. Das bedingte aber wiederum ein äußerstes Vertrauensverhältnis zwischen Führung und Gefolgschaft. Die **Verschwörer** waren im eigentlichen Wortsinne „**Verschworene**".

Daraus ergab sich aber zwangsläufig das zweite Grundgesetz der Illegale, die **Organisationsform der Zelle**. Die Notwendigkeit einer sicheren und zuverlässigen Tarnung bedingte, daß alle höheren Zusammenhänge der Partei immer nur einer möglichst kleinen Anzahl von Personen zur Kenntnis kamen. War doch nun einmal der gesamte Staatsapparat aufgeboten, die Partei durch Aufdeckung ihrer Organisationen radikal zu vernichten. Genügte doch der bloße Nachweis einer parteipolitischen Betätigung im nationalsozialistischen Sinne, um einen Hochverratsprozeß in Gang zu bringen. In vielen Fällen genügte sogar der bloße Verdacht oder eine unbewiesene Denunziation.

Die Organisation mußte daher so beschaffen sein, daß sie sich nicht wie ein festverknüpftes Netz auffädeln ließ, wenn die Schergen des Systems irgendein Ende dieses Netzes in die Finger bekamen. Die Verbindung zwischen den einzelnen nationalsozialistischen Kämpfern durfte daher nur in wenig Fällen über den Bereich der Zelle hinausreichen. Die Unvorsichtigkeit eines einzelnen durfte niemals der Gesamtorganisation zur Gefahr werden. Wenn aber der einzelne davor bewahrt werden mußte, den inqui-

sitorischen Verhören zu erliegen, dann durfte er eben so wenig als möglich wissen. So ergab es sich besonders in den Formationen der SA., SS. und HJ., daß der einzelne Mann über seinen Scharführer hinaus einfach keine Aussage machen konnte, oder, wie es im Sprachgebrauch der Illegale hieß: „Jedes Auffliegen muß beim Scharführer oder Zellenleiter hängen bleiben."



NSBO.-Führer nach dem Uniformverbot auf dem Flugplatz Aschern im Mai 1933

Dieses Prinzip war letzten Endes das ganze Geheimnis der Unangreifbarkeit der illegalen Parteiorganisation. Immer wieder mußte bei dem totalen Aufgebot an innerpolitischer Spionage irgendein ungeschickter Parteigenosse ins Kittchen. Nur in den seltensten Fällen aber gelang es den gewiegten Kriminalisten des Systems, einen größeren Fischzug zu machen. Sie standen einfach immer wieder vor einer Mauer. So versagten auch in den meisten Fällen alle Künste einer hochnotpeinlichen Tortur, und es blieb bei der Verhaftung und Bestrafung eines einzelnen. Versagten diesem einzelnen aber die Nerven oder gewannen eingeborene Charakterschwächen die Oberhand, dann mußten im schlimmsten Falle 5 bis 10 Kameraden alles das über sich ergehen lassen, was ja der Einsatz war, mit dem sie sich verschworen hatten.

Freilich aber bedeutete dieses Prinzip der Zelle für das Funktionieren der Gesamtorganisation auch sehr bedeutende S c h w i e r i g k e i t e n. Der einzelne lebte politisch gleichsam wie auf einer Insel. Es fehlte durchgehends jedes Massen- und Formationserlebnis. Gerade der Nationalsozialismus weiß aber von der gesinnungsstärkenden Kraft des Gemeinschaftserlebnisses. Der illegale Nationalsozialist war gleichsam ein unfreiwilliger Individualist und Einzelgänger. Dies zog aber eine ungleich höhere Beanspruchung idealistischer Glaubensfähigkeit nach sich.

Schon die bloße Befehlsdurchgabe stellte die Führung oft vor unüberwindliche Schwierigkeiten. Noch viel weniger konnte sie daher auf ihre Gefolgschaft in direkter Beeinflussung wirken oder durch Schulung und Belehrung das politische Verständnis



Die österreichische Legion beim Appell auf dem Wiener Heldenplatz

der Lage klären, den Mut zum Ausharren, den Glauben an den endgültigen Sieg stärken.

Dadurch kam der illegalen Pressearbeit eine einmalige und besondere Bedeutung zu. Zahlreiche Schriften, mit den dürftigsten Mitteln hergestellte Aufrufe und Nachrichtenblätter festigten nicht bloß durch ihren Inhalt die Widerstandskraft der Opposition, sondern wurden durch den Vorgang einer planmäßigen Verteilung selbst zu einer Klammer der gesamten Organisation. Seit 1935 gab die Landesleitung einen regelmäßigen Nachrichtendienst an alle Gaue heraus. In ihm wurde teilweise für grundsätzliche, weltanschauliche und außenpolitische Ausrichtung gesorgt, teils das System durch bloße Darstellung seiner verwerflichen Methoden, Übergriffe und Skandale bekämpft. Dieses Material wurde dann in den Gauen für die Kreise vervielfältigt und in den Kreisen wieder für die Ortsgruppen. Dies war freilich ein langwieriger und komplizierter Vorgang. Um dieses Verfahren abzukürzen und gleichzeitig der Regierung den Nachweis für die Schlagkraft der NSDAP. zu liefern, wurde der „Österreichische Beobachter" ins Leben gerufen. Er erschien in kleinem Format, 16 mal 21, fast regelmäßig, wanderte



Die große Parade vor dem Führer in Wien. 16. März 1938

von Hand zu Hand bis in die abgelegensten Täler und wurde auch mit der gleichen Regelmäßigkeit den Behörden zugestellt. Diese veranstalteten eine wahre Hetzjagd nach dieser kleinsten und größten Zeitung Österreichs.

Mit dem Aufgebot des ganzen kriminalistischen Apparates gelang es ihnen auch im Laufe der Jahre von Zeit zu Zeit immer wieder eine Druckerei, in der der Ö. B. hergestellt wurde, auszuheben. Der mißliche Zufall ließ sich hier niemals ganz ausschalten, wenn man den ungeheuren Umfang des Verteilungsapparates in Betracht zog. Jedesmal, wenn den Spitzeln ein solcher Fang gelungen war, triumphierte die Systempresse, daß nun der Ö. B. tot sei. Aber kaum war das in der offiziellen Presse zu lesen, als von irgendeiner anderen Stelle im Land heraus bereits wieder die neue Folge des Ö. B. auf die Schreibtische der Behörden flatterte. Daß es den Nationalsozialisten gelungen ist, den Österreichischen Beobachter bis zur Machtübernahme durchzuhalten und ohne Unterbrechung als Parteiorgan zu verbreiten, ist an sich schon eine atemberaubende Leistung. So gewöhnte sich auch die Auslandspresse daran, im Ö. B. eine wichtige Quelle zur Beurteilung der innerpolitischen Lage in Österreich zu erblicken.

Die Verteilung des Ö. B. vom Gau bis in die letzte Ortsgruppe und Zelle gab aber auch den Formationen ein konkretes Betätigungsfeld. Standen doch die einzelnen Formationen vor der so schwer lösbaren Frage, welche Aufgaben und Arbeitsmöglichkeiten den einzelnen Gliederungen gestellt werden sollten. Denn das war auch in der Illegale klar, daß die Standfestigkeit der gesamten Organisation an der Betätigungsosigkeit leiden mußte. Alles, was in einem legalen Kampf den Zusammenhalt einer Formation ständig erneuert, war in der Illegale von vornherein ausgeschlossen. Das Leben der Formationen mußte sich gezwungenermaßen immer in kleinen Räumen und hinter geschlossenen Türen abspielen. Hier konnten die militärischen Formen kaum so zur Entfaltung kommen, daß sie an sich die Schlagkraft der Formationen gewährleistet hätten. Nur in ganz seltenen Fällen war irgendein Sturmführer in der Lage, seinen Sturm geschlossen zu sammeln und antreten zu lassen. So wurde die weltanschauliche Schulung zum Hauptinhalt der Appelle. Oft wurden auf abgelegenen Hütten im Gebirge Formationsführer zu Schulungskursen zusammengezogen. So bestand trotz der restlosen Abwürgung aller offenen Gemeinschaft doch ein ständiges Zirkulieren zwischen Führung und Gefolgschaft. Alle diese Anstrengungen konnten aber fürs erste nur die Festigkeit der Opposition unverbrüchlich herstellen, eine direkte Einflußnahme auf die innere Politik konnte jedoch naturgemäß davon nicht ausgehen. Nur mittelbar bewirkte der dauernde Existenznachweis der NSDAP., daß auch die Regierung ständig mit ihr als mit einer vorhandenen Größe rechnen mußte. Sie sah so lange über diese Existenz hinweg, als ihr die außenpolitische Situation günstig war und sie sich im Inneren auf die Bajonette der Exekutive verlassen konnte.



Tag des Großdeutschen Reiches. Abfahrt des Führers vom Rathaus in Wien

Erst durch die Konsolidierung der Achse veränderte sich das mitteleuropäische Kräfteverhältnis grundlegend und damit auch die außenpolitische Basis der Regierung. Damit war aber eine Klärung des Verhältnisses zum Deutschen Reiche dringlich geworden. Diese Klärung war aber untrennbar mit dem innerpolitischen Verhältnis zur nationalen Opposition verbunden. So kam es zu den Abmachungen vom 11. Juli 1936. Mit ihnen war für die NSDAP. in Österreich eine vollkommen neue Situation geschaffen. Der Grundgedanke war eine Auflösung der versteiften Fronten, ein Ausgleich der Gegensätze und damit eine sehr weitgehende Anerkennung der nach verfassungsrechtlichen Maßstäben eigentlich illegalen Regierung.

Daß dieses Abkommen schließlich nicht seinem Ziel zugeführt werden konnte, lag am wenigsten an den Nationalsozialisten selbst. Es hat sich im Laufe der weiteren Entwicklung eindeutig und klar herausgestellt, daß Herr Schuschnigg von allem Anfang an nicht bereit war, den Sinn dieses Abkommens zu erfüllen, sondern daß er es nur als ein innerpolitisches Instrument betrachtete, die Unhaltbarkeit seiner Position auf unbestimmte Zeit weiter zu verschleiern. Für die nationalsozialistischen Kämpfer bedeutete dieses Abkommen allerdings eine schwere psychische Belastung und eine äußerste Probe ihrer politischen Einsicht. Tat doch die Regierung alles, um nur die ihr günstige Seite des Vertrages herauszustellen. Im Gemüt des einfachen Mannes mußte sich auf den ersten Blick die Anerkennung der innerpolitischen Stellung der Regierung als ein Abgehen vom bedingungslosen Kampf widerspiegeln. Es wäre durchaus verständlich gewesen, wenn den breiteren Schichten der nationalen Opposition dieser Vertrag als Verleugnung und Preisgabe ihrer bisherigen Kampfstellung erschienen wäre. Wurde doch von seiten der Regierung die für die Nationalsozialisten positive Seite geflissentlich verschwiegen und abgeschwächt. Der ganzen Natur dieses Vertrages nach sprang sie auch nicht von vornherein klar und deutlich in die Augen, sondern war in diplomatische Formeln verklausuliert. Sie war jedoch zweifellos gegeben. So war es ein gar nicht überschätzbarer Fortschritt, daß hier zum erstenmal der Nationalsozialismus in Österreich als politischer Faktor und als zurechtbestehender Partner eines Ausgleiches offiziell anerkannt werden mußte, während in den vorhergehenden Jahren gerade dieses Dasein ja mit allen Mitteln verleugnet und bestritten wurde. Weiter enthielt das Zusatzübereinkommen den Passus: „Der österreichische Bundeskanzler wird Männer der nationalen Opposition, die sein Vertrauen genießen, zur Mitverantwortung heranziehen.“ Wäre dieser Passus von Herrn Schuschnigg sinngemäß ausgelegt worden, so wäre diese Mitverantwortung wohl einer Regierungsbeteiligung gleichgekommen. Denn ohne politische Befugnisse ist auch keine Mitverantwortung denkbar.

Auf diesen neuen Grundlagen ergab sich nun für die Landesleitung der NSDAP. eine vollkommen neue Taktik. Freilich stellte sich sehr bald heraus, daß nicht einmal



Das letzte Kabinett Schuschnigg nach der Unterredung in Berchtesgaden. (Gegenüber Schuschnigg Dr. Seiß-Inquardt und Dr. Glaise-Horstenau)

über die Auslegung des Abkommens eine tragbare Verständigung zustande kommen konnte. Herr Schuschnigg klammerte sich an die Formel, daß die zu ernennenden Männer sein Vertrauen genießen sollten und glaubte damit allein über ihre Auswahl bestimmen zu können. Er gab sich tatsächlich dem Wahn hin, irgendwelche Personen einfach zu Nationalisten ernennen zu können. Die Landesleitung stellte sich aber auf den berechtigten Standpunkt, daß es sich nicht bloß um eine Mitarbeit oder Teilnahme an bestehenden politischen Organisationsformen der Regierung, sondern eben um eine Mitverantwortung, nicht bloß in einem äußerlichen Vereinsleben, sondern in der Regierung selbst, wie in den Landesregierungen und vor allem in den Gemeinden handeln müsse.

Dieser Kampf um eine sinngemäße Interpretation des Abkommens durchzog nun alle folgenden Monate. Die Regierung hatte sehr unliebsame Erfahrungen machen müssen, als sie versuchte, im Sinne einer Entspannung die Zügel etwas locker zu lassen. Korporative Besuche aus dem Reiche verwandelten sich ohne besondere Regie in national-

sozialistische Kundgebungen. Mit Schrecken mußte die Regierung und ihre kleinen Bonzen und Bönzlein zusehen, welche alles überschwemmende Mächtigkeit die nationalsozialistische Bewegung im Volke bereits angenommen hatte und welch klägliche Stellung die sogenannte vaterländische Majorität eigentlich einnahm.

Besonders an der Inngrenze stellte sich sofort ein inniger Kontakt mit der Bevölkerung des Altreiches ein; es strömte beispielsweise zu einem Konzert des Reichssymphonieorchesters in der Nibelungenhalle in Passau eine ganz gewaltige Menge deutschbewußter Österreicher über die Grenze. Naturgemäß kam es auch zu Gegenbesuchen. Der Oberbürgermeister von Passau, Pg. Moosbauer, war bald in ganz Oberösterreich eine bekannte Persönlichkeit. Als er zu Schiff mit einigen hundert Passauern der Stadt Linz einen Besuch abstattete, kam es bereits zu spontanen Volkskundgebungen, bei denen das Horst-Wessel-Lied und das Deutschlandlied von der Menge angestimmt wurde. Charakter und Zuschnitt solcher Kundgebungen sei hier am besten an einem besonderen Beispiel verdeutlicht.

Am 21. November 1936 sollte die Liedertafel in Ried im Innkreis ihren 90 jährigen Bestand feierlich begehen. Verfasser wurde beauftragt, die Gestaltung des Festes zu übernehmen. Es lag nahe, diesen Anlaß zu benützen, um im Rahmen des Möglichen einer politischen Demonstration den Boden zu bereiten. Es erging daher an die Liedertafel in Passau eine Einladung zur Teilnahme am Gründungskonzert. Die Behörden waren in arger Verlegenheit. Die Anwesenheit reichsdeutscher Gäste gab die Voraussetzung dafür, den Festsaal auch mit einer Hakenkreuzfahne zu schmücken. Diese Tatsache allein genügte, um der ganzen Feier nationalsozialistisches Gepräge zu verleihen. Es war charakteristisch für die politische Situation dieser Zeit, daß ein politisch durchaus neutraler Anlaß wie ein Gesangsvereinskonzert von der Bevölkerung spontan als ein Ventil erkannt wurde, durch das sich der so lange zurückgedämmte Bekenntniswille Luft machen könne. Schon das bloße musikalische Programm wurde in seiner doppelsinnigen Anlage ausnahmslos verstanden. Man wußte einfach, daß das Meistersingervorspiel sehr häufig Großkundgebungen der Partei einzuleiten pflegte, man verstand auch den Männerchor von Arthur Johannes Scholz nach dem Gedicht „Bauernaufstand" von Börries von Münchhausen. Der Schluß: „... Genade Gott Dir Ritterschaft, der Bauer stund auf im Lande" wirkte vollkommen eindeutig. Der Gefangenenchor aus „Fidelio" (Schweigt still – wir sind belauscht ...) ließ die zahlreichen Illegalen verständnisvoll schmunzeln. Der Schlußchor aus den „Meistersingern" wirkte dann mit seinem „Wachtauf"-Ruf bereits schlechthin politisch. Verlegen und unbehaglich mußten die vaterländischen Honoratioren diese revolutionäre Stimmung über sich ergehen lassen.

Wie sehr man hier gezwungen war, sich in doppelsinnigen Andeutungen auszudrücken, zwischen verstecktem nationalem Bekenntnis und scheinbar loyaler Staatsgesin-



Der Wortbruch von Innsbruck. Schuschnigg verkündet seine Schwindelabstimmung

nung zu lavieren, um einerseits das Ziel, die nationale Bevölkerung mitzureißen, zu erreichen, andererseits sich vor den anwesenden Behörden und zahlreichen Geheimpolizisten keine Blöße zu geben, vor allem aber die Begeisterungsstürme und Heilrufe selbst in einen fragwürdigen Doppelsinn hineinzustellen, läßt sich vielleicht am besten am Wortlaut der Festrede darstellen, die Verfasser bei diesem Anlaß halten konnte.

„Es obliegt mir heute die Aufgabe, Sie, verehrte Anwesende, in kurzen Worten mit Sinn und Anlaß des heutigen Festes vertraut zu machen. Seien Sie gleich im vornherein versichert, daß ich nicht beabsichtige, Sie jetzt mit einer langwierigen Aufzählung vereinsgeschichtlicher Daten oder chronistischer Einzelheiten zu langweilen. Wir haben Sie heute eingeladen, ein auch im Vereinsleben seltenes Jubelfest feierlich zu begehen. So sei heute vor allem jenes Tages gedacht, an dem sich vor genau 90 Jahren eine Sängerrunde der Stadt Ried am 22. November 1846 im damaligen Schulgebäude zusammenfand mit dem Willen und dem Entschluß, auch in unserer Heimatstadt eine Gemeinschaft zu bilden, die in der Pflege des Chorgesanges ihre besondere Bestimmung erblicken sollte. Es war dies keine Zufallsgründung. Sie stand auch nicht allein in der deutschen Welt. Die besondere Lage dieser Zeit zeugte allerorts gleiche und ähnliche Triebe. Und wenn sich dieser Kreis von Männern im Jahre 1846 den Namen Liedertafel beilegte, so war diese Bezeichnung keine beliebige, heimatlich bedingte Erfindung, sondern eine Parole, die in ganz Deutschland verstanden wurde. Denn als sich die Liedertafel Ried vor 90 Jahren diesen ihren Namen gab, den sie bis heute in Ehren trug und so Gott will noch lange tragen wird, da waren bereits in allen deutschen Landen

die Liedertafeln lebendig, und es war nur die Welle gleichen Volkstums, auf der diese Losung auch nach Österreich flutete und auch in unserer Heimatstadt eine gleiche Blüte trieb.

Es ist gewiß so, daß heute in unserer Zeit, die die große Weltenwende des Weltkrieges erfahren hat, der Begriff Liedertafel nicht mehr jenen Klang hat, den er zur Zeit seiner Entstehung besaß. Und wenn die Jugend von heute den Gesangverein nicht mehr als die ihr gemäße Gemeinschaftsform zu erleben vermag, so ist dies eine entwicklungsgeschichtlich bedingte Tatsache, die wir verstehen können. Die Liedertafel trägt nun einmal die Züge des Alters. Aber diese Züge sind nicht die eines siechen Greises, sondern eines wahrhaft ehrwürdigen Alters. Sicherlich ringt unsere Gegenwart um andere Gemeinschaftsformen als um die eines Sängerkreises. Aber – und dessen wollen wir heute ehrfurchtsvoll gedenken – einmal war der Begriff Liedertafel eine nationalpolitische Losung, einmal war die Gründung einer Liedertafel eine deutsche Tat.

Liebe Sangesbrüder und ihr alle, die ihr heute als Gäste und Freunde dieses seltene Wiegenfest mitfeiert, versuchen wir uns daher kurz zu verdeutlichen, was das, was man heute oft leichtfertig als Liedertafelei aburteilen möchte, einmal bedeutet hat. 1846! Die Flammen der Befreiungskriege waren schon lange verraucht; geblieben war nur die blasse Erinnerung an eine heroische und stolze Zeit. Doch der große Traum eines einigen und starken Deutschlands, der in den Herzen jener Jugend gelodert hatte, die ihr Blut im Kampfe gegen die Tyrannis des Korsen vergossen hatte, war nicht zum Reifen gekommen. Die Regierungen dieser Zeit hatten das große Thema dieses Traumes, den ein Freiherr vom Stein vorgedacht und vorgelebt hatte, nicht zu erkennen vermocht. Sie blickten gebannt auf die Geschehnisse aus der Französischen Revolution und glaubten jedes Freiheitsstreben nur im Sinne dieser Revolution, als Drang zur Guillotine verstehen zu müssen. So war jeder Freiheitsdrang als ‚Libertinismus' ihr großes Schreckgespenst, das sie so sehr blendete, daß sie den nationalen Kern dieses Dranges nicht richtig zu würdigen vermochten. Aus diesem Mißverständnis von Volkswirklichkeit und Volksführung ergab sich dann jene allgemeine Zeitlage, die man heute gemeinhin als Vormärz zu bezeichnen pflegt. In dieser Zeit unseliger Spannung zwischen Volk und Regierung konnte wohl verhindert werden, daß der große Traum von Deutschlands Größe sichtbaren und unmittelbaren Ausdruck fand. Aber der Traum selbst lebte unzerstörbar weiter. Und weil er behindert war, sich unmittelbaren Ausdruck zu verschaffen, so schuf er sich seinen mittelbaren und fand diesen im deutschen Lied. So waren die deutschen Liedertafeln Träger und Bewahrer jenes deutschen Willens zur Selbstgestaltung des deutschen Schicksals und trugen diesen herrlichen Traum über von tragischen Wirrungen umschattete Jahrzehnte herüber in eine lichtvollere Gegenwart.

Es sei mir gestattet, ein Zeugnis dieses Geistes zur Verlesung zu bringen, das die Liedertafel Ried als wertvolles Stück in ihrem Archiv verwahrt. Es ist dies ein Brief aus der Hand des großen deutschen Freiheitsdichters und nationalpolitischen Vordenkers Ernst Moritz Arndt. Er bezeugt zugleich die bedeutsame Rolle, die eine Liedertafel in dieser Zeit zu spielen berufen war. Der Brief lautet: ‚Geliebte Freunde und Brüder. In einem Augenblick ungeheuerster Wechsel und Übergänge der Zeiten, wo es auch dem Treuesten und Besten begegnen muß, von einigen verflucht, von andern gepriesen zu werden, erhalte ich Ihr zu liebreiches und zu ehrenvolles Schreiben. Gewiß ist es eine große Freude, aus dem liebereichen und liederreichen Österreich einen solchen Zuruf zu erhalten – einem Manne, der gleich den Deutschen in Österreich seinem Ursprunge nach ein Verwandter der alten Rugier, Heruler und Goten ist, eine dreifache Freude. Was sage ich der fröhlichen Liedertafel zu Ried, indem ich auf den Augenblick blicke, wie er eben vor uns einherwandelt, auf den tränenreichen, blutigen, mordlichen Augenblick. Nichts anderes noch Besseres weiß ich, als den treuesten Wunsch auszusprechen, daß das deutsche Vaterland und die Verhältnisse und Geschicke des herrlichen und glorreichen Österreichs in ihm und zu ihm sich so entwickeln und gestalten mögen, daß volles deutsches Männergefühl und freier fröhlicher deutscher Gesang bei Ihnen, liebste Brüder, nimmer erlöschen noch verstummen. In deutscher Treue Ihr E. M. Arndt aus Rügen. Frankfurt, den 26. des Windmonds 1848.' Ich habe diesen klaren und männlichen Worten, die von gesamtdeutschem Verantwortungsbewußtsein zeugen, nichts hinzuzufügen. Gesamtdeutsches Fühlen und Denken war der Humusboden, in dem die Lieder-



Deutsche Truppen „erobern" Wien

tafel Ried wurzelte und in den sie über alle Zeitläufte hinweg immer verwachsen blieb. So war es nur ein natürlicher Ausdruck dieser Verwurzelung, wenn sich gleich nach der Gründung ein enger Kontakt mit den deutschen Brudervereinen einstellte. Besonders mit bayrischen Liedertafeln entstand ein reger Briefwechsel, der zum großen Teile im Archiv aufbewahrt ist. So sehen wir auch bereits im Juli 1847 den jungen Verein bei einem Sängerfest in Regensburg vertreten. Auch durch historische Voraussetzungen war dieses Zusammenarbeiten begründet. Ist doch Ried die Hauptstadt jenes Viertels in Oberösterreich, das am längsten dem bayrischen Staatsverbande angehörte. Dem bayrischen Stammensverbande sind freilich mit geringfügigen Ausnahmen alle deutschen Österreicher, die in den Ostalpen und dem Alpenvorlande siedeln, zugehörig. Denn die im 6. Jh. n. Chr. einsetzende Landnahme des heutigen deutschen Südostens durch den germanischen Stamm der Bajuwaren gab diesem Gebiet die entscheidende Grundlage seines Volkstumscharakters. Dies ist eine von der zünftigen Wissenschaft heute eindeutig anerkannte Tatsache. Im Sinne dieser unserer bayrischen Stammensgemeinschaft ist es auch zu verstehen, wenn ich mich ermächtigt fühle, unser aller ungetrübten und reinsten Freude über die Anwesenheit unserer Brüder aus Bayern ungeschminkten Ausdruck zu geben.

Wenn ich mir dabei gestatte, den Sangesbrüdern aus Passau den besonderen Gruß der Liedertafel Ried 1846 zu entbieten, so geschieht dies deshalb, weil uns mit Passau auch besondere gemeinsame Erinnerungen verbinden. Schon im ersten Vereinsjahre 1847 konnte die Liedertafel Ried die Liedertafel Passau in den Mauern unserer Stadt willkommen heißen. Es müssen frohe und herzliche Stunden der Gemeinsamkeit gewesen sein, denn das Archiv der Liedertafel bewahrt folgendes Schreiben auf: ‚Die Liedertafel zu Passau an die Liedertafel in Ried! Durch die freundliche Aufnahme, die Ihr, liebe Sangesbrüder, den Teilnehmern an der Sängerfahrt nach Ried bereitet habt, fühlt sich unsere gesamte Liedertafel so sehr zu



Tag des Großdeutschen Reiches. Der Führer und Oberbürgermeister Dr. Neubacher auf dem Weg ins Wiener Rathaus



Opernkreuzung am 10. März 1938

innigem Danke verpflichtet, daß wir Endesunterzeichnete ebensosehr im Auftrage der gesamten Mannschaft als aus eigenem Antriebe handeln, wenn wir diesem Dankgefühle Worte zu geben versuchen. – Noch schwärmen wir in der Erinnerung an diese Sängerfahrt, welche durch Eure uns bewiesene Liebe und Güte zu einem wahren Festzuge geworden ist; und sooft wir zusammenkommen, müssen wir denen, die zu Hause zurückgehalten waren, aufs neue alles Schöne, was wir gesehen, alles Liebe, was wir erfahren haben, umständlich erzählen. Empfanget daher alle nochmals unsern herzlichen Dank, den wir auch allen unseren wohlwollenden Quartiergebern zu entrichten bitten. Nehmt beiliegendes Gedenkblatt an das Regensburger Fest, dessen Erinnerung uns durch die Teilnahme einiger aus Eurer Mitte doppelt angenehm geworden ist, als einen schwachen Beweis unserer brüderlichen Gesinnung auf und gebt uns recht bald Gelegenheit, besser als durch Worte ausdrücken zu können, was das Herz für Euch empfindet. Passau, am 23. Oktober 1847.'

Meine lieben Freunde aus Passau, seid überzeugt, daß wir nichts inniger wünschen, als daß ihr euch nach 90 Jahren in unserem Kreise genau so wohl fühlen wollt. Vielleicht ist es uns im nächsten Jahre möglich, getreu unseren historischen Überlieferungen wie vor 90 Jahren euren lieben Besuch in Passau zu erwidern. Eurer freundlichen und brüderlichen Aufnahme sind wir heute schon gewiß.

Verehrte Anwesende! Ich möchte noch einen letzten großen Dank aussprechen. Und dieser Dank gilt jenen Männern, deren politischem Weitblick und Großzügigkeit wir es zu verdanken haben, daß wir überhaupt in der Lage sind, unser 90jähriges Wiegenfest in diesem schönen Rahmen zu feiern. Ich meine hier jene Staatsmänner, deren Werk das Abkommen vom 11. Juli ist, Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg und der Führer und Kanzler des Deutschen Reiches, Adolf Hitler. Wir sind stolz darauf, in Ried der erste Verein zu sein, dem es gegönnt ist,



Soldatentreffen in Wels

diesem weittragenden politischen Akte sichtbaren und festlichen Ausdruck verleihen zu dürfen. Daß wir dies gerade als musiktreibender Verein tun dürfen, scheint mir von besonderer Bedeutung zu sein. Ist es doch gerade die gemeinsame deutsche Kultur, in der neben der gemeinsamen Sprache und dem gemeinsamen Blute die gesamtdeutsche Wirklichkeit vor aller Welt am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Und gerade jenes Gebiet, dem unser Verein nach seinen Kräften dient, die deutsche Musik, ist es, auf dem gerade unser Vaterland Österreich den wertvollsten Beitrag geleistet hat und das teuerste Erbe zu bewahren hat. Ich möchte diesem Gedanken mit den Worten eines großen österreichischen Staatsmannes besonderen Nachdruck geben. Der verstorbene Altbundeskanzler Seipel führte in einem Vortrag über ‚Das wahre Antlitz Österreichs' in Wien am 11. Februar 1926 folgendes aus: ‚Wir wissen, daß unsere Kulturgüter nicht bestehen könnten, wenn die Staatsgrenzen, die die Verträge gezogen oder befestigt haben, zugleich Kulturgrenzen, Grenzen zwischen verschiedenen Nationen würden; wenn nicht die lebendige Blutzirkulation zwischen den Deutschen im Reiche und den Deutschen in Österreich aufrechterhalten wird. Wir sind zum Beispiel in der Musik nicht nur groß, weil unser Land einen Mozart und Haydn und Strauß hervorgebracht hat, sondern weil hier ein Beethoven, ein Brahms und viele andere ihre künstlerische Heimat gefunden haben. So muß es weiter sein. Wir müssen innerhalb unserer ganzen Nation Kulturgüter empfangen und abgeben können.'

Mit dem heißen Wunsche, daß diese Grundsätze in unserem deutschen Staate Österreich immer wirksam bleiben möge, schließe ich mit einem dreifachen Heil auf den jubilierenden Verein, auf unsere Brüder aus dem Deutschen Reich und unsere vielen Freunde und Gönner."

Die Deutschen des Altreiches werden sich über die einmalige Atmosphäre einer solchen Kundgebung niemals eine ausreichende Vorstellung machen können. Hier versagt auch jeder Versuch einer schildernden und beschreibenden Wiedergabe. Jene sonderbare Mischung von flammender Begeisterung und gleichzeitiger Beherrschung der Situation, dieses Ausbrechen nationaler Leidenschaft, verbunden mit einer sehr kaltblütigen Zügelung, das spontane Gefühl einer großen Verbrüderung, in der der einzelne keinen anderen Gesinnungsausweis besaß als den überzeugenden Ausdruck seiner Mienen, dies alles zusammen entzieht sich einer verstandesmäßigen Analyse.

Auch die Behörden verstanden die klare und unmißverständliche Sprache dieser Atmosphäre. Sie wußten sich nicht anders zu helfen, als daß sie ähnliche Veranstaltungen unter recht fragwürdigen und scheinheiligen Vorwänden unterbanden. Sie gewannen

aber auch daraus die Gewißheit, daß die Durchführung der im Vertrag vom 11. Juli getroffenen Vereinbarungen für sie nur vernichtend werden mußte. Eine Befriedung schien nach diesen Erfahrungen überhaupt unmöglich zu werden. Nicht etwa weil es auf seiten des Nationalsozialismus an politischer Einsicht gefehlt hätte, sondern weil die elementaren Voraussetzungen einer Befriedung insofern nicht gegeben waren, als auf seiten der Regierung ein dem Nationalsozialismus gleichwertiger Partner im Volke einfach fehlte. Ein Friede konnte gar nicht zwischen zwei annähernd gleichwertigen Teilen der Bevölkerung geschlossen werden, sondern höchstens zwischen dem Volk selbst und der an der Macht befindlichen Regierung.



Soldatentreffen in Wels

Damit wäre aber die Fiktion einer vaterländischen Majorität kläglich zusammengebrochen, es wäre die wahre Struktur der Bevölkerung aller Welt offenbar geworden, und das ist auch der eigentliche Grund, warum die Regierung sich mit allen Mitteln dagegen sträuben mußte, im Sinne des Vertrages vom 11. Juli irgendwelche Erleichterungen durchzuführen. Wo immer sie die Zügel etwas locker ließ, schlug ihr sofort die Stichflamme der nationalen Willenseinheit entgegen, und ihre letzte Weisheit mußten daher immer wieder die Bajonette der Exekutive bleiben.

Dies zeigte sich mit besonderer Eindringlichkeit bei jenem Kriegertreffen in Wels, das unter der Devise „Schulter an Schulter" reichsdeutsche und österreichische Verbände festlich vereinen sollte. Die Vorgänge an diesem Tage waren neuerlich ein unbestreitbares Zeugnis für die tiefverwurzelte Kraft des Nationalsozialismus im Volke. Was sich die Regierung als eine politisch neutrale Feier gedacht hatte, das wurde in Wahrheit zu einer Heerschau der Illegalen. Die Kundgebungen auf dem Hauptplatz in Wels, auf dem aus einer tausendstimmigen Menge immer wieder das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied aufflatterte, konnten einfach angesichts der zahlreichen Teilnehmer aus dem Reiche nicht eingedämmt werden. Erst im Laufe des Nachmittags ließ man die Gendarmerie mit gefällten Bajonetten vorgehen und die Volksmenge von den großen Plätzen abdrängen. Besser hätte sich das System nicht charakterisieren können als durch



Schuschniggs Rede im Bundestag, in der bereits zu erkennen war, daß die Abmachungen von Berchtesgaden von ihm nicht gehalten werden

dieses Vorgehen. Bajonette gegen das Volk. Das war schließlich die Losung, unter der dieser Tag stand. Die vaterländischen Bonzen schäumten vor ohnmächtiger Wut.

Am darauffolgenden Sonntag hatte der damalige Landeshauptmann von Oberösterreich Beamte und Betriebe unter der gewohnten Androhung des Existenzverlustes zu einer Gegenkundgebung befohlen, bei der er eine wilde Hetzrede hielt, die wiederum nur die eine Wirkung hatte, sinnfällig zu demonstrieren, wie ausweglos die Lage in Österreich einmal geworden war, wie aussichtslos, ja wie scheinheilig alle Beteuerungen eines Ausgleiches und Befriedungswillens von seiten der Regierung bleiben mußten.

An diesem Tatbestand mußten auch alle Verhandlungen zwischen der Regierung und der Landesleitung der NSDAP. scheitern. Der gleiche Tatbestand unterhöhlte auch jedes Arbeiten der volkspolitischen Referenten. Dies waren Männer, die im Sinne der Vereinbarung vom 11. Juli mit der Wahrung der Rechte der nationalsozialistischen Bevölkerung in den einzelnen Ländern betraut worden waren. Ihre Befugnis und Einflußmöglichkeit war aber denkbar gering und im Innersten fragwürdig. Der volkspolitische Referent und

jetzige Landesstatthalter von Oberdonau charakterisierte diese Position einmal recht drastisch mit folgenden Worten: „Der Berg begann zu kreißen und gebar eine Maus – diese Maus bin ich."

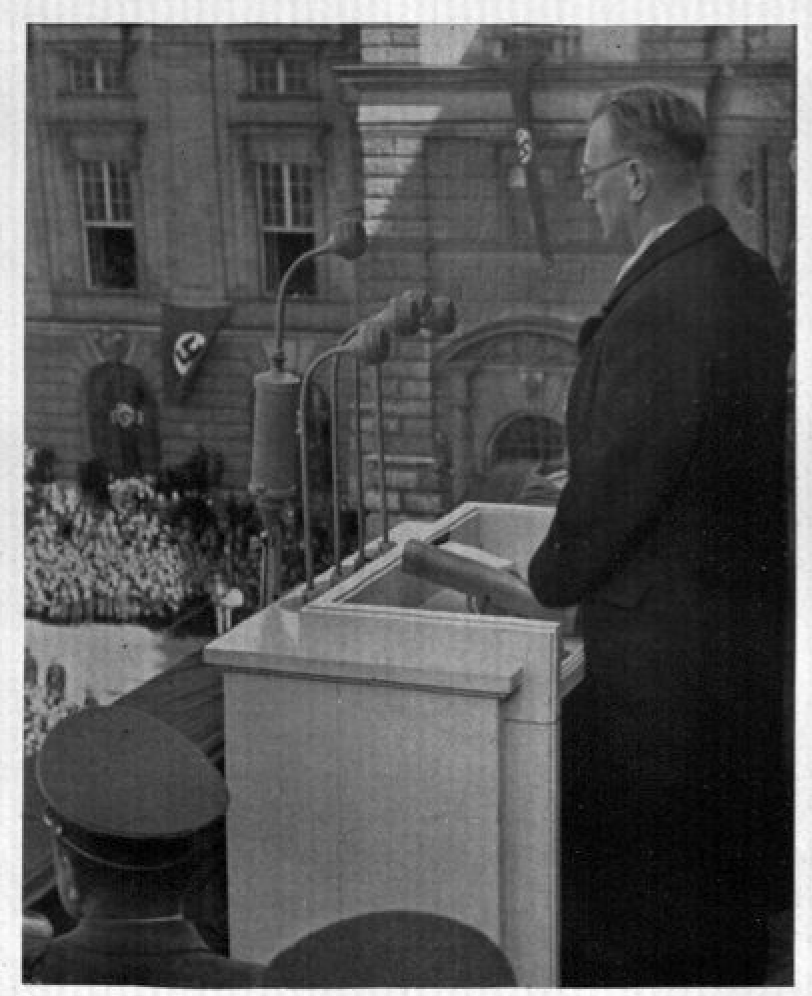


Den deutschvölkischen Turnvereinen muß das Jugendturnen wieder bewilligt werden. Feierliche Verbrennung der Holzverschalung, mit der das Bundesturnzeichen verhüllt worden war

Hinter dieser äußeren Fassade der Befriedungsaktion verfestigte sich aber die illegale NSDAP. immer stärker. Der Organisationsapparat funktionierte von Monat zu Monat reibungsloser, die Tarnung wurde immer geschickter und undurchdringlicher, alle kriminalistischen Bemühungen des Systems, diesem unsichtbaren Feind auf die Spur zu kommen, immer ergebnisloser. Die Unerschütterlichkeit des nationalsozialistischen Widerstandes gegen alle Scheinlösungen und Verwässerungen des Vertragstextes vom 11. Juli ließen den mangelnden guten Willen Herrn Schuschniggs immer deutlicher offenbar werden. Seine Verzögerungs- und Verschleppungstaktik ließen sich immer weniger verhüllen.

In diese Situation, in die ganze an sich schon geladene Spannung platzte dann eines Tages die Nachricht, daß sich Herr Schuschnigg in Berchtesgaden zu einer Unterredung mit dem Führer und Kanzler des Deutschen Reiches befinde.

Damit war die Illegale in die letzte Phase getreten. Allerdings gaben die Grundgedanken des Abkommens von Berchtesgaden noch keine Aussicht auf einen schnellen Sieg. Im Gegenteil. Der künftige Weg, der nun einzuschlagen war, war der einer allmählichen Durchdringung des Staates, was ein Höchstmaß an politischer Einsicht und Klugheit und damit straffster Disziplin erforderte. Noch immer hoffte ja Herr Schuschnigg, durch Verhandlung mit den Nationalsozialisten eine Spaltung der geschlossenen Widerstandsfront herbeiführen zu können. Ein radikaler Flügel sollte sich nach seiner geheimen Hoffnung gegen die Führung wenden, die sich mit ihm überhaupt ins Gespräch ziehen ließ. Er bewies damit nur neuerlich, daß er einfach von der wahren Struktur des Nationalsozialismus und der Illegale keine Ahnung hatte. Er konnte sich vom Spekulieren auf taktische Erfolge nicht freimachen und erkannte einfach nicht, daß sein Gegner spekulativ



Der neue Reichsstatthalter Dr. Seyß-Inquardt gibt vom Balkon der Wiener Hofburg die Erklärung: Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches

gar nicht gewertet werden konnte. Man sprach immer seit Dollfuß' Zeiten von einem „österreichischen Wunder" und meinte damit die erbärmliche Spiegelfechterei der Vaterländischen Front. Dabei übersah man, daß sich tatsächlich ein österreichisches Wunder durch all die fünf Jahre der Systemherrlichkeit begeben hatte, nämlich die Illegale in ihrem unzerstörbaren Wesen und Wirken.

So stand auch nach dem 12. Februar wie nach dem 11. Juli die Gesamtheit der nationalsozialistischen Kämpfer in geschlossenster Disziplin zu den Weisungen ihrer Führung. Sie bestand damit die letzte Probe ihrer politischen Reife und bewies sich als berufen, das Schicksal jenes Landes führend in die Hand zu nehmen, das nur von politischen Desperados für kurze Zeit von seiner einzig möglichen Bestimmung abgedrängt werden konnte.

Damit war aber das Ende Österreichs gekommen. Herr Schuschnigg sah zu genau, daß eine faktische Befriedung dem gegebenen Gewicht der nationalsozialistischen Bewegung zur politischen Wirkung verhelfen mußte. Er konnte sich einfach auf einen ehrlichen Frieden nicht einlassen, wollte er nicht die Stellung, die er als Statthalter des politischen Katholizismus und der habsburgischen Dynastie einnahm, kampflos preisgeben. Jeder Verzicht auf Verschlagenheit, Lüge und Gewalt mußte die Dinge einfach aus Eigentrieb auf ihr richtiges Maß bringen. So trieb Schuschnigg nach dem Gesetz, nach dem er angetreten, weiter in den Verrat hinein und versuchte, sich mit einem tollkühnen Entschluß aus dem Netz zu ziehen, in das er sich verstrickt hatte.



Der Führer auf dem Balkon des Wiener Rathauses während der Verkündung des Tages des Großdeutschen Reiches

Das System, das er vertrat, hatte den Verfassungsbruch des Jahres 1933 zur Grundlage, Schuschniggs erste politische Tat als neuer Regierungschef war der Wortbruch an den Aufständischen des Juliputsches, die Argumente seiner Politik waren von einer durchtriebenen Scholastik, die Stützen seiner Position waren Kerker, Galgen und Bajonette. Ist ein Drama einmal so weit gediehen, dann läßt sich der weitere Handlungsablauf nicht mehr mit den Motiven der Vertragstreue, der Redlichkeit dirigieren. Eine solche Verwandlung des Helden ist einfach undenkbar. Das Gesetz vollzieht sich an ihm. Er muß im Verrate verenden.

Mit einem gigantischen Betruge, einer überstürzten Scheinabstimmung suchte sich Schuschnigg die Legitimation zum Abbruch des „deutschen Friedens" zu erschwindeln. War es schon Verblendung, an die Dauerhaftigkeit eines Systems zu glauben, das sich nur mit den Mitteln äußerster Gewalt behaupten konnte, so war es schließlich jene Blindheit, mit der die Götter jene schlagen, die sie verderben



Die Grenze wird bei Schärding von deutschen Truppen überschritten. Der Doppeladler und die Tafeln gehören bereits der Vergangenheit an

wollen, wenn Schuschnigg glaubte, mit jesuitischen Praktiken sich der Verpflichtung aus einem Worte entziehen zu können, das er in die Hand eines Adolf Hitler gegeben hatte.

Damit schuf er selbst jene Situation, in der sich das Schicksal Österreichs erfüllen sollte. Österreich fiel wie eine reife Frucht in den Schoß des Reiches. Diese Reife verklärt sein Ende. In dieser Reife wurde sein Ende zur höchsten Erfüllung.

Niemals mehr wird es ein Österreich geben, das nicht unter dem Banner des Reiches stünde. Mit der Stunde dieser endgültigen Entscheidung wurde aber den Deutschen dieses Landes endlich wieder das Auge freigemacht, auf alles Große ihrer Vergangenheit mit ungetrübtem Stolze blicken zu können. Die Bewährung in schwerster Zeit hat ihnen das Recht zurückgegeben, der „Heimat" Österreich wieder alle Liebe zu schenken. Kein Arg-



Reichstag in der Krolloper nach der Heimkehr der Ostmark

wohn kann sich jemals an diese Liebe heranwagen, als gälte sie einem reichsfremden Eigenstolz.

An Österreich starb, was an ihm sterblich war. Seine Seele pocht nun mit im Pulsschlag der Nation. Der Schatz seiner Vergangenheit ruht sicher am Altar des Vaterlandes. Der Fluch des „Hauses" ist gesühnt im Opfer des Volkes. So wird auch sein Name wieder eingehen in das Buch der deutschen Geschichte, das noch einen verschwenderischen Reichtum an unbeschriebenen Blättern aufzuweisen hat.

Deutschland war Österreichs Beginn, und Deutschland ist Österreichs Ende für alle Zeiten.

Quellenverzeichnis für die Abbildungen

Associated Press (A. P. Photos): Seite 86, 109, 146, 155, 161, 170, 179, 180, 191, 193, 210, 213, 221
Atlantic: Seite 234
Brunner, Ried: Seite 199, 201, 231
Gaupresseamt Wien (Archiv): Seite 99, 101, 102, 103, 107, 112, 113, 115, 135, 137, 148, 152, 159, 160, 185, 204, 207
Gläser, Schade-Archiv: Seite 4, 6, 7, 14, 16, 21, 25, 32, 34, 41, 45, 59, 61, 66, 67, 178
HBD Historischer Bilderdienst: Seite 8, 9, 11, 12, 20, 33, 39, 43, 48, 49, 53, 55, 56, 57, 65, 76, 77, 175
Österreichische Lichtbildstelle, Wien: Seite 13, 15, 18, 22, 27, 29, 31, 37, 40, 47, 51, 52, 63, 68, 111
Photographische Gesellschaft, Berlin: Seite 10, 11, 19, 23, 24, 28, 30, 36
Nationalbibliothek Wien, Porträtsammlung: Seite 17
Presse-Bild-Zentrale: Seite 232
Scherl-Bilderdienst: Titelbild, Seite 3, 87, 97, 141, 143, 145, 166, 167, 168, 173, 177, 181, 194, 205, 206, 208, 211, 216, 217, 219, 226, 233
Franz Jos. Weidinger, Linz: Seite 228, 229
Weltbild G. m. b. H.: Seite 92, 93, 95, 141, 147, 149, 153, 165, 169, 172, 186, 187, 189, 190, 197, 198, 202, 203, 209, 215, 223, 225, 227, 230, 235